Donnerstag, 14. April 1983 · D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 86 - 15.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Semjonow informiert Bundesregierung

Co. **Bonn**

Die sowjetische Führung hat Bundeskanzler Helmut Kohl unmittelbar vor dessen Amerika-Reise noch einmal ihre Beurteilung der Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF) übermittelt. Dies geschah nach Angaben von Regierungssprecher Stolze bei einem Gespräch des sowjetischen Botschafters Semjonow mit dem Chef des Kanzleramtes, Staatssekretär Schreckenberger, am Dienstag. In Regierungskreisen wurde das Gesprächsergebnis als Bestätigung dafür gewertet, daß Moskau angesichts der geschlossenen Haltung des Westens im weiteren Verlauf der Genfer Verhandlungen durchaus zu einer realistischeren Haltung bereit sein könnte. Nach Angaben Stolzes betonte Semjonow, die sowjetische Führung, insbesondere Generalsekretär Andropow, mäßen der vorgesehenen Reise des Kanzlers nach Moskau große Bedeutung bei. Im Kanzleramt herrscht der Eindruck, daß die Sowjets Kohl möglichst bald im Kreml sehen möchten. Über einen Termin ist jedoch bisher noch nicht verhandelt worden. **Seite 12**

Ost-Synode verurteilt auch die SS 20

epd. **Berlin**

Die Synode der Ostregion der Berlin-brandenburgischen Kirche hat sich gestern sowohl gegen die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa als auch gegen die vorhandenen sowjetischen SS-20-Raketen gewandt. Die Synode nahm mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der der „Wettlauf gegenseitiger Bedrohung" beklagt wird. Die Synode verweist auf die „Angst vor den vorhandenen Pershing-1- und SS-20-Raketen", und vor der „Weiterentwicklung neuer Waffensysteme auf beiden Seiten", falls es zur Aufstellung neuer Atomraketen in Westeuropa kommt. Demgegenüber wird der schwedische Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa als „erstrangige vertrauensbildende Maßnahme" gewertet. Ausdrücklich begrüßt wird die Bemerkung der Kirchenleitung, daß der Dienst in den waffenlosen Baueinheiten der „Nationalen Volksarmee" und die totale Wehrdienstverweigerung ein „deutlicheres Zeichen" für den Frieden setzten als der Dienst in den Streitkräften.

ZITAT DES TAGES



„Der Vorschlag des SPD-Abgeordneten Egon Bahr entspricht in seinem wesentlichen Inhalt der von der Sowjetunion mehrfach erhobenen Forderung nach einem Stationierungsmoratorium."

Hans-Dietrich Genscher, Bundesaußenminister, zum Vorschlag des SPD-Politikers Egon Bahr, die beabsichtigte Nachrüstung der NATO ein Jahr hinauszuschieben, falls es in Genf zu keinem Durchbruch kommt.
FOTO: POLY-PRESS

RAF-Szene: Festnahme

DW. **Karlsruhe**

Als mutmaßliche Unterstützerin der terroristischen „Rote Armee Fraktion" (RAF) ist gestern die 28jährige Monika Krobs aus Frankfurt verhaftet worden. Hinweise auf die zum RAF-Umfeld gerechnete Frau hatte das Bundeskriminalamt in einem Erddepot der Terroristen entdeckt. Im Zusammenhang mit dem Fall Krobs stehen Ermittlungen zur Aufdeckung neuer Aktivitäten linksextremistischer terroristischer Gruppierungen im Rhein-Main-Gebiet.

Giftmüll bei Kassel

dg./DW. **Wiesbaden/Paris**

Das hessische Umweltministerium hat bestätigt, daß in der Sondermüll-Deponie Herfa-Neurode bei Kassel giftige Abfälle des Baseler Chemie-Konzerns Hoffmann-La Roche eingelagert worden sind. Wie ein Sprecher mitteilt, handelte es sich allein im Jahre 1982 um rund 950 Tonnen Destillations- und Arzneimittelrückstände. Der Sprecher bekräftigte jedoch, daß die 41 Seveso-Giftfässer der italienischen Hoffmann-La Roche-Tochter Icmesa in Hessen nicht deponiert worden seien. Die Pariser Regierung vermutet, daß die Fässer möglicherweise noch in Frankreich sind. **Seite 2**

Teilabzug Hanois?

rtr, **Bangkok**

Vietnam, Laos und Kambodscha haben für den kommenden Monat einen teilweisen Abzug der 200 000 vietnamesischen Soldaten aus Kambodscha angekündigt. Ein entsprechender Beschluß wurde nach Angaben von Radio Hanoi auf einer Konferenz der Außenminister der drei Staaten gefaßt.

WIRTSCHAFT

Bau: Mehr Arbeitsplätze

Rei. **Bonn**

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) rechnet damit, daß 150 000 Bauarbeiter, die in den vergangenen Monaten entlassen werden mußten, wieder eingestellt werden. Insgesamt könnten in diesem Jahr 10 000 mehr Menschen mit einer Beschäftigung in der Baubranche rechnen. Als Arbeitsplatzbeschaffer für andere Wirtschaftszweige werde man einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten, sagte ZDB-Präsident Eichbauer gestern in Bonn. **Seite 13**

Schlechte Noten

dpa/VWD, **Paris**

Überwiegend schlechte Noten hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris der im Juni 1981 von dem französischen Linksbündnis eingeleiteten Wirtschaftspolitik erteilt. Die Rechnung der Regierung, über steigende Einkommen der Haushalte zunächst die Produktion und dann auch die Investitionen anzukurbeln, gehe nicht auf, da die Importeure weitaus stärker von der kräftigen Konsumbelebung profitierten als die französischen Unternehmen, hieß es in einer Zwischenbilanz. Bemängelt wurde die steigende Kostenbelastung der Unternehmen. **Seite 13**

Sparzins gesenkt

cd. **Frankfurt**

Die Deutsche Bank und die Commerzbank senken am 15. April die Sparzinsen und schließen sich damit der bereits im März in Gang gekommenen Sparzinssenkungsrunde an. Die Zinsen für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist werden von vier auf drei Prozent gesenkt, die für Spareinlagen mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist von 5,5 auf 4,5 Prozent. Bei 24monatiger Kündigungsfrist ermäßigt sich der Zins von 5,75 auf fünf Prozent, bei 48monatiger Kündigungsfrist von 6,5 auf sechs Prozent. Ähnliche Entscheidungen werden auch von den anderen großen Banken erwartet.

Börse verstimmt

DW. **Frankfurt**

Die deutschen Aktienmärkte zeigten sich auch gestern verstimmt, bedingt durch die Unsicherheit über das Ausmaß der Dividendensenkung bei Bayer. Gegen Börsenschluß zeigten sich jedoch erste Ansätze einer Erholung. Am Rentenmarkt gaben die Kurse der öffentlichen Anleihen bis zu 0,35 Prozent nach. WELT-Aktienindex 131,3 (133,2); Dollarmittelkurs 2,4255 (2,4217) Mark; Goldpreis je Feinunze 429,25 (432,75) Dollar.

WETTER

Unbeständig

DW. **Essen**

Im gesamten Bundesgebiet bewölkt mit leichten Regenfällen, in höheren Lagen Schneeregen oder Schnee. Tagestemperaturen 5 bis 10 Grad, in der Nacht 6 bis 3 Grad. Schwacher Wind aus westlichen Richtungen.

Heute in der WELT

Karlsruhe stoppt Volkszählung Entscheidung zur Sache später

Echo aus Bonn zur Einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts

DW. **Bonn/Karlsruhe**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Aussetzung der für den 27. April geplanten Volkszählung verfügt. Dazu erklärte gestern Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, mit der einstweiligen Anordnung aus Karlsruhe sei die frühere Regierung Schmidt abermals mit einem Gesetz am Bundesverfassungsgericht gescheitert. Ein Sprecher der CDU sagte, jetzt rächten sich die Versäumnisse der früheren SPD/FDP-Regierung bei der Vorbereitung der Volkszählung.

Die Grünen, die die Befragung vehement bekämpft haben und sie als „Volksaushorchung" bezeichneten, wollen das Thema nun in einer Sondersitzung des Bundestages behandeln lassen.

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel kündigte eine parlamentarische Initiative im Bundestag an, deren Ziel eine Trennung des „Meldeausgleichs" von der eigentlichen Volkszählung, eine Überarbeitung des Fragebogens und eine Neufassung einiger Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes sein solle. FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer meinte, nun sei Zeit für eine Überarbeitung des Gesetzes und eine bessere Aufklärung der Bürger gewonnen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte gestern vormittag in einer einstweiligen Anordnung verfügt, daß die für den 27. April anberaumte Volkszählung vorerst nicht stattfinden darf. Die Entscheidung erging auf Antrag zweier Hamburger Rechtsanwältinnen und eines Jurastudenten aus Niedersachsen.

Das Gericht äußerte sich in seiner Entscheidung nicht zu der Frage, ob die bei ihm anhängigen Verfassungsbeschwerden gegen die Volkszählung Aussicht auf Erfolg haben können oder nicht. Vielmehr begründete es seine Anordnung damit, daß der Vollzug des Gesetzes alle auskunftspflichtigen Bürger in ihren Grundrechten verletzen würde, falls sich die vorliegenden Verfassungsbeschwerden später als begründet erweisen sollten.

SEITE 2:
Die Pause ist nicht tragisch
SEITE 5:
Urteil im Wortlaut
Der politische Streit

In der Begründung heißt es wörtlich: „Die einstweilige Anordnung schafft keinen endgültigen und irreparablen Zustand; sie nimmt insbesondere die Entscheidung in der Hauptsache nicht vorweg. Die Volkszählung kann stattfinden, wenn und soweit das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, daß ihrer Durchführung verfassungsrechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen. Eine spätere Erhebung würde dann lediglich voraussetzen, daß gesetzlich ein neuer Stichtag festgelegt wird."

Die Entscheidung, die mit einem Aufwand von rund 100 Millionen Mark vorbereitete Volkszählung am 27. April nicht durchzuführen, erging mit fünf gegen drei Richterstimmen. Alle acht Richter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts waren der Meinung, der umstrittene Paragraph 9 des Volkszählungsgesetzes (Weitergabe von Daten) müsse ausgesetzt werden.

Das Volkszählungsgesetz war im Frühjahr 1982, also noch während der Amtszeit der Regierung Schmidt, von Bundestag und Bundesrat einstimmig verabschiedet worden.

DER KOMMENTAR

Gefahrenherd

MANFRED NEUBER

Der Konflikt um Mittelamerika läßt sich nicht länger als Krise im Hinterhof der USA abtun. Die von Havana und Moskau forcierte Konfrontation ist eine ernste Herausforderung für die gesamte westliche Welt.

Als die Sowjets 1962 versuchten, Raketen in der Karibik zu stationieren, konnte Präsident Kennedy diese Bedrohung nur mit äußerster Entschlossenheit abwenden. So weit will es die Reagan-Administration gar nicht erst kommen lassen.

Mit einer Deutlichkeit, die jeden Zweifel an der amerikanischen Haltung ausschließt, hat jetzt Washington den Kreml vor einer Eskalation gewarnt. Offiziell wird nur von „Kampftruppen und modernen Düsenjägern" gesprochen; aber wieder sind sowjetische Raketen im Spiel.

Jeane Kirkpatrick, Amerikas UNO-Botschafterin, enthüllte, in Nicaragua würden bereits Raketen gegen Nordamerika in Stellung gebracht. Andeutungen aus Moskau legen den Schluß nahe: Damit soll ein Potential zur Erpressung der USA geschaffen werden, um sie zum Verzicht auf die Pershing-Stationierung in Westeuropa zu bewegen.

Wer außer naiven „Sozialreformern" und „Befreiungstheologen" wollte noch behaupten, die Bürgerkriege in Mittelamerika hätten ausschließlich gesellschaftliche Ursachen und überhaupt nichts mit dem Ost-West-Gegensatz zu tun? Zweiter Trugschluß: Die USA brauchten bloß ihre Marionetten-Regierung fallenzulassen, und schon breche eitel Frieden aus.

Die 2000 Kubaner, 50 Russen, 35 „DDR"-Deutschen sowie 50 Libyer und PLO-Mitglieder in Nicaragua warten nicht darauf, die Segnung freier Wahlen in Mittelamerika zu verbreiten; sie schulen die Sandinisten und schüren die Subversion in den benachbarten Ländern.

Bevor Staatssekretär Enders den Sowjets und Kubanern die Konsequenzen zunehmender Interventionen in dieser Region vor Augen führte, lagerten in den Arsenalen der Sandinisten schon mehr Waffen, als zur „Verteidigung der Revolution" je benötigt würden.

Ihr wahrer Verwendungszweck kann nicht zweifelhaft sein. Deshalb kann es für die USA nur eine konsequente Politik der Eindämmung dieser Gefahr geben. Andernfalls müßte sie später am Panamakanal oder an der Grenze zu Mexiko bekämpft werden.

Mittelamerika: USA warnen Moskau

„Eskalation des Konflikts unannehmbar" / Kirkpatrick: Freiheitskämpfer unterstützen

TH. KIELINGER, **Washington**

Die US-Regierung hat Kuba und die Sowjetunion in aller Form gewarnt, daß eine Eskalation des Konflikts in Nicaragua durch diese beiden Mächte eine „gefährliche Situation" heraufbeschwören könne, „die nicht nur für Mittelamerika, sondern für alle Nationen in Amerika unannehmbar wäre".

Angaben darüber machte jetzt zum ersten Mal der Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten im State Department, Thomas Enders, vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senats. Enders verlas einen zwölfseitigen Text, in dem die US-Politik in Mittelamerika und der Karibik begründet wurde, ehe die Senatoren ihn mit harten Fragen zur Rolle des Geheimdienstes CIA im Untergrundkrieg in Nicaragua bedrängten. Der Diplomat gab dazu keine Erklärung ab.

Nach den Worten des State-Department-Beamten ist es „denkbar, daß Kuba oder die Sowjetunion sich versucht sehen, den Konflikt in Nicaragua durch die Entsendung moderner Kampfbomber oder sogar kubanischer Truppen auszuweiten". Die USA hätten „Moskau und Havana wissen lassen, wie gefährlich ein solcher Schritt wäre".

Wenig später äußerte ein anderer Experte des Außenministeriums vor Pressevertretern, daß es noch keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse darüber gäbe, daß Kubaner oder Russen schon Raketen in Zentralamerika in Stellung gebracht hätten. Aber die USA, so der Beamte, nähmen die Möglichkeit einer Wiederholung der Kuba-Krise von 1962 sehr ernst; auch davor sei Moskau gewarnt worden.

Diese Erklärungen aus dem Munde zweier Mitglieder der Reagan-Administration bilden die erste offizielle amerikanische Antwort auf sowjetische Äußerungen der jüngsten Zeit, in denen Kreml-Politiker wie Wadim Sagladin angedeutet hatten, die Dislozierung der NATO-Mittelstreckenwaffen in Europa könne eine sowjetische Dislozierung ähnlicher Systeme in der Nähe der USA zur Folge haben.

Indem Enders die Möglichkeit einer Eskalation in Zentralamerika durch Moskau oder Havana als „unannehmbar" bezeichnete, zog seine Regierung frühzeitig und eindeutig eine Linie gegenüber allen solchen Versuchen seitens dieser beiden kommunistischen Mächte.

In der inneramerikanischen Debatte über die Mittelamerika-Politik hat sich die Reagan-Regierung damit freilich noch wenig Luft verschaffen können. Sie steht weiter im Verdacht, unzulässigerweise die Aufständischen in Nicaragua zu unterstützen, die sich mehr oder weniger deutlich dazu bekannt haben, das Sandinista-Regime in Managua stürzen zu wollen. Mithilfe bei solchen Vorhaben aber ist der US-Regierung durch ein Gesetz vom vergangenen Dezember (das sogenannte „Boland-Amendment") ausdrücklich untersagt.

Das Gesetz kam nach einem Zusatzantrag zum Pentagon-Haushalt zustande. Es besagt im wesentlichen, daß kein Geld ausgegeben werden dürfe „für den Zweck, die

● **Fortsetzung Seite 12**

Schwarzer lenkt Chicagos Geschick

dpa/UPI/AP, **Chicago**

Die amerikanische Großstadt Chicago hat zum erstenmal einen schwarzen Bürgermeister: Der Demokrat Harold Washington (60) gewann in der Nacht zum Mittwoch nach einem von Rassenauseinandersetzungen geprägten Wahlkampf die Bürgermeisterwahlen vor seinem millionenschweren Gegenkandidaten, dem weißen Republikaner Bernard Epton (61). Washington erhielt 51,5 Prozent der abgegebenen Stimmen, Epton 48,1 Prozent.

Unter den wahlberechtigten 1,6 Millionen Einwohnern Chicagos hatte Washington vor allem auf die Stimmen der 673 000 Schwarzen sowie die der rund 95 000 spanischsprachigen Bürger rechnen können. Er gewann trotz der Versuche, den weißen Mittelstand gegen die Wahl eines Schwarzen zu mobilisieren und Washington wegen einer 36tägigen Haftzeit in Mißkredit zu bringen.

Neues Kabinett in Kiel

lam. **Kiel**

Der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) werden statt bisher acht nur noch sieben Minister angehören. Henning Schwarz, der bisher das Ministerium für Bundesangelegenheiten leitete, wird künftig als Justizminister beiden Ressorts vorstehen.

Barschel, dessen Partei bei den Landtagswahlen vor einem Monat zum zweiten Mal hintereinander eine absolute Mehrheit erringen konnte, stellte das neue Kabinett gestern in Kiel vor. Es enthält zwei neue Minister. Ursula Gräfin von Brockdorff (47), die Vizepräsidentin des DRK-Landesverbandes, löste Sozialminister Professor Walter Braun ab. Das Finanzressort übernimmt der langjährige Vorsitzende des Finanzausschusses des Kieler Landtags, Roger Asmussen, von Rudolf Titzck, dem neuen Parlamentspräsidenten.

Seite 4: Verjüngtes Kabinett

Japan will keine SS 20 in Fernost

rtr, **Tokio**

Japan beharrt auf dem Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 im Fernen Osten, stößt damit aber auf den Widerstand der UdSSR. Das verlautete aus japanischen Regierungskreisen nach Beginn neuer, zweitägiger Gespräche der Vize-Außenminister beider Länder, Toshijiro Nakajima und Michail Kapiza.

Bei diesen ersten Gesprächen seit 1979 habe Nakajima zudem darauf gedrängt, die UdSSR solle den von ihr bereits abgelehnten US-Vorschlag eines Zwischenabkommens zur Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen beider Seiten doch noch in Betracht ziehen. Kapiza habe die Stationierung der SS 20 als notwendig für die Verteidigung gegen die US-Atomwaffen im Pazifik und im Indischen Ozean gerechtfertigt. Er habe jedoch Japan ein Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Kernwaffeneinsatz vorgeschlagen, hieß es.

Riesenhuber: Forschung ohne Eingriffe des Staates

Er präzisiert auf der Hannover-Messe die Haltung Bonns

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Für eine Konzentration der Kräfte in der Grundlagenforschung hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber plädiert, damit einmal gewonnenes Terrain nicht wieder verspielt werde.

Auf der Hannover-Messe präzisierte Riesenhuber gestern die Position der Bundesregierung: Direkte Eingriffe des Staates bei der Entwicklung neuer Technologien werden nachdrücklich abgelehnt. Der Staat habe lediglich die Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß zukunftsträchtige Forschungsarbeiten vorgenommen werden können.

Wie negativ sich die „Besserwisserei" des Staates in der Grundlagenforschung auswirke, zeige das Beispiel Biotechnik. Noch vor wenigen Jahren habe die Bundesrepublik auf diesem Gebiet eine internationale Spitzenstellung innegehabt. Dann sei von Staats wegen drei Jahre lang über Grenzwerte der Gen-Entwicklung debattiert worden. Dies habe dazu geführt, daß deutsche Unternehmen heute hoffnungslos den Anschluß verloren haben.

Riesenhuber forderte die Wirtschaft auf, in der Grundlagenforschung eng auch mit konkurrierenden Unternehmen zusammenzuarbeiten, um Parallelarbeit zu vermeiden und eine größere Effizienz zu erreichen.

Ähnliches gelte auch für die noch immer unzureichende Kooperation zwischen Industrie und Wissenschaftlern an Hochschulen und Universitäten. Hier gebe es einen beträchtlichen Nachholbedarf.

Für die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, so der Minister, vor allem aber für den Arbeitsmarkt, werde es katastrophale Folgen haben, wenn es zu einer Verweigerung gegenüber der Einführung neuer Technologien kommt.

Auf derselben Veranstaltung erklärte der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank, Bernd Thiemann, Forschung und Technologie haben sich „nicht nur rückblickend als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung" erwiesen; Anstrengungen in diesem Bereich entschieden mit darüber, wie sich der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland entwickeln werde.

Die Tatsache, daß sich der nächste Weltwirtschaftsgipfel im Mai in den USA ausgiebig der Fragestellung von Technologie und Wirtschaftswachstum widmen wird, unterstreiche die globale Dimension des Themas.

Neben der technologischen Standortbestimmung beherrschte am ersten Messetag die „Diskrepanz zwischen Stimmung und Ist-Zustand" die Diskussion auf dem hannoverschen Messegelände. Führende Repräsentanten der deutschen Wirtschaft gehen davon aus, daß die Messe tatsächlich eine wichtige Station auf dem Weg zur wirtschaftlichen Besserung werden kann. Ihr Argument: Wenn der Aufschwung erst einmal in den Köpfen ist, dann ist eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, daß er überhaupt stattfinden kann.

Die zuversichtlichere Stimmung findet von anderer Seite Unterstützung: Das Interesse der Besucher ist gegenüber dem Vorjahr sogar gewachsen.

Seite 13: Weitere Beiträge

Walesa festgenommen, Polizisten drohten

„Solidarität"-Führer wenden sich an den Papst / Für „geistige Revolution"

AFP/DW. **Warschau**

Drei Tage nach seinem Treffen mit führenden Vertretern der Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" ist Lech Walesa gestern nachmittag festgenommen worden. Noch am Dienstag hatte der polnische Regierungssprecher Urban erklärt, ein Treffen mit Personen im Untergrund sei nur dann ein strafwürdiges Delikt, wenn es um einen Komplottplan gehe. Urban qualifizierte Walesa dabei ausdrücklich als „Privatperson".

Drei Polizisten – zwei Uniformierte und ein Beamter in Zivil – führten Walesa aus seiner Wohnung in Danzig ab. Ein Sprecher des Arbeiterführers berichtete später, die Polizisten hätten keinen Haftbefehl vorgewiesen. Sie hätten jedoch mit Gewaltanwendung gedroht, falls Walesa sich weigern würde mitzukommen. Ohne weitere Erklärung hätten sie gesagt: „Sie erfahren an Ort und Stelle, worum es geht."

Walesa war nach seiner Entlassung aus der Internierung bereits im Dezember 1982 für mehrere Stunden festgenommen worden. Erst nachdem damals angekündigte Demonstrationen beendet waren, wurde der „Solidarität"-Führer wieder freigelassen.

Westlichen Journalisten berichtete Walesa gestern vormittag, er habe nach seiner Begegnung mit den untergetauchten „Solidarität"-Führern die Polizei „noch dichter auf den Fersen". Zu seinen Gesprächen sagte er: „Wir haben vereinbart, in Kontakt zu bleiben. Die TKK (Bezeichnung für die vorläufige Koordinierungskommission) hat eingewilligt, sich an meine Entscheidungen zu halten, und ich habe zugestimmt, mich an ihre zu halten." Walesa hatte in der Vergangenheit mehrfach erklärt, er unterstütze die Ziele, wenn auch nicht unbedingt alle Methoden der im Untergrund arbeitenden Gewerkschaftsmitglieder, die Demonstrationen und Streiks aus Protest gegen die Unterdrückung der „Solidarität" organisiert hatten. „Wir haben das gleiche Ziel, aber es gibt verschiedene Wege, es zu erreichen", wurde Walesa zitiert. In den vergangenen Wochen hatten beide Seiten sich aber immer wieder gegenseitig Unterstützung zugesagt.

Aus dem Untergrund heraus hat sich die „Solidarität" an Papst Johannes Paul II. gewandt, der im Juni zu einem Besuch in seiner Heimat erwartet wird. Die „Solidarität" bekräftigte ihre Absicht, aus Polen ein „stabiles, demokratisches und rechtsstaatliches Land" zu machen. Dies gilt als Hinweis darauf, daß die Gewerkschaft ihren Widerstand gegen das Militärregime fortsetzen wird.

Der Brief an den Papst wurde über das Koordinationsbüro der Gewerkschaft in Brüssel nach Rom übermittelt.

In dem Brief beschreiben die „Solidarität"-Funktionäre ihre Hoffnungen, die sie mit der zweiten Visite des Oberhauptes der katholischen Kirche in seinem Heimatland verknüpfen: „Die bedrängte Nation bereitet sich auf Ihren Empfang vor. Polen braucht Ihren Besuch jetzt mehr denn je, und wir hoffen, daß diese Reise die Zuversicht, den Glauben und die Liebe, die die Fundamente unserer Nation sind, stärken." Die Gewerkschafter bitten Johannes Paul II. um ein besonderes Gebet für die „Opfer des Kriegsrechts, für die Gefangenen, für die zum Militärdienst Gezwungenen und für die, die uns verfolgen, damit sie verstehen, daß die Stimme der Gewalt eine Bedrohung für Polen und für den Frieden der ganzen Welt ist".

Die Unterzeichner, deren Namen gestern nicht bekannt waren, kündigen eine „geistige Revolution" in Polen an, um „neue Werte" zu schaffen. Sie wollten sich dabei von jeglichem Haß fernhalten, versichern sie.

Wie Athens Sozialisten die Gewerkschaften gängeln

Furcht im Kabinett Papandreou vor einer Streikwelle

E. ANTONAROS, **Athen**

Mit Unterstützung der Justiz hat die sozialistische Regierung Griechenlands einen weiteren Gewerkschaftsverband unter ihre Kontrolle gebracht. Sie erwirkte vom Obersten Gerichtshof des Landes ein Urteil, das die konservativ eingestellte Führung der griechischen Beamtendachgewerkschaft ADEDY absetzt und durch einen den Sozialisten nahestehenden provisorischen Vorstand ersetzt.

Mit diesen Mitteln war es den Sozialisten bereits unmittelbar nach ihrer Machtübernahme vor 18 Monaten gelungen, den griechischen Gewerkschaftsbund GSEE zu gängeln. Ihr Ziel: indem sie Gesinnungsgenossen an die Spitze der wichtigsten Gewerkschaften schieben, wollen die Sozialisten verhindern, daß Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft in eine Streikwelle ausufert.

Bei der GSEE hat sich diese Taktik bezahlt gemacht. Der GSEE-Vorstand schluckt die äußerst restriktive Einkommenspolitik des Kabinetts Papandreou ohne aufzumucken. Hingegen hatte die ADEDY-Gewerkschaft unter ihrer jetzt entmachteten Führungsmannschaft zahlreiche Streiks organisiert, um Gehaltserhöhungen für ihre Mitglieder durchzusetzen.

Die Spitze der Beamtendachgewerkschaft wurde in dritter und letzer Instanz mit Hilfe von juristisch einwandfreien, aber in der Praxis sehr umstrittenen Mitteln gestürzt. Obwohl statutengemäß auf vier Jahre gewählt, hätte sie nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs bereits nach drei Jahren Neuwahlen abhalten müssen, weil ein von den Sozialisten im Sommer 1982 verabschiedetes Gewerkschaftsgesetz die Amtszeit aller Vorstände auf maximal drei Jahre befristet. Die Klage gegen den ADEDY-Vorstand war von der linksgerichteten Lehrergewerkschaft eingebracht worden.

Die griechische Opposition glaubt hinter den Gewerkschaftsprozessen die zielbewußte Absicht der Sozialisten zu erkennen, alle wichtigen Gewerkschaften gleichzuschalten, um den Arbeitsfrieden zu sichern. Die Regierung hat nach eigener Bekundung nicht die Absicht, ihre Einkommenspolitik zu revidieren. Doch vereinzelte Streiks, die in den vergangenen beiden Wochen große Ausmaße annahmen, müssen das Kabinett Papandreou beunruhigt haben. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seveso im Schneckentempo

Von Ulrich Lüke

Noch weiß – außer den Giftmüllkutschern – niemand, ob es sich mit dem Abfall aus Seveso so verhält wie mit dem Waldsterben: Das Gift kommt von draußen rein und wird in der Bundesrepublik abgelagert, in Deponien oder in den Tannenspitzen. Jedenfalls aber hat die Europäische Gemeinschaft einen neuen Anstoß, auch im Umweltschutz endlich Ernst zu machen. Vor Wochen legte die EG-Kommission eine Richtlinie zum Transport gefährlicher Stoffe in der EG vor. Sie hätte mit Sicherheit jahrelang in den Schubladen des Ministerrates geschlummert, gäbe es den neuen Seveso-Skandal nicht.

Jetzt tönen die Politiker wieder, es müsse etwas getan werden. Doch Vorsicht vor voreiligen Versprechungen ist geboten. Denn ebenfalls in diesen Wochen ist eine andere EG-Umweltrichtlinie im Amtsblatt der Gemeinschaft veröffentlicht worden. Sie heißt – Seveso-Richtlinie und zieht die Lehren aus dem alten Seveso-Skandal. Der aber spielte vor sieben Jahren.

Immerhin, jetzt ist die Richtlinie, die vor allem die Informationspflicht bei Umweltkatastrophen regelt, da, und in achtzehn Monaten muß sie von den nationalen Behörden umgesetzt sein. Ungefähr 1991 könnten wir also eine Richtlinie zum Transport gefährlicher Stoffe in der EG haben, bleibt es beim bisherigen Arbeitstempo im Rat der EG-Umweltminister.

Hoffnungen, daß es schneller geht, sind unangebracht. Man muß sich nur vor Augen führen, wie das Waldsterben behandelt wird. Die Neigung der EG-Partner, hier auf deutsche Wünsche einzugehen, ist nicht groß. Großbritannien hat das Problem nicht, Frankreich noch nicht, jedenfalls nicht im deutschen Umfang, und der vierte große EG-Staat, Italien, behauptet kurz und knapp, ihn gehe das alles gar nichts an, schließlich habe man kaum noch Wald. So einfach ist das manchmal in Europa. Seveso liegt übrigens in Norditalien.

Frieden hier, Frieden da

Von Werner Kahl

Moskaus Kommunisten sind als einseitig verschrien, aber in der Frage des Friedens sind sie schier pluralistisch. Die SED befand soeben, daß das wahre Ziel unter dem „Tarnschild einer unabhängigen Friedensbewegung" darin bestehe, Spannungen und gesellschaftliche Veränderungen zu schaffen. Man sei es also der Sache des Friedens schuldig, derartigen Versuchen „eine Abfuhr zu erteilen". Dagegen lobte ein gewisser Peter Schütt in der DKP-Zeitung „Deutsche Volkszeitung" ganz begeistert die „Blockierer", die sich „nicht an ihren friedlichen Absichten und Verhaltensregeln irre" machen ließen.

Nun ist nicht schwer zu erraten, daß der Pluralismus ein geographischer ist. Die Abfuhr wird östlich der Mauer erteilt, nicht irre machen läßt man sich im Westen, wo die Waffen der Verhinderung des Krieges dienen. Der besagte Schütt feierte einen Aufmarsch in Kellinghusen, an dem sogar „Mitglied des Bundestags Hans Ulrich Klose aus Hamburg" teilgenommen habe; die linke „Taz" brachte dazu den erbitterten Leserbrief eines Blockierers, daß man dort „vor lauter DKP-Fahnen und SDAJ-Agitationsgruppen nicht mehr die Atomkaserne" gesehen habe, „um die es doch eigentlich ging. Und vor lauter Wader- und Degenhardt-Gesäusel aus allen Lautsprechern sind mir schließlich die Ohren taub geworden. Überall bestimmte DKP das Bild: in der Turnhalle lülülürisierte Parteibarde Schütt ... Ich kann verstehen, was die Jenenser Friedensfreunde auf die Palme bringt: Es ist dieselbe Geistlosigkeit, die uns hier von der DKP entgegenschallt – und das nicht nur zur Osterzeit."

Mancher könnte meinen, es sei nicht neu, daß die Kommunisten Abrüstung im Westen für gut halten, im Osten hingegen ihr eine Abfuhr erteilen. Aber neu und des Vermerkens würdig ist immerhin, daß mehr und mehr Mitläufer im Westen es merken. Vermerkt werden sollte auch, daß sich die DKP, die jahrelang hier den „Ordnungsfaktor" spielte, neuerdings offen an gewalttätigen Unternehmen beteiligt – denn „Blockaden" sind nichts anderes. Und ihr Lobsänger Schütt ist nicht nur „Parteibarde", sondern DKP-Vorstandsmitglied. Das gibt seiner Lülülürik den besonderen Reiz.

Reagans Mahnung

Von Enno v. Loewenstern

Als Präsident Reagan das erste amerikanische Treffen jüdischer Holocaust-Überlebender in Washington eröffnete – wo bereits an der Errichtung eines Holocaust-Museums gearbeitet wird –, faßte er die Botschaft der Millionen Toten in einer kurzen Aussage zusammen: Damals habe die Welt nicht sehen wollen; „laßt uns heute abend versprechen, daß wir niemals unsere Augen verschließen und uns niemals weigern wollen, die Wahrheit anzuerkennen, wie unangenehm sie auch sein möge".

In der Tat, viele empfinden sie als unangenehm. Es gab sogar schon eine peinliche Diskussion darüber, ob etwa dies Mahnmal die Amerikaner zu stark in ihren Beziehungen zu Israel präjudizieren könnte. Reagan aber hat sich nicht gescheut, den Israelis, die oft und nicht ohne Grund an der Haltung seiner Regierung Zweifel geäußert haben, die Sicherheit ihrer Zufluchtsstätte in Israel zu bestätigen. Das ist unbequem, aber moralisch – wie Reagan selber.

Ebenso fiel es diesem geraden und redlichen Mann nicht schwer, den Bogen in die Gegenwart zu schlagen, der so vielen insbesondere in Deutschland als tabu gilt. Wo es zur wohlfeilen Mode gehört, jene anzuklagen, die damals blind waren, und gleichzeitig zu verlangen, man habe heute im Namen einer angeblichen Entspannung blind zu sein. Wo gefordert wird, aus der Vergangenheit zu lernen, und doch jeder Bezug auf die rechtlosen Regime von heute verworfen wird, weil angeblich die noch amtierende Mörderideologie irgendwelche Hoffnungen oder Humanitäten enthalte, die der anderen fehlten. Den Gedemütigten, Gefolterten und Gemordeten aber bedeutete es nichts, im Namen welcher Couleur sie leiden mußten. Wer die Botschaft weiterträgt, daß Menschlichkeit unteilbar ist, handelt auch in ihrem Sinne.



Ja, nein, ja, nein, nein ...

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Pause ist nicht tragisch

Von Bruno Waltert

In den dreizehn Jahren der SPD/FDP-Koalition geschah es immer wieder, daß das Bundesverfassungsgericht Gesetze für nichtig oder teilnichtig erklärte, die von den Sozial-Liberalen im Bundestag durchgesetzt worden waren. Nun – so mag es scheinen – hat die Regierung Kohl durch die vorläufige Aufhebung der Volkszählung in Karlsruhe eine Schlappe erlitten. Wenn auch deren politische Gegner jetzt so argumentieren, richtig ist das nicht.

Das Volkszählungsgesetz nämlich wurde im Frühjahr 1982 beschlossen, zu einer Zeit also, als Helmut Schmidt Bundeskanzler war und Gerhart Baum von der FDP Bundesinnenminister. Die Regierung Kohl ist nur insoweit betroffen, als sie sich kurz nach der Bundestagswahl – gegen den öffentlich gegebenen Rat der Unionsministerpräsidenten Strauß und Barschel – entschlossen hat, die Volkszählung nicht zu verschieben.

Das hat nun das Bundesverfassungsgericht im Wege der Einstweiligen Anordnung unternommen. Das Gericht hat damit eine Entscheidung getroffen, wie es sie bisher in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gab: Es hat sich – wenn auch nur vorläufig – gegen ein Gesetz gestellt, das vom Bundestag und vom Bundesrat einstimmig beschlossen worden war.

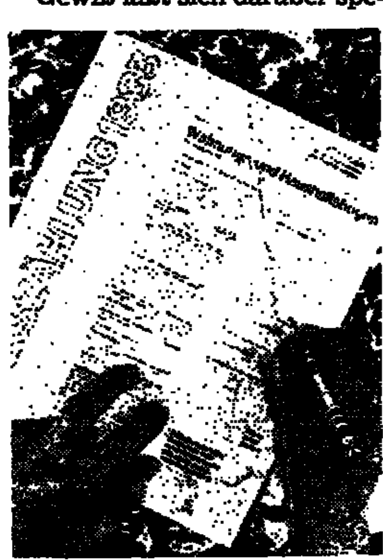
Jene, die die Volkszählung über Monate hinweg als „Volksaushorchung" diskreditiert haben, wie etwa die Grünen, behaupten nun, sie seien durch den Karlsruher Richterspruch bestätigt. Jene, die vom „Überwachungsstaat" und von George Orwells „1984" sprachen, die zum Boykott der Volkszählung aufgerufen haben („Laßt tausend Fragebogen glühen") und mit der Parole arbeiteten „Politiker fragen, Bürger antworten nicht", stimmen nun den großen Jubelchor an.

Dabei übersehen sie, weil's ins politische Konzept paßt, daß die Karlsruher Richter gestern keineswegs über ihre Parolen entschieden haben. Die standen überhaupt nicht zur Debatte. Mehr noch: Die Entscheidung des Verfassungsgerichts befaßt sich auch nicht mit dem Beschwerde-Vortrag jener drei Bürger, über deren zusätzlichen Antrag auf Einstweilige Anordnung gestern entschieden wurde. Um ihn geht es erst später. Vielmehr hat das Gericht jetzt nur eines getan: Es hat die Durchführung der auf den 27. April festgesetzten Volkszählung bis zur Entscheidung über die eingegangenen Verfassungsbeschwerden ausgesetzt. Zu dieser wird es (frühestens) im Spätherbst dieses Jahres kommen.

Jenen, die nun argumentieren, in Karlsruhe sei eine – negative – Vorentscheidung über die Zulässigkeit einer Volkszählung getroffen worden, muß die Begründung entgegengehalten werden, die das Gericht für seine gestrige Entscheidung gegeben hat. Sie lautet insbesondere: „Ergeht die Einstweilige Anordnung nicht, erweisen sich aber die Verfassungsbeschwerden später als begründet, verletzt der Vollzug des Gesetzes sämtliche auskunftspflichtigen Bürger in ihren Grundrechten."

Um eine solche – gegebenenfalls denkbare – Verletzung zu vermeiden, haben die Karlsruher Richter die Durchführung der Volkszählung am 27. April untersagt, mehr nicht. Wer anderes in die Entscheidung hineininterpretiert, legt sie falsch aus.

Gewiß läßt sich darüber spekulieren, wie die in einigen Monaten fällige Hauptentscheidung ausfallen könnte. Das ist immer ein beliebtes Spiel, wenn Einstweilige Anordnungen ergangen sind. Daß beispielsweise alle acht Richter des entscheidenden Ersten Senats der Meinung waren, der umstrittene Paragraph 9 des Gesetzes (Weitergabe von statistischen Daten) müsse ausgesetzt werden, mag solche Spekulationen beflügeln. Aber man muß daran erinnern, daß Schlüsse von Einstweiligen Anordnungen auf den Ausgang der Hauptsache eben nichts anderes sind als Kaffeesatzleserei. Und die ist bekanntlich weder seriös noch treffsicher.



Wie ist das mit der Amnestie-Wirkung? – Volkszählungsbogen

FOTO: POLY-PRESS

Ein Weiteres ist anzumerken: Jene, die aus politischen Gründen zum Widerstand gegen die Volkszählung aufgerufen haben, um gegen diesen Staat und die – wie die Grünen es nannten – „erbärmliche Allparteien-Koalition" von „CDU/CSU/SPD/FDP" anzugehen, haben häufig den Eindruck erweckt, Volkszählungen seien überhaupt etwas Verwerfliches. Das ist keine rechtlich begründete, sondern nur eine durchsichtige politische Argumentation. Daß nämlich statistische Erhebungen zulässig sind, hat das Bundesverfassungsgericht bereits entschieden. Der jetzige Streit geht allein darum, wie sie veranstaltet werden dürfen und wo es – auch angesichts des technischen Standes der Datenverarbeitung – Grenzen gibt, die sich aus der Interpretation des Grundgesetzes ergeben.

Angesichts der kontroversen Diskussion über die Grenzen des Datenschutzes, die seit langem auf vielen Gebieten geführt wird, kann es nur gut sein, wenn das Verfassungsgericht im Spätherbst (oder später?) dazu Verbindliches sagt.

Was konkret das von Helmut Schmidt und Gerhart Baum unterzeichnete Volkszählungsgesetz angeht: die bisher weitgehend verkannte Amnestie-Wirkung dieses Gesetzes und die damit verbundene rechtliche Problematik könnte ein weiterer Aspekt sein, mit dem sich das Gericht zu befassen hat. Dort liegen möglicherweise beachtliche rechtsstaatliche Minen.

IM GESPRÄCH Schenuda III.

Ein Papst bleibt in Haft

Von Peter M. Ranke

Die zehn Meter hohen Wälle des Wüstenklosters Deir Anba Bischoi bleiben für den 117. Nachfolger des Evanglisten Markus, Papst Schenuda III., unüberwindliche Gefängnismauern. Der Staatsrat in Kairo hat als oberste Verfassungsinstanz Ägyptens entschieden, daß die Amtsenthebung und Verbannung des koptischen Patriarchen Anfang September 1981 durch den damaligen Präsidenten Sadat rechtens war. Die acht Millionen Kopten am Nil, die größte und älteste christliche Gemeinschaft in Nahost, ist enttäuscht und verbittert.

Alle Bemühungen der fünf Bischöfe, die jetzt die koptische Kirche leiten, um Freilassung des Patriarchen blieben also erfolglos. Schenuda (60) war damals wegen „Anstiftung zum Religionshaß" verbannt worden. Aber als gewählter „Papst" ist er nicht absetzbar und kann daher keinen Nachfolger erhalten, solange er lebt. Die Kopten hatten angenommen, der neue Präsident Mubarak brauche die Opposition der Moslemfanatiker nicht mehr zu fürchten und könne daher gegen einen christlichen Kirchenfürsten endlich Nachsicht und Gnade üben. Vergeblich.

Schenuda ist unter den christlichen Ägyptern sehr beliebt. Der ehemalige Offizier, der nach 1948 Englisch, klassische Philosophie und Archäologie studierte, wurde nach seiner Bischofsweihe 1962 zum ersten wirklichen Reformer und zum geistigen Führer der koptischen Jugend. Jetzt hingegen darf er weder predigen noch Schriften verbreiten und nur dann Besucher – wie den Wiener Kardinal König (im letzten Jahr) – empfangen, wenn das Innenministerium zustimmt. Das ist selten genug.

Offenbar befürchtet die Regierung, daß bei einer Freilassung Schenudas auch die Begnadigung aller radikalen Moslems gefordert wird, die zu Hunderten in den Gefängnissen sitzen. Dabei waren und sind die Kopten wohl die loyalsten Bürger Ägyptens. Schenuda unterstützte das Friedenswerk Sadats, erlaubte aber keine Pilgerfahrten nach Jerusalem, weil er die radikalen Moslems nicht herausfordern wollte. Dafür schärfte er den Widerstandsgeist der sonst schwachen und gefügigen Kopten gegen staatliche Willkür und die Übergriffe moslemischer Fundamentalisten. Als Patriarch betrieb er die Revision eines Gesetzes, nach dem neue Kirchen nur mit Sondererlaubnis des Staatspräsidenten gebaut werden dürfen, während jeder Moslem eine Moschee auch auf Boden errichten kann, der sich in christlichem Eigentum befindet.



Erbitterung bei den Kopten: Schenuda III. FOTO: [illegible]

Wenn Schenuda jetzt weiter auf unabsehbare Zeit ohne Verurteilung unter Hausarrest leben muß und ins Natrun-Tal mit seinen vier Klöstern verbannt bleibt, so hat in Ägypten offenkundig die islamische Staatsautorität und nicht das Recht gesiegt. Christen sind eben in Moslemländern nur „Dhimmis" oder Schutzbefohlene und nur bedingt gleichberechtigt in einem Staat wie Ägypten, in dem der Islam Staatsreligion ist. Ob der politisch-religiös bedingte Urteilsspruch gegen den Papst der Kopten die christliche Bevölkerung mit Mubaraks Regime versöhnen wird, bleibt zu bezweifeln. Denn die Kluft zwischen Christen und Moslems wird breiter, auch im angeblich toleranten Ägypten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über Lambsdorffs Eröffnungsrede auf der Hannover-Messe:

Den Gewerkschaftsführern müssen die Ohren geklungen haben, denn bei der Eröffnung der Hannover-Messe lobte Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in höchsten Tönen ... Für die Lobeshymnen auf die Gewerkschaften gibt es gute Gründe. IG Chemie, IG Metall und IG Druck haben auch in der diesjährigen Lohnrunde Augenmaß bewiesen und damit die zaghaften Aufschwungstendenzen unterstützt. Sie nahmen in Kauf, daß die Arbeitnehmer sich zum drittenmal hintereinander mit Einkommensverbesserungen zufrieden geben müssen, die keine Reallohnsicherung ermöglichen. Gewerkschaften in anderen Ländern haben längst nicht soviel Einsicht gezeigt wie Loderer und Anhang. Aber dies allein dürfte Lambsdorff kaum zu den anerkennenden Worten veranlaßt haben. Alles deutet darauf hin, daß der Minister jetzt auch die Unternehmer aus ihrer Reserve locken und auf Zugeständnisse in Fragen der Arbeitszeit sowie der Vermögensbildung einstimmen wollte. Lambsdorffs Appell an die Arbeitgeber, „nicht länger aus Überängstlichkeit im Tabu-Schützengraben zu verharren", ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Er hätte auch aus dem Munde eines Gewerkschaftsführers stammen können.

TAGES-ANZEIGER

Die in Zürich herausgegebene Zeitung schreibt zum Skandal um den Seveso-Müll:

Entscheidend ist ... nicht, in welchem Land die Fässer liegen, sondern ob sie in einer kontrollierten Giftmülldeponie nach menschlichem Ermessen sicher aufbewahrt sind oder ob sie auf irgendeiner Schutthalde vor sich hin modern, wo sie später eventuell noch einmal Schaden anrichten können. Nun bescheinigt Bundesrat Alphons Egli der Hoffmann-La Roche, sie habe in dieser Angelegenheit „honorig" gehandelt. Hat sie das wirklich? Hoffroche hat den Auftrag der Entsorgung am 10. September 1982 an die honorige Firma Mannesmann Italiana weitergegeben. Inzwischen ist die Mannesmann-Tochter in den Augen der Hoffroche nicht mehr so vertrauenswürdig, doch das konnte man vielleicht damals noch nicht wissen. Nun muß man aber in Basel um die Gefahr gewußt haben, daß die Giftfässer vielleicht doch auf einer wilden Deponie landen könnten ... Die Hoffroche hätte ... von Mannesmann zusätzliche Garantien verlangen müssen. Daß die Hoffroche dies nicht getan hat und sich bis heute hinter dieser honorigen Fassade verschanzt, ist ein vielleicht folgenschwerer Fehler.



Hier heißt es über das Profitdenken ausscheidender Staatsdiener:

Staatssekretär Elias (54) von der Post ist ein tüchtiger Mann. Jetzt geht er – mit 10 000 Mark Pension – in den Ruhestand. Das ist sein gutes Recht. Staatssekretär Elias ist aber ein besonders tüchtiger Mann. Er fängt nämlich gleich als Geschäftsführer bei einer Privatfirma an, die zum Teil der Post gehört. Dafür kassiert er noch einmal 10 000 Mark im Monat. Das geht zu weit. Jedem Arbeitslosen wird Alu gekürzt oder gestrichen, wenn er nebenbei arbeitet. Warum werden hochbezahlte Staatsdiener besser gestellt? Hier muß der Gesetzgeber ran.

Herr Stützle und das Bruttosozialprodukt im Krieg

Von der Rolle des Sachverstands beim Zustandekommen mancher Expertisen / Von Rüdiger Moniac

Die kuriose öffentliche Auseinandersetzung zum Beginn dieser Woche über ein Weißbuch zur deutschen Sicherheitspolitik, das gar nicht existiert, hat Zusammenhänge aufgedeckt, deren Untersuchung lohnt. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

1. Darf sich eine neu ins Amt gekommene Regierung das Recht nehmen, sicherheitspolitische Vorentwürfe ihrer Vorgängerin zu verwerfen?
2. Wer beeinflußt im Verteidigungsministerium in erster Linie Konzepte, der militärische Sachverstand oder die politische Vorstellung ziviler Stellen?
3. Zählt beim Berechnen des sicherheitspolitischen Gleichgewichts auch die Wirtschaftskraft von antagonistischen Gesellschaftssystemen?

In bestimmten Kreisen wird Kritik daran vorgetragen, daß die Regierung der christlich-liberalen Koalition nach ihrem überzeugenden Wahlsieg die Sicherheitspolitik zwar im Zeichen von Kontinuität, aber mit wichtigen Akzentverschiebungen weiterführt. In ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen ist dabei die neu befestigte Beharrlichkeit in der Verfolgung des NATO-Doppelbeschlusses. Seit dem 6. März kann es für die Sowjetunion nicht mehr den leisesten Zweifel darüber geben, daß die westlichen Gegengewichtswaffen in Europa stationiert werden, wenn, was Realisten erwarten, sich Moskau zu keiner Verschrottungsaktion bei seinen Mittelstreckensystemen bereit findet.

Als zweite wichtige Akzentverschiebung gilt die Neubefestigung des deutsch-amerikanischen Freundschaftsverhältnisses. Es unterscheidet sich damit ganz deutlich von den deutsch-sowjetischen Beziehungen, die von Bonner Seite mit dem Willen zu guter Nachbarschaft weiterentwickelt werden sollen.

Allein diese Hinweise genügen als Erklärung dafür, daß die neue Regierung schwerlich die sicherheitspolitische Analyse übernehmen konnte, mit der sich Wörners Vorgänger Apel unter dem federführenden Einfluß seines Planungschefs bei Kanzler Schmidt empfehlen wollte. Dieser Planungschef war Walther Stützle, der mit Schmidt 1969 als noch nicht Dreißigjähriger ins Verteidigungsministerium kam und unter sozialdemokratischen Politikern dort innerhalb weniger Jahre den steilen Aufstieg bis zum Ministerialdirektor und Leiter der Planungsabteilung geschafft hat.

Was die SPD der sechziger und vor allem der siebziger Jahre zwischen Entspannung und Ausgleich auf der einen Seite und Verteidigungsfähigkeit wie -bereitschaft auf der anderen bewegte, ist weitgehend auch in Stützles Denken eingegangen. Entsprechend sah auch der Entwurf aus, der unter seiner Verantwortung als Weißbuch-Vorlage für seinen Minister entstanden war: Weltweit betrachtet, erlaube das militärische Kräfteverhältnis der Sowjetunion nicht, politische Ziele mit militärischen Mitteln zu erreichen. Denn ein sinnvoller Kräftevergleich müsse auch Wirtschaftskraft und Bevölkerungspotential beider Bündnissysteme berücksichtigen.

Diese Analyse ließ und läßt völlig außer acht, daß bei denkbaren Konfliktmöglichkeiten in Europa, die sich zum Krieg steigern könnten, Wirtschaftskraft und Menschenpotential kein Maßstab für schnelle militärische Entscheidungen sein können. Der Westen hätte gar nicht die Zeit, seine der Sowjetunion tatsächlich überlegene Wirtschaft zur Kriegsmaschine umzurüsten, wie das noch im Zweiten Weltkrieg für die USA möglich war. Angenommen, die Sowjetunion würde die Entscheidung mit Krieg suchen: sie hätte spätestens innerhalb von drei Wochen ihr militärisches Angriffspotential voll mobilisiert. Was die NATO dem in dieser Zeit nicht entgegenstellen kann, das würde für die Entscheidung keine Rolle mehr spielen. Lothar Rühl, Wörners Staatssekretär, drückte es im Fernsehen plastisch aus: „Was man heute nicht hat bei Anfang (des Krieges), hat man auch nicht, wenn die Entscheidung heranreift."

Solchen Überlegungen mochten sich aber Apels Berater nicht öffnen. Sie wendeten viel Mühe auf, um den militärischen Sachverstand des Verteidigungsministeriums weitgehend zu neutralisieren, gerade auch in dieser Frage. Nach dem Regierungswechsel wird freilich anders gearbeitet. Die für den Herbst geplante sicherheitspolitische Darstellung und Bewertung der Regierung Kohl/Genscher wird deshalb frei sein von sachfremdem Einfluß. Damit wächst ihre Glaubwürdigkeit.

Hochwasser an Rhein und Mosel – Köln erwartet Höchststand bei 9 Meter 85 – Feuerwehr und THW im Großeinsatz



Venedig am Rhein und Mosel: In Köln überflutete der Fluß die Rheinuferstraße und die Altstadt – In Cochem baute das Technische Hilfswerk Stege und improvisierte mit Schlauchbooten einen Nahverkehrsdienst zu Wasser.
FOTOS: POLY-PRESS/WALTER H. RUEB (2)

Statt Kölsch fließt braune Brühe

Von WILM HERLYN

Richard Fehn wurde allmählich bang zumute. Und als er dann doch eine Baufirma anrief, die Zugänge und Kellerfenster seiner Wirtschaft „Haus der Zünfte" zumauern sollte, „da lächelten meine Kollegen noch mitleidig". Zwölf Stunden später lachten sie nicht mehr: Fast alle Löcher der Häuser im unteren Teil der Großen Neugasse in Köln sind verstopft: Oft notdürftig mit Brettern und Lumpen, manchmal noch eilig zugemauert mit großen weißen Hohlblocksteinen und Schnellbinder.

Viele Wirte müssen selbst mit Hand anlegen, hier unterhalb der Domplatte in der Altstadt. Wo sonst das Kölsch in Strömen fließt, fließt nur noch schmutzig-graubraunes Wasser. In der Discothek nebenan „Who goes in?" geht nichts mehr, und auch Fehn beklagt in den Morgenstunden den ersten Wassereinbruch – trotz Mäuerchens und allen anderen Vorsichtsmaßnahmen. „Noch zwanzig Zentimeter", sagt er, „dann nutzt bei mir auch gar nichts mehr". Bisher tropft es bei ihm nur im Keller, wo er alle Lebensmittel schon sorgsam zuvor in die oberen Regale verstaut hatte. „Seit die Stadtwerke nicht mehr die Kanäle leerpumpen können", sagt ein anderer Wirt, „weil der Druck zu stark ist und die nun vollaufen, seitdem kommt das Wasser bei mir aus den Wänden wie bei einer Gießkanne".

Eine Schutzmauer baute auch der Inhaber des Restaurants „Stapelhäuschen". Mit grimmigem Humor hat er eine große Schiefertafel aufgehängt: „Geöffnet mit Rheinblick" entziffern die Schaulustigen „am anderen Ufer" – denn ohne einen Fährdienst käme niemand trockenen Fußes die zehn Meter bis zum Eingang. Den Rheinblick haben die Tausende von Schaulustigen ohnehin. Dort, wo sich morgens und nachmittags der Verkehr längs des Rheins quält, ist nur noch Wasser, ab und an ein paar überschwemmte „Inseln" der Grünanlagen, von denen die Büsche und Bäume den herangetriebenen Unrat festhalten. Der erst im vergangenen Herbst eröffnete Rheinufertunnel ist schon am Nachmittag zuvor geschlossen worden – die vier Schleusentore halten die Fluten sicher ab.

Längst ist der Dom nicht mehr die Attraktion der Stadt. Eine Schulklasse aus Nantes bedrängt die beiden Lehrer: „Nous voulons voir le Rhin", und die Gruppe aus Kenia stellt sich eiligst vor dem Gotteshaus in Positur, um nach der obligaten Aufnahme die Treppen zum Strom herunterzuhasten. Kamera-Verschlüsse klicken, Tausende von Filmmetern für das Heimkino werden belichtet, es wird rücksichtslos geschubst und gedrängelt, um ja nur einen Blick auf die schmutzig-braune Brühe werfen zu können. Die Menge behindert dabei die Arbeit von Feuerwehr und Polizei, die ab und an rigoros absperren muß.

Da passiert es schon, daß Wildfremde neugierig in Hausflure drängen – und sich enttäuscht abwenden: „Kein Wasser." Diejenigen, die es eigentlich betrifft, sind am ruhigsten. Albert Bach, Inhaber vom Weinhaus „Kunibert der Fiese", pumpt schon seit zwei Tagen Grundwasser aus seinem Keller. Er muß das Lokal ganz räumen – denn keine Versicherung zahlt den Schaden.

Auch Fehn hatte sich das ausgerechnet – denn er hat, wie viele Wirte in der Kölner Altstadt, im Pachtvertrag stehen, daß er selbst für Hochwasserschäden aufkommen muß. „Eine Jahresprämie käme bei mir auf 8800 Mark", sagt er, „das lohnt nicht". In vielen Kneipen am Salzmarkt beginnt schon das Holz – meist beschichtete Spanplatten – zu quellen.

Auch über die neuen Häuser an „Groß St. Martin", der preisgekrönten Wohnanlage, die mit einem besonderen System aus Eisenträgern und -blechen geschützt werden, dringt Wasser ein. Zunächst hatten es noch selbst die Gäste des „Wirtshaus Schwejk" mit Schrubber und Eimern versucht – vergeblich.

Die kritische Marke liegt bei 9,40 Meter; sie wurde am Dienstagabend um 18.40 Uhr zum ersten Mal überschritten. Gestern mittag war die braune Flut auf 9,70 Meter angestiegen, und für die Nacht auf Donnerstag erwartete die Wasserleitstelle den Scheitelpunkt von 9,85 Metern. Der ADAC richtete ein „Notwassertelefon" in Köln ein, denn die Straßen sind dem Verkehr, der sonst durch die Rheinuferstraße entlastet wird, nicht gewachsen. Nicht nur die Schaulustigen, auch die Anwohner selbst machen sich an vielen Ecken der Altstadt einen Spaß mit Wasserspielen: Da wird hier ein Balken beklatscht, der träge durch die Straßen dümpelt, anstößt und sich wieder befreit; oder dort hat ein findiger Wirt „Am Buttermarkt" seine Theke auf einem Steg aufgeschlagen und macht guten Umsatz. Auf den Fluten werden auch Fotoamateure gesichtet, die mit dem Paddelboot näher an ihr Objekt herankommen wollen. Auf dem Platz „Groß St. Martin" bilden sich vor der sogenannten Schmitz-Säule Menschen-Trauben. Ein Kölner Bürger hat diese Säule errichten lassen – mit der Marke „50 Meter über dem Meeresspiegel" und knapp darunter die Kerbe, die das Rhein-Hochwasser vom 28. Februar 1784 markiert: Bei dieser Eisesflut wurde der Stadtteil Mülheim vernichtet. Die Säule steht auf einem kleinen Hügel – früher Martins-Insel. Der Bürger Schmitz ließ auch einmeißeln: „Auf dieser Insel trafen sich römische Legionäre mit blonden Ubiermädchen – Urahnen der Familie Schmitz".

Viele Hausbesitzer haben bei der Feuerwehr für je fünf Mark Sandsäcke erstanden – die Feuerwehrmänner füllen in den Wachen stündlich 300 weitere ab; die finden reißenden Absatz.

Dem Schweinfurter Kapitän und Schiffseigner Karl Heinz Firmbach steht allerdings das Wasser buchstäblich bis zum Hals. Denn er sitzt mit etwa 920 anderen Transportschiffen im Rheinhafen fest – und jede Verzögerung kostet viel Geld. „Ich habe in Rotterdam USA-Kohle für ein Fernheizwerk in Stuttgart geladen", erzählt Firmbach verbittert. „Bis Ende der Woche sollte ich die Ladung abliefern. Aber daraus wird ja nun wohl nichts." Matrose Heinrich Kuhn auf der „St. Antonius" stöhnt ebenfalls. Denn während der erzwungenen Liegezeit muß er umfassenden „Frühjahrsputz" machen und Landgang „ist nicht drin. Wir müssen ständig auf Bordwache sein, Taue und Leinen überprüfen."

An die Schäden mag niemand so recht konkret denken. „Das wird schrecklich, wenn das Wasser zurückgeht, dann sehen wir erst, was es angerichtet hat", stöhnen viele. Denn schon strömt auch Heizöl aus, manchem Haus wurden inzwischen Strom und Gas kurzerhand abgedreht, um Kurzschlüsse und Lecks zu vermeiden. „Und wenn ich erst an den Schlamm denke, da wird mir jetzt schon ganz übel von", sagt Kellner Herbert Wittlich und hält sich die Nase zu.

Viele Kinder sind erst gar nicht zur Schule gegangen. Steffen, der mit zwei Klassenkameraden an der Salzgasse spielt, erklärt ein bißchen großspurig: „Einen besseren Erdkunde-Unterricht können uns die Pauker gar nicht bieten."

Bei Hochwasser wird's teuer

Hochwasser- und Überschwemmungsschäden sind in der Bundesrepublik in der Regel nicht versicherbar. Läuft die häusliche Badewanne über und verdirbt Teppiche und wertvolles Mobiliar, zahlt die Hausratversicherung. Bricht ein Wasserrohr bei Frost, kommt für die Kosten der Reparatur bis hin zu den Anstreicherarbeiten die Wohngebäudeversicherung auf. Doch Schäden durch Hochwasser und Überschwemmung einschließlich des Rückstaus von Witterungsniederschlägen sind in keinem Fall gedeckt.

Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß eine Hochwasserversicherung nur für relativ wenig Menschen in wirklich gefährdeten Gebieten sinnvoll ist und diese dann eine extrem hohe Prämie zu zahlen hätten, mit der man bequem die eventuell eingetretenen Schäden bezahlen könnte. Gleiches gilt auch für Schäden infolge Sturmflut.

Doch wie überall im Leben: keine Regel ohne Ausnahme. In Baden-Württemberg leisten öffentlich-rechtliche Pflicht- und Monopolanstalten kraft Gesetzes grundsätzlich Entschädigung für Hochwasser- und Überschwemmungsschäden. Die Gebäudeeigentümer sind zu einer entsprechenden Umlage verpflichtet.

Innerhalb der Sachversicherung tritt die Bauleistungs- und Baugeräteversicherung bei Hochwasser und Überschwemmungsschäden an unfertigen Gebäuden und Baumaschinen ein; die Schwachstromanlagen-Versicherung gilt nur bei Überschwemmung.

Wieder anders sieht es bei abgestellten Fahrzeugen aus: Nur Überschwemmungsschäden (nach einem Gewitter mit Platzregen) fallen unter die versicherten Risiken der Kfz-Voll- und Teilkaskoversicherung. Sie zahlt auch für verdorbene Autoteile (Radio), nicht aber für den im Wagen zurückgelassenen Koffer mit Pelzen oder Fotoausrüstung. Wer jedoch vom Wohnzimmerfenster zuschaut, wie das abgestellte Fahrzeug bei Hochwasser „nasse Füße" bekommt, geht leer aus, weil er genug Zeit hatte, sein Fahrzeug in Sicherheit zu bringen. Aber auch hier wieder eine Ausnahme: Der Hamburger, der seinen Camping-Wagen ständig auf den Moselauen abgestellt hat, wird im Schadensfall beim Versicherer nicht auf taube Ohren stoßen. HARALD POSNY

Erleichterung bei 8 Meter 99: Das Wasser der Mosel sinkt

Von WALTER H. RUEB

In der Nacht begann in Cochem aus einem 10 000-Liter-Tank Öl auszulaufen. Männer von der Feuerwehr und vom Technischen Hilfswerk (THW) setzten in den braunen Fluten als Taucher ihr Leben aufs Spiel und versuchten, das Leck zu schließen. Das war am Dienstag. Wenige Stunden nach dem Unglück löste der Bürgermeister Katastrophenalarm aus. Kurz darauf erreichte das Hochwasser der Mosel 8,75 Meter – nie hatte es seit der Kanalisierung im Jahre 1964 so hoch gestanden – und noch immer war kein Ende der Flut abzusehen.

Am Abend drängten sich die Bürger mit bekümmerten Gesichtern vor Tafeln mit den neuesten Wasserstands-Meldungen. Doch schnell verwischte strömender Schneeregen die Kreideschrift. Nachts störten Sirenen von Rettungsfahrzeugen und das Rauschen reißender Wasser die Stille. Und immer wieder hallten Rufe von Helfern durch die Dunkelheit. Paddel von Schlauchbooten schlugen in den engen Gassen einen ungewöhnlichen Takt. In den Gasthöfen zogen erschreckte Wirte ihre teuren Kegelbahnen an Winden unter die Decken, andere suchten händeringend nach zusätzlichen Pumpen, um in den Kellern den Reichtum in Flaschen zu retten.

Die sonst so laute Uferpromenade lag verlassen und fast zwei Meter tief unter Wasser da. Über schmale Holzstege balancierten ein paar verspätete Bürger nach Hause. Aus der Höhe des Pinner Berges aber leuchtete das riesige Lichterkreuz wie eine tröstliche Verheißung auf Cochem hinab. Doch weiter hielt die schwerste Hochwasser-Katastrophe seit Jahrzehnten die lebensfrohe Stadt im Griff.

„Das ist ein Land der Heimsuchung", meinte ein Cochemer mit bitterer Ironie über seine Heimat an der Mosel. „Wir werden im Sommer und Herbst von Strömen von Touristen, im Winter und Frühjahr von Strömen von Wasser heimgesucht." Entlang der Moselwindungen mit ihren hübschen Dörfern, Städten und Weinbergen, die das Stück Heimat weltbekannt und reich gemacht haben, hat man sich an die regelmäßigen Heimsuchungen gewöhnt. Diesmal ist es jedoch selbst jenem Geschäftsmann zu schlimm, der leichthin sagte: „Wo kein Hochwasser hinkommt, ist auch kein Geld zu machen."

In der Tat sind diesmal die Schäden größer und die Menschen noch ohnmächtiger gegen die Naturgewalten denn je. Bürgermeister Horst Hoffmann versuchte, die Katastrophe durch ein paar Zahlen auszudrücken: „300 Häuser stehen teilweise bis zum ersten Stock unter Wasser, jeder fünfte der 8000 Einwohner kann Haus oder Wohnung nur mit dem Boot erreichen."

Über die Lippen des Stadtoberhauptes kommt aber kein Wort der Klage. Er ist Kummer gewöhnt: Vor drei Wochen war das schöne Hallen-Wellenbad der Kreisstadt total niedergebrannt. „Wir müssen die Ruinen abreißen und das Bad für sechs Millionen neu bauen", sagt Hoffmann. Er hat etwa 30 der städtischen Bediensteten zum Heer der Helfer abgeordnet. Darin stellen Feuerwehr und Technisches Hilfswerk mit 60 Mann das Gerippe. „Die Helfer erhalten kein Geld, nur Essen und in Ausnahmefällen Verdienstausfall."

Solidarität wird in der Stadt großgeschrieben

Die Katastrophe hat, so seltsam es klingen mag, auch ihr Gutes: Da rücken die Menschen zusammen, helfen sich gegenseitig. Solidarität wird großgeschrieben, und zwar bei jung und alt. Wo etwas anzupacken ist, wird angepackt.

Doch auf eine ganz vordergründige Weise wächst auch die Distanz zwischen den Menschen: zum Beispiel die zwischen den Leuten von Cochem und Zell. Normalerweise sind es auf der Straße 35 Kilometer, knapp 20 Autominuten. Jetzt, da die Bundesstraße an beiden Moselufern überschwemmt und auch die meisten Brücken nicht passierbar sind, beträgt die Entfernung 70 Kilometer. Der Weg führt über Eifelhöhen, durch Wälder, Felder und Weinberge. Er ist nur von Ortsansässigen zu finden.

Taxifahrer Kurt Hochscheid ist so ein Ortskundiger, er kennt jeden Weg und Steg – dennoch benötigte er 70 Minuten bis Zell. Das Hochwasser hatte dort die Lichter lange vor Mitternacht ausgehen und laute, weinselige Lieder ersterben lassen.

In überfluteten Straßen der „Schwarze-Katze-Stadt" ragten Pkw gerade noch Zentimeter aus dem Wasser, bis zur Decke der Erdgeschoßräume stand Moselwasser. In trockenen Gassen wurden von schwitzenden Männern Weinpressen, Maschinen und Möbel auf die Straße gerettet. Rund um Zell standen Weinberge im Wasser, entlang des Moselufers sind die Dörfer von der Außenwelt abgeschnitten. Bauern und Gärtner werden nach der Flut Grund zu Klagen haben: überall sind Erdreich und Saat weggeschwemmt.

Bäckermeister Karl-Josef Rünz hat bereits überschlagen, wie teuer ihn das diesjährige Hochwasser kommt. „Ich bin, wie die meisten Geschäftsleute in Cochem, die eine gute Geschäftslage an der Moselpromenade haben und deshalb jedesmal vom Hochwasser betroffen sind, gut ausgerüstet: Ich habe für Pumpen und Kanäle mit Rückstoßventilen rund 8000 Mark investiert. Trotzdem steht meine Backstube unter Wasser, so daß ich daran gehindert bin, frische Ware für Laden und Café herzustellen. Ich erziele nur ein Drittel meines Umsatzes."

Wie ihm ergeht es Dutzenden von Geschäftsleuten, Hoteliers, Gastronomen. Das Heer der Helfer kann gerade die schlimmsten Auswirkungen des Hochwassers verhindern: da Sandsäcke stapeln, Stege errichten, ein paar Personen in Booten transportieren, dort ein paar Bürger mit dem Nötigsten versorgen.

Hans-Joachim Loosen, Ortsbeauftragter des Technischen Hilfswerks, hat 30 Mann an Pumpen und in Booten. Seit Tagen kennt er einen 18-Stunden-Tag, spricht mit dem eigenen Sohn nur als Einsatzleiter zum Untergebenen und kommt selbst in den Pausen nicht aus den hüfthohen Stiefeln. „Nur gut, daß wir in der Feuerwehr-Zentrale Frauen haben, die kochen und uns versorgen", sagt Loosen. „Schlafen – vielleicht."

Gestern morgen sah er etwas zuversichtlicher aus. Nachdem der Wasserpegel die ganze Nacht weiter gestiegen war, kam er um acht Uhr morgens bei neun Meter zum Stillstand. Eine Stunde später zitterte die Hand des städtischen Beamten, als er die neue Marke notierte: 8,99 Meter. „Das Wasser sinkt", klang es erleichtert bei den Umstehenden. Die frohe Botschaft verbreitete sich in Windeseile.

„Die CSU hat Stücklen nicht fallenlassen"

Von GÜNTHER BADING

Nach der Osterpause wird sich das neugewählte Bundestagspräsidium in der großen zweitägigen Debatte über die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl mit der neuen Situation im Parlament seit dem Einzug der Grünen auseinanderzusetzen haben. Einen Vorgeschmack auf ihre Absichten hat die grüne Fraktion schon in den Eröffnungssitzungen gegeben, als sie sogar zu der traditionellen Rede des Alterspräsidenten Geschäftsordnungsanträge einbrachte.

Der neue Parlamentspräsident Rainer Barzel, wie sein Vorgänger Richard Stücklen ein Mann mit jahrzehntelanger Bundestagserfahrung, hat schon gezeigt, daß er die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Eloquent und absolut sicher in der Handhabung der Geschäftsordnung mit all ihren möglichen Tricks kann Barzel sicherlich auch damit fertig werden, wenn es den Grünen gelingen sollte – wie nicht zuletzt in der CDU-Führung befürchtet – leichtchaotische Zustände im Bundestag zu verursachen. Die Wahl Barzels, für den im Kabinett Kohl kein Platz in

Bonner Bericht

einem klassischen Ressort war, läßt auch all jene Spekulationen in die Ferne rücken, daß der gesamtdeutsche Minister im ersten Kabinett Kohl nächstes Jahr Kandidat für die Bundespräsidentenwahl sein werde. Aus evangelisch-norddeutschen CDU-Kreisen heißt es schon jetzt, daß bei einem katholischen Kanzler und bei einem katholischen Bundestagspräsidenten das Staatsoberhaupt wohl der anderen Konfession angehören sollte.

Nur ein „Neuer" ist unter den vier Vizepräsidenten, die neben Barzel am 5. und 6. Mai die Aussprache über die Regierungserklärung leiten werden: Der ehemalige Sozialminister Heinz Westphal (SPD) ist für Georg Leber, der dem Bundestag nicht mehr angehört, von seiner Partei benannt worden. Geblieben sind Annemarie Renger (SPD), Richard Wurbs (FDP) und – jetzt als Vizepräsident – Richard Stücklen (CSU), der dem Bundestag seit 1949 angehört.

Richard Stücklens Amtsführung als Bundestagspräsident war unter den Abgeordneten der Fraktion von CSU und CDU nicht immer unumstritten. Dennoch haben sich die Unterhändler der CSU gegenüber der CDU-Spitze mehrfach dafür eingesetzt, daß Stücklen Parlamentspräsident bleiben sollte. In der CSU-Spitze ist man empört, daß jetzt der Eindruck erweckt werden soll, als habe CSU-Chef Franz Josef Strauß „für den Stücklen keinen Finger krumm gemacht". Völlig unabhängig von der Frage, wie viele Minister die CSU im zweiten Kabinett Kohl bekommen würde und davon, ob nun Franz Josef Strauß diesem Kabinett angehören würde oder nicht, habe der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl gegenüber der CSU erklärt, daß Stücklen nicht Parlamentspräsident bleiben könne. Die Verhandlungsdelegation der CSU setzte sich aus dem Vorsitzenden Strauß, dem damaligen Generalsekretär Edmund Stoiber und dem Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, zusammen.

Die in Bonn zu hörende Version, daß man es am wenigsten Helmut Kohl anlasten könne, wenn Stücklen habe gehen müssen, nannte Franz Josef Strauß gegenüber der WELT „schlechterdings eine glatte Verdrehung der Tatsachen". Kohl habe in den Gesprächen mit der CSU-Delegation mehrfach betont, daß er Stücklen zwar bei der Konstituierung des 9. Deutschen Bundestages die Zusage gegeben habe, er werde Parlamentspräsident bleiben. Eine Zusage für eine zweite Legislaturperiode habe es nicht gegeben.

Von vornherein habe der CDU-Vorsitzende Kohl auch erklärt, er werde es nicht zulassen, daß das Amt des Bundestagspräsidenten in Zusammenhang mit der Ministerliste gebracht werde. Ob die CSU drei, vier oder fünf Ministerien erhalte, habe nichts mit der Tatsache zu tun, daß Richard Stücklen von der CDU nicht mehr für das Amt des Bundestagspräsidenten vorgesehen sei. Kohl habe auf Barzel bestanden und auch die Gründe genannt, warum Stücklen abgelöst werden solle. Im Gespräch mit der WELT wollte Strauß diese Gründe allerdings nicht nennen.

Richard Stücklen, dessen Verhalten jetzt auf eine gewisse Enttäuschung schließen läßt, obwohl auch frühere Bundestagspräsidenten später wieder zu Vizepräsidenten wurden – wie der CDU-Politiker von Hassel oder auch Annemarie Renger –, war sich offenbar schon während der Verhandlungen von CSU und CDU darüber im klaren, daß er nicht länger die Nummer eins im Bundestag bleiben werde. Strauß selber hatte Stücklen in einem Telefonat noch vor der CSU-Vorstandssitzung in München am 21. März, auf der die Ergebnisse mit der CDU vorgelegt wurden, davon informiert, daß es große Widerstände gegen die Verlängerung seines Amtes als Bundestagspräsident gebe. In diesem Gespräch hatte Stücklen gegenüber Strauß erklärt, daß er bereit sei, auch das Amt des Vizepräsidenten zu übernehmen. Und in einem Interview während der Verhandlungswoche hatte Stücklen schon davon gesprochen, daß ihm von Strauß ein anderes, wichtiges Amt zugesagt worden sei.

In der Sitzung des CSU-Vorstands am 21. März gab Franz Josef Strauß dann bekannt, daß er Ministerpräsident in Bayern bleiben werde, daß die CSU mit fünf Ministern im Kabinett vertreten sein werde und daß das Amt des Bundestagspräsidenten von der CDU reklamiert werde. Teilnehmer an der Vorstandssitzung erklärten, Stücklen habe *sich dort sehr „honorig"* verhalten, um so unverständlicher sei es, wenn der Vizepräsident jetzt eine gewisse Enttäuschung und auch Larmoyanz an den Tag lege.

Strauß hatte Stücklen zugesagt, daß er ihn für das der CSU auf alle Fälle zustehende Amt eines Vizepräsidenten gegen jede mögliche Konkurrenz, auch aus den Reihen der eigenen CSU, durchsetzen werde.

Zwar ist bekannt, daß es in der Vergangenheit manchmal Differenzen zwischen Strauß und Stücklen gegeben hat. Die allerdings sind seit langem ausgeräumt. Zwischen beiden fällt kein böses Wort mehr, auch nicht das jetzt Strauß fälschlich unterschobene vom „feinen Franken" Stücklen, der sich für die Niederungen der bayerischen Politik zu schade sei.

SED ist stolz auf ihre Gäste von der SPD

Selbstkritische Worte des sowjetischen Vertreters auf der Karl-Marx-Konferenz in Ost-Berlin

H.-R. KARUTZ, Berlin

Auf der internationalen Marx-Konferenz auf der Ostberliner Spree-Insel erweisen sich selbst die angereisten Sendboten der sowjetischen Kommunisten als kritikfreudiger an den Erscheinungen des realen Sozialismus als die Gastgeber selbst. Während Erich Honecker am Eröffnungstag ein konfliktfreies Bild der „DDR"-Entwicklung zeichnete, räumte ZK-Sekretär Michail Simjanin „Fehler und Mängel, Dogmatismus, Bürokratismus und Nichtbeachtung der Bedürfnisse der Menschen" ein.

Währenddessen schmollte die SED: Konferenzsprecher Wolfgang Meyer, im Außenministerium Vollstrecker der Ausweisung mißliebiger West-Journalisten, sprach davon, die Partei sei vom Fehlen der Ostblock-Generalsekretäre keineswegs enttäuscht. Denn: „Das war überhaupt nicht vorgesehen!"

Übereinstimmende Berichte westlicher Medien über die verschnupfte Reaktion der SED-Führung auf die zweitrangige Vertretung der Bruderparteien auf dem Marx-Kongreß sowie die Hinweise auf die tief angesiedelte Zusammensetzung der beiden SPD-Reisenden nach Ost-Berlin ließ die Partei nicht ruhen.

Meyer – bei Helmut Schmidts Werbellinsee-Besuch das Pendant zu Regierungssprecher Kurt Bekker – gab ein Statement. Es enthüllte, was es eigentlich verhüllen sollte – die Empfindlichkeiten Ost-Berlins, wenn sich westliche Einschätzungen via Fernsehen oder die Lektüre westlicher Blätter in der Hand des Delegierten im Gegensatz zum Wunschbild der SED befinden. „Im Gegenteil", meinte Meyer, die SED sei „sehr froh" und sehe alle ihre Erwartungen über die Konferenz noch „übertroffen".

Mit leichtem Triumph in der Stimme sagte Meyer hinsichtlich der beiden SPD-Gäste: „Es muß darauf hingewiesen werden, daß eine solche Teilnahme erstmalig ist. Ich kann mich wirklich nicht erinnern, daß eine Delegation der SPD einer Einladung der SED zu einer Konferenz gefolgt ist, noch dazu einer, die Karl Marx gewidmet ist."

Gestern sprach der SPD-Delegationsleiter Wilhelm Bruns im Palast der Republik. Bruns, Leiter der Abteilung Außenpolitik und „DDR"-Forschung in der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, meinte, beide deutschen Staaten sollen den Gedanken einer gemeinsamen Sicherheit akzeptieren. Die Idee einer gemeinsamen Sicherheitspolitik könne unter dem Motto stehen „Partnerschaft zur Sicherheit".

Die Langeweile der Konferenz, die bislang lediglich im unwissenschaftlichen Ablesen bis zu 15 Minuten langer Erklärungen bestand, die weder diskutiert, debattiert, disputiert oder reflektiert werden, ermüdet. Anderntags findet sich der Wortlaut dann im bis auf 16 Seiten anschwellenden „Neuen Deutschland". Hier konnten professionelle Abonnenten am Dienstag nachlesen, was ZK-Sekretär Michail Simjanin an selbstkritischen Darstellungen der Sowjet-Wirklichkeit einbrachte.

Er berührte indirekt sogar ein Reizthema, das Honecker im Prinzip ebenfalls hätte aufgreifen können. Simjanin verwies auf die heikle Phase der „Übergangsperiode" vom Kapitalismus zum Sozialismus: „Hier steht die Frage einer möglichen Restauration des Kapitalismus durch die feindlichen Kräfte noch ziemlich scharf. Die Erfahrungen zeigen, daß Fehler in der Politik der regierenden Parteien eine Belebung der konterrevolutionären, restaurativen Bestrebungen dieser oder jener feindlichen Gruppen bewirken können."

Beschwor Honecker am letzten Morgen eine nahezu heile sozialistische Welt im eigenen Land, merkte Simjanin an: „Es ist verständlich, daß noch nicht alles leicht und einfach geht, daß manches, was geplant wurde, manchmal nicht zu den festgelegten Terminen und im vollen Umfang erfüllt werden kann." Deshalb sei es sehr wichtig, „unaufhörlich die Organisiertheit und Disziplin zu festigen". Mit solcherlei Widrigkeiten brauchten sich westliche Delegierte nicht abzumühen. KPÖ-Chef Franz Muhri aus Wien plädierte für einen „Sozialismus in den Farben Österreichs, der vielen „DDR"-Bürgern, die diese Formel im SED-Organ lasen, schon wie das irdische Paradies vorkäme. Auch Francette Lazard, Mitglied des Politbüros der französischen Kommunisten, gebrauchte diesen Begriff aus der roten Farbenlehre.

Sie mußte sich der Mühe unterziehen, ihre Partei zugleich als „Kampf- und Regierungspartei" plausibel zu machen. Die KPF handele entsprechend den „Mehrheitsentscheidungen" der Franzosen und aufgrund der „eingegangenen Verpflichtungen" in der Regierung. Sie kratzte auch ein wenig am Denkmal Marx, dem Ost-Berlin mitten im Stadtkern bis 1983 ein bis zu 3,50 Meter hohes Nirosta-Ehrenmal errichten will:

„Marx hinterließ als Philosoph kein System, als Ökonom keine Doktrin und als Politiker verfaßte er kein Handbuch für Revolutionäre." Andere Töne, als üblicherweise am alten Berliner Lustgarten schwingen, schlug Madame Lazard auch mit ihrer Definition von Abrüstung an: Sie forderte eine „ausgewogene Reduzierung aller Waffensysteme, gleiche Sicherheit für jeden!"

Regierung in Grönland überlebt knapp die Wahl

R. GATERMANN, Kopenhagen

Bei den grönländischen Parlamentswahlen mußte die bisher mit einer absoluten Mehrheit regierende sozialistische Siumut-Partei eine Niederlage hinnehmen. Sie wird jedoch weiterhin die politischen Geschicke der Insel lenken, weil sie mit Unterstützung der beiden Abgeordneten der bisher nicht im Landesting vertreten gewesenen linkssozialistischen Inuit-Partei weiterhin eine Mehrheit hält.

Damit zerschlagen sich die in EG-Kreisen gehegten Hoffnungen, Grönland könnte bei einer Machtübernahme durch die oppositionelle Atassut-Partei seine Absicht, aus der Gemeinschaft auszutreten, rückgängig machen. In der im Mai beginnenden vierjährigen Legislaturperiode werden 26 statt bisher 21 Abgeordnete im Landesting sitzen. Zwölf kommen von der Siumut-Partei, gegenüber der Abstimmung von 1979 verlor sie ein Mandat; die gleiche Anzahl entfällt auf die bürgerliche Atassut-Partei (plus vier) und zwei (plus zwei) auf die Inuit-Partei.

Auch wenn der Atassut-Vorsitzende Lars Chemnitz in der Wahlnacht von einer Koalitionsmöglichkeit mit Siumut sprach und deren Vorsitzender Jonathan Motzefeldt erklärte, künftig im Parlament auf Atassut größere Rücksicht nehmen zu wollen, dürfte sich im Grunde an der politischen Linie nichts ändern, vor allem nicht in der EG-Frage, weil hier die beiden Inuit-Abgeordneten voll hinter der Regierung stehen werden.

Jetzt hat auch Bayern einen Naturschutzfonds

Modellversuch mit bleifreiem Benzin in München

PETER SCHMALZ, München

Als größtes deutsches Bundesland hat der Freistaat Bayern im Umweltschutz schon manche Pioniertat geleistet. Nun mußte er aber auf dem Gebiet des Naturschutzes einen Nachholbedarf eingestehen: Erst nachdem fast die Hälfte aller Bundesländer einen Naturschutzfonds gegründet haben, wurde er nun auch in Bayern eingeführt. Als Stiftungsvermögen erhält der Fonds, dessen Stiftungsrat sich gestern konstituierte, fünf Millionen Mark aus dem bayerischen Etat. Weitere Mittel sollen durch steuerlich abzugsfähige Spenden erzielt werden.

Der Naturschutzfonds ist in Artikel 43 a des Bayerischen Naturschutzgesetzes verankert und soll schneller, unbürokratischer und wirksamer als bisher den Ankauf von ökologisch wertvollen Grundstücken ermöglichen. Bayerns Umweltminister Alfred Dick gestern vor der Presse: „Er kann aber zum Beispiel auch Landwirten eine Nutzungsentschädigung gewähren, wenn diese auf einem ökologisch wichtigen Feld freiwillig auf eine intensive land- oder forstwirtschaftliche Nutzung verzichten. Außerdem kann auch die Pacht derartiger Grundstücke gefördert werden." Nach der Fonds-Satzung darf das Stiftungsvermögen nicht angetastet werden, ohne Spenden stehen daher nur die vom Zinsniveau abhängigen Vermögenserträge als Gelder zur Verfügung. Das wären derzeit jährlich rund 300 000 Mark. Doch allein in Bayern mußten jedes Jahr für ungefähr 2,4 Millionen Mark schützenswerte Grundstücke aufgekauft werden.

Baden-Württemberg hat sich bei seinem Naturschutzfonds auf die Spendenhoffnung nicht verlassen. Der Fonds wurde zwar mit einem mageren Stiftungsvermögen von nur 300 000 Mark ausgestattet – womit dieses Bundesland nach Hessen mit 10 Millionen, Bayern mit nunmehr fünf Millionen, Rheinland-Pfalz mit 2 und Schleswig-Holstein mit 1,5 Millionen an letzter Stelle steht. Beim Geldausgeben sind die schwäbischen Naturschützer jedoch Bundesmeister: In den vergangenen fünf Jahren konnten sie zehn Millionen Mark investieren. Die große Diskrepanz zwischen Vermögen und Ausgaben ergibt sich aus der besonderen Konstruktion des baden-württembergischen Naturschutzfonds: Ihm fließen Mittel aus dem „Spiel 77" und aus Ausgleichszahlungen zu, die von Firmen für umweltbelastende Aktivitäten zu leisten sind. So verfügte der Fonds in Stuttgart 1980 über 1,4 Millionen Einnahmen, der Löwenanteil von 900 000 kam aus dem Glücksspiel, 272 000 Mark flossen über die Ausgleichszahlungen zu und nur knapp 130 000 Mark über Spenden.

Bayerns Umweltminister will nun mit dem Finanzministerium verhandeln, ob auch die weißblauen Naturschützer an Glücksspiel-Geldern teilhaben könnten. Eine Ausgleichszahlung lehnt Bayern ab. Dick: „Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, als könnte sich jemand im Umweltschutz freikaufen."

Ein bundesweites Signal gegen die Umweltverschmutzung will Münchens Oberbürgermeister Erich Kiesl setzen. Er beauftragte gestern das städtische Umweltreferat mit einem Modellversuch für bleifreies Benzin. Die Stadt wird demnächst auf eigenem Gelände eine Zapfsäule für derartiges Benzin einrichten, das von einer Raffinerie in Gelsenkirchen bezogen wird und 40 Wagen für diesen Versuch bereitstellen. Bei den Autos handelt es sich um deutsche Fabrikate, die mit den für den Export in die USA oder nach Japan notwendigen Abgaskatalysatoren ausgerüstet sind. Dadurch kann der Schadstoffanteil der Autoabgase um 90 Prozent verringert werden.

Uwe Barschel stellt sein verjüngtes Kabinett vor

Gräfin Brockdorff wird Sozialministerin

BERND LAMPE, Kiel

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel hat sich entschlossen, trotz des plötzlichen Todes des CDU-Bundestagsabgeordneten Harm Dallmeyer, der zwei Tage vor seiner Ernennung zum Innenminister an einem Herzversagen verstarb, ein „umfangreiches Revirement" seiner Regierung vorzunehmen. Barschel sagte gestern in Kiel bei der Vorstellung des Kabinetts, er habe damit im Sinne der Familie und des Verstorbenen gehandelt.

Der 38jährige Ministerpräsident setzte mit dem neuen verjüngten Kabinett ein deutliches Zeichen für die künftige viereinhalbjährige Regierungsarbeit. Mit der Berufung von Ursula Gräfin von Brockdorff (47) gehört zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte des Landes wieder eine Frau dem Kabinett an. Sie wird das Sozialministerium leiten, das schon in den sechziger Jahren von einer Frau, Lena Ohnesorge, geführt wurde. Gräfin Brockdorff ist seit mehr als zwanzig Jahren in der Sozialarbeit tätig und Mitglied des Präsidialrates des Deutschen Roten Kreuzes. Sie gehört der CDU an, hat aber kein Landtagsmandat. Ihre Schwester Sophie-Elisabeth von Behr Negendanck, die stark in der Frauenbewegung engagiert ist, gehörte der Regierungsmannschaft des gescheiterten Ministerpräsidentenkandidaten Björn Engholm bei der Landtagswahl vor einem Monat an.

Ihr Amtsvorgänger, der 52jährige Professor Walter Braun, scheidet aus dem Kabinett aus. Braun gehörte zu den dienstältesten Ministern und war auch von 1969 an zehn Jahre lang Kultusminister. Neu berufen wurde auch der bisherige finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Roger Asmussen (46). Sein Amtsvorgänger Titzck wurde als Nachfolger von Helmut Lemke zum Landtagspräsidenten gewählt.

Der 54jährige Henning Schwarz kehrt in das Justizministerium zurück, das er von 1969 an zehn Jahre lang leitete. Schwarz wird in Personalunion zugleich das Bundesratsministerium behalten. Er ist auch stellvertretender Ministerpräsident. Karl Eduard Claussen (52), der als Justizminister seit Oktober vorigen Jahres das Innenressort mitverwaltete, wurde nun zum Innenminister ernannt. Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (55) und Landwirtschaftsminister Günter Flessner (52), der mit einer schweren Sportverletzung im Krankenhaus liegt, wurden in ihren Ämtern bestätigt. Sie gelten als Säulen des Kabinetts. Auch Kultusminister Peter Bendixen (39) behält sein Ressort.

Mit der Kabinettsumbildung wurden auch einige Positionen der Staatssekretäre neu besetzt. Der bisherige Amtschef in der Staatskanzlei, Georg Poetzsch-Heffter, wurde von dem früheren Staatssekretär im Finanzministerium, Hanns-Günther Hebbelm, abgelöst. Hebbelm gilt als exzellenter Verwaltungsfachmann. Poetzsch-Heffter wurde zum Bevollmächtigten beim Bund und Beauftragten für die Europäische Gemeinschaft ernannt und ist auch künftig Staatssekretär im Justizministerium.

Ihr Amtsvorgänger, der 52jährige Professor Walter Braun, wurde aus dem Kabinett entlassen. Sein 60 Jahre alter Amtsvorgänger Günter Wetzel wurde in den Ruhestand versetzt. Wetzel war zuvor auch Staatssekretär in Hessen und Bonn. Im Finanzministerium wurde der bisherige Abteilungsleiter Carl Hermann Schleifer zum Staatssekretär ernannt. Die CDU-Fraktion wählte gestern ebenfalls einen neuen Fraktionsvorstand. Neben Fraktionschef Heiko Hoffmann, der schon vorher in seinem Amt bestätigt worden war, gehören nun die Abgeordneten Klaus Kribben, Fritz Latendorf und Leo Spaeth dem engeren Vorstand an.

Beihilfekürzung für Beamte zulässig

dpa, Mannheim

Beamte müssen nach einer Entscheidung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) in Mannheim Kürzungen von gewährten Beihilfen in Kauf nehmen. Solche Kürzungen seien „innerhalb bestimmter Grenzen" mit höherrangigem Recht vereinbar, heißt es in dem gestern veröffentlichten Beschluß.

Ein früherer Amtsinspektor hatte in diesem Normenkontrollverfahren eine vom Stuttgarter Finanzministerium vorgenommene Änderung der Beihilfeverordnung vom Februar 1982 angefochten, nach der es für ihn zu einer Kürzung seiner Beihilfe um 100 Mark im Monat gekommen war. Der Ruheständler sah eine Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, der darüber hinaus unbeachtet gelassen habe, daß Empfänger beamtenrechtlicher Versorgungsbezüge erheblich höhere Aufwendungen für die notwendige Eigenvorsorge gegen Krankheitsfälle aufwenden müßten als aktive Beamte.

Darin folgte ihm das Gericht jedoch nicht. Die vom Ministerium erlassene Kürzungsnorm sei mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn wohl vereinbar. Die Fürsorgepflicht gebe dem Dienstherrn auf, Beamte und Versorgungsempfänger sowie deren Familien in Notfällen angemessen zu unterstützen. Die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen stelle eine „Konkretisierung dieser Verpflichtung" dar. Wegen des nur ergänzenden Charakters der Beihilfe „sind jedoch auch Härten und Nachteile hinzunehmen", erklärten die Richter. (AZ.: Vier S 1672/82)

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Die Luftwaffe hat dringenden Nachholbedarf"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der neue Inspekteur der deutschen Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Eimler, hat sein Amt zu einem Zeitpunkt angetreten, in dem sich Probleme der Bundeswehr, bedingt durch knappe Finanzen und schmaler werdende Rekrutenjahrgänge, belastend für die Kampfkraft der Verbände auswirken, besonders in der Luftwaffe. Mit den gleichen negativen Erscheinungen haben auch verbündete Luftwaffen zu kämpfen, die auf und über dem Gebiet der Bundesrepublik operieren. Darauf wies Eimler in einem Gespräch mit der WELT hin. Der General war, bevor er an die Spitze der deutschen Luftwaffe kam, stellvertretender Befehlshaber der NATO-Luftstreitkräfte (AAFCE).

Seine Erfahrungen veranlaßten ihn zu der Bemerkung, die westliche Luftverteidigung in Europa habe „dringenden Nachholbedarf" und die im Einsatz befindlichen Waffensysteme seien den Anforderungen nicht mehr gewachsen. Denn in den letzten Jahren sei die Kampfkraft der Luftwaffe des Warschauer Pakts gewachsen.

Zu der Frage, welcher Verteidigungswaffe gegen Angriffsflugzeuge die Zukunft gehöre, meinte Eimler: „Luftverteidigung allein mit Raketen ist schwer vorstellbar." Der General hob die besondere Bedeutung der Operation mit Flugzeugen hervor, einer flexiblen Verteidigung im beweglichsten Teil von Kriegführung in kürzesten Zeiträumen über sehr weite Entfernungen.

Hätte der Verteidiger gegen fliegende Angriffsverbände allein bodengestützte Raketen, könnte der Angreifer nach den Worten des Inspekteurs mit der Konzentration von Flügen in einem bestimmten Luftkorridor die Radarerfassung und -lenkung der Luft-Boden-Raketen „sättigen", so daß „alles durchmarschiert". Gegen derartige Angriffsschwerpunkte brauche der Verteidiger entsprechende Mittel zur Bildung von Verteidigungsschwerpunkten. „Dies können nur bemannte Jäger", stellte Eimler fest. Deshalb komme auch die deutsche Luftwaffe nicht um die Forderung nach Beschaffung eines Jagdflugzeuges für die neunziger Jahre herum, obwohl die Finanzierungsaussichten nicht eben freundlich seien.

Über die Auslegung dieses neuen Jagdflugzeuges wollte sich der Inspekteur noch nicht im Detail äußern. Denkbar sei der Entwurf eines multinationalen Konzepts ähnlich wie beim „Tornado".

Für die Abriegelung des Gefechtsfeldes in der Tiefe des Raumes gebe es zum Tornado nichts Gleichwertiges.

Auf dem Gebiet der Beschaffung neuer Systeme für die „elektronische Kampfführung" müsse die NATO noch viel mehr tun, meinte der neue Inspekteur. Angesichts der kommenden geburtenschwachen Jahrgänge muß sich die Luftwaffe Eimler zufolge „Unorthodoxes" einfallen lassen, wie z. B. die Einstellung von mehr und längerdienenden Soldaten oder stärkere Verfügungsbereitschaft bei den Wehrpflichtigen.

Minister Zimmermann nach Aussetzung der Volkszählung: 1982 hat kein Datenschutzbeauftragter die Stimme erhoben

Der politische Streit ging immer nur ums Geld

Von E. NITSCHKE

Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl war gesetzlich verpflichtet, die Volkszählung durchzuführen. Dieser Verpflichtung ist sie durch die einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts enthoben." Jetzt müsse man das Endurteil abwarten. Die Reaktion von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf den Spruch von Karlsruhe faßt in aller Kürze die lange Geschichte des Zensus 1983 zusammen.

Mit seiner Feststellung: „Erneut ist die alte Bundesregierung Schmidt mit einem Gesetz am Bundesverfassungsgericht gescheitert", beleuchtete er nochmals den ganzen Hintergrund der praktisch über zwei Legislaturperioden ausgedehnten Auseinandersetzungen um dieses Gesetz. Zimmermann: „Das Gesetz entstand unter der Federführung des früheren Bundesinnenministers Baum, wurde vom früheren Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel unbedenklich mitgezeichnet und vom früheren Bundeskanzler Schmidt unterschrieben." Der Minister weiter: Bundestag und Bundesrat hätten das Gesetz dann 1982 einstimmig verabschiedet, kein Datenschutzbeauftragter habe seine Stimme erhoben, jetzt werde man „das Endurteil des Bundesverfassungsgerichts in der Sache abwarten".

Tatsächlich: Widerstand gegen die Volkszählung bestand über Jahre und quer durch die Bundesrepublik ausschließlich in der Diskussion über die Verteilung der Kosten. Bis es am 28. März 1982 beim Inkrafttreten feststand, daß der Bund den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden damit auferlegt würden, einen Finanzbeitrag von 2,50 Mark je Einwohner zuweisen würde, vergingen praktisch drei Jahre. Im Gesetzesbeschluß des Deutschen Bundestages vom 4. Dezember 1981 (Drucksache 558/81) war noch die Rede von einer Entschädigung von jeweils einer Mark gewesen. Und nur weil alle Länder gemeinsam an neuen Zahlen und Fakten interessiert waren, weil die Kommunen darauf drängten, ließ sich der Bund zu der Mehrausgabe bewegen. Ursprünglich sollten die Gemeinden mit 196,5 Millionen Mark, die Länder mit rund 253,3 Millionen Mark und der Bund mit 35 Millionen Mark belastet werden.

Von diesem Zeitpunkt an war auch der komplette Fragenkatalog für die Volkszählung bekannt – der wurde zwischen den Paragraphen zwei und zehn völlig ausgebreitet, ohne daß sich irgendwo Widerstand regte. Im Paragraphen 9, heute im Mittelpunkt der Kritik, hieß es schon damals im Entwurf: „Angaben der Volkszählung... können, soweit sie sich nicht auf Telefonanschluß, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft und Staatsangehörigkeit beziehen, mit den Melderegistern verglichen und zu deren Berichtigung verwendet werden."

Gegenüber dem ersten Entwurf sind die Gesamtkosten durch Rücknahme von Fragekomplexen auf 371 Millionen Mark vermindert worden. Verzichtet wurde auf die Grundstückszählung insgesamt, bei der Gebäudezählung wurden erhebliche Einschränkungen vorgenommen und bei den Unternehmen verzichtete man auf die Nennung der Gesamtumsätze. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Werner Broll hatte anläßlich der Bundestagsdebatte am 2. Dezember 1981 dazu die Ansicht vertreten: „Je kleiner eine kommunale Einheit ist, je gefährlicher ist die Bekanntgabe solcher Zahlen."

Angesichts der Tatsache, daß bei der letzten Volkszählung von 1970 festgestellt worden war, daß es in der Bundesrepublik 857 707 Einwohner weniger gab, als durch „Fortschreibung" älterer Zahlen angenommen worden war, sagte Broll unter allgemeinem Beifall: „Das rechtzeitige Ausgeben von Geld, zum Beispiel für eine Volkszählung, kann auch angesichts der Größe der verursachten Kosten helfen, dem Staat Kosten zu ersparen. Geldausgeben zur rechten Zeit ist manchmal billiger, als zu lange mit solchen Dingen zu warten." Der eigentlich angesetzte Zähltermin 20. Mai 1981 ging aber wegen des schwierigen Starts der Aktion ungenutzt vorbei.

Wichtig ist noch festzuhalten, daß es wenige Sitzungen des Deutschen Bundestages gibt, von denen das gedruckte Protokoll so viel über Heiterkeit, Zustimmung und Applaus bei allen Fraktionen berichtet.

Während der ganzen restlichen Regierungszeit der Regierung Bundeskanzler Helmut Schmidt war die Volkszählung dann kein Thema. Am 11. Januar 1983 meldete sich der „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz" (BBU) und stellte die Bedingung, die Standorte für die geplanten Atomwaffen in der Bundesrepublik, über die schon verschiedentlich in Zeitschriften berichtet worden war, sollten offiziell bekanntgemacht werden, andernfalls werde man Widerstand gegen die Volkszählung leisten. Kritik an ihrem Inhalt wurde dabei vorerst nicht erwähnt. Fast vier Wochen später kündigten die Grünen von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf an, sie wollten einen Boykott der Volkszählung unterstützen.

Der nun auf breiter Front einsetzenden Anti-Volkszählungs-Kampagne, der sich auch Teile der SPD anschlossen (der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve über seine Zustimmung zum Gesetz: „Asche auf mein Haupt!"), war das Statistische Bundesamt als Endempfänger der Volkszählungs-Erhebungen nicht gewachsen. So schnell, wie er produziert wurde, konnte viel Unsinn über den Zensus gar nicht dementiert werden. Zudem hatte sich das Amt auf ein Anlaufen von Werbespots im Fernsehen und von aufklärenden Inseraten in der Presse für die Zeit von vier Wochen vor dem Stichtag des 27. April 1983 eingestellt. So konnten Kritiker, ohne daß der Bürger die Fragebogen schon gesehen hätte, die Behauptung in die Welt setzen, es würden 500 (!) Fragen gestellt, die „Aushorchung" dringe tief ins Privatleben des einzelnen ein, sie sei ein „Selbstbedienungsladen", aus dem jedermann und jede amtliche Stelle Einzeldaten erhalten könne. Schließlich das Hauptargument: Die großen Datenmengen aus der Volkszählung verleiten zum Mißbrauch, weil sie in Kombination mit anderen Angaben und unter Ausnutzung der Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung den „gläsernen Menschen" schaffen würden.

In den sich formierenden Widerstand gegen die Volkszählung fielen Anfang März 1983 die Äußerungen der Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (Bayern) und Uwe Barschel (Schleswig-Holstein), die sich aus ganz anderen Gründen als die vom „Widerstand" Genannten für eine zeitliche Verschiebung der Zählung aussprachen. Am 8. März schließlich, das Bundesland Hamburg hatte sich schon für eine Verschiebung der Befragung eingesetzt, erhoben die beiden Hamburger Rechtsanwältinnen Stadtler-Euler und Wild und der Jurastudent Gunther Freiherr von Mirbach beim Bundesverfassungsgericht ihre Beschwerde. Zu dieser Zeit sprachen die Grünen in Bonn bereits von „500 Bürgerinitiativen" gegen den Zensus und von einer neuen „Datenschutzbewegung".

Die Entscheidung der Karlsruher Richter im Wortlaut

DW. Karlsruhe

Bundesverfassungsgericht Aktenzeichen 1 BvR 209 aus 83 und 269 aus 83

Im Namen des Volkes

Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts erließ folgendes Urteil. Eine einstweilige Anordnung wird erlassen: Die Durchführung der auf den 27. April 1983 festgesetzten Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung gemäß dem Volkszählungsgesetz 1983 vom 25. März 1982 wird bis zur Entscheidung über die Verfassungsbeschwerden ausgesetzt. Gründe:

I. Am 4. März ist das Volkszählungsgesetz 1983 vom Bundestag einstimmig verabschiedet worden. Der Bundesrat hat dem Gesetz zugestimmt. Weiter heißt es in dem Urteil:

Die Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung sind zulässig und begründet. Nach Paragraph 32 Abs. 1 BVerfGG kann das Bundesverfassungsgericht im Streitfall einen Zustand durch einstweilige Anordnung vorläufig regeln, wenn dies zur Abwehr schwerer Nachteile oder aus einem anderen wichtigen Grund zum allgemeinen Wohl dringend geboten ist. 1. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist bei der Prüfung der Voraussetzungen des Paragraphen 32 Abs. 1 BVerfGG ein strenger Maßstab anzulegen; das gilt besonders, wenn ein bereits in Kraft getretenes Gesetz außer Vollzug gesetzt werden soll.

Dabei haben die Gründe, welche die Antragsteller für die Verfassungswidrigkeit der angegriffenen Vorschriften anführen, grundsätzlich außer Betracht zu bleiben, es sei denn, die Verfassungsbeschwerde erweist sich von vornherein als unzulässig oder offensichtlich unbegründet. Die einstweilige Anordnung kann gerade deshalb nötig werden, weil dem Gericht die zur gewissenhaften und umfassenden Prüfung der für die Entscheidung der Hauptsache erheblichen Rechtsfragen erforderliche Zeit fehlt; es wäre dann nicht angängig, den Erlaß einer einstweiligen Anordnung von etwas Ungewissem, der summarischen Abschätzung der Erfolgschancen in der Hauptsache, abhängig zu machen. Das Bundesverfassungsgericht muß vielmehr die Folgen abwägen, die eintreten würden, wenn eine einstweilige Anordnung nicht erginge, die Verfassungsbeschwerden aber Erfolg hätten, gegenüber den Nachteilen, die entstünden, wenn die begehrte einstweilige Anordnung erlassen, den Verfassungsbeschwerden aber der Erfolg zu versagen wäre.

II. Die Verfassungsbeschwerden sind weder unzulässig noch offensichtlich unbegründet. In dem Verfahren über die Hauptsache werden Grundfragen des Schutzes grundrechtlicher Positionen des einzelnen als gemeinschaftsgebundene und gemeinschaftsbezogene Persönlichkeit unter den besonderen Bedingungen der seit der Mikrozensus-Entscheidung von 1969 fortentwickelten Möglichkeit der Statistik und der automatischen Datenverarbeitung aufgeworfen, die einer eingehenden Prüfung bedürfen.

III. Die gebotene Abwägung führt zu folgendem Ergebnis: Ergeht die einstweilige Anordnung nicht, erweisen sich aber die Verfassungsbeschwerden als begründet, verletzt der Vollzug des Gesetzes sämtliche auskunftspflichtigen Bürger in ihren Grundrechten. Diese Grundrechtsverletzungen könnten in ihren Auswirkungen von unterschiedlichem Gewicht sein. Sie würden am schwersten wiegen, soweit die Daten gemäß Paragraph 9 Abs. 1–4 des Gesetzes im Wege des Verwaltungsvollzugs unwiderruflich der Verwertung zugeführt würden. Demgemäß war der Senat einstimmig der Auffassung, daß jedenfalls der Vollzug dieser Vorschriften einstweilen auszusetzen sei.

Eine solche teilweise Aussetzung ist jedoch nach Ansicht der Mehrheit nicht ausreichend. Sie hätte zur Folge, daß die Daten erhoben und gespeichert würden. Die Frage, ob bereits diese Maßnahmen unter den Bedingungen der autmomatischen Datenverarbeitung zu einer Grundrechtsverletzung führen, kann nicht ohne eingehende Prüfung beantwortet werden. Solange sich auch insoweit eine Grundrechtsverletzung nicht ausschließen läßt, muß auch die nur einmalige und in gutem Glauben an die Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen begangene Verletzung als schwerer Nachteil für das gemeine Wohl angesehen werden. Zudem hätte eine teilweise Aussetzung zur Folge, daß die übrigen Bestimmungen anzuwenden wären, obwohl die Unsicherheit über ihre Verfassungsmäßigkeit nicht behoben wäre; dies könnte die Brauchbarkeit der Ergebnisse der Volkszählung in erhöhtem Maße gefährden. Ob eine nur teilweise Ausführung des Gesetzes zum jetzigen Zeitpunkt den Vorstellungen des Gesetzgebers eher entspräche als eine Verschiebung der Volkszählung im ganzen bis zur verfassungsrechtlichen Klärung, kann offenbleiben.

Ergeht die einstweilige Anordnung, erweist sich die Verfassungsbeschwerde aber später als unbegründet, wiegen die damit verbundenen Nachteile weniger schwer. Die einstweilige Anordnung schafft keinen endgültigen und irreparablen Zustand; sie nimmt insbesondere die Entscheidung in der Hauptsache nicht vorweg. Die Volkszählung kann stattfinden, wenn und soweit das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, daß ihre Durchführung verfassungsrechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen. Eine spätere Erhebung würde dann lediglich voraussetzen, daß gesetzlich ein neuer Stichtag festgelegt wird. Die Bundesregierung hätte auf eine von der EG-Richtlinie vom 14. Dezember 1981 (81/1059/EWG) abweichende Richtlinie hinzuwirken. Es kann zwar nicht außer acht bleiben, daß bisher schon für die Vorbereitung der Durchführung der Volkszählung beträchtliche Kosten entstanden sind, die sich nach Angaben des Bundesministers des Inneren auf etwa 100 Millionen DM belaufen. Diese Kosten könnten im Falle einer Verschiebung der Volkszählung weitgehend verloren sein. Andererseits würde eine Durchführung der Volkszählung nach abschließender Beurteilung ihrer Verfassungsmäßigkeit und der mit ihr verbundenen Behebung der Unsicherheiten zuverlässigere Ergebnisse erwarten lassen und damit den Einsatz der weiteren erheblichen Mittel rechtfertigen.

Diese Entscheidung ist mit 5:3 Stimmen ergangen.

„15 Prozent der Berliner sind 1990 Ausländer"

F. D. Berlin

Die Zahl der derzeit in Berlin lebenden 248 000 Ausländer wird bis zum Jahr 1990 um weitere 30 000 steigen. Zu dieser Prognose kommt eine jetzt veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag des Berliner Senats. Wegen der prognostizierten gleichzeitigen Abnahme der deutschen Bevölkerung in Berlin werde sich somit der Ausländeranteil der Stadt von gegenwärtig 12,5 Prozent auf 15 Prozent erhöhen. Berlin liege dann „bei weitem über dem Durchschnitt der Bundesrepublik", der bei 7,5 Prozent liege.

Während im übrigen Bundesgebiet der Zuzug von Ausländern bei nahezu konstanter deutscher Einwohnerzahl zu einem erheblichen Bevölkerungszuwachs führte, sank die Einwohnerzahl Berlins in den vergangenen zwanzig Jahren um 200 000 Personen. Einer Bevölkerungsabnahme von 420 000 bei den Deutschen steht dabei ein Zuwachs von 220 000 bei den Ausländern gegenüber. Nach der DIW-Studie sind die Hälfte aller Ausländer in Berlin Türken (119 000), die Jugoslawen liegen mit 31 000 Einwohnern an zweiter Stelle. Die DIW-Experten gehen bei ihrer Prognose allerdings davon aus, daß die als Folge der EG-Assoziierung der Türkei nach 1986 vorgesehene „Freizügigkeit" für türkische Arbeitnehmer nicht verwirklicht wird, die einen freien Zuzug in die Länder der EG vorsieht.

In der Wertung der Berlin-Studie kommt das DIW zu dem Schluß, es bedürfe „besonderer gesellschaftspolitischer Anstrengungen zur Lösung der Integrationsprobleme". Dies gelte „auch dann, wenn durch entsprechende politische Maßnahmen wie eine Rückkehrförderung der Anstieg der Ausländerzahl deutlich geringer ausfällt als berechnet".

Unita will Angolas Norden auch erobern

Co. Bonn

Die angolanische Unabhängigkeitsbewegung UNITA, die nach eigener Darstellung zwei Drittel des Landes kontrolliert, will in diesem Jahr die in Luanda regierende linksgerichtete MPLA auch aus dem Norden Angolas vertreiben. Diese Absicht verkündete gestern der stellvertretende außenpolitische Sprecher der UNITA, Oberstleutnant Tito Chingunji, vor Journalisten in Bonn.

Die UNITA erhalte von der angolanischen Bevölkerung – wegen der Fähigkeiten des UNITA-Führers Savimbi, der katastrophalen Wirtschaftslage und der wachsenden Machtkämpfe innerhalb des MPLA-Regimes – große Unterstützung, erklärte Chingunji. Zur Zeit verfüge die Bewegung über eine reguläre Armee von 15 000 Mann und über 25 000 Guerrilla-Kämpfer. Auch im Norden nehme die Unterstützung durch die Bevölkerung zu. Dies erleichtere das weitere Vordringen.

Mit Nachdruck forderte Chingunji einen Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola. Ihre Präsenz verhindere nicht nur eine friedliche Lösung des Konflikts in Angola, sondern auch eine Regelung der Namibia-Frage. Die Gefahr, daß aus den gegenwärtigen Kämpfen ein größerer Konflikt wie im Nahen Osten werden könne, sei groß.

Grundsätzlich betonte der UNITA-Politiker: „Wir wollen die Befreiung des Volkes von jedem Unterdrückungsregime, damit die Angolaner selbst über ihre Zukunft entscheiden können." Chingunji sagte, die UNITA erhalte Unterstützung von freundlich gesonnenen Kräften, er wolle aber keine Namen nennen.

USA für besseren Kontakt zum Kreml

dpa, Washington

Die USA haben der Sowjetunion neue Vorschläge unterbreitet, wie die Risiken eines atomaren Krieges durch Mißverständnisse und Zufall verringert werden könnten. Dies teilte US-Verteidigungsminister Weinberger mit. Vorgeschlagen wird, die Telex-Verbindung zwischen Washington und Moskau auszubauen, um auch ganze Textseiten, Karten und Grafiken mit hoher Geschwindigkeit übermitteln zu können. Eine ähnliche Verbindung sollte zwischen den militärischen Kommando-Zentralen geschaffen werden.

Ali Agca oder Andropows KGB-Staat und der Westen

Von ALFONS DALMA

Den großen und erzwungenen Exodus von sowjetischen Agenten aus Frankreich hat die offizielle Moskauer Agentur Tass bedeutungsvoll mit der Bezeichnung „ein politischer Schritt" abzuwerten und als besonders verwerflich hinzustellen versucht.

Obwohl klarerweise überaus politische Einrichtungen, haben indessen die Geheimdienste einen besonderen Charakter, der sie aus dem Bereich der politischen Öffentlichkeit ausschließt. Die Aktivitäten ihrer Agenten als eine Art internationale Clubtätigkeit zu betrachten, deren Wechselfälle gentlemanlike unter den Mitgliedern behandelt und ausgetragen werden, ohne die interne Angelegenheit in die Öffentlichkeit zu tragen, war vielleicht einmal möglich. Ist aber in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts ganz gewiß nicht mehr angebracht.

Seit die leninistische Sowjetmacht der für sie typischen Verquickung von Staatspolitik, revolutionärer Zielsetzung und ideologischer Pervertierung der politischen Moral die Form des Polizeistaates nach innen und der subversiven Aktionen der Untergrundorganisation nach außen hin verliehen hatte und darin von den vielfach verwandten autoritären Bewegungen und Regimen Mussolinis und Hitlers nachgeahmt worden ist, hat sich das Wesen der Spionage tief verändert. Sie ist nicht mehr ein taktisches Mittel oder eine Waffe der Auseinandersetzung, sie hat vielmehr dem Umfang und der Menge von Agenten im Einsatz sowie der Zielsetzung nach eine strategische Bedeutung erlangt. Sie ist ein Mittel der Strategie geworden, geeignet, ganze Schlachten des kalten Krieges zu gewinnen, Regierungen und Länder zu manipulieren, ihnen „den Willen des Urhebers" – wie es seit Clausewitz in allen strategischen Handbüchern heißt – aufzuzwingen.

Die moderne freie Gesellschaft ist oft bis zur Frivolität politisch zerstreut, „hedonistisch abgelenkt" (wie der polnische politische Philosph Leszek Kolakowski zu sagen pflegt), vom Gedächtnisschwund befallen. Zählt man aber alle sowjetischen und volksdemokratischen Geheimagenten zusammen, die ungeachtet der Zurückhaltung und der Zaghaftigkeit der westlichen Regierungen allein in der Entspannungsära seit 1965 aus Westeuropa und Amerika ausgewiesen werden mußten, kommt dabei eine Zahl von über tausend Fällen zustande.

„Dezinformacija"

Vor allem aber vergißt die westliche Öffentlichkeit, wie offen die freie Gesellschaft gegenüber dieser Infiltration ist, während das geschlossene System der kommunistischen Länder sich fast hermetisch jedem Kontakt mit den Ausländern, geschweige denn mit den Agenten der westlichen Gegenspionage verschlossen hat und diese Abschirmung mit den drastischsten Abschreckungsmitteln aufrecht erhält.

Vladimir Wolkow hat in seinem KGB-Roman „Die fünf Methoden" der kommunistischen geheimdienstlichen Weisheit geistreich geschildert. In der Tat spielt die klassische Nachrichtenbeschaffung, obwohl zu einer kolossalen Masse von Informationen gesteigert und selbstverständlich nur noch elektronisch geordnet, eine relativ kleine Rolle gegenüber dem modernen Bereich der Irreführung des ausgesuchten Gegners oder im Vergleich zum uralten Betätigungsfeld der direkten Aktion und Gewaltanwendung.

Die wirkliche geheimdienstliche Revolution, die seit den Zeiten der „Tscheka", der G.P.U., des NKWD und in der KGB-Ära Berias, Schelepins und Andropows von der berüchtigten Lubjanka-Zentrale auf dem Moskauer Felix-Dzerdzinskij-Platz hervorgegangen ist, hat einen Namen, der allgemein verständlich ist, aber in der ursprünglichen russischen Schreibweise festzuhalten ist: Die „Dezinformacija". Die Verbreitung von falschen Informationen und Schilderungen der Lage ist unter der sowjetisch-russischen Initiative und ausgehend von den verhältnismäßig zaghaften historischen Vorläufer-Erscheinungen zu einem politisch strategischen Mittel und zu einem für die Gegenwart geradezu charakteristischen System, sowie zu einer der wichtigsten Aufgaben der Geheimdienste ausgebaut worden.

Dieser Form der Subversion ist die westliche Gesellschaft besonders wehrlos ausgesetzt, weil der feindliche Agent in einer ganz unerwarteten und deshalb perfekt getarnten Rolle auftritt. Er will von seinem Opfer gar nichts, er scheint sogar als der Geber und der Spender sich anzubieten, der den westlichen Partner informiert.

Frivole Übertreibung

Gerade zwei „italienische" Geheimdienstaffären sind so geartet, daß sich in ihnen der Tatbestand der frivolen Übertreibung von seiten der kommunistischen Agenten und der Kombination aller Sparten der östlichen Spionage kristallisiert. Die Informationsbeschaffung, die „Dezinformacija" und die direkte Tat, der Anschlag, sind im Fall des Gewerkschaftsfunktionärs Luigi Scricciolo zugleich vorhanden und vereint. Seit langem von den Bulgaren angeworben, lieferte der ehemalige Radikalrevolutionär politische und wirtschaftliche Nachrichten, wurde dann benutzt, um die polnischen Kollegen von der Solidarnosc durch falsche Nachrichten zu entmutigen oder untereinander zu überwerfen, um schließlich mit dem bulgarischen Geheimagenten unter Diplomatentarnung einen Dynamit-Anschlag gegen Lech Walesa anläßlich seines Besuches beim Papst in Rom zu planen.

Und seit den Geständnissen des Papst-Attentäters Ali Agca (der ursprünglich ausgesucht war, den polnischen Arbeiterführer ums Leben zu bringen), sowie seit der Verhaftung des bulgarischen Dienstpaß-Inhabers Sergej Antonow ist genug über den Anschlag vom Petersplatz in Rom bekanntgeworden, um daran eine Reihe von Wesenszügen der östlichen Agentenführung des kalten Krieges abzulesen. Der Beschluß zur physischen Liquidierung einer als Gegner empfundenen geistigen und geistlichen Gestalt vom Range und von der Weltstellung eines Papstes übertraf an Qualitätssprung alles, was in Dutzenden von ähnlichen Fällen von früher her, einschließlich des Mordes am Stalin-Rivalen Trotzkij, bekannt war.

Das zeigt, wie hemmungslos die Befehlszentrale in ihrer Zielsetzung geworden war. Die Beauftragung der untergeordneten bulgarischen K.D.S. sollte eine Vorsichtsmaßnahme und Abschirmungsvorkehrung sein, enthüllt aber die totale Einheit aller östlichen Geheimdienste. Die sorgfältige Auswahl, dann das Heranzüchten eines türkischen Attentäters sowie das konstruierte ideologische Etikett dürfen als ein Schulbeispiel der vorsorglich organisierten „Dezinformacija" aufgefaßt werden. An diese haben sich auch bis zum November des vergangenen Jahres und bis zur Enthüllung der „bulgarischen Spur" ein großer Teil der westlichen und besonders der deutschen freien Öffentlichkeit krampfhaft geklammert. Seither aber ist es merkwürdig still geworden um die mögliche Verwicklung des KGB in diesen Fall.

Mitterrand zahlt Schulden Napoleons

WALTER H. RUEB, Bonn

Der französische Staatspräsident François Mitterrand trifft heute zu einem zweitägigen Staatsbesuch in der Schweiz ein. Eine offizielle Visite des Staatschefs des westlichen Nachbarlandes in Bern war längst fällig: vor 73 Jahren fand die letzte statt.

Zwischen der Schweiz und Frankreich gibt es keine ernsthaften Probleme, beeilte man sich in Bern am Vorabend des Besuchs zu beteuern. Man verweist auf die jahrhundertelange Freundschaft zwischen den beiden Völkern, die Bewunderung der Schweizer für Lebensart und Kultur der Franzosen, die engen wirtschaftlichen Beziehungen. Verschwiegen werden die seit der Machtübernahme der Sozialisten in Paris herrschenden Spannungen.

Die Eidgenossen empfangen aus Tradition jährlich nur einen einzigen offiziellen Staatsgast. 1981 war Königin Elizabeth II. zu Gast, 1982 Bundespräsident Carstens. Dabei geht es nüchtern, direkt, aber herzlich zu. Offenheit und Direktheit der Gastgeber aber haben schon manchen Besucher überrascht. Deshalb fürchten manche Gastgeber in Bern, jetzt werde allzu schroff Fraktur geredet werden.

In der Schweiz hat man nämlich die französischen Schnüffeleien nach Devisen- und Steuerflüchtlingen bis in die Tresorräume helvetischer Banken, die Schikanen der Zöllner Mitterrands gegenüber eigenen Bürgern und Schweizern, das Klima von Verdächtigungen, Brief- und Telefonüberwachung von Franzosen mit engen Beziehungen zur Schweiz, vor allem aber die umfangreichen protektionistischen Barrieren gegenüber dem nach der Bundesrepublik wichtigsten Handelspartner bei weitem nicht vergessen. Ein weiteres Thema ist der drohende Rückgang französischer Touristen in die Schweiz; die jüngsten Devisen-Restriktionen in Paris sind dazu angetan.

Älter ist eine andere eidgenössisch-französische Angelegenheit: Es geht um die Zeche, die Kaiser Napoleon im Mai 1800 im kleinen Bergdorf Bourg-Saint-Pierre am Fuße des Großen St. Bernhard machte, als er dort mit seinen Soldaten Quartier nahm, sich verpflegen und ausstatten ließ, das Zahlen aber vergaß. Ein Drittel der Schuld, 15 000 Schweizer Franken, wurden später beglichen. Mitterrand will nun dem Bürgermeister des Bergdorfes einen Scheck zukommen lassen.

Spätes Lob für Thatcher

Schmidt ermutigt USA zu wirtschaftlicher Führungsrolle

AP/DW. New York

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat seine Aufforderung an die Vereinigten Staaten erneuert, die westliche Welt in den wirtschaftlichen Aufschwung zu führen. Im Harvard Business School Club in New York sagte Schmidt, die westeuropäischen Staaten seien nicht in der Lage, eine Führungsrolle zu übernehmen.

Als Bremsklotz für eine Erholung der Wirtschaft bewertete der SPD-Politiker die hohen Zinsen in den USA und die dadurch verursachte Überbewertung des Dollars. Wenn die amerikanischen Unternehmen es schwer hätten, ausländische Märkte zu finden, und gleichzeitig japanische Produkte den US-Markt überschwemmten, sei dies auch auf den überhöhten Dollarkurs zurückzuführen.

Der britischen Wirtschaft bescheinigte Schmidt, sie sei besser als ihr Ruf. Großbritannien habe mit Premierministerin Thatcher eine „recht eigensinnige Dame" an der Spitze. Frau Thatcher sei mit der indischen Ministerpräsidentin Indira Ghandi oder der früheren israelischen Regierungschefin Golda Meir vergleichbar.

Diese Bewertung der britischen Premierministerin steht im Kontrast zu früheren Urteilen Schmidts. Auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai 1982 in Hannover hatte der SPD-Politiker Frau Thatcher in seinen Vorwurf einbezogen, „neo-konservative Kräfte" wollten „alles zurückdrehen, wofür Gewerkschafter gekämpft haben".

Ein Farbiger regiert jetzt Chicago

Entscheidend war Mobilisierung schwarzer Wähler / Neuer Faktor für US-Wahlkämpfe

TH. KIELINGER, Washington

Chicago, Amerikas zweitgrößte Metropole (3,5 Millionen Einwohner), hat einen neuen Bürgermeister: Es ist der farbige Abgeordnete Harold Washington. Damit fällt, nach einem Wahlkampf mit scharf rassistischen Tönen, die Macht im Rathaus der Stadt am Lake Michigan zum erstenmal an die schwarzen Einwohner, die 40 Prozent ihrer Bevölkerung ausmachen.

Washington gewann etwa 52 Prozent aller Stimmen, was seinen Gegner, den Republikaner Bernard Epton, genügend weit zurückließ. Mitentscheidend war die massive Stimmabgabe der schwarzen Wähler: Über 90 Prozent von ihnen stimmten für den Mann ihrer Hautfarbe. Aber auch das hätte nicht für den Sieg Washingtons ausgereicht, wenn nicht annähernd 20 Prozent der Weißen ebenfalls für ihn gestimmt hätten.

Die Wahl von Chicago, die international Aufsehen erregt, demonstriert die neugewonnene Wähler-Selbstbewußtheit der farbigen Bürger der USA. Traditionell macht die schwarze Bevölkerung nur zögernd von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Das hat sich in den letzten Monaten geändert. Chicago war dafür der Katalysator. Schon im Februar hatte der farbige Kandidat Washington die Vorwahl gewonnen durch eine intensive Kampagne unter den schwarzen Wählern.

Für die USA ergibt sich aus diesen Entwicklungen ein wichtiger neuer Faktor: Die demokratische Partei, traditionell der Anlaufhafen für die farbigen Belange, wird sich noch mehr als bisher den Anliegen der schwarzen Bevölkerung widmen müssen. Die Republikaner ihrerseits müssen sich fragen, ob das Anti-Farbigen-Image, das ihnen anhängt, nicht ein zu großes Handicap für zukünftige Präsidentschaftswahlkämpfe werden kann. Unter den Farbigen selber wächst die Neigung, vielleicht nächstens einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

In Chicago wird der Sieger zunächst alles versuchen müssen, die Wunden des Wahlkampfes zu heilen. Vor allem steht die Zukunft des demokratischen Machtapparats selber auf dem Spiel: Washington hatte angekündigt, er wolle die traditionelle Ämterpatronage ein für allemal zerschlagen.

Madrid wird zum begehrten Kunden

Die Modernisierung der Streitkräfte bringt viele Aufträge / Interesse für Leo 2

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Ich komme nicht als Waffenhändler", wehrte der französische Verteidigungsminister Hernu bei seiner Ankunft auf dem Madrider Flughafen Barajas ab. Aber seine Begleitung widerlegte ihn: Der französische Generalingenieur für Bewaffnung, der Direktor für internationale Verbindungen der Rüstung und Henri Sautter, verantwortlich für Finanzen im Kabinett des Verteidigungsministers.

Spanien modernisiert seit zehn Jahren seine Streitkräfte, deren Ausrüstung General Franco „der Industrialisierung des Landes geopfert hatte", wie der damalige Generalstabschef Diez Alegria feststellte. So geben sich seit einem Jahrzehnt die großen Waffenfirmen des Westens und etliche Minister die Madrider Klinken in die Hand. Seit dem NATO-Beitritt Spaniens immer häufiger.

Hernus Salutkanonen

Als erste schloß die Marine ihre Programmierung ab. Sie baut Fregatten in amerikanischer und U-Boote in französischer Lizenz. Die erste Panzerausrüstung des Heeres stand unter französischem „Beistand". Lediglich eine Reihe von Hubschrauber-Aufträgen ging nach Deutschland. Zur Zeit geht es um die zweite Panzer-Generation. Im Panzerwerk von Alcalá de Guadaira bei Sevilla lief längst der jüngste französische Panzer vom Typ AMX 30 vom Band. Insgesamt wurden 280 Panzer dieses Typs vor allem für die Division Brunete gebaut. Häufige Getriebeschäden aber trübten die Zufriedenheit der Spanier.

Die spanische Rüstungsfirma Santa Barbara interessierte sich deshalb lebhaft für den Leo 2. Hier nun setzte Hernu alle Salutkanonen des Verteidigungsministeriums der sozialistischen Regierung in Madrid ein. Er bietet für die jetzt zur Debatte stehende zweite Panzer-Generation den AMX 32 an. Diesen Typ gibt es zwar noch nicht, wenn man von einem Prototyp im Versuchsstadium absieht, dafür rollt er um so prächtiger durch die spanische Presse.

Um sein Verkaufsgespräch politisch zu untermauern, lobte Hernu die spanische Verteidigungspolitik der „Selbständigkeit innerhalb der NATO". Man werde deshalb mit Spanien eng zusammenarbeiten. Außenminister Fernando Morán folgt hier von sich aus den Spuren de Gaulles. Am Rande des Pariser Besuches wird man sich also auch um die Weiterentwicklung der seit vielen Jahren bestehenden spanisch-französischen Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik unterhalten.

Hernu reagierte mit seinem Besuch prompt auf die letzte Stippvisite des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger in Madrid. Der Amerikaner nutzte ein politisches Informationsgespräch, um mit seinem Auftritt in Madrid vor zwei Monaten den Vorverkaufsvertrag abzusichern, den die spanische Regierung auf Drängen der Luftwaffe vor einiger Zeit über den Kauf von 84 Kampfflugzeugen vom Typ F 18 A abgeschlossen hat.

Nachdem jetzt auch die spanische Marine 12 Senkrechtstarter vom Typ Harrier 2 für ihre neuen Flugzeugträger „Principe de Asturias" (nach „Invincible") in London kaufte, verdoppelten deshalb deutsche Panavia-Vertreter ihre Bemühungen um den Verkauf des Tornados für die spanische Luftwaffe. 95 Kilogramm Aktenmaterial wurden von Deutschland nach Madrid geschafft, spanische Piloten erprobten zu ihrer vollen Zufriedenheit inzwischen den Tornado bei München.

Aber obwohl Panavia ihre Maschine um „mehr als 10 Prozent billiger" anbietet und obwohl die Kompensationsangebote von MBB diejenigen von McDouglas überbieten, besteht die spanische Luftwaffe auf der amerikanischen Maschine, die ihnen in Zeiten der ständigen Regierungskrise in Madrid vor Antritt der Sozialisten von der militärischen Verkaufsorganisation der Amerikaner offenbar sehr wirkungsvoll anempfohlen wurde.

Bonns Ein-Mann-Vertretung

Während deutsche Unternehmen ihre erste Garnitur zum Verkauf ihrer nachweislich oft besseren Waren nach Spanien schicken, tut sich das offizielle Bonn nach wie vor schwer. Verteidigungsminister Wörner kann kein Vorwurf treffen. Aber weder Außenminister Genscher noch Verteidigungsminister Apel nahmen je die Chancen war, die den deutschen Waffen wegen ihres guten Rufes bei den spanischen Militärs seit jeher offenstehen. Dem starken Aufgebot der amerikanischen und französischen Handelsabteilungen in ihren Botschaften steht die bescheidentreue Minimannschaft in der deutschen Botschaft von Madrid gegenüber. Neben ganzen Stäben amerikanischer und französischer Offiziere genießt die Ein-Mann-Vertretung der deutschen Militärmission in Spanien schon immer ein besonders hohes Ansehen – verkaufen aber darf sie nichts.

Bothas Referendum wirft Fragen auf

Hintergründe und Absichten der geplanten Volksabstimmung / Klima der Ungewißheit

H. GERMANI, Johannesburg

Mit der jüngst erfolgten Ankündigung einer Volksabstimmung unter den Weißen Südafrikas über die Verfassungsreform im Sinne einer gemeinsamen Machtausübung durch Weiße, Kapmischlinge und Inder hat in der südafrikanischen Innenpolitik eine Phase der Unsicherheit begonnen. Bislang hatte Premierminister Botha eine Volksabstimmung abgelehnt mit der Begründung, seine Nationale Partei, die über 124 Sitze von 174 Parlamentssitzen verfügt, könne die Verfassung auch ohne Volksabstimmung ändern.

Unklar sind immer noch die Gründe, die Botha zu dieser Kehrtwendung bewogen haben. Ungeklärt ist auch die Frage, worüber die Wähler abstimmen sollen. Gewöhnlich gut informierte Regierungskreise vermuten, daß Botha angesichts dreier entscheidender Nachwahlen am 10. Mai die „Flucht nach vorne" angetreten habe. In den umkämpften Wahlbezirken betonen schon jetzt Bothas Wahlwerber unter Hinweis auf die bevorstehende Volksabstimmung, daß es für die Wähler, die die Reformen ablehnen, möglich sei, jetzt nationale Kandidaten zu wählen, bei der Volksabstimmung später aber mit Nein zu stimmen.

In der Regierungspartei Bothas soll es bereits schwere Spannungen wegen des Reformwerkes geben, wobei der bislang bothatreue Vorsitzende der Landesorganisation Transvaal, Innenminister De Klerk, die größten Bedenken gegen „allzu weitgehende" Reformen anmeldet. Botha, so wird in Pretoria betont, spekuliere darauf, daß bei einer Volksabstimmung zwar eine breite Schicht rechter Wähler mit Nein stimmen werde, daß jedoch etwa die Hälfte der Wählerschaft der linksliberalen Progressiven Partei (insgesamt 19 Prozent) nicht der Parole ihrer Partei gegen das Reformwerk folgen, sondern mit Ja stimmen werde.

Das Reformwerk wird von rechts, von der breiten Konservativen Partei, die die Politik des ehemaligen Premiers Vorster – „politische Trennung" aller Gruppen – fortsetzen will, und von der kleinen rechtsradikalen Partei bekämpft sowie, links, von der Progressiven Partei, der das Reformwerk wegen des Ausschlusses der Schwarzen nicht weit genug geht.

Der progressive Abgeordnete Professor Nic Olivier weist darauf hin, daß die Verfassungsreform unklar entworfen sei und deshalb kein Wähler heute wissen könne, worüber er demnächst abzustimmen habe. Wie ein Regierungssprecher der WELT erklärte, wolle Botha daher die Verfassungsreform mit den Stimmen seiner Partei im Parlament durchbringen und erst dann zur Volksabstimmung stellen.

Der rechte Flügelmann der Progressiven, der deutsch-jüdische Abgeordnete Harry Schwarz, der als Exponent jener progressiven Wähler gilt und bereit ist, Bothas Reformen zu unterstützen, beschwor den Premier, nicht eine Bestätigung seines Reformwerkes seiner Partei, sondern allgemeine Vollmachten für Reformen bei den Wählern zu suchen. Sonst würden alle Progressiven gezwungen, mit Nein zu stimmen.

Schwarz sprach auch eine zweite offene Frage an: ob bei einer Verfassung, die eine gemeinsame Regierung dreier Gruppen vorsieht, nur eine Gruppe, nämlich die Weißen, um Zustimmung gefragt werden soll oder kann.

Schließlich fragen prominente Führer der Konservativen, was denn geschieht, wenn Botha die Volksabstimmung verliert. Der Premier hätte dann wohl keine andere Wahl mehr als Neuwahlen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Erinnern an Hermannstadt

Es war am 13. Januar 1945, da wurden im Morgengrauen in Hermannstadt-Siebenbürgen, völlig unvorbereitet, alle deutschstämmigen Männer und Frauen arbeitsfähigen Alters, von schwerbewaffneten russischen Soldaten aus dem Schlaf gerissen, mit Gewehrkolben in Viehwaggone gestoßen und zu jahrelanger Zwangsarbeit nach Sowjetrußland deportiert. Dasselbe geschah an diesem Tage und den folgenden, auch in allen anderen Städten und Dörfern Siebenbürgens und des Banates, mit deutscher Einwohnerschaft, ungeachtet feierlich verbriefter, gesetzlicher Gleichberechtigung mit dem rumänischen Staatsvolk.

Ich selbst mußte Frau, kranke Mutter und zwei Kinder im Alter von 4 und 8 Jahren mittellos und schutzlos zurücklassen. Die Verzweiflungsschreie zurückgebliebener Frauen, Kinder und Greise, als sich am Hermannstädter Bahnhof die Züge mit der eingefangenen Sklavenfracht deutscher Menschen in Bewegung setzte, überstiegen in ihrem maßlosen Schmerz, menschliche Laute, sie klangen eher wie das hilflose Brüllen weidwundgeschossener Tiere, die niemand, der sie hörte, vergessen kann. Für viele war es ein Abschied für immer, denn zehntausende der verschleppten Arbeiter, Handwerker und Bauern, die durch Fleiß sich selber und dem rumänischen Staat zu Wohlstand verholfen hatten, starben in den Lagern im Donbas und jenseits des Ural einen gräßlichen Hungertod, unschuldig, nur weil ihre Vorfahren und sie selber sich zu ihrer Muttersprache und ihrem Gottesglauben bekannt hatten.

Wenn ich nun in diesen Tagen im Fernsehen auf die zahlreichen „Ostermarschierer" blicke, die zum Boykott von NATO und der Stationierung amerikanischer Raketen, auf Spruchtafeln und in Ansprachen aufriefen, also gegen die eventuelle Nachrüstung demonstrierten, die allein unser Volk vor einem Schicksal, wie es Siebenbürger und Banater erleiden mußten, bewahren könnte, war ich erschüttert und fragte mich, ob ein einziger dieser Mitläufer wohl dabei wäre, wenn er den 13. Januar 1945 in Hermannstadt miterlebt hätte? Auch fragte ich mich, wie es möglich ist, daß sich Menschen gedankenlos als Werkzeug bezahlter Feindpropaganda mißbrauchen lassen, zu ihrem und ihres Volkes Nachteil?

Verzicht auf Nachrüstung bedeutet, falls die Russen nicht abrüsten, Wehrlosigkeit, die uns in kurzer Zeit ihrer skrupellosen Gewalt ausliefern würde. Wenn dann noch SPD-Spitzenfunktionäre, wie Genosse Lafontaine, solche Gelegenheiten dazu benützen, unser NATO-Bündnis in Frage zu stellen, so ist das mehr als verantwortungslos!

Ich wünschte Genossen Lafontaine eine Reise nach Sowjetrußland zu machen, aber nicht auf Einladung gleichgesinnter Genossen, sondern unter Bedingungen, wie wir einfachen Leute sie 1945 hatten, nämlich 95 Personen in einem Viehwaggon, die Notdurft durch ein Loch im Fußboden des Waggons verrichtend und bei der Ankunft, nach vierzehntägiger Hungerfahrt, im Donbas, zusammen mit den ersten Toten, auswaggoniert zu werden. Und anschließend ein fünfjähriges, unfreiwilliges Zwangsstudium über Gleichberechtigung und Menschenrechte im Kommunismus, wie sich dieselben hinter Stacheldraht ausnehmen, wenn man mit Gewehrkolben, im Laufschritt zur Arbeit getrieben wird und gekochte Kartoffelschalen, die wie Schmierseife schmecken, als Nahrung erhält und gleichzeitig Tausende an Hunger und Thyphus, manche in ihrem eigenen Kot am Fußboden der Baracken liegend, starben.

Ottmar Strasser, Taufkirchen

„Hinterfragungen"

Als besonders gutes Beispiel für antidemokratisches Verhalten von Leuten, die nicht gelernt haben, verlieren zu können und Kompromisse zu schließen, scheint mir das ständige zentral gesteuerte Geschwätz gegen die Volkszählung zu sein.

Es ist doch völlig durchsichtig, daß es der überwiegenden Mehrzahl der Volkszählungsgegner nicht um den Datenschutz gehen kann, sondern darum, endlich wieder etwas gefunden zu haben, um den Bürger gegen den Staat und seine Funktionen einzunehmen zu versuchen.

Auch unsere demokratischen Politiker sollten vermeiden, durch auch noch so gut gemeinte Äußerungen, ihnen auf den Leim zu gehen oder ungewollte Schützenhilfe zu geben.

Mit freundlichen Grüßen
M. Waldeck, Vlotho

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Ins reine kommen

„Leserbrief: Eigenverständnis"; WELT vom 28. März

Für die Freiheit Deutschlands haben die deutschen Soldaten des 2. Weltkrieges nur in der Hinsicht gekämpft, daß sie die Überwältigung der deutschen Kriegsmacht und eine daraus resultierende Fremdbestimmung durch die Kriegsgegner verhindern wollten. Aber die Freiheit (des Staates) im Innern dadurch gerade nicht verteidigen zu können, das war der furchtbare Zwiespalt, der zum 20. Juli 1944 geführt hat.

Wollen wir mit unserer gesamten deutschen Vergangenheit jemals ins reine kommen, müssen wir endlich Ernst machen mit der Auffassung, daß der Nationalismus überhaupt keine rechtliche Ordnung war, sondern eine einzige Rebellion gegen normale Staatlichkeit. Sofern ein Staat nur eine Rechtsordnung ist, die jeden einzelnen frei von Ideologien (nicht Religion) berücksichtigt, war das Ermächtigungsgesetz der Ausbruch aus dem vorgegebenen Staat. Die Nürnberger Gesetze und sämtliche Maßnahmen des sogenannten Dritten Reiches müssen wir unter denselben Blickwinkel sehen: die „nationale Regierung" eine Gang, Hitler selbst ein Ur-Terrorist, der aus hysterischem Haß gegen die Großmächte seiner Zeit handelte.

Es macht unter anderem die Ideologie des Nationalsozialismus aus, daß jede andere als seine sogenannte Ordnung beseitigt werden muß.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang R. Thorwirth, Gummersbach

Frosch-Latein

„Wo Frösche Poggen heißen"; WELT DES BUCHES vom 31. März

Sehr geehrte Redaktion,

in der Regel pflege ich keine Leserbriefe zu verfassen. Hier erscheint es mir aber notwendig: Peter Jokostra zeigt ein Buch an „Damals in Poggenwalde" und schreibt dort u. a.: „... dieses große Dorf müßte ‚eingedeutscht' eigentlich Froschwalde heißen. Denn Poggen nennt man in Masuren die Frösche ..."

Ich weiß nicht, was für ein Landsmann Herr Jokostra ist und welcher Sprache seiner Meinung nach das Wort „Poggen" zugehört. Jedem, der irgendeine Verbindung zum Niederdeutschen hat, ist bekannt, daß Pogge das niederdeutsche Wort für Frosch ist und daß es unzählige Ortsnamen mit „Poggen ..." in Norddeutschland gibt, wie jedes Ortslexikon zeigt. Hoffentlich hat Herr Jokostra „Pogge" nicht für marusisch gehalten; es ist heute ja alles denkbar.

Hochachtungsvoll
Dr. Dietrich Kausche, Werl

Höllisch aufpassen!

Schon jahrzehntelang vor dem tausendjährigen Reich war alljährlich am 10. 9. die Personenstandsaufnahme fällig. Da kam niemand ins Haus, um die Spalten der ellenlangen Formulare auszufüllen. Dieser Arbeit mußte sich der Haushaltungsvorstand schon höchsteigenhändig unterziehen.

Heute bricht für die Berufs-Protestierer bei dem Gedanken an eine simple Volkszählung offenbar die Welt zusammen, sehr begrüßt als ungeahnte Schützenhilfe von den Ganoven, die mit gefälschten Personalpapieren lustig ihrem Gewerbe nachgehen können, ohne daß man ihrer habhaft werden kann.

Die gegen alles protestierenden grünen Neulinge im Bundestag und ihre Mitläufer dienen nur der Aussicht, aus einer freiheitlichen Demokratie eine Demokratur werden zu lassen, wenn wir nicht höllisch aufpassen.

Josef Gehrmann, Hannover 21

Wort des Tages

„Praktische Politiker sind Menschen, die die Kunst meistern, wie man das Parlament dazu benutzt, um zu verhindern, daß irgend etwas fertiggebracht werde."

George B. Shaw, brit. Schriftsteller (1856–1950)

Personalien

GEBURTSTAG

Paul von Hevesy, der einzige noch lebende ehemalige Diplomat der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie, hat am 9. April seinen 100. Geburtstag gefeiert. Der ehemalige k. u. k. Diplomat hat nicht als einziger der Hevesy-Familie von sich reden gemacht. Sein Bruder **Georg** erhielt für die Entdeckung des Elements Hafnium den Nobelpreis. Paul von Hevesy studierte Rechts- und Staatswissenschaften unter anderem in München, Freiburg und Berlin. 1908 trat er in den diplomatischen Dienst der Österreich-Ungarischen Monarchie. Von 1929 bis 1930 war er ungarischer Gesandter und Bevollmächtigter Minister am Hofe des **Königs Alfonso XIII.** von Spanien. Während des Zweiten Weltkriegs lebte er in London. Dort war er unter anderem Mitglied des Komitees für die Nachkriegsrekonstruktion Europas am Royal Institute for International Affairs. Paul von Hevesy lebt heute in Österreich und in der Schweiz.

VERANSTALTUNG

Zum Treffpunkt in- und ausländischer Freunde wurde wieder einmal die Residenz des königlich-niederländischen Botschafters **Kaspar Reinink**. Der Diplomat, der zu den versiertesten seines Landes gehört, freute sich vor allem auf ein Wiedersehen mit ehemaligen deutschen „Kollegen", so mit Botschafter a. D. **Karl Hermann Knoke**, mit dem Reinink zusammen in Moskau auf Posten war. Knoke war seinerzeit auch deutscher Botschafter in den Niederlanden und der zweite deutsche Botschafter, der nach Israel entsandt wurde. Niederländische Gastfreundschaft genossen der neue belgische Botschafter **Michel van Ussel**, sein Schweizer Kollege **Charles Müller**, der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt **Konrad Seitz**, der Inspekteur der Marine **Ansgar Bethge** und der Bonner Politologe Karl Dietrich Bracher, dessen Buch „Zeit der Ideologien" zwar „keine Nachtlektüre" sei, so Botschafter Reinink, aber auch in den Niederlanden besonders große Beachtung gefunden habe.

EHRUNGEN

Professor Dr. **Gerhard Wendt**, Leiter des Instituts für Humangenetik der Marburger Philipps-Universität, erhielt das Bundesverdienstkreuz am Bande. Den Orden überreichte Marburgs Oberbürgermeister Dr. **Hanno Drechsler**. Professor Wendt ist der Begründer der genetischen Familienberatung in der Bundesrepublik und Initiator der ersten genetischen Poliklinik an einer deutschen Universität. Lange Jahre ist er Vorsitzender der Stiftung „Das behinderte Kind".

*

Mit dem Ehrendoktor in den Naturwissenschaften zeichnete die Marburger Universität den 65jährigen Fabrikanten und Ingenieur **Hans Viessmann** aus. Professor Dr. **Reinhard W. Hoffmann**, Dekan des Fachbereichs Chemie, würdigte die bahnbrechenden Leistungen Viessmanns bei der Erforschung der Korrosion von Kupfer-Nickel-Legierungen, Zink und Edelstahl.

Der Zorn des Isländers Asgeir Sigurvinsson

MARTIN HÄGELE, Stuttgart

Der große Zeh schmerzt. Rechts. „Eine Kapselverletzung", sagt Asgeir Sigurvinsson, der große Lenker beim VfB Stuttgart. In Bochum haben sie ihn fitgespritzt fürs Spiel. Gegen Bayern München wird er auf die Zähne beißen. Da erst recht. Denn dieses Spiel ist sein Spiel. Die Abrechnung des Asgeir Sigurvinsson mit dem FC Bayern München. Eine Abrechnung vor 70 000 Zuschauern. Sigurvinsson: „Das Stadion ist ausverkauft. Die Leute spüren, daß etwas Besonderes los sein wird. Wir müssen unbedingt gewinnen, wenn wir die Chance auf den Titel behalten wollen. Und für die Mannschaft und für mich ist das ein ganz besonderes Spiel. Für den Kurt natürlich auch."

Selbstverständlich, für „den Kurt" auch. 1,8 Millionen Mark haben die Stuttgarter an den FC Bayern vor dieser Saison überwiesen für Asgeir Sigurvinsson und Kurt Niedermayer. Und wenn es Gründe dafür gibt, daß es den Schwaben auf einmal wieder besser geht, während Experten düstere Zeiten für Rummenigge und Co. vorhersehen, dann hängt das auch mit den beiden ehemaligen Spielern des FC Bayern zusammen. Vor allem mit Asgeir Sigurvinsson.

Der Isländer hat in Stuttgart die Zeichen auf Sturm gesetzt und Hansi Müller, seinen Vorgänger am Schaltpult, vergessen lassen. Die Stuttgarter schwärmen vom Glücksgriff. Und der Sohn eines Fischers von der isländischen Vulkaninsel Vestmannaeyjar ist selbst glücklich über seinen neuen Arbeitgeber. In den nächsten Tagen wird er seinen Vertrag bis 1986 oder gar 1987 verlängern. „Ich möchte meine Karriere hier beenden", sagt der 27jährige.

Plötzlich trauern auch die Bayern Sigurvinsson nach. Und sie verfluchen den Tag, an dem sie ihn hatten ziehen lassen. Auf einmal wissen sie es alle, daß nur ein Mann Paul Breitner hätte ersetzen können – Asgeir Sigurvinsson. Der fühlt in seiner Wohnung in Stuttgart Genugtuung. Die nachträgliche Rechtfertigung seiner Klasse registriert er mit Schulterzucken: „Jetzt haben die Bayern den Norbert Nachtweih für 1,8 Millionen gekauft. Aber er spielt nicht. Irgend etwas kann doch nicht stimmen, bei den Bayern.

Mit ähnlichen Worten hat sich Sigurvinsson im vergangenen Jahr selbst Mut zugesprochen. Als noch nicht Nachtweih auf der Münchner Bank hockte, sondern er.

Wenn dieser Naturbursche aus dem Norden nicht den sturen Schädel eines Wikingers hätte, dann hätte er damals kapituliert vor dem Zynismus von Bayern-Trainer Pal Csernai. Csernai redete nicht mit Sigurvinsson. Und im Training oder bei den sporadischen Einsätzen des teuren Reservisten nörgelte er nur an diesem herum. Sigurvinsson passe nicht zum Stil des FC Bayern. Sigurvinsson sei von Lüttich her das Spiel aus dem Stand gewöhnt, sobald er den Ball erhalte, stocke der Fluß der Bayern-Kombinationen.

Mit solchen geradezu dummen Argumenten hatte Csernai den Isländer, der bei Standard Lüttich acht Jahre lang ein internationaler Star gewesen war, fertiggemacht. Fast hätte der eigenwillige Trainer Sigurvinsson total kleingekocht. „Ich ging zum Training und war froh, wenn das Training vorbei war. Ich wußte nicht mehr, kannst du überhaupt noch Fußball spielen", erzählt Sigurvinsson über die schlimmste Zeit seines Lebens.

Er will vergessen, was er damals schlucken mußte und wie sehr sie seinen Stolz verletzt hatten. Das sagt er. Aber so schnell heilen die Wunden nicht. Gerade jetzt, vor der direkten Konfrontation mit der Vergangenheit und seinem Peiniger Csernai, brechen die Gefühle wieder hervor.

„Der Sigi, der ist so heiß auf die Bayern, heißer geht es wirklich nicht." Das behauptet Sigurvinssons Mannschaftskollege Erwin Hadewicz. Am Samstag will Sigurvinsson seine Rechnung kalt servieren. Csernai wird er mit keinem Blick würdigen, auch an dem verletzten Breitner wird er vorbeigehen, als sei der Luft. „Der Paul hat mit mir in einem Jahr höchstens zehnmal gesprochen, wieso soll ich jetzt mit ihm reden?"

In Sigurvinsson brodelt und kocht es wie die Lava im Vulkan seiner Heimatinsel Vestmannaeyjar. „Ein Sieg über Bayern, das wäre super", sagt er, „das wäre die Krönung."


In München mißachtet, in Stuttgart der Star: Sigurvinsson
FOTO: BAUMANN

RADSPORT / Protest gegen offene Tour

Die Profis wollen nicht gegen Amateure fahren. Ihr Chef sagt: „Anarchie"

KLAUS BLUME, Bonn

Cyrille Guimard ist „Directeur sportive" des französischen Rad-Teams Renault-Gitane. Guimard ist aber nicht nur Chef des viermaligen Tour-de-France-Siegers Bernard Hinault, er ist auch Bretone. So fragt sich denn, ob das, was er sagt, ironisch-tiefsinnig gemeint ist oder als bare Münze zu nehmen ist. Monsieur Guimard sagt nämlich: „Ich möchte mit Hinault und meinen anderen Profis an der Amateur-Fernfahrt Berlin-Prag-Warschau teilnehmen. Ich möchte einen spektakulären Beitrag liefern und die Ost-Amateure auf ihrem Terrain, also bei ihrer sogenannten Friedensfahrt, mit unseren Profis herausfordern. Wir müssen dafür bereit sein."

Die Offerte war in den Wind gesprochen, Antwort gab es nicht. Antwort erhielt indes Felix Levitan (71), der Direktor der Tour de France, des größten radsportlichen Spektakels der Welt. Levitan hat nämlich zur 70. Tour (1. bis 24. Juli) sieben Amateur-Verbände eingeladen: UdSSR, CSSR, Polen, Portugal, USA, Kolumbien und eine gemischte Mannschaft aus Skandinavien und Österreich. Die führenden italienischen Profi-Teams, bei denen auch die deutschen Stars Braun und Thurau beschäftigt sind, ließen Levitan nun wissen, wenn es zu einer sogenannten „Open-Tour" käme, würde dafür kein einziger italienischer Profi aufs Fahrrad steigen. Der Bretone André Chalmel, Profi beim Peugeot-Konzern und Präsident der Berufsfahrervereinigung, über die Levitan-Pläne: „Anarchie".

Was Chalmel und die Italiener aufbringt, ist nicht in erster Linie die Angst vor der Niederlage gegen die Staatsamateure aus Osteuropa. Es ist vielmehr die Furcht, auf diese Weise Beschäftigung und am Ende Sponsoren zu verlieren.

Denn jedes Team, das an der Tour de France teilnimmt, muß dafür erst einmal rund 125 000 Mark in die Tour-Kasse zahlen. Dafür bekommt man Unterkunft, Verpflegung und die Möglichkeit, im großen Stil vier Wochen lang für ein Produkt des Sponsors zu werben. Levitans Vorschlag: Die Amateur-Mannschaften sollten ebenfalls mit Werbeaufdrucken auf ihrem Trikot starten und dafür den üblichen Eintrittspreis bezahlen. Bei den Portugiesen ist dabei an die Flugesellschaft TAP, bei den Amerikanern an Coca Cola gedacht. Weil das Teilnehmerfeld auf etwa 15 bis 18 Mannschaften zu jeweils zehn Fahrern aus organisatorischen Gründen begrenzt bleiben muß, würden einige der 39 weltweit lizenzierten Profi-Teams bei der Teilnahme von sechs Amateurmannschaften während der Tour de France keine Beschäftigung und damit auch keine Werbemöglichkeit für ihren Arbeitgeber haben.

Levitans Plan sieht im Falle der Amateurteilnahme zum Beispiel vor, daß nur eine italienische Profi-Randgruppe bei der Tour dabei sein könnte. Aber die Italiener unterhalten im eigenen Lande deren 13. Und die Furcht, die Gespräche Levitans mit Vincence Torriani, dem Direktor des Giro d'Italia, könnten den Markt künftig auch in Italien einschränken, scheint nicht unbegründet.

Zur sportlichen Seite sagt ein Sprecher des polnischen Verbandes: „In eine Tour de France würde ich nur Amateure von über 26 Jahren entsenden, jüngere möchte ich dort nicht verheizen. Sie hätten sich eher in der Friedensfahrt zu bewähren, womit einem dreiteiligen Saisonaufbau entsprochen werden könnte." In Sachen „Open Tour" sei man im polnischen Verband grundsätzlich zu einer positiven Entscheidung gekommen. In der Tschechoslowakei sieht man es so: Grundsätzlich sei man dafür, mit den besten Amateuren aus Prag und Preßburg zur „Open Tour" zu kommen, doch nicht schon in diesem Jahr. Es gäbe kaum Amateure, die drei große Saisonziele – die Fernfahrt Warschau–Ost-Berlin–Prag, Tour de France und Weltmeisterschaft – verkraften könnten. Infolgedessen müßten Trainings- und Saisonaufbau anders verlaufen, wolle man bei der Tour nicht nur hinterherhandeln.

Auch die Russen signalisierten Levitan vorerst ein „Nein", allerdings ein bedingtes. Die Sache schwelt weiter, zumal die starken Südamerikaner, die Portugiesen und die USA-Amateure gern fahren wollen.

Die „Open-Tour" ist freilich auch bei den Machern der Tour de France umstritten, sogar im höchsten Gremium, in der zweiköpfigen Direktion. Felix Levitan will die Amateure, um auf diese Weise das Einspruchsrecht und die Macht der Profi-Truppen zu beschneiden; sein Kollege Jacques Goddet wiederum rieb sich vergnügt die Hände, als der Streckenplan für die Tour de France 1983 vorgelegt wurde. Sie ist nämlich so schwer wie selten zuvor. Da führt zum Beispiel die vierte Etappe am 4. Juli von Roubaix nach Le Havre über 30[illegible] Kilometer.

Amateure aber, auch solche aus Osteuropa, sind entsprechend ihrer bisherigen Betätigung dafür trainiert, allenfalls Etappen bis zu einer Länge von 200 Kilometer mit Anstand zu bewältigen. Goddet hat überdies noch drei Einzelzeitfahren und drei superschwere Bergetappen eingebaut. Nur ein Ruhetag wird den Fahrern während der 22tägigen Hatz gegönnt. Goddets Hintergedanke: Die Amateur-Verbände werden bei diesem Angebot passen.

Doch sein Kollege Levitan läßt nicht locker. Er hat – im Falle eines Scheiterns der „Open-Tour '83" – für die nächsten Jahre vorgedacht: Jeweils im vorolympischen Jahr möchte Levitan die Tour de France mit Nationalteams fahren lassen, auch mit denen aus Osteuropa.

FUSSBALL

Hoher Sieg über „DDR"

dpa/sid, Braunschweig

Der Fußball-Bund der Bundesrepublik Deutschland braucht sich um seinen Nachwuchs keine Sorgen zu machen. In der „DDR" dagegen stagniert offensichtlich nicht nur die Leistung der Oberligaklubs und der Nationalmannschaft, sondern auch die Jugendarbeit. Im ersten Gruppenspiel zur Europameisterschaft der Jugend (unter 16 Jahre) besiegte das Team der Bundesrepublik die Auswahl der „DDR" gestern in Braunschweig mit 5:0.

DFB-Jugendtrainer Berti Vogts schwärmte zusammen mit seinem scheidenden Kollegen Dietrich Weise: „Ein Klassespiel, das war zeitweise Fußball aus dem Lehrbuch." Als die wohl größten Talente erwiesen sich vor 33 000 meist jugendlichen Zuschauern die Außenstürmer Olaf Janssen (Bayer Uerdingen) und Daniel Simmes (Borussia Dortmund) der auch zwei Treffer erzielte. Die weiteren Tore schossen Gerstner (Kaiserslautern), Möller (Holstein Kiel) und Janssen.

Junioren-Trainer Dietrich Weise hat gestern seine Zukunft geklärt – er geht zum 1. FC Kaiserslautern. Telefonisch erteilte er Borussia Dortmund eine Absage. Der Verein hatte mit ihm über die Nachfolge von Karl-Heinz Feldkamp verhandelt. Weises Begründung: „Bei meinem Neubeginn nach fünfjähriger Bundesligapause habe ich die mir aus früherer Tätigkeit vertraute Umgebung in Kaiserslautern vorgezogen."

In Dortmund sollen jetzt verstärkte Bemühungen laufen, den ehemaligen Trainer des IFK Göteborg, Leif Eriksson, zu verpflichten.

STANDPUNKT / Weltcup der Springreiter

Absagen der Europäer aus Angst vor US-Kavallerie?

Geld soll Springreitern angeblich regelrechte Brunftschreie entlocken. Beim Finale um den Weltcup in der nächsten Woche in Wien werden unter die Reiter nicht weniger als rund 250 000 Mark geworfen, und doch schreit plötzlich keiner laut hurra. Wien erhält dafür von den besten Europäern mehr Ab- als Zusagen.

Weltmeister Norbert Koof reitet sein Klassepferd Fire lieber ein bißchen spazieren, gönnt ihm eine Pause nach einer Stoffwechselerkrankung, Exweltmeister Gerd Wiltfang geht zur Abwechslung mal höchstpersönlich lahm (und keines seiner Pferde), nachdem ihm sein Wallach Livigno in Göteborg mit einem Tritt das Schienbein malträtierte. Der Franzose Frédéric Cottier verzichtet, da die Fédération das Verbandsroß Flambeau nicht herausrückt, der Schweizer Markus Fuchs sieht auf einem recht jungen Pferd keine Chance, und Exweltmeister David Broome (Großbritannien) meinte, seine Pferde seien nicht in Form, obwohl er bei den letzten Turnieren so ganz nebenbei zwei Autos zusätzlich gewann.

Man kann natürlich jetzt sagen, die meisten kneifen vor der amerikanischen Kavallerie, die in den letzten Jahren alles im Finale niederritt. Man kann natürlich auch sagen, es gibt in diesem Jahr Besseres als den Weltcup. Und das wäre zweifellos die Europameisterschaft im Juli im englischen Hickstead. Für Koof und Wiltfang steht Hickstead eindeutig höher. Beide haben sowieso keine Lust, in Wien nur Feldfüller zu sein. Koof: „Ich war beim Finale schon dabei, habe selbst erlebt, wie die Amerikaner von Anfang an voll dagegenhalten. Wer nicht mit einem topfiten Pferd antreten kann, soll lieber passen."

Als Beweis für die Koof-These steht Europameister Paul Schockemöhle. Beim letzten Endkampf in Göteborg entglitt ihm der Pokal, weil er in drei Konkurrenzen einmal „nur" Zweiter wurde, die Amerikanerin Melanie Smith dafür jedoch dreimal siegte.

Bundestrainer Hermann Schridde sieht im diesjährigen Weltcup zwar eine schöne Veranstaltung, „doch man spürt, daß die meisten ihre ganze Vorbereitung und ihr ganzes Denken auf Hickstead ausrichten".

Für Hugo Simon (Österreich), der als bisher einziger Europäer die mickrige Nachbildung des Pokals zu Hause aufstellen konnte, liegt das Problem offen: „Wer absagt, hat Angst." Jeder wisse, daß das Finale keineswegs ein Ponyspringen sei, jeder habe meist nur ein überdurchschnittliches Pferd, „und dem treibt man nicht leichten Herzens den Saft aus den Rippen". Wer nicht ein paar gute Pferde besitze, „der überlegt sich schon reiflich, ob ihm Wien oder Hickstead wichtiger ist".

Wien, das steht jetzt bereits fest, erlebt nicht den Reiterkampf der Europäer gegen die Amerikaner. Hugo Simon ist wahrscheinlich der einzige, der wie gewohnt mit Gebrüll dazwischenfährt. Und so verabschiedete ihn auch David Broome in Göteborg mit den Worten: „Hugo, mach's gut. Du wirst es schon richten . . ."

DIETER LUDWIG

SPORT-NACHRICHTEN

Zwei Schnellverfahren

Frankfurt (sid) – Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) tritt morgen in Frankfurt zu zwei Schnellverfahren zusammen. Vor dem 28. Bundesligaspieltag werden der Platzverweis für den Stuttgarter Torhüter Helmut Roleder und der Einspruch von Bayern München gegen die vierte gelbe Karte für Karl Del'Haye verhandelt.

Schiedsrichter benannt

Frankfurt (sid) – Die Europäische Fußball-Union (UEFA) hat die Schiedsrichter für die beiden Gruppenspiele der deutschen Nationalmannschaft benannt. In Izmir wird Vojtech Christov (CSSR) das Spiel gegen die Türkei (23. 4.) leiten, der Schotte Brian Robert McGinlay die Begegnung gegen Österreich in Wien (27. 4.).

Riblis erster Sieg

Madrid (dpa) – Nach vier Unentschieden verbuchte Zoltan Ribli (Ungarn) beim Viertelfinalkampf der Kandidatenrunde zur Schach-Weltmeisterschaft gegen Eugene Torre (Philippinen) in Madrid den ersten Sieg.

Curling: Deutsche vorn

Regina (sid) – Die deutsche Mannschaft führt bei der Curling-Weltmeisterschaft der Männer in Regina (Kanada). Sie ist nach Siegen über die Schweiz (8:4), Schweden (5:4), Italien (8:2) und Österreich (16:2) allein noch ungeschlagen.

CSSR erstmals mit Profi

Prag (dpa) – Die CSSR wird bei der Eishockey-Weltmeisterschaft in Deutschland erstmals mit einem Profi im Aufgebot antreten. Die Nominierung von Miroslav Dvorak, der in der nordamerikanischen Profi-Liga (NHL) bei den Philadelphia Flyers unter Vertrag steht, ist für die Eishockey-Nationalmannschaften des Ostblocks bisher einmalig.

Alleinfahrt von Hinault

Wasmuel (dpa) – In einer Alleinfahrt holte sich der französische Rad-Profi Bernard Hinault den Sieg beim 20. Grand Prix „Pino Cerami". Nach 209 Kilometern hatte Hinault im Ziel in Wasmuel (Belgien) vor Jostein Wilman (Norwegen) einen Vorsprung von mehr als fünf Minuten.

Klein Trainer in Köln

Köln (dpa) – Der israelische Basketball-Trainer Ralph Klein, der bisher den zweimaligen Europapokal-Gewinner Maccabi Tel Aviv betreute, wird einen Vertrag beim Deutschen Pokalsieger und Vizemeister BSC Köln unterschreiben.

ZAHLEN

TENNIS

Damen-Turnier in Amelia Island, 2. Runde: Bunge (Deutschland) – Allen (USA) 6:1, 6:1, Kohde (Deutschland) – Jausovec (Jugoslawien) 6:4, 5:7, 6:4. – **Herren-Turnier** in Aix-En-Provence, 1. Runde: Elter (Deutschland) – Masur (Australien) 6:1, 7:5, Lewis (Neuseeland) – Keretic (Deutschland) 6:1, 6:3.

FUSSBALL

A-Jugend-Auswahlspiel: Deutschland – China 4:1. – Freundschaftsspiele: Preußen Münster – Borussia Dortmund 0:7, FC Groningen – Nationalmannschaft Österreich 1:1, Sittardia Sittard – Mönchengladbach 3:2. – Englische Meisterschaft, Nachholspiele: Coventry – Liverpool 0:0, Luton – Birmingham 3:1.

EISHOCKEY

Länderspiel: Schweden – Kanada 4:6.

HOCKEY

Damen-Weltmeisterschaft in Malaysia, Gruppe A: Niederlande – USA 1:0, Wales – Indien 1:1, Australien – Schottland 1:1.

Interview mit dem Entertainer Werner Schneyder

Großer Pausenmacher

Mit seinem Programm „Zwischentöne" gastierte der österreichische Kabarettist Werner Schneyder (46) im vorigen Sommer sogar in der Leipziger „Pfeffermühle". Sein Roman „Die Unternehmungen des Herrn Hans" hatte nicht nur Erfolg bei der Schneyder-Gemeinde. Der frühere Eishockey-Spieler und heutige Box-Kampfrichter war auch kritischer Gast-Moderator des Aktuellen Sport-Studios im ZDF. – Die WELT sprach mit Werner Schneyder.

WELT: Was geben Sie eigentlich an der Hotelrezeption als Beruf an?

Schneyder: Schriftsteller – weil das auch in meinem Paß steht.

WELT: Sie haben aber nicht nur Romane und Aphorismenbände geschrieben. Sie treten auch als Kabarettist auf. Was hat Vorrang?

Schneyder: Das teilt sich auf: Halb Spielen, halb Schreiben. Ich habe auch schon eine Rolle in einem Fernsehstück gespielt. Wenn mich so etwas anlacht ...

WELT: Da zeichnet sich schon Ihr breites Spektrum ab: Schriftsteller, Sportjournalist, Kabarettist, Sänger, Entertainer. Haben Sie bei alledem nicht Angst, sich zu verschleißen, sich gleichsam auszuknautschen wie ein alter Schwamm?

Schneyder: Nein, denn ich bin ein großer Pausenmacher. Ich halte mich aufrecht, indem ich an diese Pausen denke. Ich lege so etwas lange Zeit vorher fest. Und wenn ich nicht den Charakter dafür habe, dann hat ihn meine Frau.

WELT: In solchen Pausen wird auch nichts geschrieben?

Schneyder: Jedenfalls nicht mit Absicht. Aber man hört ja nicht zu denken auf.

WELT: Auch nicht bei Ihrem derzeitigen Solo-Programm, das Sie durch 40 Städte führt und am 21. Mai zu Ende sein wird. Gibt es Tagesanstöße für den Kabarettisten Schneyder, die ad hoc ins Programm einfließen?

Schneyder: Wenn es sich ergibt, ja.

WELT: Zur Facette Chanson. Es heißt, der Schneyder mache so gut wie keine Liebeslieder ...

Schneyder: Also so zwei, drei gibt es davon schon. Schließlich verringert das Private die Distanz zum Publikum. Es merkt, da gibt es auch persönliche Träume. Das ist wichtig, denn politische Aussagen schaffen Distanz, sie sind Belehrung oder Aggression.

WELT: Zur Belehrung: Ist dem Sportpublizisten Schneyder der Sportjournalismus zu beckmesserisch?

Schneyder: Als Zeitungsleser könnte ich ihn mir mehr kulinarischer, mehr feuilletonistischer vorstellen. In der 42. Minute spielt Huber zu Meier – das ist mir zu fad.

WELT: Wer mehr kann, wandert meist in andere Ressorts ab. Früher, sagen sie dann verschämt, früher war ich auch mal im Sport.

Schneyder: Das ist eben die komplette Verkennung des öffentlichen Stellenwertes Sport. Er ist doch gleichrangig mit Kultur und Wirtschaft.

Meine Gäste und ich – ARD, 21.30 Uhr

WELT: A propos Verkennung: ist es nicht fatal, wenn der Ingolstädter Michael Heltau mit Wiener Schmäh die Chansons des Flamen Jacques Brel bringt?

Schneyder: Also die meisten Übersetzungen für Heltau sind ja von mir.

WELT: Eben drum.

Schneyder: Also zum Beispiel Nestroy im Französischen – ich weiß, da wird's auch schwierig. Aber Annäherungswerte sind mir lieber als Verzicht.

WELT: Flämisches ist jedoch überaus kompromißlos. Und Brel war Flame ...

Schneyder: Ich habe für mich selber zwei, drei Brels gemacht. Die sind ganz anders: Doch sehr direkt.

WELT: Wenn von Brel die Rede ist, sollten wir François Villon nicht vergessen.

Schneyder: Villon ist ungeheuer wichtig für mich, denn ich fühle mich von der Bänkellyrik abstammend. Ich bin kein Kunde von Novalis oder Benn. Sinngedichte des Barock – die geben mir hingegen etwas.



Werner Schneyder (46) FOTO: KÖVESDI

WELT: Aber auch die Operette ...

Schneyder: Ja, obwohl ich weder ausgebildeter Sänger noch Schauspieler bin. Als Bub hab' ich in der Provinz oft Operetten gesehen und gehört. Heute kann ich das lachend imitieren.

WELT: Also Offenbach, Ja. Aber ...

Schneyder: ... Dostal nicht? So etwas ist nur blöd.

WELT: Warum?

Schneyder: Weil ich überhaupt nicht bereit bin, mich an der Verteufelung der Unterhaltungsware zu beteiligen. Was in der Oper goutiert wird, wird in der Operette moniert.

WELT: Deshalb hören Sie zu Hause Operettenmusik?

Schneyder: Ich glaube, ich habe eine sehr kuriose Plattensammlung, und ich höre eher abseitige Musik.

WELT: Inwiefern denn abseitige Musik?

Schneyder: Zum Beispiel von Hoffmanns Erzählungen bis zu altwienerischen Tänzen mit richtigen Urschrammeln.

WELT: Noch einmal zum Journalismus. Könnten Sie sich – im Fernsehen, als eine Folge gescheiter Sportlergespräche – so etwas mit dem Schach-Großmeister Robert Hübner vorstellen? Ähnlich angelegt wie einst „Zu Protokoll" mit Gaus?

Schneyder: Das würde ich sofort machen. Denn das richtige Interview beginnt ja erst beim Nachdenken, bei der dritten Frage.

KLAUS BLUME

KRITIK

Da mußte der Zuschauer stutzig werden

Völker und Nationen verhalten sich selten ökonomisch rational. Das bestätigen momentan auch die Deutschen eindrucksvoll. Sie werden mit dem Arbeitskräfteüberschuß nicht fertig; was liegt da näher, als kürzer zu arbeiten. In diese aktuelle Denkschablone brachten Rudolf Blank und Bernd Wiegmann mit ihrem Beitrag, der sich sinnigerweise „Klartext" (ZDF) nannte, nun auch noch System hinein. Kurz: Es wurde ganz schön manipuliert. Durchgängig wurde der Eindruck vermittelt, daß es sich um eine sachliche, unparteiische Untersuchung handelt. Professoren, Experten, Vorstände und Betriebsräte kamen genauso zu Wort wie Arbeitnehmer, die außerdem auf in der Praxis Bewährtes zurückgriffen: auf betriebliche Modelle in einer mittelständischen Gießerei beispielsweise, bei Opel in Rüsselsheim, im Zigarettenkonzern BAT sowie im Münchner Kaufhaus Beck.

Mit Akribie wurden alle vier in Frage kommenden Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung untersucht, samt dem, was dabei an zusätzlichen Arbeitsplätzen herauskommen könnte: die 35-Stunden-Woche mit einem Plus von 630 000 Arbeitsplätzen; die auf 58 Jahre vorgezogene Rente, die mit 210 000 neuen Arbeitsplätzen schon schlechter wegkam; die Teilarbeitszeit, die 400 000 Arbeitsplätze schaffen soll, sowie die Begrenzung der Überstunden auf monatlich acht, was 82 000 Arbeitsplätze bringen könnte.

Alles in allem kamen 1,3 Millionen mehr Arbeitsplätze heraus, die dann allerdings ein Experte mühelos auf zwei Millionen hinaufstilisierte. Das war das eigentliche Fazit, untermauert mit dem Wunsch aller befragten Arbeitnehmer, kürzer arbeiten zu wollen, selbst wenn dabei 100 bis 200 Mark Lohn oder Rente ausfallen würden. Spätestens jetzt mußten allerdings auch gutgläubige Zuschauer stutzig werden. Denn die Übereinstimmung mit dem, was die Gewerkschaften fordern, war nun nicht mehr zu übersehen. Selbst Arbeitsminister Blüm, der zum Schluß noch bemüht wurde, war das zuviel. Er rückte denn auch unmißverständlich wenigstens die Rangfolge der diskutierten Möglichkeiten zurecht und setzte die Verkürzung der Lebensarbeitszeit eindeutig vor die 35-Stunden-Woche – im Gegensatz zur Aussage, die die Sendung vermitteln wollte.

Am Ende blieb nichts als Nachdenklichkeit darüber, warum ein Großteil der Nation zwar sensibel auf Arbeitslosigkeit reagiert, während sich für deren Ursache lediglich Experten interessieren. Und die Hauptursache unserer Arbeitslosigkeit ist nun einmal die seit 1970 von zehn auf vier Prozent heruntergeschraubte Rentabilität der Unternehmen. Davon war in „Klartext" nicht einmal ansatzweise die Rede. Und die 600 Milliarden Mark Staatsschulden blieben genauso außer Betracht wie die zurückliegende Inflation, die Arbeitsplätze vernichtete. Auf die Idee, daß die Beschäftigungs-, Finanz- und Wachstumskrise vielleicht durch mehr Arbeit und Leistung am schnellsten überwunden wird, kam jedenfalls keiner der Teilnehmer.

WERNER OBST





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
Magdalena
11.35 Der Herzogenstand
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 's Leb'n von Gott und's Essen vom Hof
Porträt einer Bauernfamilie
In dieser Sendung geht es um eine Familie, die am Rande des Bayerischen Waldes auf einem Bauernhof lebt. Familie H. besteht aus Herrn und Frau H., drei Kindern im Alter von ein bis acht Jahren und der Großmutter. Den ererbten Bauernhof soll später einmal eines der Kinder weiterführen – „aber nur, wenn es wirklich will", so der Vater, der erstaunlich fortschrittliche Erziehungsideale für seine Kinder verfolgt.
Kleiner Bruder John Willie (1)
Film in drei Teilen vom Überleben in harten Zeiten
Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

WELT ● Videotext
von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

Tagesschau
Pro und Contra
Thema: „Patientenaufklärung – Juristen überfordern die Ärzte"
Leitung: Emil Obermann
Es ist angerichtet (6)
Komische Geschichten mit Eddi Arent u. a.
Regie: Heinz Liesendahl
Meine Gäste und ich
Ein Abend mit Werner Schneyder und Tamara Lund, Peter Horton, Margit Läubli, César Keiser
22.30 Tagesthemen
23.00 Die große Flatter (2)
Fernsehfilm von Leonie Ossowski nach ihrem gleichnamigen Roman
Mit Jochen Schroeder, Hans-Jürgen Müller u. a.
Regie: Marianne Lüdcke
(Wh. von 1979)
Die „große Flatter" Schockers endet schnell. Seine Freundin gibt der Polizei einen Tip, und die holt ihn zurück.
00.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Wir Europäer
Die Eroberung des Raumes
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
Mumins schöne Winterträume
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Herbert Groenemeyer mit seiner Band
17.50 4 Hoffmanns und 5 Cupovics
Wie zwei Familien Freunde werden
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Der Fall Sherlock Holmes
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der Aktion Sorgenkind
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der Aktion Sorgenkind
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Karl Marx im Alltag der „DDR" / Die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen und die Souveränität der beiden deutschen Staaten / Bundesdeutsche Umweltdelegation in der „DDR" / Junioren-Fußball der „DDR" – Reportage vom Europameisterschafts-Qualifikationsspiel
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Die Liebe am St. Gotthard
Ein Videofilm mit Ueli Maier u. a.
Diesen Film haben 30 junge Schweizer in ihrer Freizeit selbst entworfen und gedreht.
23.05 Apropos Film
23.50 Sport aktuell
Golf-Masters-Turnier
Aufzeichnung des amerikanischen Fernsehens CBS aus Augusta/Georgia
00.40 heute

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Niagara
21.40 Buchtip
Über Marilyn Monroe
21.45 Wirtschaftsreporter
22.15 Nachtschalter

NORD
18.30 Sport
18.45 Follow me
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Schießen Sie auf den Pianisten
21.30 Bücherjournal
22.15 Berlin Rock News

HESSEN
18.30 Eisenbahn (5)
19.15 Teletechnikum
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
Der verlorene Sohn
Dt. Spielfilm, 1934
21.35 Drei aktuell
21.50 Kulturkalender
22.20 Auf der Suche nach dem Ursprung
23.05 Vor vierzig Jahren
Dt. Wochenschau, 14. 4. 43

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau Blick ins Land
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Fernsehspiel des Auslands
21.05 Notenschlüssel
Nur für Baden-Württemberg
21.50 Treffpunkt Fernsehturm (1)
21.50 Treffpunkt Alte Feuerwache (2)
Nur für Rheinland-Pfalz
21.50 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.50 Saarländer im Widerstand 1935–1945

BAYERN
18.15 Rendez-Vous en France (1)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 B III Sport aktuell
20.45 Rundschau
21.00 Jazz Burghausen
21.45 Werkbesuch
22.30 Zwischen Himmel und Erde

Am 2. April 1983 verschied unerwartet Herr

Bergwerksdirektor i. R.

Ernst Achim von Winterfeld

Sein Tod erfüllt uns mit tiefer Trauer. Wir verlieren mit ihm einen uns in langjähriger enger Zusammenarbeit verbundenen guten Freund unseres Unternehmens. Als persönlich haftender Gesellschafter der Bergemann KG hat er Entscheidungen von besonderer Bedeutung für unser Unternehmen mitgetragen.

Wir nehmen Abschied von einem Mann, dessen hohe menschliche Eigenschaften und vornehme Gesinnung in unserer Erinnerung bleiben werden.

RUHRGAS AKTIENGESELLSCHAFT

DANKSAGUNG

Beim Tode meines lieben, treusorgenden Mannes, unseres lieben Vaters und verehrten unvergeßlichen Chefs, des Kaufmanns Herrn

Onno Klopp

durften wir in ergreifender Weise erfahren, wieviel Liebe und Wertschätzung er sich erworben hatte und wieviel Anerkennung seinem Wirken zuteil wurde.

Wir haben sehr viele liebe, warmherzige und anerkennende Schreiben erhalten sowie Blumen, Kränze und großzügige Geld-Spenden für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Dürfen wir Ihnen auf diesem Wege sagen, wie wohl uns allen diese Zeichen der Verbundenheit zu dem Verstorbenen getan haben, und Ihnen sehr herzlich dafür danken.

Frau Hannelore Klopp und Familie
Inhaber und Mitarbeiter der Firma J. Bünting GmbH + Comp.

Sauna

-anlagen kpl. m. Zubehör eines namhaften Herstellers wg. Serienumstellung sehr günstig zu verkaufen (320 Stck. versch. Größen, evtl. auch Abgabe kleinerer Mengen). Tel. 0 42 54 / 14 98.

Burstah VIII
Treugeber-Interessengemeinschaft

sucht dringend Kontakt mit weiteren Treugebern.
Zuschriften erbeten unter K 5579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hannover-Messe

Charm. Dame, 25 J., perf. Englisch, PR, begleitet Sie.
Telefon 0 50 85 / 79 61

Büromaschinen bundesweit

Fernschr. ab DM 2292,– (DM 2587,70 inkl. MwSt.), Anrufbeantw. m. Fernabr. DM 1298,– (DM 1466,74 inkl. MwSt.), IBM Kugelkopf-Masch. DM 600,– (DM 678,– inkl. MwSt.), NP-Kopierer DM 990,– (DM 1118,70 inkl. MwSt.), Großauswahl an Gebrauchtmasch., Lagerliste anf. Mietkauf möglich.
Winterstätter GmbH, Sternstr. 31
6000 Ffm., Tel. 0 61 06 / 1 69 84

Direktwerbung Adressenverlag Full-Service
HÖHNS Postfach 1224 Tel. (05105) 8748 3013 Barsinghausen

FINANZANZEIGEN

7,5 % Staatsanleihe von 1983 (1993)
der
FREIEN HANSESTADT BREMEN

– Wertpapier-Kenn-Nr. 108 017 –

VERKAUFSANGEBOT

Die Freie Hansestadt Bremen begibt auf Grund haushaltsgesetzlicher Ermächtigung eine Anleihe im Gesamtbetrag von

DM 250 000 000,–

Von der Anleihe werden DM 200 000 000,– durch das unten genannte Konsortium freibleibend zum Verkauf gestellt.

Verzinsung	7,5 % jährlich, zahlbar nachträglich am 15. April eines jeden Jahres, erstmals am 15. April 1984. Die Verzinsung des Kapitals endet mit Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages. Das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.
Ausgabekurs	100,5 % spesenfrei, zuzüglich Börsenumsatzsteuer unter Verrechnung von Stückzinsen.
Laufzeit	10 Jahre. Eine vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen.
Rückzahlung	Am 15. April 1993 zum Nennwert.
Rendite	7,43 %.
Nennbeträge	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Lieferung	Die Anleihe ist in zwei bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft – Wertpapiersammelbank –, Hamburg, hinterlegten Globalurkunden verbrieft, an denen die Erwerber Miteigentumsanteile in Höhe der gekauften Beträge erhalten. Die Ausgabe von Einzelurkunden ist während der gesamten Laufzeit ausgeschlossen. Depotgutschrift erfolgt durch das vom Käufer benannte Kreditinstitut.
Börseneinführung	Zum amtlichen Handel an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit	Nach § 1807 Abs. 1 Nr. 2 BGB mündelsicher und nach § 54 a Abs. 2 Ziff. 3 VAG deckungsstockfähig.
Lombardfähigkeit	Lombardfähig nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank.
Verkauf	Ab 14. April 1983 freibleibend durch die nachstehend aufgeführten Kreditinstitute und deren Niederlassungen sowie durch Vermittlung aller anderen Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Bremer Landesbank

ADCA-Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Bankverein Bremen Aktiengesellschaft

Commerzbank Aktiengesellschaft zugleich für Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft

DG-Bank – Deutsche Genossenschaftsbank –

Die Sparkasse in Bremen

Dresdner Bank Aktiengesellschaft zugleich für Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –

Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft

Carl F. Plump & Co. – Bankhaus –

Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft

Bremische Volksbank e. G.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft zugleich für Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft und Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –

Geestemünder Bank Aktiengesellschaft

Bankhaus Martens & Weyhausen GmbH & Co.

Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –

Städtische Sparkasse Bremerhaven



Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank
Aktiengesellschaft
Hannover

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am
Mittwoch, dem 1. Juni 1983, 12.00 Uhr
im Neubau der Bank, Hannover, Landschaftstraße 2, stattfindenden
107. ordentlichen Hauptversammlung
ein.

Wegen der Tagesordnung verweisen wir auf den Bundesanzeiger Nr. 70 vom 14. April 1983.

Hannover, im April 1983

Der Vorstand

BP

THE BRITISH PETROLEUM COMPANY P.L.C.
London

Hauptversammlung

Die vierundsiebzigste ordentliche Hauptversammlung der The British Petroleum Company p.l.c. findet

am Donnerstag, dem 5. Mai 1983, 11.30 Uhr,

im The Barbican Centre, Silk Street, London EC2Y 8DS, statt, um über folgende Punkte der

Tagesordnung

zu beschließen:

1. Entgegennahme und Genehmigung des Berichtes der Directors und des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1982.
2. Beschlußfassung über die Höhe der Dividende.
3. Wiederwahl von The Hon. Sir John Baring als Director.
4. Wiederwahl von Mr. R. Malpas als Director.
5. Wiederwahl von Sir Lindsay Alexander als Director.
6. Wiederwahl von Mr. A. W. Whitehouse Jr. als Director.
7. Wiederbestellung von Ernst & Whinney zum Abschlußprüfer.
8. Ermächtigung des Direktoriums, das Entgelt des Abschlußprüfers für 1983 festzusetzen.
9. Annahme der Satzung (Articles of Association) gemäß dem der Hauptversammlung vorgelegten und vom Hauptversammlungsleiter unterzeichneten Schriftstück anstelle der bisherigen Satzung (Sonderbeschluß).

Stimmberechtigt in der Hauptversammlung sind Aktionäre, die am 5. April 1983 im Aktionärsregister der Gesellschaft eingetragen waren.

Mitteilung an die Miteigentümer an dem Inhaber-Sammel-Zertifikat der Deutscher Auslandskassenverein AG für Namens-Stammaktien der

THE BRITISH PETROLEUM COMPANY P.L.C.
– Wertpapier-Kenn-Nummer 861 873 –

Das Stimmrecht aus den Namens-Stammaktien, die in London für den AKV in einem Sonderdepot gehalten werden, wird dieser nicht selbst ausüben. Er wird dem Miteigentümer oder einem von diesem benannten Dritten auf Verlangen eine Vollmacht zur Ausübung des Stimmrechts erteilen lassen. Die Erteilung der Vollmacht hat zur Voraussetzung, daß der Miteigentümer den entsprechenden Antrag bis spätestens 26. April 1983 über seine Depotbank eingereicht hat und der jeweilige Miteigentumsanteil bis zum Ablauf der Hauptversammlung gesperrt wird.

THE BRITISH PETROLEUM COMPANY P.L.C.

Hamburg, im April 1983

Im Auftrag
Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 14 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fruchelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung; Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Gordische Ganoven

cf – Großbritannien und Frankreich haben kürzlich viele diplomatische Sowjetmenschen nach Hause geschickt, weil diese, nach Ansicht zuständiger Stellen, der Spionage oblagen. Die Späher haben sich dabei unter anderem auch einer Methode bedient, die gewiß unschön ist, aber doch sozusagen legal: Sie haben vorhandenes und der Öffentlichkeit zugängliches Material gesammelt und ausgewertet. Solches Material wird besser nicht angeboten, das sagt jetzt jeder.

Das gilt aber nur für Spionagefälle, nicht für andere Mächte, die die Gesellschaft bedrohen. Da sind etwa kürzlich in London viele Millionen Pfund geklaut worden, und die Verbrecher haben einige Schatzhüter dabei gefesselt. Beim Fesseln fallen Knoten an. Knoten aber, wer wüßte das nicht, sagen viel über den Menschen, der da geknotet hat. Es gibt eine Fülle von schönen Knoten. Hafenarbeiter knoten anders als Fischer, Angler anders als Chemiker. Und so weiter. Die britische Polizei sinnt zur Zeit den vorliegenden Knoten nach und sagt natürlich nichts.

Aber eben jetzt wurde Geoffrey Bodworth tätig, Ex-Polizei-Inspektor und nun Knoten-Berater des nationalen Marine-Museums (im Ernst, das ist er). Er veröffentlichte „Das Knoten-Buch", mit viertausend möglichen Knoten, und noch dazu mit einem von der britischen Polizei benutzten Knoten-Verzeichnis, an dessen Erstellung die Spuren-Wissenschaftlerin Dr. Sheila Keating mitgewirkt hat. Das Werk dürfte im Nu ein Bestseller werden: Auch der bescheidenste Ganove kann es nicht missen in seiner Handbibliothek.

Dank Mr. Bodworth wird man nun in Zukunft überhaupt nicht mehr wissen, wer da geknotet hat. Gangster-Angler werden ihre Strippe schlingen wie Gangster-Exmatrosen. Außerdem, der ganz einfache Jedermannsknoten wird die Unterwelt erobern. Die Polizei sieht den Verbrecher eben als Mitmenschen, und Fair play muß sein. Spione knoten selten.

Neuer Film: „Goldfieber" mit Charlton Heston

Kanadische Nibelungen

In einer einsamen Berggegend Kanadas haust Silas McGee, ein mißtrauischer, bösartiger Einsiedler, gespielt von dem schmuddeligsten Charlton Heston, den es je gab. McGee, ein anachronistisches Überbleibsel aus den Tagen des großen kanadischen Goldrausches, bewacht wie der Drache aus der Siegfried-Sage einen Goldschatz, der im Inneren des Berges schlummert.

In diese wenig idyllische Einsamkeit platzt plötzlich ein junges Pärchen hinein, dessen Flugzeug abgestürzt ist. Hilfesuchend wenden sich die beiden jungen Leute (Nick Manescu und Kim Basinger) an den Sonderling. Der aber empfindet das Eindringen des Paares in seine Abgeschiedenheit nur als eine lästige, ja, gefährliche Störung. Vor allem aber fürchtet McGee um seine Goldader im Bergesinnern und reagiert giftig wie eine gereizte Klapperschlange. Nicht ganz zu Unrecht, denn den jungen Mann packt plötzlich auch das „Goldfieber", so der Titel des Films, der auf englisch „Mother Lode" heißt (was auf deutsch soviel wie Goldgrube bedeutet). Und so kommt es zwischen dem alten Goldhüter und dem Eindringling aus der zivilisierten Welt zu erbitterten Gefechten.

Charlton Heston hat bei dem Film selbst Regie geführt, sein Sohn verfaßte das Drehbuch und produzierte das Drama in der Tradition von Jack London. Man merkt es Heston in jeder Szene an, daß ihm die Rolle als goldbesessener Fiesling richtig Spaß bereitet. Endlich durfte er einmal weg von seinem über Jahre gepflegten Image als Hollywoods edler Held, das ihm seit Filmen wie „Die 10 Gebote", „Ben Hur" und „El Cid" anhaftet.

„Goldfieber" will nicht nur ein aufregender Abenteuerfilm sein, sondern vor allem die Studie eines Mannes, den das Gold innerlich und äußerlich zerstört hat. McGee ist vom Goldfieber wie von einer lebensgefährlichen Krankheit befallen. Sein ganzes Dasein dreht sich um die Goldader im Berg. Sein Wahn, den Heston wahrhaft grandios darstellt, färbt auch auf die Natur um ihn herum ab, deren Zauber im Lauf des Films immer mehr schwindet. Sie wird bedrückend, ja sogar bedrohlich.

Charlton Heston ist mit seiner Mär von dem grimmigen Drachen in Menschengestalt ein Film gelungen, der rein äußerlich dank der üblichen Stilmittel des Genres des Abenteuerfilms so aufregend wirkt wie ein Roman von London oder Stevenson. Darüber hinaus aber bezieht „Goldfieber" seine eigentliche Dramatik aus der Darstellung eines Menschen, der seine Seele an das Gold beziehungsweise an den Teufel verkauft hat.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

Venedig: Peggy-Guggenheim-Museum eingeweiht

Reiter ohne Feigenblatt

Vor der privaten Wiedereröffnungsfeier der Guggenheim-Sammlung in Venedig schwankte ein riesiges Rosenbukett über den Köpfen der Festgemeinde im Garten der Ca* Venier dei Leoni am Canal Grande. Sein Träger legte es unter der Tafel mit der Aufschrift „Here rests Peggy Guggenheim, 1898–1979" nieder. Es war so üppig, daß die Blumen bis zu der Nachbartafel reichten: „Here lie my beloved Babys". Nur wer die exzentrische Hausherrin und ihre unzertrennlichen Hundchen nicht gekannt hatte, las staunend die Zahl (14) und die Namen der Babys (White Angel, Sir Herbert usw.), wagte sein Glas auf den Sockeln der Skulpturen zwischen den Beeten abzustellen oder sich gar in den steinernen Thron zu setzen, auf dem Peggy, der genialste Talent-Scout unseres Jahrhunderts, im Gewand der Dogin ihren Whisky zu trinken pflegte.

Wer sie je in ihrem Haus erlebt hatte, erschrak schon beim Vorüberfahren auf dem Canal Grande über dessen Veränderung. Das nie vollendete einstöckige Palais, bisher romantisch überwuchert von Grün und Efeu, strahlt nach den Restaurierungsarbeiten des letzten Winters in blendendem Weiß und trägt in großen Lettern die Aufschrift „Peggy-Guggenheim-Museum". Keine Ranken über dem schmiedeeisernen Tor verbergen mehr Marino Marinis Reiter mit den ausgebreiteten Armen und dem provozierenden männlichen Attribut, das Peggy abzuschrauben pflegte, wenn der Patriarch vorüberfuhr.

„Zum ersten Mal können wir dem Publikum die Geschichte der Kunst im 20. Jahrhundert, die diese Sammlung enthält, in klarer und logischer Ordnung präsentieren", schreibt Thomas Messer, Direktor des Solomon-R.-Guggenheim-Museums New York und des testamentarisch dem amerikanischen „Vaterhaus" vermachten „Peggy-Guggenheim-Museums Venedig" im Vorwort des neuen Katalogs. Peggy Guggenheims Privathaus, diese Schatzhöhle der Kunst, in der sie Generationen von Künstlern empfangen, gefördert und geliebt hat, existiert nicht mehr.

Die Stiftung Solomon R. Guggenheim hat es mit der finanziellen Hilfe von italienischen und amerikanischen Banken in ein funktionelles Museum verwandelt. Es ist das wichtigste Museum moderner Kunst in Italien, vielleicht in Europa. Die Bilder und Skulpturen, die Peggy Guggenehim in drangvoller Enge und schlecht beleuchtet nach ihren persönlichen Erinnerungen an die zahlreichen Freundschaften mit den Großen der Kunst von Duchamps bis Calder und Max Ernst, der einer ihrer drei Ehemänner wurde, angeordnet hatte, sind jetzt nach klaren musealen Kriterien in dem rekonstruierten Haus verteilt und beschriftet.

Links die *Kubisten* (Picasso und Braque), die Abstrakten (Mondrian, Malewitsch, Brancusi, Klee, Arp) und Futuristen (Balla und Severini). Rechts die Surrealisten (Max Ernst, Dali, Miró, Magritte, Giacometti) und die Bilder von de Chirico und dem Picasso der dreißiger Jahre. Im ehemaligen Gartenhaus der „Barchessa" hängen die Nachkriegsbilder, angeführt von Jackson Pollock, den Peggy Guggenheim entdeckt und lanciert hat. Das Museum ist bis zum Oktober jeden Tag (außer dienstags) von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Für den Winter sind Ausstellungen von Werken aus dem New Yorker Guggenheim-Museum geplant.

MONIKA v. ZITZEWITZ

KULTURNOTIZEN

„Mythen – Märchen – Moritaten" heißt ein Sonderband der „Zeitschrift für Kulturaustausch", der die traditionelle Literatur Brasiliens aufbereitet.

Die Peking-Oper hat eine Europa-Tournee begonnen, die sie durch Spanien, Frankreich und in die Schweiz führt.

Der Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik ging an die Literaturredaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Der aus Taiwan stammende 17 Jahre alte Menuhin-Schüler Leland Chen hat im englischen Folkestone einen internationalen Violinwettbewerb gewonnen.

Im Regensburger Hafen wird der letzte bayerische Schaufelraddampfer, „Ruthof", als Spezialmuseum der Öffentlichkeit übergeben (ab 11. Mai).

Ungarn stellt sich mit 2000 Büchern und Zeitschriften von morgen bis zum 27. April im Historischen Archiv der Stadt Köln vor.

Rainer Miedel, der deutsche Chefdirigent des „Seattle Symphony Orchestra", ist im Alter von 45 Jahren gestorben.

Paul Hager, Generalintendant der Städtischen Bühnen Dortmund, starb im Alter von 58 Jahren.

Pierre-Richard Willm, der Beau des französischen Theaters und Films der 30er und 40er Jahre, ist im Alter von 87 Jahren gestorben.

Abgesang auf den verkauften Rowohlt Verlag

So schön war's bei Ernst Gargantua

Alles bleibt beim alten, versichern die Verantwortlichen, da nun der Rowohlt Verlag endgültig an Holtzbrinck verkauft ist und die Gründerfamilie die Planken des Schiffs verlassen hat. Man darf daran zweifeln, und eines ist auf jeden Fall klar: Ein farbiges Kapitel deutscher Verlagsgeschichte ist abgeschlossen, die Zeit für Rückblicke ist gekommen. Ernst Rowohlt und Heinrich Maria Ledig-Rowohlt, die beiden Männer, die den Verlag geschaffen und geprägt haben, sind von nun an nur noch Material für Zeitgeschichtler und Literaturhistoriker.

Ernst Rowohlt – der Name ist ohnehin schon lange Legende. Der Mann war ein Viechskerl und ein Riese in jeder Hinsicht, gierig auf Leben und Mitmenschlichkeit, sprunghaft in seinen Entscheidungen, aber ausgerüstet mit einem untrüglichen Gespür für literarische Qualität, für Sensation und Erfolg (wenn auch keineswegs stets für finanziellen Erfolg). Autoren, die in seinem Verlag herauskamen, waren immer mit Haut und Haar „seine" Autoren. Er hatte sie zum guten Teil erst entdeckt, er besuchte sie in ihrem Zuhause und richtete sich dort oft selber häuslich ein, er „soff" mit ihnen und ging für sie durch dick und dünn, hießen sie nun Thomas Wolfe oder Hans Zehrer, Hans Fallada oder Henry Miller.

Seit 1919, seit es den Ernst Rowohlt Verlag in Berlin gab, hatte die alte Reichshauptstadt einen Mittelpunkt mehr. Der Verleger und sein Haus waren eine internationale Attraktion, die die Leute von rechts bis links unwiderstehlich anzogen. Die „harten Amerikaner", für die Ernst Rowohlt ein besonderes Faible hatte, die Hemingway und Faulkner und Sinclair Lewis, gingen ein und aus. Bronnen stritt sich bei Rowohlt mit Mehring, Jünger mit Pinthus, und dies weltoffene Wesen setzte sich bis weit in die dreißiger Jahre hinein fort, trotz Straßenterrors draußen, Spitzelwesens drinnen.

Rowohlt, der geborene Bremer mit der Seemannsader, emigrierte 1938 nach Brasilien – um 1940 auf einem Blockadebrecher nach Deutschland zurückzukehren. 1945 gingen die Liegenschaften des Verlags in der Ostzone verloren, das Haus siedelte sich in Stuttgart an und später in Hamburg. Mit den „gelumbeckten" rororo-Taschenbüchern begann ein zweiter beispielloser Aufstieg, diesmal schon unter der Mitägide des Sohnes Heinrich Maria Ledig, der 1960, nach dem Tod des ruhmbedeckten Alten, die Alleinverantwortung übernahm.

Ledig hatte den Verlag schon während des Krieges einmal eigenverantwortlich geleitet und sich dabei als geschickter Taktiker mit ebenfalls nachtwandlerisch sicherem „Riecher" erwiesen. Er hat auch sonst noch so manchen Charakterzug seines Vaters geerbt, ohne freilich an dessen gargantuahaftes Format heranzureichen. Seine Vorlieben sind feinsinniger. Er gewann Ruhm als einfühlsamer Übersetzer aus dem Englischen und tat sich hervor als Erfinder durchschlagender Titel (z. B. „Morgens um sieben ist die Welt noch in Ordnung"), mit denen er den Absatz seiner Bücher oft verdoppelte und verdreifachte.

Dennoch begann in seiner Zeit der Abstieg des Unternehmens von den von Ernst Rowohlt markierten Höhen. Während sich das Umsatzvolumen phantastisch steigerte, verminderte sich die Qualität. Das persönliche Verhältnis des Verlegers zu den Autoren wich in den meisten Fällen einem eher abstrakten Verhältnis zu Zahlen und Bilanzen. Ledig kaufte systematisch amerikanische Bestseller für den deutschen Markt auf und weitete den Taschenbuchanteil seines Unternehmens spektakulär aus. Bald gab es Liquiditätsnöte und in der Folge davon die Hereinnahme fremder Geldgeber, Time Inc. bei den Taschenbüchern, Holtzbrinck im Stammverlag. Das Familienunternehmen verwandelte sich in ein Regiment der Manager.

Parallel dazu wurde das Haus weltanschaulich gleichgeschaltet. Unter dem alten Rowohlt hatte das Spektrum der zugelassenen Meinungen auch nach dem Kriege noch einen weiten Bogen beschrieben, reicht von Ernst von Salomon bis Sartre, von Jouhandeau und Céline bis Ernst Marcuse und Jean Effel. Nach Ledigs Machtantritt kamen stramm linke Lektoren wie Rühmkorf, Raddatz und Manthey zum Zuge, die dafür sorgten, daß keine unbequemen, wider den linken Zeitgeist löckenden Schriftsteller mehr eine Chance erhielten. Noch jüngsthin trennte man sich von Hartmut Lange, weil er nicht mehr links genug war.

Die fatale Tendenz verstärkte sich, nachdem Ledig den größeren Teil seiner Macht an Matthias Wegner abgetreten und sich in ein schweizerisches Buenretiro zurückgezogen hatte. Der maßgebende Ideologe des Verlages wurde nun der Linskaußen der Bonner SPD-Fraktion, Freimut Duve, der die Reihe rororo-aktuell zu einer völlig uniformen monatlich mehrmals erscheinenden Munitionskiste für linke Politiker umgestaltete. Auf literarische Brillanz und wissenschaftliche Genauigkeit wird dabei kein Wert mehr gelegt, ebenso wenig wie in den Reihen rororo-sexologie, rororo-rotfuchs, rororo-tele oder rororo-studium, die zu einem wahren Sammelsurium von Stilblüten und Politjargon geworden sind.

Zyniker könnten sagen, es geschehe dem Rowohlt Verlag ganz recht, daß er jetzt von einem Großkonzern geschluckt und zur Dispositionsmasse herabgestuft werde. Der Literaturfreund aber ist von Wehmut erfüllt, denn er erinnert sich jener besseren Zeiten, die nun wohl für immer vergangen sind.

GÜNTER ZEHM



Lediglich Rowohlt ...
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Marbach: Jüdische Verlage im Dritten Reich

Geist der Katakomben

Das größte Problem waren die Autoren. Wer seinen Kopf verkaufen konnte, versuchte im Ausland seine Schriften zu verlegen. So wurden für die nach 1933 in Deutschland verbliebenen jüdischen Verlage die potentiellen Schriftsteller immer weniger. Die Emigranten konnten von Nazi-Deutschland aus nicht mehr bezahlt werden. In einer Kabinett-Ausstellung des Schiller-Nationalmuseums in Marbach/Neckar, unter dem Titel „In den Katakomben", werden gerade diese wichtigen wirtschaftlichen Aspekte jüdischer Verlagsarbeit deutlich gemacht.

Die grandiose Inflationspolitik der Nazis ließ die Reichsmark immer weniger wert sein. So blieb es bei meist spärlichen Verlagsprogrammen. Die meisten Verlage haben in den fünf Jahren bis Ende 1938 – danach ging überhaupt nichts mehr – nur zwischen sieben und 20 Titeln herausbringen können. Im ganzen gab es erstaunlich viele jüdische Verlage, von denen die meisten freilich weniger wirtschaftliche Interessen hatten. Es sollte nur zum Überleben langen. Ihnen war das Programm wichtiger.

Fast hinter jedem Verlag standen Organisationen und Verbände. Zu den Vorzügen der Marbacher Ausstellung gehört es, dies zu zeigen. Deutlich zu machen, welche Richtungen es damals in Deutschlands Judentum gab. So werden nicht die großen Verlage mit gemischter Produktion wie Ullstein oder S. Fischer gezeigt, vielmehr führt Ingrid Belke, der wir diese Übersicht verdanken, anschaulich vor, wie als Reaktion auf die immer stärker werdende antisemitische Greuelpropaganda seit den zwanziger Jahren zahlreiche jüdische Verlage aus dem Boden sprossen, die sich etwa dem Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, der schon am Ende des 19. Jahrhunderts gegründet wurde, oder, als Gegengruppe, den „Kulturzionisten" verpflichtet fühlten.

Die ersteren waren assimilationswillige Juden. Ihre Verlagsarbeit war die umfangreichste. Die „Kulturzionisten" hingegen wollten die eigentliche jüdische Kultur wiederbeleben. Zu ihnen gehörten Martin Buber, Franz Rosenzweig sowie Felix und Robert Weltsch. Der größte Verlag war Schocken, den man als Parteiverlag der zionistischen Bewegung bezeichnen kann. Seine Arbeit steht im Mittelpunkt der Ausstellung; er hatte nicht nur die größte, sondern auch die inhaltlich wichtigste Produktion aufzuweisen. Erstaunlich ist, daß die Nazis seine Arbeit noch am wenigsten behinderten, offenbar weil sie hofften, so eine größere Ausreisewilligkeit deutscher Juden vor der beschlossenen Endlösung zu bewirken.

Erschütternd ist, zu sehen, wie sich die kleinen Verlage angestrengt haben, wie etwa der um die Zeitschrift „Der Schild" aufgebaute Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, der sich vehement und erfolgreich gegen die seit 1919 grassierende Lüge zur Wehr gesetzt hat, die jüdischen Frontkämpfer hätten nicht tapfer genug auf deutscher Seite gekämpft. Dieses Beispiel zeigt, daß auch unter wirtschaftlich und politisch widrigsten Umständen positive Verlagsarbeit möglich war. (Bis 19. Juni, Kat. 6 Mark)

CHRISTIAN ANDREE



Eine elegante Kunst: Offenes Kleid aus bemaltem und bedrucktem indischem Chintz, England 1795, aus der Ausstellung in Los Angeles
FOTO: L. A. COUNTY MUSEUM

Los Angeles zeigt die Mode des 18. Jahrhunderts

Rousseaus Schnittmuster

Mode ist nicht nur Torheit. Sie war, in früheren Zeiten, ein Zweig erlesensten Kunsthandwerks, sie ist eine Fundgrube kultur- und sozialhistorischen Anschauungsmaterials. Deswegen kümmern sich die Museen um Kleidung. Die beiden großen Modenschauen, die das New Yorker Metropolitan Museum jüngst dem 19. Jahrhundert widmete (die WELT berichtete), werden nun vom Los Angeles County Museum auf spektakuläre Art nach rückwärts verlängert: „Fashion and Fantasy in the 18th Century" ist der Untertitel, „Eine elegante Kunst" die Schlagzeile dieser Ausstellung, der ersten überhaupt zu diesem Thema.

Ein Jahrhundert der Umbrüche und der jähen Entwicklungen. Am Beginn glänzt noch das Versailles des Sonnenkönigs mit seinem schweren Kleiderprunk. Die Mode ist gleichsam kodiert: Die Lockenpracht der Perücken, der golddurchwirkte Seidenbrokat weisen den höfischen Adel aus. Diese Etikette hält nicht mehr lange. Das reicher werdende Bürgertum kann sich bald dieselben kostbaren Materialien leisten, zwingt den Adel, auf eine andere Art von Luxus zu sinnen. Wo es die Stoffe nicht mehr bringen können, muß die Verarbeitung immer aufwendiger werden. Das Rokoko schwelgt in feinsten Stickereien, Blumenbuketts von Fingernagelgröße etwa, deren Details sich erst unter der Lupe erschließen. Der Aufwand der Kleidung ist also gar nicht mehr augenfällig, nur der Träger des Kleidungsstücks weiß um die wahre Erlesenheit, genießt das Geheimwissen um seine Extravaganz. Sie gipfelt darin, auch Unterkleidung und Leibwäsche aufs Feinste zu veredeln.

Die Französische Revolution wischt das weg. Egalité wird zur modischen Devise und zur Devise der Mode. Noch ein paar Jahre dominieren die alten Silhouetten in grober Vereinfachung, die ins Korsett gezwungenen Büsten über dem Faltenrock. Am Ende des Saeculums hat sich Rousseau auch bei den Schneidern durchgesetzt: Im Empire fließen die Stoffe in größter Natürlichkeit am Körper herab – mit der kleinen Abirrung der nach oben versetzten Taille. Natürlichkeit heißt da auch: naturbelassen. Die sozialen Unterschiede haben sich wieder manifestiert, ein edler Stoff sagt genug über seinen Träger, es bedarf nicht mehr der Bordüren und Applikationen.

In diese Entwicklung schert eine zweite ein: Das Erblühen des Kolonialhandels schwemmt Baumwolle auf den Markt. Dieses wohlfeile, leicht zu verarbeitende Material gestattet es, auch Alltagskleider hübsch zu mustern. Ein Paradox ist es, daß diese Gewänder heute einen höheren Museumswert besitzen als die Prunkkleider. Während diese nämlich gepflegt, bewahrt und vererbt wurden, trug man die „wertlosen" Alltags- und Arbeitskleider bis zum Verschleißen auf. Sie sind die wahren Raritäten heute.

Das Museum von Los Angeles besitzt in seiner umfänglichen Kostümsammlung allerdings genug davon, um nun auch Alltagsszenen in seiner Ausstellung zu zeigen: den täglichen Gang zum Markt, der bürgerliche Hausfrau, herrschaftliche Köchin und Bäuerin vereinigt, das Kinderzimmer unter der Aufsicht der Amme, die Unterrichtsstunde mit dem Hauslehrer und seinen Zöglingen, die sich hier bequemer und legerer kleiden dürfen als bei den gesellschaftlichen Anlässen wie dem abendlichen Hauskonzert oder dem formellen Souper.

Aber bevor man zu reflektieren beginnt, nehmen ganz einfach die Fülle der über dreihundert Exponate und deren schiere Schönheit für diese Schau ein, dazu das aufwendige Arrangement in Gruppenbildern vor eigens zu diesem Zweck gemalten Trompe-l'oeil-Kulissen und auf à la mode gefertigten Mannequins, die sich vom Kopfputz bis zum Schuh in Gestalten des 18. Jahrhunderts verwandeln (bis 2. Juni, Katalog 18,05 Dollar).

REINHARD BEUTH

Offenburg: Ein Theaterstück über Schwarzarbeit

Stingl contra Kovacz

Das Happy-End blieb aus, mußte ausbleiben. „Schmutziger Lohn" heißt der Werktagskrimi, der als Produktion der in Emmendingen beheimateten Badischen Kammerschauspiele in Offenburg uraufgeführt wurde. So war es der „Werktag" des Schwarzarbeiters Manfred Lorenz, der aufmerksam und nachdenklich machte: seine Verstrickung in die illegale Arbeit, seine Erpreßbarkeit und die Auswirkungen auf seine Familie.

Und genau dies haben der Autor Heinz Bothe-Pelzer, Verfasser zahlreicher Fernsehstücke, und der Hamburger Regisseur Henry-E. Simmon im Sinn: eine Diskussion über Schwarzarbeit anzuregen, die oft noch als Kavaliersdelikt angesehen wird, deren volkswirtschaftlicher Schaden sich aber auf rund 40 Milliarden Mark jährlich beläuft. Grund genug für die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, das Theaterprojekt finanziell zu unterstützen.

Der Fliesenleger Manfred Lorenz (dargestellt von Richard Steppat) ist das, was man einen ehrbaren Handwerker nennt: fleißig und bemüht, seiner Familie etwas zu bieten. Dafür schuftet er – tagsüber in seiner Firma, abends „schwarz" auf eigene Rechnung. Daß er gegen Gesetze verstößt, wird ihm nur langsam klar, und daß er seine Familie dabei fast zugrunde richtet, wird ihm gleich gar nicht bewußt. „Hier blüht die Konjunktur, ohne uns Schwarzarbeiter läuft nichts am Bau", rechtfertigt er sich. Und vor allem will er ein eigenes Haus, „bevor wir alt sind und mit dem Kopf wackeln".

Ein früherer Kollege, der Lorenz erpreßt, stellt die Verbindung zu dem zweiten Schwerpunktthema her: der illegalen Vermittlung von Arbeitskräften. Meist sind es Ausländer, die ohne Versicherung und ohne Arbeitserlaubnis auf den Baustellen arbeiten. Werner Beck als Menschenhändler Kovacz zieht auf verschlagene Weise aus dem Hintergrund die Fäden – was zählt, ist der Verdienst. Als der menschenverachtende Schwindel auffliegt, ist es allein der Großverdiener Kovacz, der sich absetzen kann. Seine Handlanger – und mit ihnen Lorenz – werden erwischt.

Die Aufführung schaffte es, über die Spielhandlung die Hintergründe deutlich zu machen, wenn auch die Figuren häufig überzeichnet dargestellt werden. Oft zu drastisch, wie der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, bei der Premiere meinte. Dennoch sieht Stingl die Aufgabenstellung des Theaterprojekts „vorzüglich gelöst". Für ihn ist es jetzt erforderlich, dem Stück eine ausgiebige Diskussion folgen zu lassen und einen Umdenkungsprozeß einzuleiten. „Es muß klarwerden, daß es sich bei Schwarzarbeit eben nicht um ein Kavaliersdelikt, sondern um einen Betrug am Nachbarn, um ein Verbrechen an der Gesellschaft handelt."

Bis Mitte Dezember wird die Theatergruppe mit dem Stück in der ganzen Bundesrepublik unterwegs sein. Mehr als 150 Vorstellungen sind bereits gebucht – vor allem in Jugendhäusern. Dann wird es sich, könnte es sich zeigen, ob die Nürnberger Subvention von immerhin einer halben Million Mark zu Buche schlägt.

KLAUS JUSTEN

JOURNAL

Unbekannte Dokumente über Kafka und Weiß

dpa, **Bonn**

Eine Ausstellung über die Beziehung der Schriftsteller Franz Kafka und Ernst Weiß findet vom 16. bis zum 30. Mai im Bonner „Collegium Josephinum" statt. Anhand von Originalfotos, Zeichnungen und Graphiken sowie Briefen, Manuskripten und Büchern wird die ebenso spannungsreiche wie fruchtbare Freundschaft der beiden Autoren vergegenwärtigt. Schwerpunkte der Ausstellung sind bisher zum Teil unbekannte Dokumente über den Beginn der Freundschaft, über Kafkas Entlobung im „Askanischen Hof" in Berlin, bei der Weiß Zeuge war, und über die anschließende Reise der beiden Dichter in das dänische Ostseebad Marielyst im Sommer 1914.

„Kleine" Lösung für das Prinzregententheater

R. M. B. **München**

Eine „kleine" Lösung für die Restaurierung des Münchner Prinzregententheaters ist in Sicht. In der letzten Ministerratssitzung wurde die Restaurierung dieses neoklassizistischen Bauwerks entschieden. Zwar wird es vorläufig nichts mit der „großen Lösung", also der völligen Bespielbarkeit dieses renommierten Münchner Hauses, doch ist die bayerische Staatsregierung der Auffassung, daß „private Spendenbereitschaft nicht ungenutzt bleiben sollte", und nimmt deshalb das fristgebundene 2,8 Millionen-Vermächtnis von der Tochter des „Prinz"-Architekten, Gertrud Proebst, an. Eine solche Lösung stehe auch einer größeren Lösung für die staatlichen Theater in München nicht im Wege, heißt es in dem Kommuniqué.

Wajda will wieder in Polen drehen

dpa, **Berlin**

Der polnische Regisseur Andrzej Wajda, der zur Zeit in den Westberliner CCC-Filmstudios Rolf Hochhuths „Eine Liebe in Deutschland" verfilmt und zuletzt in Paris „Danton" gedreht hatte, will seinen nächsten Film wieder in seinem Heimatland drehen. Er plant einen Film über den polnischen Arzt und Pädagogen Janusz Korczak (1878–1942).

Preis für Denkmalpflege geht nach Salzburg

dpa, **Hamburg**

Der von der Hamburger Stiftung F. V. S. seit 1973 verliehene Europa-Preis für Denkmalpflege ist von dem internationalen Kuratorium für dieses Jahr an die „Sachverständigenkommission für Altstadterhaltung in Salzburg beim Amt der Salzburger Landesregierung" verliehen worden. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis soll am 7. Mai in der Salzburger Residenz überreicht werden.

Gerstäcker und die Deutschen in Amerika

dpa, **Braunschweig**

Mit einer Ausstellung zum Thema „300 Jahre Deutsche in Amerika" hat die Friedrich-Gerstäcker-Gesellschaft in Braunschweig ihre Gerstäcker-Gedenkräume im sogenannten Cavaliershaus des Braunschweiger Schlößchens „Richmond" eingeweiht. In der Dokumentation werden die Schwierigkeiten und Eindrücke deutscher Auswanderer in Amerika dargestellt.

Beethoven statt Bizet in Godards „Carmen"

AFP, **Paris**

Der französische Cineast Jean-Luc Godard dreht zur Zeit einen „Carmen"-Film, in der statt Bizets Opernmusik die Streichquartette (zehn bis 16) von Ludwig van Beethoven verwendet werden. Er wolle die Musik Beethovens „sichtbar" machen, sagte Godard in einem Interview. Beethovens Musik sei der Kern seines Regiekonzepts und nicht nur musikalische Untermalung. Der Aufbau und jede Einzelbewegung des Films seien auf den Rhythmus der Musik abgestimmt.

Weltausstellungen von 1851 bis 1989

AFP, **Paris**

Die „Ausstellung der Ausstellungen", ein Rück- und Ausblick auf die Weltausstellungen von 1851 bis 1989, wird im Museum der dekorativen Kunst in Paris vom 17. Juni bis 14. Dezember veranstaltet. Bis 1970 wurden 23 Weltausstellungen, die den gesamten menschlichen Produktivitätsbereich umfaßten, sowie mehrere thematisch gebundene Ausstellungen von gleichem Rang in drei Kontinenten veranstaltet. Die Pariser „Expo des Expos" will die besonderen Bedingungen und Eigenheiten sowie die Auswirkungen der einzelnen Veranstaltungen veranschaulichen.

Salvador Dali reist mit königlicher „Mystère"

AFP, **Madrid**

Der spanische Maler Salvador Dali kommt in einer von König Juan Carlos zur Verfügung gestellten „Mystère" nach Madrid, wo morgen eine Ausstellung über sein Oeuvre eröffnet wird. Der spanische Herrscher bot dem Künstler das Jagdflugzeug als Transportmittel an, damit der greise Dali möglichst ohne Beschwernisse von seinem Schloß Pubol in der nordspanischen Provinz Gerona in die spanische Hauptstadt gelangt. Dali arbeitet seit neuestem an „Katastrophen"-Bildern.

Mittelamerika: USA warnen Moskau

● Fortsetzung von Seite 1

Regierung von Nicaragua zu stürzen oder einen militärischen Konflikt zwischen Nicaragua und Honduras zu provozieren".

Die Aussagen der Administration zur Frage, ob die inzwischen evident gewordene Waffenhilfe für die in Nicaragua operierenden „Contras" (die Sandinisten-Gegner) noch den Gesetzesauflagen entspreche oder nicht, sind eindeutig. In einem geheimen Briefing vor dem Geheimdienst-Komitee des Senats gab CIA-Chef Caser an, er und seine Behörde hielten sich strikt an die legislativen Anweisungen. Auch Außenminister Shultz sagte auf einer Pressekonferenz, soweit er wisse, liege keine Verletzung des Boland-Amendments vor.

Vielschichtiger dagegen äußerte sich Amerikas UNO-Botschafterin Kirkpatrick in einem Fernsehinterview. „Wenn Sie mich fragen: Sollten die USA die Regierung Nicaraguas gegen den Zorn ihres eigenen Volkes schützen, „dann ist meine Antwort: Nein, ich denke nicht." In einer Zeit, da Kuba und Moskau in großem Stil die Disintegration fast aller Regierungen in Zentralamerika betrieben, so fügte Frau Kirkpatrick hinzu, sei es das „moralische Recht" der USA, Freiheitskämpfer zu unterstützen.

Auch Außenminister Shultz verwahrte sich gegen neue Vorstöße einzelner Kongreßmitglieder, die Hände des Weißen Hauses in Zentralamerika durch neue Gesetze zu binden. Solche Versuche, sagte Shultz, „scheinen dazu gemacht, uns an der Hilfe für unsere Freunde zu hindern, so daß wir nicht jene militärische Sicherheit bieten können, die sie für ihren Fortschritt in Richtung Demokratie brauchen". Weitere Restriktionen seitens des Kongresses nannte Shultz „einen schweren Fehler und schlecht für unser Land".

Die Regierung in Managua hat es abgelehnt, sich an Friedensgesprächen unter Ausschluß von Mexiko und Venezuela zu beteiligen, berichtete dpa. Außenminister d'Escoto habe erklärt, ein Vorschlag von Honduras, an der Konferenz sollten nur die Außenminister der fünf mittelamerikanischen Staaten teilnehmen, könnte zu einem „allgemeinen Konflikt in Mittelamerika" führen. dpa schrieb, die sandinistische Regierung befürchte offenbar, daß sie ohne Mexiko und Venezuela keine Unterstützung bei Friedensgesprächen erhalten würde.

Shultz ruft Araber zur Abwendung von PLO auf

USA setzen bei Friedensinitiative verstärkt auf Marokko

TH. KIELINGER, **Washington**

Mit Hochdruck arbeiten die Vereinigten Staaten hinter den Kulissen daran, die diplomatische Initiative im Nahen Osten nicht zu verlieren, nachdem König Hussein von Jordanien sich am vergangenen Wochenende geweigert hatte, den Friedensgesprächen beizutreten.

Ziel der US-Regierung ist es zunächst, die „radikalen Elemente" (Außenminister Shultz) innerhalb der PLO zu isolieren und grundsätzlich die Frage in die Diskussion zu bringen, ob die PLO insgesamt noch eine verantwortliche Macht innerhalb der arabischen Welt darstellt. Auf einer Pressekonferenz in Washington ging Shultz so weit, die arabischen Staaten aufzurufen, ihre Entscheidung zugunsten der PLO als alleiniger Vertreterin des palästinensischen Volkes zu überdenken. Seit dem Araber-Gipfel von Rabat (1974) genießt die PLO diesen von der arabischen Welt konzedierten Allein-Vertretungsanspruch.

Chance zunichte gemacht

Die PLO, so sagte der Außenminister, „war eindeutig die Partei, die jetzt zumindest temporär zunichte gemacht hat, was wie eine vielversprechende Gelegenheit für den Frieden ausgesehen hatte, mit Sicherheit und Gerechtigkeit für den Nahen Osten". Anspielend auf den Mord an dem gemäßigten PLO-Politiker Sartawi in Portugal, fährt Shultz fort: „Ich frage mich, ob es nicht langsam allen Leuten (in der arabischen Welt) dämmert, daß man einen großen Fehler begangen hat, solche Macht an eine radikale Gruppe zu delegieren."

Shultz warf der PLO unverblümt vor, die Abmachung mit Hussein gebrochen zu haben und jetzt nicht mehr die Verantwortung tragen zu wollen, sich mit Hilfe des Jordaniers an den Friedensverhandlungen zu beteiligen. „Wir haben eine Redensart hier bei uns: Setze es ein oder verliere es", meinte der Minister lakonisch.

Diesen Ton schlug auch Präsident Reagan bei einem Empfang im Weißen Haus für Sultan Qaboos von Oman an. Die Wahl, vor die sich die PLO jetzt gestellt sehe, sei ganz eindeutig, meinte Reagan während der Begrüßungsansprache für den Besucher: „Entweder Status quo und die fortgesetzte Frustration (der Palästinenser) oder ein kühner, mutiger Schritt, um den toten Punkt zu überwinden." Die USA würden es jedenfalls „nicht zulassen, daß die Kräfte der Gewalt und des Terrors ein Veto über den Friedensprozeß ausüben dürfen".

Hoffen auf Hassan

Ein wichtiges Scharnier in den Bemühungen der Amerikaner scheint König Hassan II. von Marokko geworden zu sein. Hassan gehörte zu den führenden Arabern, die von Präsident Reagan noch am vergangenen Sonntag telefonisch konsultiert und informiert worden waren, daß Washington auf alle Fälle seinen Friedensplan weiterverfolgen werde – trotz des Scheiterns des Dialogs zwischen dem jordanischen König Hussein und der PLO. Diplomatische Kreise in Washington deuteten an, daß Hassan möglicherweise bald mit PLO-Chef Arafat zusammentreffen werde, um die Gespräche zwischen der PLO und Jordanien wieder anzuknüpfen.

US-Außenminister Shultz zeigte *sich bereit, „zu jeder Zeit" in den* Nahen Osten zu reisen und persönlich den Friedensprozeß mit neuem Leben erfüllen zu wollen. Es ist aber in der gegenwärtig fluktuierenden Lage nicht daran gedacht, daß Shultz auch wirklich reist. Dafür sieht Washington noch zu wenig Anzeichen, daß eine Belebung der Friedensgespräche und damit des Reaganschen Plans vom 1. September 1982 zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist.

Kernpunkt des Reagan-Plans ist eine administrative Assoziation des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens mit Jordanien. Der Plan schließt die Möglichkeit eines unabhängigen Palästinenser-Staates ausdrücklich aus, ebenso wie die Annexion des Gebietes durch Israel.

Gesagt

„Sagt der ganzen Welt, daß sie das Gesetz brechen."

Lech Walesa, als er nach seiner Festnahme in Danzig zu dem Polizeiwagen geführt wurde.

Kohls Besuch aus US-Sicht: Weichenstellung für Handelskurs

Washington erwartet, daß Bonn beim Technologie-Transfer Reagans Position unterstützt

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Visite von Bundeskanzler Helmut Kohl in den USA dient *nach Angaben aus amerikanischer* Sicht vor allem auch der Abstimmung über den 9. Wirtschaftsgipfel der sieben größten westlichen Industrienationen Ende Mai in Williamsburg.

Kohl ist nicht der einzige Teilnehmer der Konferenz, der in diesen Wochen an den Potomac reist. Am 28. April trifft der kanadische Ministerpräsident Trudeau in Washington ein, dem kurz darauf sein japanischer Kollege Nakasone und der britische Premierminister Frau Thatcher folgen. Nach den Plänen der amerikanischen Gastgeber soll der „Summit" zwar „entinstitutionalisiert" werden und zwangloser als seine Vorgänger sein. Andererseits möchten sie aber ein Scheitern wie in Ottawa und besonders Versailles vermeiden.

Hinzu kommt, daß Ronald Reagan für Williamsburg wichtige Weichenstellungen vorschweben. Das gilt in der Hauptsache für die Bereiche Osthandel sowie die Handels-, Währungs- und Entwicklungspolitik. Dagegen soll über eine etwaige Rückkehr zu einem System stabilerer Wechselkurse, über die in der US-Hauptstadt immer lauter nachgedacht wird, zunächst nur dilatorisch gesprochen werden. In der Administration setzt sich zudem die Erkenntnis durch, daß ein kräftiger und dauerhafter Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten solange illusionär ist, wie die anderen Industrienationen im Rezessionssumpf stecken oder stagnieren. Nur in Deutschland, Japan und Großbritannien sehen die Amerikaner festeren Boden.

Innerhalb dieser wirtschaftspolitischen Tour d'horizon wird der Kanzler, wenn die Zeit reicht, zu diesen heißen Punkten konkret Stellung nehmen müssen:

Technologietransfer in die Sowjetunion: Aus sicherheitspolitischen und Kostengründen dringt die Administration auf einen möglichst wasserdichten Ausfuhrstopp für hochtechnologische Erzeugnisse, die einen militärischen Wert haben. Verschärft wird deshalb das US-Außenhandelsgesetz (WELT v. 7. April). Amerikanischen Firmen können indes keine Opfer abverlangt werden, wenn die Verbündeten nicht mitziehen. Trotz der jüngsten Warnungen von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff erwartet das Weiße Haus, daß Bonn voll die amerikanische Position unterstützt. Zugleich hofft Reagan auf eine Verzichtserklärung Kohls, am Bau des zweiten Stranges der sibirischen Erdgaspipeline nicht mitzuwirken.

Konjunkturpolitik: Nicht schwierig ist ein Einverständnis über eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Hier muß Kohl jedoch darauf verweisen, daß bisher stets die USA die Absprachen nicht eingehalten haben. Auch die amerikanischen Rekorddefizite, die die Realzinsen trotz erheblicher Stabilitätsfortschritte hochhalten, fordern seine Kritik heraus.

Agrarsubventionen: Mit einiger Sicherheit wird der Bundeskanzler aufgefordert, in Brüssel auf eine Beseitigung der Exportsubventionen für Agrarerzeugnisse hinzuarbeiten. Innenpolitisch steht Reagan unter massivem Druck, und Amerikas Farmer, denen das Wasser wirtschaftlich bis zum Hals steht, möchten größere Stücke aus den Drittmärkten herausbrechen. Andererseits hat Kohl Grund, über den wachsenden amerikanischen Protektionismus – zum Beispiel bei Stahl – Klage zu führen.

Interventionismus: Ein Reibungspunkt ist die starre Haltung der Reagan-Administration in der Frage staatlicher Eingriffe am Devisenmarkt. Auch nach deutscher Auffassung soll der Wechselkurs vom Markt bestimmt werden; als *psychologisch falsch* wird aber die Beschränkung der Interventionen auf „ungeordnete Marktverhältnisse" angesehen, die zudem nicht genau definiert sind. Diese US-Position hat zu den zum Teil wilden Kursausschlägen beigetragen.

Kohl sucht Konsens für Williamsburg

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl will mit seinem heute beginnenden Besuch in Washington zu einer seriösen, substantiellen Diskussion und einem konsensfähigen Ergebnis in Williamsburg beitragen. Dabei geht es ihm darum, vor allem im wirtschaftlichen Bereich die nicht in allen Punkten voll übereinstimmenden europäischen und amerikanischen Interessen ins Gleichgewicht zu bringen. Darauf wurde gestern von zuständiger Seite der Bundesregierung hingewiesen.

Wie verlautet, ist Kohl gemeinsam mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher an einer gleichrangigen Erörterung aller aktuellen Themen – Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen (INF), Madrider KSZE-Folgetreffen und Weltwirtschaftsgipfel – in den Gesprächen *mit* Präsident Ronald Reagan und anderen US-Politikern interessiert. Das heißt, der Kanzler will der heiklen Frage des Ost-West-Handels nicht ausweichen, hält es aber nicht für zweckmäßig, sie in den Mittelpunkt der Beratungen zu rücken. Nach Bonner Ansicht werden die restriktiven Bestrebungen der USA im Ost-West-Handel noch nicht einmal in Williamsburg abschließend behandelt werden können, weil bis dahin allenfalls Teilergebnisse der im letzten Herbst eingesetzten Kommissionen vorliegen werden.

Beim Punkt KSZE wollen Kohl und Genscher die Amerikaner darauf hinweisen, daß sie den Entwurf der neutralen und nicht gebundenen Teilnehmer als eine gute Basis für einen Abschluß in Madrid betrachten. Die Bundesregierung werde sich zwar noch um Verbesserungen des Textes bemühen, glaube aber prinzipiell, daß ein besseres „Grundschema" in Madrid nicht erreichbar sein werde.

Bei der Erörterung der Genfer INF-Verhandlungen wird der Kanzler noch einmal die unter deutscher Beteiligung entstandenen amerikanischen Vorschläge für eine Zwischenlösung begrüßen. Er wird Reagan versichern, daß die sowjetische Verhandlungsposition nach Bonner Einschätzung nicht so hart bleiben wird, wie sie sich gegenwärtig darstellt. Vielmehr erwartet die Bundesregierung angesichts der Geschlossenheit der Bündnispartner eine realistischere Haltung der Sowjets in Genf.

Bonn stimmt den Hinweisen Burts zu

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Richard Burt, hat den Sowjets vorgeworfen, mit ihrem Widerstand gegen die westliche Nachrüstung unter Ausnutzung ihres geopolitischen *Vorteils* und ihrer regionalen atomaren Überlegenheit Westeuropa einschüchtern und zur Anpassung an die sowjetischen Interessen zwingen zu wollen.

Der stellvertretende Bonner Regierungssprecher Jürgen Sudhoff begrüßte die von der US-Botschaft wiedergegebene Darstellung Burts in der „Washington Post" als eine politisch und militärisch richtige Argumentation. „Burt gibt die gemeinsame Position des westlichen Bündnisses wieder", versicherte Sudhoff.

Die Zustimmung Bonns gilt vor allem dem Hinweis des US-Staatssekretärs, daß die 108 Pershing-2-Raketen, die im Fall eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen in der Bundesrepublik stationiert werden sollen, angesichts der auf Westeuropa gerichteten 351 sowjetischen SS-20-Raketen mit 1053 Sprengköpfen keineswegs eine besondere Bedrohung der Sowjetunion darstellten.

Burt betonte: „Die Zerstörungskraft der amerikanischen Per*shing-Rakete ist beträchtlich* geringer als jene der SS 20. Sie hat eine viel kürzere Reichweite: 1800 gegenüber 5000 Kilometer. Sie hat nur einen Sprengkopf, verglichen mit den drei Sprengköpfen jeder SS 20. Ein einziger Sprengkopf der Pershing hat weniger Sprengkraft als jeder einzelne Sprengkopf einer SS 20. Die Pershing fliegt nicht schneller als die SS 20. Sie kann Ziele in der Sowjetunion nicht schneller erreichen, als die landgestützten sowjetischen Raketen zu jedem Ziel in Westeuropa gelangen oder als seegestützte sowjetische Raketen Ziele in den Vereinigten Staaten erreichen."

90 Prozent der sowjetischen strategischen Streitkräfte werden nach Angaben des US-Staatssekretärs außerhalb der Reichweite der Pershing 2 bleiben. Außerdem würden nur so wenige Pershing-2-Raketen in Europa stationiert werden, daß die Behauptung, die USA könnten damit einen „vorsätzlichen Schlag" (preemptive strike) gegen die Sowjetunion führen, lächerlich sei.

Im Ergebnis liefen die sowjetischen Argumente gegen die westliche Nachrüstung darauf hinaus, daß die europäische Sicherheit der Sicherheit der Sowjetunion untergeordnet sei, erklärte Burt.

Gerangel um Auktionshaus

fu (London) – Bereits jetzt steht fest, daß das Gerangel um die Übernahme des renommierten Auktionshauses Sotheby Parke Bernet nicht ohne erhebliche Auswirkungen auf den internationalen Kunstmarkt bleiben wird. Allein die bereits vor der Bekanntgabe des Übernahme-Angebots veröffentlichte Erklärung nahezu aller führenden Mitarbeiter von Sotheby's, lieber das Auktionshaus zu verlassen, als eine Kontrolle durch die beiden New Yorker Millionäre Cogan und Swid hinzunehmen, muß die Kundschaft verunsichern. Wer vertraut schon seine Kunstwerke zur gewissenhaften Versteigerung einem Haus an, das möglicherweise ohne Experten dastehen wird.

Die zweite große Unsicherheit ergibt sich aus der Natur des Übernahmeversuchs. Hier handelt es sich nämlich nicht etwa um ein anderes Auktionshaus oder um ein Unternehmen mit ähnlich gelagerten Interessen, sondern um eine amerikanische Firmenkette, die Teppichböden-Unterlagen und Möbel fabriziert. Zwar haben die beiden Inhaber von General Felt Industries und deren hundertprozentiger Tochter Knoll International, die das Übernahme-Angebot einbrachte, immer wieder betont, Kunstfanatiker zu sein. Doch das allein dürfte kaum ausreichen, genügend Sachverstand für die direkte Einflußnahme auf ein so sensibles und komplexes Gewerbe mitzubringen.

Was liegt näher, als davon auszugehen, daß der große Konkurrent Christie's mit seinem ebenfalls international ausgerichteten Auktions-Angebot von diesen Unsicherheiten profitiert. Ohnehin macht Christie's in der letzten Zeit finanziell eindeutig das Rennen gegenüber Sotheby's. Sollte sich dieser Prozeß jetzt verstärken, stünde die bisher weitgehend gewahrte wettbewerbliche Balance im internationalen Auktionsgeschäft auf dem Spiel.

Handeln hilft

hg – „Die kleinen Einzelhändler sind gefordert, ihre Wettbewerbsvorteile voll auszuspielen." Daß diese Empfehlung aus dem Haus Lambsdorff keine blutleere Metapher ist, stellt derzeit die Selex-Handelsgruppe unter Beweis. Mit der Einführung eines einheitlichen Symbols für ihre Kettenläden – A&O, Ifa, Vivo, Vege, Gefra, Himmelreich – schafft sie eine bundesweite, übergeordnete Klammer, die genau das zusammen halten wird, was Otto Schlecht die „spezifischen Vorteile" nennt. „Ihre Kette" symbolisiert die Nähe zum Kunden, das Nachbarschaftsgeschäft, und ebenso die besondere Leistungsfähigkeit, die nur der mittelständische Einzelhändler durch persönlichen Service unter Beweis stellen kann. Rund 12 000 Händler sind es, die sich unter das gemeinsame Dach begeben haben – bei Wahrung ihrer Eigenständigkeit. Sie profitieren nun von bundesweiten Werbeaktionen, in denen wöchentlich neun Artikel herausgestellt werden. Chancengleichheit im Wettbewerb – durch Klagen war sie noch nie zu bekommen. Aber, und da hat der Staatssekretär recht, intelligentes Handeln hilft weiter.

BAUWIRTSCHAFT / Teilweise zweistellige Zuwachsraten beim Auftragseingang

Es geht bergauf, aber die Stimmung bessert sich nur ganz allmählich

GISELA REINERS, Bonn

„Die Stimmung ist schlechter als die Lage." Mit diesen Worten charakterisierte der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Fritz Eichbauer, die Situation am Baumarkt. Er präzisierte diese Aussage gestern bei einer Pressekonferenz in Bonn durch den Hinweis, daß im März die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als unbefriedigend bezeichneten, obwohl Auftragseingänge und -bestände in den vergangenen Wochen immer mehr zugenommen haben. Mehr Optimismus erwartet er für das zweite Halbjahr 1983.

Wie Eichbauer sagte, hat das Volumen der Bauaufträge in den vergangenen Monaten so zugenommen – mit zum Teil zweistelligen Zuwachsraten – daß die Hoffnung berechtigt sei, die schweren Auftragsverluste wenigstens zum Teil wieder wettmachen zu können. Die Krise bezeichnete er als die schwerste der letzten 30 Jahre. Doch nach einem Schrumpfen des Auftragsvolumens um 18,5 Prozent 1981 sei es im vergangenen Jahr nur noch um 0,1 Prozent zurückgegangen. Die Bauleistungen seien 1982 real um fünf, im öffentlichen Bau sogar um sieben Prozent gesunken. Die Zahl der Insolvenzen im Bauhauptgewerbe habe mit 2024 absolute Rekordhöhe erreicht – mehr als ein Drittel mehr als 1981. Eichbauer glaubt nicht, daß diese Zahl in diesem Jahr wesentlich unterschritten wird.

Der Ansicht, daß das Baugewerbe eine „Lokomotiv-Funktion" für die Gesamtwirtschaft haben könne, widersprach der Präsident nicht. So würden voraussichtlich in den nächsten drei Monaten rund 150 000 Bauarbeiter eingestellt, die in den vergangenen Monaten entlassen worden waren. Insgesamt dürften 10 000 Menschen mehr als 1982 Beschäftigung am Bau finden. Zu Mitarbeiterzahlen früherer Jahre werde jedoch wohl kaum zurückgekehrt werden können. Dennoch glaube man, daß die Bauwirtschaft einen Beitrag als Arbeitsplatzbeschaffer für andere Branchen leisten könne. Im März veränderte sich laut ZDB-Umfrage die Zahl der Beschäftigten bei den meisten Bauunternehmen überhaupt nicht. Vereinzelten saisonbedingten Neueinstellungen von Personal stand ein etwa gleich großer konjunkturbedingter Abbau gegenüber. Allerdings beklagten einige Firmen erstmals wieder den Mangel von Baufacharbeitern.

Aufgrund der Auftragsentwicklung erwartet Eichbauer in diesem Jahr eine Produktionsausweitung von rund 3,5 Prozent. Bei einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von Null bis 0,5 Prozent sei mit einem Zuwachs bei den gesamten Bauinvestitionen von drei Prozent gegenüber dem Volumen von 202,5 Milliarden Mark in 1981 zu rechnen.

Den Investitions-Schwerpunkt sieht der ZDB-Präsident beim Wohnungsbau, wo mit einem Plus von 7,5 Prozent gerechnet wird. Als Gründe nannte er sinkende Hypothekenzinsen, staatliche Förderung und vergleichsweise niedrige Baupreise. Auch beim Gewerbebau sei eine leichte Besserung um zwei Prozent zu erwarten, aufgrund der besseren degressiven Abschreibungsmöglichkeit, der Gewerbesteuererleichterung und der zehnprozentigen Investitionszulage. Ausgesprochen schlecht seien demgegenüber die Aussichten für staatliche Bauinvestitionen zu bewerten. Zwar wolle der Bund 6,8 Prozent mehr dafür ausgeben, Länder und Gemeinden jedoch vier und 4,3 Prozent weniger. Deshalb werde hier ein Minus von vier Prozent erwartet, wovon der Tief- und Straßenbau besonders negativ betroffen sei. Der Staat werde also entgegen den politischen Absichtserklärungen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung am wenigsten stützen, sogar eher noch behindern.

Laut Eichbauer werden sich die Produktionskosten in diesem Jahr um insgesamt 4,5 Prozent erhöhen. Die Baupreise müßten deshalb um mindestens drei Prozent steigen, wenn weitere Verluste in den Unternehmen vermieden werden sollen, um das „volkswirtschaftlich notwendige Produktionspotential in der Bauwirtschaft" zu erhalten. Es sei jedoch völlig offen, ob der Markt eine Preiserhöhung in diesem Ausmaß zulassen werde.

In den immer noch höheren Renditen für Anlagen in Finanzkapital sieht der ZDB-Präsident ein Haupthindernis für einen nachhaltigen Aufschwung. An eine Senkung um mehr als einen halben Punkt mag er allerdings nicht glauben.

FRANKREICH

OECD empfiehlt Paris vor allem restriktive Politik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der zweite Austerity-Plan der französischen Regierung hält sich im Rahmen der Empfehlungen, welche das OECD-Sekretariat – noch ohne Berücksichtigung dieses Plans – in seinem jetzt veröffentlichten Frankreich-Bericht ausgesprochen hat. Danach sollte Paris vor allem eine restriktivere Konjunkturpolitik betreiben. Denn „auf die Dauer kann kein Land die Binnennachfrage wesentlich stärker wachsen lassen als seine Partner". Mit anderen Worten: Das sozialistische Experiment ist insoweit gescheitert.

Jedenfalls bis zum ersten Austerity-Plan von Mitte 1982 verlief die französische Wirtschaftsentwicklung nach dem Urteil der OECD „enttäuschend". Die Konsumbelebungspolitik der sozialistischen Regierung führte vor allem zu einem starken Anstieg der Importe. Die wirtschaftliche Aktivität des Landes wurde dagegen nur vorübergehend und in verhältnismäßig bescheidenem Umfang gefördert.

Gleichzeitig ging die private Investitionstätigkeit weiter zurück. Dies lag nach Ansicht der OECD nicht zuletzt an dem „Klima der Unsicherheit", welches die Unternehmer unter dem Druck der gestiegenen sozialen Lasten befallen hatte. Ein wesentlicher Faktor dafür war die zu stark gehandhabte Arbeitsplatzteilung (Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung bei vollem Lohnausgleich, Vorverlegung der Altersgrenze). Immerhin aber gelang es Frankreich – im Unterschied zu den anderen OECD-Staaten –, die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Bis Mitte nächsten Jahres erwartet die OECD aber einen Wiederanstieg der Zahl der Arbeitslosenzahlen (zur Zeit rund 2 Millionen) um 150 000 bis 200 000, wobei die von Wirtschaftsminister Delors auf 100 000 zusätzliche Arbeitslose bezifferte Folge des neuen Austerity-Plans nicht berücksichtigt ist. Auch geht der Bericht für 1983 von einem Null-Wachstum aus, was planberichtigt einer Rezession von etwa 2 Prozent entsprechen würde.

Die Inflationsprognose der OECD liegt mit 8,7 Prozent für 1983 nur leicht über den „Ambitionen" Delors' (8 Prozent). In diesem Punkt wird Paris (relatives) Lob gespendet, vor allem was die (theoretische) Beseitigung der Preis-Lohn-Indexierung betrifft.

Zum französischen Außenhandel, dessen Sanierung das wichtigste Ziel des neuen Austerity-Plans ist, hat sich die OECD noch nicht festgelegt. Allgemein wird in dem Bericht zwar festgestellt, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs auf Grund der Franc-Abwertungen vom Oktober 1981 und Juni 1982 verbessert habe.

Abschließend stellt die OECD fest, daß es der französischen Regierung jetzt darauf ankommen muß, für ihre Politik vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen Vertrauen zu schaffen und die verstaatlichten Großunternehmen in den Dienst des Marktes zu stellen. Die notwendige Restrukturierung der Industrie sei anders nicht möglich. Gleichzeitig wird Paris vor protektionistischen Maßnahmen gewarnt.

RWE-Kapitalsegen

Von HANS BAUMANN

Die größte Kapitalerhöhung der deutschen Nachkriegsgeschichte ist unter Dach und Fach: Die Aufstockung des Grundkapitals des größten deutschen Stromanbieters RWE um 450 Millionen Mark auf nunmehr 2,25 Milliarden Mark. Bei einem Ausgabekurs von 90 Mark für die 50-Mark-Aktie brachte diese Aufstockung einschließlich Agio 810 Millionen Mark ins Haus. Wie attraktiv das Bezugsrecht war, zeigt die Tatsache, daß selbst die kommunalen Anteilseigner trotz chronisch leerer Kassen zum überwiegenden Teil mitzogen. Auf der Kursbasis bis zum Ablauf des Bezugsrechts und unter Berücksichtigung eines Dividendenabschlags von 18 Mark brauchten sie ihr Bezugsrecht nicht zu veräußern.

Der Zeitpunkt für diese Mammut-Kapitalerhöhung war goldrichtig gewählt. Doch bei allem Respekt vor der Qualität der Organe des Stromriesen – ein wenig Glück war schon dabei, daß man in die Phase fallender Zinsen geriet, daß Wirtschaft und Kapitalgeber den bevorstehenden politischen Frühling ahnten und auf eine allmählich aufgehende Konjunktur setzten.

Die Kapitalerhöhung beim RWE strafte aber auch all jene Lügen, die der Wirtschaft generell vorwarfen, bei den Investitionen zu mauern. Noch vor dem entscheidenden Datum des 6. März beschloß die Hauptversammlung am 24. Februar nicht nur die größte Kapitalerhöhung in der Geschichte des Konzerns, sondern auch das größte Investitionsprogramm: 25 Milliarden Mark in den kommenden fünf Jahren.

Giganten wie das RWE können Investitionsströme nicht wie einen Gashahn auf- und zudrehen. Auf der Basis fein kalkulierter Zukunftserwartungen müssen heute Entscheidungen in der Industriepolitik gefällt werden, die in vielen Fällen von den jetzt amtierenden Verantwortlichen gar nicht mehr ausgeführt werden. Energiepolitik, das demonstriert ein Haus wie das RWE eindrucksvoll, ist die Aufgabe von Generationen.

Der Aufschluß des neuen Kohlenfeldes von Hambach, wo 50 Milliarden Tonnen Braunkohle lagern, ist nur ein Beispiel dafür, daß die amtierende Generation sät, die folgende aber erst erntet. Der Brüter von Kalkar belegt diese Stafette ebenso wie der Hochtemperaturreaktor von Schmehausen. Generationen, die in der Energiewirtschaft die Zügel schleifen lassen, können den wirtschaftlichen und damit auch gesellschaftlichen Niedergang kommender Geschlechter auf dem Gewissen haben.

Zwei weitere Gründe ließen das RWE sein finanztechnisches Spektakulum im Frühjahr 1983 aufführen: Wenige Tage ist sie erst alt, die Novelle zur Technischen Anleitung Luft (TA Luft). Aber Teil 3 dieser TA Luft muß noch novelliert werden, und auf der Tagesordnung steht die heißumstrittene Großfeuerungsanlagenverordnung. Ziel des politischen Ehrgeizes Bonns ist es, mit wehenden Umweltfahnen in Europa voranzugehen.

Das wird nicht ohne Blessuren für die gewerbliche Wirtschaft abgehen. Alte Kraftwerke müssen abgerissen, neue gebaut und noch rüstige umgerüstet werden. Milliarden über Milliarden wird es kosten, um die Flüsse wieder mit Leben zu erfüllen und dem Wald Rekonvaleszenz zu verordnen.

Umweltschutz als Konjunkturprogramm. Auch diese Überlegung hat beim RWE mitgespielt, als die großen Programme aufgestellt wurden. Wer aber in nur fünf Jahren 25 Milliarden anlegen will, der muß für ordentliche Finanzierungsrelationen sorgen. Beim RWE war die Eigenkapitalquote im letzten Jahr von 34,2 auf 33,6 Prozent der Netto-Bilanzsumme geschmolzen. Ohne die jetzt abgeschlossene Blutzufuhr durch die Kapitalerhöhung wäre sie auf 32 Prozent gesackt. Jetzt ist sie wieder auf 36,6 Prozent aufgestockt worden und erreicht damit wieder die Höhe von 1978 mit 37 Prozent.

Natürlich ist das RWE mit einer solchen Quote sehr gut bedient, bedenkt man, daß sich die Eigenkapitalquote der deutschen Wirtschaft insgesamt seit Mitte der fünfziger Jahre von 40 auf kaum 20 Prozent halbiert hat. Die Investitionsschwäche der letzten Jahre ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß vielen Unternehmen die Investitionspuste ausgegangen war – und manche ins Leasing flüchteten und so die Schwindsucht eher beschleunigten. Der Insolvenzrekord des letzten Jahres mit 16 000 Pleiten spricht eine deutliche Sprache.

Versorger schreiben keine roten Zahlen. Daher kann das RWE sein Kapital leichter steuern als andere Unternehmen. Da aber nur eine gesunde Wirtschaft die großen Zukunftsaufgaben lösen kann, müssen die Eigenkapitalquoten wie beim RWE steigen. Die jüngsten Lohnabschlüsse scheinen Sinn für die Therapie zu signalisieren: Die Kosten müssen herunter.

AUF EIN WORT

„Menschen und Technologien in Hannover – sie fordern immer wieder heraus, neue unternehmerische Wege zu gehen."

Dr. Klaus Czempirek, Vorstandsmitglied der Vöest-Alpine AG, Linz/Österreich FOTO: DIE WELT

Devisenverluste ausgeglichen

J. Sch. Paris

Die Bank von Frankreich hat inzwischen den größten Teil der Devisenverluste, welche sie vor der letzten EWS-Bereinigung vom 21. März zur Verteidigung der (alten) Franc-Parität (im EWS) erlitten hatte, wieder ausgeglichen. Ihrem letzten Wochenausweis zufolge verbesserte sich ihre Devisenposition zwischen dem 24. und 31. März um 34,2 Mrd. Franc oder rund 5 Mrd. Dollar. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Devisenzuflüsse, die aus massiven Verkäufen der Abwertungsspekulation resultierten. Außerdem kaufte die Notenbank des Franc am Devisenmarkt ausländische Valuten. Nach Angaben des Finanzministeriums waren die Rückflüsse stärker gewesen als nach früheren Abwertungen.

KREDITPOLITIK

Geldmengenzuwachs zwingt nicht zu Gegenmaßnahmen

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) sieht keinen Anlaß für die Bundesbank, „auf das beschleunigte Wachstum der Geldmenge mit einer restriktiven Geldpolitik zu reagieren". Wie der Sparkassen- und Giroverband sieht auch er die Hauptursache in Sonderfaktoren wie dem Devisenzufluß vor der Aufwertung im Europäischen Währungssystem (EWS). Eine überzogene Reaktion auf eine vermutlich nur vorübergehende Überschreitung des Geldmengenziels (vier bis sieben Prozent Zunahme) könnte hektische Ausschläge an den Finanzmärkten auslösen und den positiven Zinstrend umkehren, wie erst im letzten Jahr in den USA zu beobachten gewesen sei.

Ein vorübergehendes Überschreiten des Geldmengenziels bewirke nicht zwangsläufig eine höhere Inflation. Angesichts der gering ausgelasteten Kapazitäten und der Kostenentlastungen der Unternehmen verhindere der Wettbewerb Preiserhöhungen auch bei steigender Nachfrage.

In Übereinstimmung mit der Einschätzung auch der übrigen Bankenverbände wird auch hier auf die verbesserten Rahmendaten für einen konjunkturellen Aufschwung hingewiesen. Die Bundesregierung habe ein „ehrgeiziges Konzept zur Haushaltssanierung vorgelegt", die Leistungsbilanz weise wieder Überschüsse auf, und die Preise seien auf allen Stufen „von Monat zu Monat betrachtet nahezu stabil". Für die Unternehmen seien die Kosten für Vorleistungen zum Teil sogar gesunken, und die sich abzeichnenden Tariferhöhungen könnten den Anstieg der Lohnstückkosten „weiter bremsen". Im März habe sich der Index der Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik „in einem Ausmaß zurückgebildet, wie es seit mehr als 20 Jahren nicht mehr zu beobachten war", schreibt der Sparkassen- und Giroverband.

EINZELHANDEL

Schlecht: Kleine Betriebe haben besondere Vorteile

HANNA GIESKES, Bonn

„Von einer Verschlechterung der Lage der kleineren Einzelhandelsgeschäfte kann allgemein nicht gesprochen werden." Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, räumt allerdings ein, daß der harte Wettbewerb in diesem Wirtschaftszweig in einzelnen Fällen zu Übersteigerungen geführt habe. Die Bundesregierung beobachte diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit, betonte er in der Antwort auf die Anfrage der CDU-Abgeordneten Michaela Geiger, was Bonn zu tun gedenke, „um die Lage der kleinen Einzelhändler zu verbessern".

An den in der Anfrage zitierten „ruinösen Verdrängungswettbewerb durch Supermärkte in Einkaufszentren" vermag der Staatssekretär in dieser Allgemeingültigkeit offenbar nicht zu glauben: Es habe sich immer wieder gezeigt daß gerade kleine Betriebe des Bäcker- und Fleischerhandwerks aus der Nähe eines Supermarktes Vorteile ziehen könnten, „wenn sie es durch ein attraktives Sortiment verstehen, über das Angebot des Supermarktes hinausgehende Kundenwünsche ergänzend zu erfüllen".

Der Staatssekretär verwies im übrigen auf die vierte Kartellnovelle, die den Kartellbehörden die Möglichkeit eröffnet hat, „marktstarken Unternehmen Verhaltensweisen zu untersagen, die kleine und mittlere Wettbewerber unbillig behindern und geeignet sind, den Wettbewerb nachhaltig zu beeinträchtigen". Gemeint ist hier insbesondere der Verkauf unter Einstandspreis. Zur Zeit versuchen die bayerische Landeskartellbehörde und das Bundeskartellamt, die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auszuloten.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Belgien senkt den Diskontsatz

Brüssel (rtr) – Die belgische Nationalbank hat ihren Diskontsatz mit Wirkung von heute auf zehn von elf Prozent gesenkt. Wie die Bank weiter mitteilte, wird auch der Satz für Kredite, die nicht durch das „Diskont-Fenster" vergeben werden, um einen Punkt, und zwar auf elf Prozent ermäßigt. Die Sätze für ein-, zwei- und dreimonatige Schatzzertifikate werden um 0,5 Prozentpunkt auf 10,75 Prozent zurückgenommen, wie die Bank weiter berichtete. Der Diskontsatz war zuletzt am 24. März um drei Punkte auf elf Prozent gesenkt worden.

Bundesbank schöpft ab

Frankfurt (cd.) – Der Geldschwemme, die nach der Abführung von elf Mrd. DM Notenbankgewinn an die Bundeskasse entstanden ist, wirkte die Bundesbank gestern mit neuen liquiditätsabschöpfenden Devisenpensionsgeschäften entgegen. Der Zinssatz für Tagegeld war am Bankengeldmarkt mit 4,75 bis 4,85 Prozent deutlich niedriger als der Lombardsatz (5 Prozent).

„Freie" halten Preise

Köln (lnw) – Die „freien" Tankstellen in Nordrhein-Westfalen haben ihre Benzinpreise weitgehend gehalten. Trotz der Preiserhöhungen ihrer Marken-Kollegen, seien die „Freien" zum Teil sogar noch billiger geworden, berichtete der ADAC Nordrhein am Mittwoch in Köln. Nach eigenen Feststellungen des Automobilclubs liegen derzeit die billigsten Preise für Benzin bei 1,15 DM in Neuss und für Super bei 1,21,9 in Viersen.

Münz-Konkurrenz

Washington (dpa/VWD) – Die USA werden eine neue Goldmünze mit einem Gewicht von 31,1 Gramm (eine Unze) herausgeben, um damit dem südafrikanischen „Krüger-Rand" und dem kanadischen „Maple Leaf" Konkurrenz zu machen und das Geld der Anleger im Lande zu behalten. Die US-Münze wird das Bild von Jazz-Idol Louis Armstrong tragen. Sie ist kein Zahlungsmittel. US-Finanzminister Donald Regan kündigte in Washington dafür den Einsatz von Goldreserven der USA im Wert von einer Milliarde Dollar (2,42 Milliarden Mark) an. Der Gewinn soll der Staatskasse zugute kommen.

Rezessionsfolgen

Bangkok (rtr) – Die weltweite Rezession hat sich 1982 nach einem Bericht der Vereinten Nationen auf fast alle der 34 asiatischen Entwicklungsländer negativ ausgewirkt. Nach dem Wirtschafts- und Sozialbericht 1982 der Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und den Pazifik (ESCAP) wiesen die Länder deutlich niedrigere Wachstumsraten und steigende Zahlungsbilanzdefizite auf. Der Bericht wird bei der ESCAP-Jahreskonferenz auf Ministerebene vom 19. bis 29. April in Bangkok erörtert.

Konferenz begonnen

Genf (dpa/VWD) – Die 38. Jahreskonferenz der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (Ece) nahm gestern ihre Arbeit auf. Die Vertreter der 32 europäischen Mitgliedsländer, der USA und Kanadas werden bis zum 23. April über die Entwicklung im vergangenen Jahr und die Wirtschaftsaussichten beraten. Zu den herausragenden Themen der Konferenz gehört das Abkommen über grenzüberschreitende Luftverschmutzung, das von 24 Ländern ratifiziert und am 16. März in Kraft getreten ist. Des weiteren stehen als Themen die Beseitigung von Handelshemmnissen, die industrielle Zusammenarbeit und die Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer sowie Energiefragen an.

Zahlungsbilanzdefizit

Chicago (rtr) – Die mexikanische Regierung rechnet für das Jahr 1983 mit einem Zahlungsbilanzdefizit von vier Milliarden Dollar und Importkosten von 14 Milliarden Dollar. Das erklärte der in der Regierung für ausländische Investitionen zuständige Generaldirektor Adolfo Hegewisch Fernandez, der anfügte, das Land plane eine Rückführung des öffentlichen Haushaltsdefizits auf 8,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis zum Ende des Jahres nach 15 Prozent im Vorjahr.

Embargo aufgegeben

Kairo (AP) – Ägypten und Jordanien sind nach einer Meldung der Kairoer Tageszeitung „Al Achram" übereingekommen, ihre 1979 abgebrochenen Handelsbeziehungen wiederaufzunehmen. Damit ist Jordanien das erste Land der Arabischen Liga, das seinen nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages verhängten Handelsboykott gegen Ägypten aufgibt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Brüssel will gemeinsamen Kapitalmarkt schaffen

rtr, Brüssel

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) will die europäischen Kapitalmärkte zur Stärkung der Wirtschaft straffen, um so der wirtschaftlichen Entwicklung Impulse zu geben und dem Kapitalabfluß ins Ausland entgegenzuwirken. In einer von der Kommission veröffentlichten Erklärung wurde die Schaffung eines europäischen Finanzraumes vorgeschlagen. Dies würde der Stabilisierung des internationalen Finanzsystems, der Umstrukturierung der europäischen Wirtschaft und der Stärkung des gemeinsamen Marktes dienen.

Der von Wirtschaftskommissar François-Xavier Ortoli entwickelte Plan sieht den fortschreitenden Abbau von Beschränkungen im Kapitalverkehr zwischen den EG-Ländern vor. Die letztendliche Kontrolle bei gewissen Arten des Kapitalflusses nach außen soll vermehrt von den einzelnen Ländern an die Gemeinschaft abgetreten werden.

Zugleich sprach sich die Kommission erneut für engere technische Beziehungen zwischen den europäischen Aktienbörsen sowie den Wegfall von Beschränkungen im Banken- und im Versicherungsgewerbe aus.

Die reinen Kapitalströme zwischen den einzelnen Mitgliedsländern sind nach Angaben der EG-Kommission 20mal niedriger als der Umfang der Zahlungen im Handelsverkehr. Die nationalen Finanzmärkte nähmen einen viel geringeren Anteil der Bruttoersparnisse in der Gemeinschaft auf als die US-Finanzmärkte.

Das Ausmaß der die Gemeinschaft zu Investitionszwecken verlassenden Finanzmittel sei zu groß und schädige auch das internationale Finanzsystem. Dem könnte ein einheitlicherer europäischer Finanzraum abhelfen.

KONJUNKTUR / Westdeutsche Landesbank erwartet neues Wachstum

Vor übertriebenem Optimismus gewarnt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Für dieses und die beiden nächsten Jahre erwartet die Westdeutsche Landesbank (WestLB), Düsseldorf, einen „deutlichen Konjunkturaufschwung". In ihrer von Jahr zu Jahr fortgeschriebenen Konjunkturprognose (bis 1987) geht das Institut für 1983 zwar noch von einem „Nullwachstum" aus, doch schon 1984 und 1985 wird das Bruttosozialprodukt um 3 bzw. 3,7 Prozent wachsen, um dann langsam bis 1987 wieder auf ein Plus von 1,5 Prozent zurückzufallen. Danach sei jedoch nicht mit einer neuen schweren Rezession wie 1981/82 zu rechnen.

Nachdem sich die Rahmenbedingungen bis in die jüngste Zeit verbessert hätten, sei schon aus konjunkturzyklischen Gründen mit einer merklichen Belebung der Inlandsnachfrage zu rechnen, wobei die Bank von deutlichen Impulsen aus dem Bereich der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen (1983: 1,3 und 1984/85: über 6 Prozent) ausgeht. Dagegen werde sich der Export nach einem Plus von 3,5 Prozent (1982) im laufenden Jahr angesichts der Nachwirkungen der weltwirtschaftlichen Krise der letzten Jahre auf einen Zuwachs von 1 Prozent zurückbilden, um sich dann ab 1984 auf 5 bzw. 6 Prozent zu erholen.

Im Fünfjahresdurchschnitt 1982/87 dürfte das Plus bei 3,8 Prozent liegen. Die WestLB warnt aber eindringlich vor einem „übertriebenen mittelfristigen Wachstumsoptimismus". Selbst die durch die Wirtschaftspolitik in Gang gesetzten Anpassungsprozesse reichten für die Jahre 1982/87 mit einem durchschnittlichen Wachstum von jährlich 2,2 Prozent nicht aus, um das Heer von durchschnittlich 2,3 Mill. Arbeitslosen zu verringern, zumal in diesem Zeitabschnitt mehr als 500 000 Erwerbspersonen zuwachsen.

Auf der anderen Seite liegen nach der Bank-Prognose die Inflationsraten über die Jahre bei 3,7 (1983: 3,4/1984: 3,1) Prozent, gehen die staatlichen Haushaltsdefizite von fast 70 Mrd. DM (1983) auf 40 bis 45 Mrd. DM (1986/87) zurück und weist die Zahlungsbilanz eine im Trend positive Handels- und Leistungsbilanz mit kräftigen Überschüssen von 60 und 58 Mrd. DM bzw. 15 und 12 Mrd. DM in den Jahren 1983/84 aus.

Für die Wirtschaftspolitik kommt es für die WestLB darauf an, die „wirtschaftspolitische Strategie des ‚langen Atems', vor allem die Investitions- und Wachstumskräfte im privaten Bereich, fortzusetzen". Nachdem die Wirtschaftsförderungsprogramme der 70er Jahre fehlschlugen, müßten Arbeitsmarkt und Ertragslage der Unternehmen stärker in die Lohnpolitik einbezogen werden. Jedoch: „Angesichts des Arbeitskräfteengpasses in den 90er Jahren müssen Arbeitszeitverkürzungen bei Bedarf auch wieder rückgängig gemacht werden können."

KOHLE

Fünf Milliarden für Subventionen

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Fast fünf Mrd. DM haben die Bundesrepublik, Belgien, Frankreich und Großbritannien im vergangenen Jahr an Subventionen für ihre Kohle gezahlt. Dies zeigen die Beihilfe-Genehmigungen der Brüsseler Kommission für 1982. Verglichen mit früheren Jahren sind die einzelstaatlichen Förderungsmaßnahmen jedoch erheblich zurückgegangen. So verringerten sich die Subventionen je produzierter Tonne im EG-Durchschnitt von 11,13 Ecu 1981 (rund 24,93 DM) auf 9,15 Ecu (20,49 DM) im abgelaufenen Jahr.

Zwischen den einzelnen Erzeugerländern bestanden allerdings beträchtliche Unterschiede. Einer starken Kürzung des Einsatzes öffentlicher Mittel in der Bundesrepublik, Belgien und Großbritannien stand in Frankreich eine Aufstockung um rund ein Drittel gegenüber. Mit direkten und indirekten Beihilfen von 31,68 Ecu je Tonne lagen zum Beispiel die Belgier *kaum noch vor den Franzosen mit* 30,77 Ecu. Für die Bundesrepublik ermittelte die Kommission je geförderter Tonne einen Beitrag von 7,97 Ecu je Tonne (17,85 DM). 1981 waren es noch 12,42 Ecu (27,82 DM) gewesen.

In absoluten Zahlen genehmigte die Kommission in der Bundesrepublik staatliche Beihilfen in Höhe von 754,8 Mill. DM, von denen 478,4 Mill. DM Investitionsprojekte Untertage, in Kokereien oder in Kohlekraftwerken betrafen. Die Subventionen deckten bis zu 50 Prozent der Gesamtinvestitionen. Trotzdem beurteilt die Kommission sie positiv, weil sie die langfristige Sicherung der Kohleförderung in der Bundesrepublik sichern sollen.

Nach dem Brüsseler Jahresbericht über den Kohlemarkt ist 1983 mit vermehrten Schwierigkeiten der europäischen Zechen zu rechnen, da aller Voraussicht nach die Haldenbestände und die Produktionskosten steigen werden. Bereits 1982 erreichte das Gesamtangebot an Kohle in der Gemeinschaft mit 317 Mill. Tonnen rund fünf Mill. Tonnen weniger als 1981. Der Rückgang ging hauptsächlich zu Lasten der EG-Kohle.

INTERNATIONALE ENERGIEAGENTUR / Der dritte Ölschock wird für Ende der 80er Jahre avisiert

Den Ausbau von Kohle- und Kernenergie empfohlen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Bei der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris schätzt man angesichts der in diesem Ausmaß nicht erwarteten jüngsten Entspannung des Weltölmarktes die Energieversorgungslage der westlichen Industriestaaten etwas optimistischer ein. Unter der Voraussetzung, daß diese Staaten ihre Bnergiesparpolitik und ihre Programme zum Ausbau heimischer Energiequellen konsequent fortsetzen, erwarten die IEA-Experten bis Mitte der 80er Jahre den Fortbestand der derzeitigen Ölmarktverhältnisse.

Die Gefahr einer neuen Ölversorgungskrise wird aber nach wie vor nicht ausgeschlossen. Nachdem die Agentur in ihrem vor sieben Monaten veröffentlichten „Weltenergieausblick" bereits ab Mitte dieses Jahrzehnts einen dritten Ölschock für möglich hielt, verlegte sie jetzt die Gefahrenschwelle hierfür auf das Ende der 80er Jahre, falls das Mineralöl nicht stärker als bisher durch andere Energieträger ersetzt wird.

Auf der am 8. Mai in Paris stattfindenden Ministerkonferenz der IEA sollen deshalb weitere Maßnahmen zur Verminderung der Ölimportabhängigkeit beraten werden. An erster Stelle steht dabei der Ausbau der Kohlen- und Kernenergieproduktion. Weniger als bisher drängt man beim IEA-Sekretariat auf die Verstärkung der Naturgasimporte, da sich diese inzwischen zu einer weiteren Quelle für die Gefährdung der Energieversorgung entwickeln würden.

Bei den Beratungen über die Revision des letzten Weltenergieausblicks vom Oktober 1982 der IEA spielte die Frage eine große Rolle, wie der neue europäisch-sowjetische Gas-Röhren-Vertrag einzuschätzen ist. Dabei wurde einerseits darauf hingewiesen, daß sich die Erdgasversorgung der daran beteiligten Länder nach Fertigstellung der neuen Pipeline wesentlich verbessert. Andererseits aber könnte künftig eine Unterbrechung der sowjetischen Lieferungen für die Gasversorgungslage Westeuropas „ernsthafte Probleme" mit sich bringen.

Die wichtigste Gefahrenquelle sieht man beim IEA-Sekretariat – von kriegerischen Ereignissen abgesehen – aber immer noch im Mineralöl des Mittleren Ostens, das zusammen mit dem Tunesiens, Mexikos, Nigerias und Venezuelas 70 Prozent der Weltölreserven stellt, während 60 Prozent des Weltölverbrauchs auf die westlichen Industriestaaten (OECD) entfällt. Zwar könnten diese Länder bei Versorgungsschwierigkeiten eine Zeitlang *auf ihre Ölvorräte zurückgreifen*, aber der Schaden würde dadurch nur begrenzt werden können.

Bei ihrer gegenwärtigen Ölvorratslage würde die OECD-Zone nach IEA-Berechnungen gegenwärtig eine Verminderung der Ölimporte von bis zu fünf Millionen Barrel täglich einigermaßen verkraften können. Aber gegen Ende der 80er Jahre würden wegen des wieder zunehmenden Energieverbrauchs schon geringe Ausfälle schwere wirtschaftliche Folgen haben. So führte der 1979 entstandene Ausfall von 2,5 Millionen Barrel täglich zum zweiten Ölschock. Demzufolge schrumpfte das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der OECD von 3,4 Prozent (1979) auf minus 0,5 Prozent 1982.

Unter der Hypothese, daß diese Wachstumsrate 1,5 Prozent bis 1985 und dann bis zum Ende dieses Jahrhunderts durchschnittlich 2,5 Prozent erreicht, erwartet die IEA für die 90er Jahre einen Nachfrageüberhang am Weltölmarkt von ein bis acht Millionen Barrel täglich.

Der Primärenergieverbrauch der OECD-Zone, welcher von 79,1 Millionen Barrel 1980 auf 74,5 Millionen 1982 zurückgegangen war, wird nach neuesten IEA-Schätzungen 80 Millionen Barrel 1985, 90 Millionen Barrel 1990 und 105 Millionen im Jahre 2000 erreichen, womit die bisherigen Prognosen ebenfalls etwas zurückgenommen wurden. Dabei dürfte der Ölanteil an diesem Verbrauch von 45 Prozent 1982 auf 40 Prozent 1990 und 35 Prozent im Jahre 2000 zurückgehen, *während der Nuklearanteil* von fünf auf zehn und elf Prozent zunimmt. Bis 1990 unverändert bliebe dagegen der Kohle- und Erdgasanteil von je 20 Prozent. Danach wird aber die Kohleproduktion der OECD stark zunehmen.

Gleichwohl dürften die Nettoenergieimporte der OECD-Zone, die von 26 Millionen Barrel täglich 1980 auf 19,8 im Jahre 1982 zurückgegangen waren, jetzt wieder kontinuierlich steigen und zwar auf 22 Millionen 1985, 26 Millionen 1990 und 29 Millionen in 2000 – bei Ölimporten auf 19 und 23 Millionen. Die Ölexporte der Opec-Länder, die von 27,6 Millionen Barrel täglich 1980 auf 19,7 Millionen 1982 geschrumpft waren, veranschlagt die IEA für 1985 auf 21 Millionen, für 1990 auf 27 bis 29 Millionen und für das Jahr 2000 auf 25 bis 29 Millionen.

Nach neuesten, soeben veröffentlichten Erhebungen der IEA hat sich der Primär-Energieverbrauch der OECD-Zone zwischen 1971 und 1981 um 15,7 Prozent erhöht, nachdem er in der vorangegangenen Dekade um 90 Prozent gestiegen war. Bei Mineralöl schwächte sich der Verbrauchszuwachs sogar von 115 auf 3,6 Prozent ab. Der Ölanteil am Gesamtverbrauch fiel damit von 50,9 Prozent 1971 auf 45,5 Prozent.

Andererseits stieg in den zehn Jahren bis 1981 in der OECD-Zone der Verbrauch an Kohle um 22,4 Prozent, an Gas um 12,9 Prozent, sowie an Elektrizität aus Wasserkraft um 26,9 Prozent und aus Atomkraft um 600 Prozent. Die Kernkraftwerke deckten damit *fünf Prozent des gesamten Primärenergieverbrauchs.*

Der wichtigste Faktor dieses grundlegenden Umschwungs war die um 0,3 Prozent zurückgegangene Energienachfrage der Industrie, die ihren Ölverbrauch sogar um elf Prozent reduziert hatte. Dagegen steigerte der Verkehrssektor seinen Verbrauch um 24,6 bzw. 24,9 Prozent. Der Handels- und Wohnungssektor verbrauchte in dem Zehn-Jahres-Abschnitt 9,9 Prozent mehr Energie dabei, aber 14,8 Prozent weniger Öl.

USA / Höhere Haushaltsdefizite '83 und '84

Volcker kritisiert Etat

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Auch längerfristig wird sich die Hoffnung der Reagan-Administration nicht erfüllen, das die umfangreichen Steuersenkungen im Zuge der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik mehr Einnahmen schaffen als sie kosten. Nach Angaben des Weißen Hauses wird in den Finanzjahren 1983 bis 1988 das kumulierte Haushaltsdefizit der USA mit 968,6 Milliarden Dollar (rund 2,35 Milliarden Mark) zu Buch schlagen. Hinzu kommen 69,6 Milliarden Dollar aus den außerordentlichen Budgets. Ursprünglich wollte Präsident Reagan den Haushalt 1984 ausgleichen.

Die revidierten Zahlen des von David Stockman geleiteten Haushaltsbüros zeigen außerdem dies: Trotz einer wirtschaftlichen Wachstumsrate, die 1983 real 2,9, 1984 rund 4,3 und in den folgenden vier Jahren jeweils vier Prozent beträgt, liegt das zusammengefaßte Defizit nur um 28,5 Milliarden Dollar unter der Januar-Prognose. Die gesunkenen Ölpreise kosten den amerikanischen Bund in den sechs Jahren 69,5 Milliarden Dollar. In den Finanzjahren 1983 und 1984 ziehen die ordentlichen Defizite sogar an, und zwar um 2,5 auf 210,2 und um 1,4 auf 190,2 Milliarden Dollar. 1982 machte das Minus 110,6 Milliarden Dollar aus – nach einem vorausgegangenen Rekorddefizit in Höhe von 66,4 Milliarden Dollar 1976. Erst von 1985 an zeigt die Kurve geringfügig nach unten. Entgegen der Januar-Voraussage steigen die Ausgaben 1983 um 3,3 auf 808,5 (1982: 728,4) Milliarden Dollar. 1984 sinken sie zwar um 4,6 auf 843,9 Milliarden Dollar, zugleich verringern sich jedoch die Einnahmen um sechs auf 653,7 Milliarden Dollar.

Weiterhin geht das Weiße Haus davon aus, daß die Verbraucherpreise in den USA 1983 und 1984 nur um 2,9 und 4,1 Prozent steigen und sich danach bei plus 4,5 Prozent jährlich einpendeln. Die Arbeitslosenrate sinkt noch in diesem Jahr auf zehn und 1984 auf 9,1 Prozent. Von 1985 bis 1988 nimmt sie dann von 8,4 auf 6,2 Prozent ab. Die Januar-Werte lagen um 0,5 bis 0,7 Prozent darüber. Nicht korrigiert hat das Stockman-Büro den Zinstrend. So beträgt der Satz für 91tägige Treasury Bills 1983 und 1984 jeweils 8,0 und 7,9 Prozent. Anschließend fällt er von 7,4 auf 6,1 Prozent.

Vor dem Bankenausschuß des Repräsentantenhauses hat der Vorsitzende des Federal Reserve Board, Paul A. Volcker, die zunächst noch zunehmenden roten Zahlen im US-Haushalt heftig attackiert. Man könne nicht immer die Geldpolitik der Notenbank kritisieren und den fiskalpolitischen Flankenschutz verweigern, betonte er. Volcker warf die Frage auf, ob die Kreditmärkte bei anziehender Konjunktur den Finanzierungsbedarf der Privatwirtschaft und der Treasury ohne neue Zinsschübe decken könnten. „Die Zinsen sind noch viel zu hoch, was auf einen Restbestand an Inflationsängsten zurückzuführen ist." Beunruhigt seien die Märkte darüber, daß die Treasury zur Defizitfinanzierung im Tagesdurchschnitt 750 Millionen Dollar aufnehmen müsse.

GROSSBRITANNIEN / Außenhandel verbessert

Howe: Abwertung unnötig

WILHELM FURLER, **London**

Der britische Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe hat in einer Rede vor der Westminster-Handelskammer betont, daß der britische Handel sich seit 1980 verbessert und deutlich günstiger abgeschnitten hat als in den Jahrzehnten zuvor. Er erklärte, das Land hat eine weit zurückreichende Geschichte, auf den Exportmärkten und im Wettbewerb mit Importen auf dem heimischen Markt zu versagen. Jahr für Jahr sei ein Leistungsbilanz-Defizit aufgetreten, hätte sich der Anteil Großbritanniens an den Welt-Exportmärkten verringert, und sei der relative Lebensstandard gefallen.

„Demgegenüber haben wir aber 1980 erheblich besser abgeschnitten", betonte Sir Geoffrey. Die Leistungsbilanz weise endlich wieder Überschüsse aus, und im vergangenen Jahr hätten die britischen Exporte der herstellenden und verarbeitenden Industrie ihren Anteil am Welt-Exportmarkt vergrößert.

Auch wenn im eigenen Land die Ansicht vorherrsche, daß die britische Wettbewerbsfähigkeit gefallen sei, so stehe doch fest, daß der Index der relativen Stückkosten in der Industrie gegenwärtig auf dem gleichen Niveau liege wie 1965. Immerhin sei er seit 1975 um zwischen 15 und 20 Prozent gefallen. Entschieden wies der Schatzkanzler die Forderung der oppositionellen Labour-Partei zurück, die Wettbewerbsfähigkeit langfristig durch eine erhebliche Abwertung der britischen Währung zu verbessern.

Seiner Ansicht nach ist die einzig wirksame Kur eine echte Reduzierung der Industrie-Kosten, also niedrigere Lohnerhöhungen, steigende Produktivität, Qualitätsverbesserungen *und* Verbesserungen bei den preisunabhängigen Elementen der geschäftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Deutschland, wo sich die Chemie- und die Metallindustrie auf Lohnabschlüsse von nur plus 3,2 Prozent geeinigt hätten.

AGRARPOLITIK / Gespräch über Grenzausgleich

Kompromiß mit Frankreich?

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Im Mittelpunkt der ersten Gespräche, die der neue Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle mit seinem ebenfalls neuen französischen Kollegen Michel Rocard in Paris geführt hat, stand die seit Jahren heiß umstrittene Frage des Abbaus der währungsbedingten Grenzausgleichsbeträge für Agrarerzeugnisse in der EG. Dabei soll es zu einer gewissen Annäherung der deutsch-französischen Position gekommen sein.

Bei den eigentlichen Verhandlungen, die am 18./19. April auf EG-Ebene in Luxemburg stattfinden, könnte es damit zu einem Kompromiß kommen, hieß es auf deutscher Seite.

Allerdings würde die Bundesregierung keiner „Null-Lösung" zustimmen. Ein Abbau der positiven Grenzausgleichsbeträge – sie betragen zur Zeit bis zu 13 Prozent – um einen Punkt hätte für die deutsche Landwirtschaft eine 1,10prozentige Einkommensschmälerung zur Folge.

Kiechle war in seiner Eigenschaft als derzeitiger Präsident des Landwirtschaftsministerrats der EG nach Paris gereist. Seine europäische Rundreise hatte ihn zunächst nach Holland, Italien und Griechenland geführt.

Der Minister wird heute seinen Kollegen in Großbritannien besuchen. Die Gespräche mit Rocard erfolgten in einer „ausgesprochen angenehmen Atmosphäre", hieß es in Paris.

Rocard, der zum gemäßigten Flügel der sozialistischen Regierung in Frankreich gehört, wird heute in Grenoble zum Jahreskongreß des nationalen Bauernverbands FNSEA erwartet, mit dem er – im Unterschied zu seiner Vorgängerin Edith Cresson – sehr gute Beziehungen unterhält.

Wahrscheinlich dürfte er bei dieser Gelegenheit erklären, daß die Bundesregierung ihre starre Haltung in der Grenzausgleichsfrage aufgegeben habe.

RUHRGEBIET / Sorgen um hohe Stromkosten

Rückschlag für das Revier

HANS BAUMANN, **Dortmund**

Eine erneute Verschlechterung bei den Stromkosten befürchtet die Industrie- und Handelskammer Dortmund, wenn die Großfeuerungsanlagen-Verordnung verschärft werden sollte. Bei Vorlage ihres Berichtes für 1982 sagte der Präsident der Kammer, Rudolf Brickenstein, daß mit einer solchen Verordnung immer höhere Anforderungen an Neu- und Altanlagen zur Stromerzeugung aus Kohle gestellt würden. Nur in Nordrhein-Westfalen sei der Kohleeinsatz zur Stromerzeugung erheblich, in anderen Bundesländern liege der Anteil der kostengünstigeren und umweltfreundlicheren Kernenergie zum Teil *über 50 Prozent. Im Revier aber sei* die Kernkraft trotz aller Warnungen der Wirtschaft weitgehend verhindert worden.

Brickenstein kritisierte auch den Verlauf der Umstrukturierung der Stahlindustrie. Die Moderatoren hätten zwar grundsätzlich den Standort Dortmund als gut bezeichnet. Eine Realisierung des vorgeschlagenen Zusammenschlusses von Hoesch, Klöckner und Salzgitter wäre aber weder gleichgewichtig zur Rhein-Gruppe noch vom Standort her akzeptabel. Unabhängig von der Kooperationsvereinbarung mit Salzgitter sei Hoesch zumindest im Augenblick am besten auf sich allein gestellt.

Von der Bundesregierung fordert Brickenstein mehr Standvermögen bei den in Aussicht gestellten Finanzzuschüssen. Werde der Subventionswettbewerb der europäischen Nachbarn aber nicht unterbunden, so werde die deutsche Stahlindustrie trotz ihrer hohen Produktivität nicht aus eigener *Kraft in der Lage sein, im* Konkurrenzkampf zu bestehen.

Für das östliche Ruhrgebiet fordert der Kammerpräsident den Anschluß an die kostengünstige Schubschiffahrt. Die sei aber nur zu erreichen, wenn in Henrichenburg eine neue Schachtschleuse gebaut werde.

ITALIEN / Diskontsenkung reduziert die Zinsausgaben des Schatzamtes – Kosten bedrohlich angeschwollen

Der Kassenfehlbetrag wird sich 1984 verdoppeln

F. MEICHSNER, **Rom**

Die von der italienischen Regierung am vergangenen Wochenende durchgeführte Diskontsenkung um einen Punkt von 18 auf 17 Prozent konsolidiert den schon seit einigen Wochen im Gange befindlichen Abbau der Schatzamtszinsen. Nach Schätzungen der Zentralbank wird diese Zinsverminderung die Zinsausgaben des Schatzamtes in diesem Jahr um 1200 bis 1500 Milliarden Lire reduzieren. Im laufenden Jahr sind für den Zinsendienst des Staates 48 000 Milliarden Lire eingestellt. Das entspricht über zwei Drittel des Kassenfehlbetrages der öffentlichen Hände. Mit über acht Prozent vom Bruttoinlandsprodukt ist der Anteil des öffentlichen Zinsendienstes in Italien der höchste aller Gemeinschaftsländer. Dort liegt diese Quote durchschnittlich nur bei etwa drei Prozent.

Das bedrohliche Anschwellen der Zinskosten für die Beanspruchung des Kapitalmarktes (im Jahre 1962 belief sich ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt erst auf 1,3 Prozent) hat inzwischen den sozialistischen Koalitionspartner in der Regierung Fanfani dazu veranlaßt, die Rückkehr zu Negativzinsen bei der Emission von kurz- und mittelfristigen Schatzpapieren zu fordern. Demgegenüber verweisen die Christlichen Demokraten auf die Gefahr, daß die Rückkehr zu der Zinssituation vor Anfang 1980 zu einer Flucht der Anleger aus den staatlichen Rentenwerten führen könnte.

Die Entwicklung droht ein destabilisierendes Ausmaß anzunehmen, nachdem jüngste Hochrechnungen des Schatzministeriums ohne staatliche Eingriffe für 1984 einen Kassenfehlbetrag von 142 000 Milliarden Lire, doppelt so hoch wie 1983, erwarten lassen.

Im laufenden Jahr wird der Anteil der Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem vergangenen Jahr von 30 auf 33 Prozent steigen. Im kommenden Jahr riskiert dieser Anteil aber erneut einen Rückgang. Dabei ist die Fiskalquote schon jetzt wesentlich niedriger als in den meisten westlichen Industrieländern.

Um die Struktur des Staatshaushaltes zu verbessern, plant das italienische Finanzministerium für 1984 einen verschärften Kampf gegen Steuerhinterzieher, insbesondere im Bereich der Mehrwertsteuer, die nach Schätzungen noch immer zu rund 40 Prozent hinterzogen wird. Weitere Einnahmen sollen durch die Reduzierung der bisherigen Mehrwertsteuerklassen erschlossen werden. Italien ist das einzige EG-Land mit acht Klassen (von 0,2 bis 38 Prozent). Geplant ist, diese Klassen auf drei (zwei, 12, 18 Prozent) zu vermindern und den *38prozentigen Steuersatz in eine* echte Luxussteuer zu verwandeln.

Eine weitere Verbesserung der Kassenlage hofft der christlich-demokratische Schatzminister Giovanni Goria trotz der Erklärungen seines sozialistischen Kollegen und Staatsbeteiligungsministers, Gianni De Michelis, wonach „Streichungen auf der Ausgabenseite illusorisch" seien, durch Sparmaßnahmen in der Sozialversicherung, im staatlichen Gesundheitsdienst und bei den chronisch passiven Staatsunternehmen erreichen zu können. Im Jahre 1982 belief sich der Fehlbetrag zwischen den Leistungen und den Beiträgen der öffentlichen Sozial- und Krankenversicherung auf 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gegenüber erst 1,8 Prozent im Jahre 1962.

BAUMA '83 / „Talfahrt gestoppt"

Erlöse noch unbefriedigend

dpa/VWD, **München**

Die Stimmung auf der Internationalen Baumaschinenfachmesse „Bauma '83" in München, die heute *ihre Pforten schließt, eilt nach* Einschätzung von Branchensprecher Peter Jungen der tatsächlichen konjunkturellen Lage noch weit voraus. Dennoch zeigte sich Jungen vor der Presse zuversichtlich, daß die „Talfahrt im Inland und auch im Ausland gestoppt ist". Die 1225 Aussteller auf der weltgrößten Baumaschinenmesse stießen vor allem aus dem Ausland auf ein überraschend hohes Interesse.

Zu Beginn der siebentägigen Investitionsschau hatten sich die Erwartungen der Branche noch stärker auf das Inland und die westeuropäischen Industriestaaten gerichtet. Jetzt gebe es die Hoffnung, so Jungen, daß die starken Einbrüche auf den Auslandsmärkten 1982 in diesem Jahr vielleicht eingegrenzt werden können. Ein Rückgang des Auslandsgeschäfts – die Exportquote liegt bei fast 80 Prozent – scheint für 1983 aber unvermeidlich.

Besonders starke Käuferinteressen kamen nach dem Bericht der Aussteller aus den USA, Japan, dem südostasiatischen Asean-Bereich (Thailand, Malaysia, Philippinen, Singapur, Indonesien), dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus einigen afrikanischen Ländern und Australien. Auch im Geschäft mit dem Opec-Staaten hofft man auf eine Normalisierung. Iran scheine als Markt wieder zu kommen und die Geschäfte mit Irak könnten künftig so laufen, wie in den Jahren vor dem letzten Ölschock. Im Inland sei das erwartete hohe Interesse bestätigt worden. Jungen bezeichnete die nächsten drei Monate als entscheidend für die weitere Zukunft der Branche, die sich derzeit noch auf der Kellertreppe befinde.



WELT-Korrespondenten berichten von der Hannover-Messe

Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie – Nixdorf – NCR – Grundig



Anzeichen einer Erholung

Mit einem erheblichen Quantum an Zuversicht geht die deutsche Stahlindustrie in die restlichen Monate des laufenden Jahres. Diese ist nach den Worten des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Ruprecht Vondran, auch notwendig, denn das Jahr habe für seine Branche auf sehr niedrigem Niveau begonnen. Einige Daten sprächen aber dafür, daß 1983 eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Produktion von rund 36 Mill. t Rohstahl wieder erreicht werden könne.

Zu den Anzeichen einer Erholung rechnet Vondran vor allem die bessere Auftragslage einiger stahlverarbeitender Branchen wie der Bauindustrie und der Autoindustrie, in der sich bereits ein Engpaß bei Feinblech abzeichne, des Maschinenbaus und der EBM-Industrie. Im Außenhandel konnten, so Vondran, unter erheblichen Opfern einige Unsicherheiten beseitigt werden. Ein Handelskrieg mit den USA drohe nicht mehr.

Unsicherheiten für die Stahlindustrie schaffe auf der anderen Seite das politische Umfeld. „Es ist leichter, das Wetter der nächsten zwei oder drei Jahre vorherzusagen, als die politischen Rahmenbedingungen abzuschätzen, die im zweiten Halbjahr 1983 oder gar 1984 gelten werden", stellte der Hauptgeschäftsführer klar.

Angefangen beim Europäischen Währungssystem, nach dessen jüngsten Veränderungen immer noch keine berichtigten Orientierungspreise vorlägen, bis hin zu den von Brüssel festzulegenden Produktionsquoten, die – Mitte April – noch nicht mal für das zweite Quartal bekannt seien, zeige sich ganz deutlich die Kurzatmigkeit und Unberechenbarkeit der Politik. Einen Lichtblick bei all diesen behördlichen Behinderungen sieht Vondran aber in den für Ende April angesetzten Verhandlungen im Europäischen Ministerrat. Dabei gehe es dann um die konkreten Lebensbedingungen der Eisen- und Stahlindustrie in der zweiten Jahreshälfte. Die Vereinigung habe ihre Wünsche dazu bereits in kurzen Thesen artikuliert.

HENNER LAVALL



FOTO: WOLFGANG WEIHS

Die Stellungnahmen aus Wirtschaft und Politik am ersten Messetag bestätigen im Grunde die Tendenz, die am Vorabend Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff in seiner Eröffnungsrede vor illustrem Publikum vorzeichnete: Die Stimmung unter Ausstellern und Besuchern ist gut, immer wieder wird das „Prinzip Hoffnung" beschworen. Bei aller Zuversicht indes orientieren sich die Unternehmen an der Realität. Zwar scheint Einigkeit darüber zu bestehen, daß der Tiefpunkt der konjunkturellen Entwicklung überschritten ist; ein „strahlendes Jahr" aber, so VDMA-Präsident Tyll Necker, wird 1983 sicher nicht werden. Über Erwarten stark – auch daran wird der Stimmungswechsel deutlich – war nach Angaben der Messeleitung das Interesse der Besucher am ersten Messetag. Neben dem Zentrum der Büro- und Informationstechnik konzentriert sich das Besucherinteresse vor allem auf die neugeschaffene „Microtronic". (dos.)

Konsolidierung abgeschlossen

Über den harten Wettbewerb, der sich derzeit auf dem deutschen Computermarkt abspielt, geben die von der NCR GmbH, Augsburg, anläßlich der Hannover-Messe vorgelegten Zahlen deutliche Auskunft. So gingen die Umsätze des Unternehmens, die 1981 bereits stagnierten, im vergangenen Jahr auf 479,6 (481,2) Mill. DM leicht zurück. Die Rezession auf dem Inlandsmarkt blieb hier nicht ohne Einfluß; zudem gab es im Export vor allem im Handel mit den Ostblockstaaten einige Einbußen.

Andererseits ist jedoch die selbst verordnete Konsolidierungsphase der Bilanzstruktur der deutschen Tochter des amerikanischen Computerherstellers offensichtlich gut bekommen. Die Lagerbestände konnten reduziert, die Bankverbindlichkeiten nahezu abgebaut und mit 14,7 (9,7) Mill. DM ein beachtlicher Jahresüberschuß ausgewiesen werden.

Bemerkenswert sind auch die Anstrengungen, die die NCR zur Verbesserung und Erweiterung ihrer Angebotspalette unternommen hat. Zu den neuen Produkten gehören sowohl Einzel- und Mehrplatzcomputer für industrielle Großkunden als auch Personalcomputer im Preisbereich von unter 10 000 DM. Ein neues Scanner-Kassensystem dokumentiert das unveränderte Interesse an diesen für die NCR traditionellen Markt, der für die unmittelbare Zukunft Wachstum erwarten läßt. Fortschritte sind auch bei Geräten zur Bankautomation zu verzeichnen.

William S. Anderson, Vorstandsvorsitzender der amerikanischen Muttergesellschaft, die mit 3,5 Mrd. Dollar Jahresumsatz viertgrößter Computeranbieter in der Welt ist, gab sich vor der Presse in Hannover denn auch durchaus optimistisch.

Dieser Optimismus wird auch durch den Auftragseingang bei der deutschen Tochtergesellschaft sichtbar, der im ersten Quartal des laufenden Jahres immerhin die Vorjahreswerte um 30 Prozent übertraf. So wird bei NCR auch hier für die Zukunft wieder auf Wachstum gesetzt.

HEINZ HILDEBRANDT

Optimismus auf der ganzen Linie

Das Jahr 1982 war für uns so gut, daß wir uns das gleiche auch für 1983 wieder wünschen", zieht Heinz Nixdorf in Hannover Bilanz. Alles spricht denn auch dafür, daß aus diesem Wunschdenken wieder Realität wird. 1982 konnte die Nixdorf Computer AG, Paderborn, ihren weltweiten Umsatz um 18 Prozent auf 2,29 (1,93) Mrd. DM erhöhen. Auch das neue Jahr hat sich gut angelassen. Der Auftragsbestand zu Jahresbeginn lag mit 1,6 Mrd. DM auf einer Rekordhöhe, die Auftragseingänge im ersten Quartal überschritten die Vorjahrswerte sogar um 50 Prozent, woran das Inland überproportional beteiligt ist. So ist es kein Wunder, daß sich der selbstbewußte Firmenchef auch von anderen Zahlen aus der Branche nicht irritieren läßt: „Unser Wachstum ist zwar nicht so spektakulär wie das bei Apple, aber wohl solider."

Wachstum schlägt bei Nixdorf auch auf die Mitarbeiterzahl durch. 1982 wurde sie um 1300 auf insgesamt 16 000 erhöht, trotzdem mußten in der Fertigung noch Sonderschichten eingelegt werden. Nicht zuletzt deshalb wird für 1983 mit weiteren Einstellungen in etwa gleicher Höhe gerechnet.

Aber auch in Sachanlagen wird weiter investiert. Zusätzliche Fertigungskapazitäten entstehen in Berlin und Köln, weitere Computerhäuser im Inland, in Frankreich und in Finnland, ein neues Werk in Singapur nahm inzwischen den Betrieb auf. Die Finanzlage des Unternehmens macht es möglich, 1982 wurde ein Jahresüberschuß von 73 Mill. DM erwirtschaftet, von denen der größte Teil in die Rücklagen fließt, so daß das Eigenkapital auf 624 (582) Mill. DM erhöht werden konnte. Trotzdem wird wie in den Vorjahren eine Dividende von 16 Prozent vorgeschlagen.

Ausgezahlt haben sich wiederum die hohen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, 1982 mit 197 Mill. DM beachtliche 27 Prozent mehr als 1981. Die auf der Hannover-Messe ausgestellte Produktpalette spiegelt die Innovationsfähigkeit der Paderborner Computerbauer wider, Systeme für Großunternehmen und für die breite Schicht der Mittel- und Kleinbetriebe, die nach wie vor rund die Hälfte zum Nixdorf-Umsatz beisteuern.

Zu den neuen Produkten zählen ein Arbeitsplatzcomputer und ein Angebot im Mikrocomputerbereich zum Preis von unter 20 000 DM. Auffällig sind auch die Hard- und Software-Angebote im Handelssektor, in dem nach eigener Zielsetzung eine ähnliche starke Marktposition angestrebt wird wie sie bei Systemen der Bankautomation bereits besteht.

Auch die Anstrengungen im Bereich der Kommunikationstechnik haben zu greifbaren Ergebnissen geführt. Digitale Telefon-Nebenstellen eigener Entwicklung sind im Einsatz, Teletex und Bildschirmtext sind kein Neuland mehr, bei den Bigfon-Versuchsprojekten der Bundespost ist man dabei. Alles in allem, Nixdorf strahlt Optimismus aus und sieht sich in seiner bisherigen Unternehmenspolitik bestätigt, bei der immerhin 46 Umsatzprozente auf Dienstleistung und Mieteinnahmen beruhen.

HEINZ HILDEBRANDT

Keine Angst vor japanischen Firmen

Die weltweite Talfahrt des Bürodiktiergeräte-Marktes hält an, berichtete Günter Schröder, Bürogeräte-Chef der Grundig AG, Fürth, in Hannover. Grundig selbst ist es dennoch gelungen, den Umsatz dieses Bereichs 1982 um 8 (real 4) Prozent auf „über 100 Mill. DM" zu steigern. Nach früheren Berichten müßte das Unternehmen damit bei knapp 110 Mill. DM Diktiergeräte-Umsatz liegen.

Im Inland wurde freilich nur das Vorjahresvolumen erreicht, aber auch das nur durch investitionsförderungsgestützte Rekordgeschäfte im Dezember. Den Zuwachs erzielten die Fürther also nur im Ausland, insbesondere in Großbritannien und in Schweden, aber auch im Ostblock.

Obwohl der Markt äußerst hart umkämpft ist, konnte Grundig den inländischen Marktanteil noch leicht auf 48 Prozent verbessern. Die japanische Konkurrenz sieht man in Fürth gelassen: „Die Japaner haben bei den professionellen Geräten bislang noch wenig Fuß gefaßt."

Für 1983 erwartet Schröder wieder „Zuwachsraten in bescheidenem Rahmen". Um nicht von der technischen Entwicklung ins Abseits gestellt zu werden, bringt Grundig zunächst einen Anrufbeantworter heraus, der – über den üblichen Rahmen solcher Geräte hinaus – in künftigen Kommunikationsnetzen als Knotenstelle dienen soll.

Ein weiterer Bereich, der das Zukunftsgeschäft auch im professionellen Bereich sichern soll, ist der neue Postdienst-Bildschirmtext, dessen größere Chancen man zunächst bei den gewerblichen Anwendern sieht. JOACHIM WEBER

„DDR": Interesse an Investitionsgütern

Die „DDR" will mit ihrer Beteiligung an der Hannover-Messe ihre Erzeugnisse aus den Bereichen Maschinenbau und Elektrotechnik/Elektronik besser ins Gespräch bringen, ist aber auch an Investitionsgüterimporten interessiert. Anbahnungen und gegebenenfalls auch Abschlüsse für Investitionsgüterlieferungen in die „DDR" seien von der Messe zu erwarten, erklärte der Messedirektor der „DDR", Harri Bruehl, vor der Presse. Die „DDR", die auf der Messe mit zwölf Außenhandelsbetrieben und dem Zentralen Büro für Internationalen Lizenzhandel vertreten ist, müsse aber die Devisen erst einmal „anschaffen", ehe sie importieren könne.

Insgesamt zufrieden äußerte sich Bruehl über die bisherigen Erfahrungen in der Kooperation mit bundesdeutschen Unternehmen. Von der Hannover-Messe erhoffe man sich nützliche Gespräche und auch den Abschluß von Vereinbarungen.

Der innerdeutsche Handel, der 1982 um 13 Prozent auf 14,1 Mrd. Verrechnungseinheiten (VE= DM) zunahm, entwickelte sich in den ersten beiden Monaten 1983 gegenläufig. Die bundesdeutschen Lieferungen wuchsen um 53 Prozent auf 1,16 Milliarden VE, während die Bezüge aus der „DDR" um drei Prozent auf 1,06 Milliarden VE zurückgingen.

SED-Politbüromitglied Günter Mittag wird am 17. April in Begleitung des stellvertretenden Außenhandelsministers der „DDR", Gerhard Beil, die Hannover-Messe besuchen. Anschließend reist Mittag zu Gesprächen nach Bonn. (dpa)

BERKEL / Mehr Intelligenz in der Waage

Rekord im Auftragsbestand

HARALD POSNY, **Duisburg**

Die Hersteller von Waagen setzen zunehmend auf eine fortschreitende Technisierung im Handel. Im Lebensmittelhandel wie im Fleischerladen ist es längst nicht mehr mit bloßem Wiegen getan. Hier hat man längst die Kostenvorteile elektronischer Wägetechnologie entdeckt. „Auch hinter der Theke hat die zusätzliche Intelligenz integrierter Systeme die konventionelle Ladenwaage mehr und mehr zu einer Bestell-, Abrechnungs- und Kontrolleinrichtung werden lassen", schwärmt Christoph Bölling, für Marketing und Vertrieb zuständiger Geschäftsführer der Berkel GmbH, der deutschen Produktions- und Vertriebstochter der niederländischen Berkel-Gruppe.

Und: „Lückenlose Wägetechniken vom Wareneingang bis zur scanner-fähigen Aufbereitung des Kundenbons für die Kassenabrechnung können gut und gern 0,5 Prozent Rendite zusätzlich bringen." Der stabil gebliebene Umsatz *von 132 (130) Mill. DM war bei dem* im oberen Preissegment angesiedelten Unternehmen ebensowenig selbstverständlich wie die Ertragsverbesserung um 30 Prozent.

Aber während Berkel ebenso wie die Branche Ende 1982 einen um etwa *9* Prozent geringeren Auftragseingang auswies, startete die deutsche Gruppe (700 Mitarbeiter) das neue Jahr mit einem Auftragsbestand von 8 Monaten, dem höchsten seit Bestehen der Gruppe. Die Investitionszulage machte es möglich.

Trotz des in den letzten zwei Jahren um 10 Prozent gesunkenen Marktpotentials und 20 Prozent Preisverfalls gelang es Berkel, höhere Preise für die eigenen Elektronik-Waagen zu erzielen. Die Berkel GmbH und ihre drei Schwestergesellschaften fertigen in ihrer konzerngrößten Produktionsstätte Duisburg neben Laden- und Industriewaagen auch Schneidemaschinen und Kühlmöbel. Im Waagenbau *(Marktvolumen 1 Mrd. DM)* ist Berkel unter 10 Anbietern (bei Ladenwaagen) und 15 Wettbewerbern bei Industriewaagen die Nr. 2 in Deutschland, in Europa jedoch seit Jahren Nr. 1.

Weniger erfolgreich als die deutsche Tochter ist die Muttergesellschaft Maatschappij van Berkels Patent N. V., Leidschendam, mit ihrem breitgestreuten Aktienkapital. Sie weist bei einem Konzern*umsatz von unverändert* 570 Mill. hfl einen auf 42 (22) Mill. hfl nahezu verdoppelten Verlust aus, von denen 29 Mill. hfl zu Lasten der US-Aktivitäten (Kassensysteme), die aufgegeben werden, und des Kühlsektors gehen. Im Konzern, der auf die Gründung (1898) des Metzgergesellen Adrianus van Berkel zurückgeht, werden 3875 (4420) Menschen.

HAMBURGER SPARKASSE / Hoher Überschuß

Kreditnachfrage belebt sich

JAN BRECH, **Hamburg**

Eine merklich gestiegene Kreditnachfrage registriert die Hamburger Sparkasse in den ersten Monaten dieses Jahres. Nach Angaben des Vorstandssprechers Peter Mählmann hat die Haspa das Kreditvolumen an die gewerbliche Wirtschaft um 60 Prozent erhöht und rund 56 Prozent mehr Baufinanzierungen zugesagt. Die Privatdarlehen der Kunden stiegen ebenfalls um rund 22 Prozent. Im Passivgeschäft, so erklärt Mählmann, halte die Strukturverschiebung bei der Ersparnisbildung an. Während die Kapitalbildung in bilanzwirksamen Sparformen weiter steigt, sinkt das Interesse an Wertpapieren fremder Emittenten.

Die Entwicklung der Haspa im Berichtsjahr wird als „durchaus zufriedenstellend" beurteilt, wobei Mählmann hinsichtlich der Ertragslage das Konto „understatement" deutlich überzieht. Die Zinsspanne hat sich auf stolze 3,63 Prozent verbessert, der Zinsüberschuß stieg um 20 Prozent, das Betriebsergebnis um 30 Prozent und der Jahresüberschuß trotz noch mal reichlicher Risikovorsorge um 15,4 Prozent auf knapp 60 Mill. DM. Auch der um fast 40 Prozent höhere EEV-Steueraufwand signalisiert die wesentliche Ertragssteigerung der Haspa im Berichtsjahr.

Die Sparkasse, so beteuert Mählmann, habe ihre Zinssätze sowohl im Aktiv- als auch im Passivgeschäft jeweils den Marktverhältnissen angepaßt und die Konditionen so gestaltet, daß die Marktanteile am Hamburger Platz sogar noch ausgeweitet worden seien. Bei Giro- und Spareinlagen dürfte die Haspa in Hamburg einen Anteil von jeweils mehr als 60 Prozent halten.

Hamburger Sparkasse	1982	±%
Kundeneinlagen		
(Mill. DM)	15 932	+ 7,3
Spareinlagen	9 404	+ 4,5
Bankengelder	1 857	+ 15,1
Kreditvolumen	12 764	+ 7,5
Bilanzsumme		
Beitr.-Rückerst.	19 237	+ 7,9
Geschäftsvolumen	19 608	+ 7,9
Eigenkapital	873	+ 7,4
Bilanzgewinn	40	+ 25,0
Zinsüberschuß	667	+ 20,0
Zinsspanne (%)	3,63	(3,24)

NAMEN

Eugen Bester ist nach 50jähriger Tätigkeit in der Kreditgenossenschaftlichen Organisation, davon mehr als 30 Jahre im Vorstand der Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG, Düsseldorf, in den Ruhestand getreten.

Hermann Arnhofer, Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) und Mitinhaber der Arnhofer und Engel, München, wurde 60 Jahre alt.

ERDÖL- UND ERDGASINDUSTRIE / Niedrigere Förderabgabe erforderlich

Erfolge bei Erdölförderung im Ausland

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Der starke Rückgang der internationalen Rohölpreise und gleich*zeitig steigende Kosten für Exploration* und Produktion erfordern eine „angemessene Senkung der Förderabgabensätze" für im Inland gewonnenes Erdöl und Erdgas. Wie der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG), Hannover, anläßlich der Vorlage des Jahresberichts 1982 schreibt, zwingen die Mehrbelastungen, die mit einer Verschlechterung der Ertragslage einhergehen, *anderenfalls zu einer Über*prüfung künftiger Planungen. Es sei nicht auszuschließen, daß bei der Aufsuchung und Erschließung neuer Lagerstätten Einschränkungen vorgenommen werden. Die Förderabgabe war Anfang 1982 von 22 Prozent auf 32 Prozent erhöht worden; Anfang 1983 folgte für Gas eine weitere differenzierte Anhebung auf bis zu 38 Prozent.

Nach Angaben des WEG erreichten 1982 die Investitionen und Aufschlußkosten der deutschen Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie *rund 2,2 Mrd. DM. Die Bohrleistun*gen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 27,7 Prozent auf knapp 335 km. Insgesamt wurden in der Bundesrepublik 118 Bohrungen vollendet, von denen 76 Erdöl oder Erdgas antrafen. Von den 42 abgeschlossenen Aufschlußbohrungen waren elf fündig. Die Erfolgsquote von 26 Prozent liege über dem Durchschnitt.

Die inländische Erdgasförderung verminderte sich 1982 um 13 Prozent auf 16,6 Mrd. m^3 und erreichte damit den niedrigsten Stand seit 1972. Einschließlich des bei der Erdölproduktion anfallenden Gases wurden insgesamt 16,8 (19,3) Mrd. c^3 Naturgas gefördert. Diese Menge entsprach 32 Prozent des inländischen Erdgasverbrauchs. Die Erdgasreserven beliefen sich Ende 1982 auf 271 (285) Mrd. m^3.

Einen Rückgang um 4,6 Prozent *auf 4,3 (4,5) Mill. t verzeichnete die* Erdölförderung in der Bundesrepublik. Durch die fortgesetzte Anwendung tertiärer Gewinnungsmethoden konnte das Minus infolge der natürlichen Erschöpfung der fördernden Lagerstätten gemildert werden. Die nachgewiesenen sicheren und wahrscheinlichen Erdölvorräte, so der WEG, nahmen nur um 3 Mill. t auf 59 Mill. t ab.

Besondere Erfolge erzielte die *deutsche* Erdöl- und Erdgasgewinnungsindustrie im Berichtsjahr bei ihrer Tätigkeit im Ausland. Die ausländische Erdölförderung wurde um 9,8 Prozent auf 6,7 Mill. t gesteigert. Hier schlug vor allem die Mehr-Produktion der Felder Thistle und Beatrice im britischen Teil der Nordsee zu Buche. Insgesamt beschäftigte die Branche im Berichtsjahr 11 614 Mitarbeiter, 7 Prozent mehr als 1981.

Amerikaner fertigen Dosen in Berlin

Wz. **Berlin**

In Berlin wird die nordamerikanische Ball Corp. gemeinsam mit der schwedischen Verpackungsfirma PLM AB eine Dosenfabrik errichten. Dies teilte die wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Berlin heute mit. Von Ende 1984 an sollen 500 bis 600 Millionen Dosen für Bier und Erfrischungsgetränke jährlich hergestellt werden. Die Investitionssumme wird voraussichtlich rund 53 Mill. Dollar betragen. In der Berliner Industrie werden dadurch etwa 250 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wie die Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft erläuterte, ist die Ball Corp. *mit Sitz in Muncie im* Bundesstaat Indiana ein Mischkonzern mit einem Jahresumsatz von rund 889 Mill. Dollar, der mit dem schwedischen Verpackungskonzern schon länger kooperiert. In den Vereinigten Staaten hat der amerikanische Konzern fünf Dosenfabriken.

NORDDEUTSCHE AFFINERIE / Ertragseinbruch

Dividende wird gesenkt

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Norddeutsche Affinerie AG, Hamburg, die zu den größten europäischen Kupferhütten gehört, senkt für das Berichtsjahr 1981/82 *(30. 9.) die Dividende. Auf das* Grundkapital von 105 Mill. DM, an dem zu jeweils mehr als 25 Prozent die Degussa und die Metallgesellschaft beteiligt sind, werden nur noch 11 (13) Prozent ausgeschüttet. Als Jahresüberschuß weist die Norddeutsche Affinerie mit 13,5 Mill. DM rund 14 Prozent weniger Gewinn aus.

In dem Hamburger Betrieb, so heißt es im Geschäftsbericht, sei es zu einem Ertragseinbruch gekommen. Bei sehr schwacher Nachfrage waren die Kapazitäten der Kupferelektrolyse und die Anlagen zur Verarbeitung von Vorstoffen unzureichend ausgelastet. Zudem ging der Umsatz mit Chemikalien, Metallpulver, Kupferformaten und Pflanzenschutzmitteln stark zurück. Auf Grund geringeren Absatzes verminderte sich der Umsatz um 16 Prozent auf 2,1 Mrd. DM.

Zusätzliche Belastungen, so *klagt das Unternehmen, habe es* durch unausgewogene und überzogene Umweltschutzauflagen der Hamburger Behörden gegeben. Sie beschränkten die Produktionsmöglichkeiten, verzögerten Entwicklungen und schwächten die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Ertragseinbußen aus dem laufenden Geschäft sind bei der Affinerie durch mehr als verdoppelte Beteiligungserträge (12,2 Mill. DM), einem hohen positiven Zinssaldo (9,7) und höhere sonstige Erträge (28,7 Mill. DM) zum Teil ausgeglichen worden. Die ersten Monate 1983 haben noch keine Besserung der Lage gebracht, heißt es. Eine nachhaltige Konjunkturbelebung sei nicht zu erkennen.

NORDHYPO BANK / Besseres Betriebsergebnis 1982 – Unveränderte Dividende

Das Neugeschäft hat deutlich angezogen

JAN BRECH, **Hamburg**

Ein lebhaftes Neugeschäft und eine deutliche Stabilisierung der Ertragslage kennzeichneten den Geschäftsverlauf der Norddeutschen Hypotheken- und Wechselbank AG, Hamburg, im Berichtsjahr 1982. Nach Angaben des Vorstandssprechers Ludolf von Krosigk verbesserte sich das Betriebsergebnis um 14 Prozent auf 12,5 Mill. DM. Da sich gleichzeitig die negativen Belastungen aus der außerordentlichen Rechnung um 14,5 Prozent verringerten, wuchs das Ergebnis vor Steuern um 24 Prozent.

Als Jahresüberschuß weist die Bank 3,4 (2,8) Mill. DM aus, aus dem 1 Mill. DM den Rücklagen zugeführt werden und der Rest in Form von unverändert 6 Prozent Dividende ausgeschüttet wird (HV am 19. Mai). Das inzwischen um 5 auf 45 Mill. DM erhöhte Grundkapital hält mit Mehrheit die Dresdner Bank AG.

Der Zinsüberschuß der Gesamtbank erhöhte sich um 6 Prozent, der im allgemeinen Bankgeschäft allein um 17 Prozent. In *diesem vor* 12 Jahren wieder aufgenommenen Bereich wirke sich positiv aus, so Krosigk, daß der Bestand an unrentierlichen Festzinskrediten aus den Jahren 1977/78 um weitere 100 Mill. DM abgeschmolzen werden oder auf Grund der veränderten Zinssituation in die Rentabilität hineingewachsen sei. Zudem habe die Bank die Passivseite verbreitert.

Das Neugeschäft der Nordhypo ist 1982 um 14 Prozent auf 448 Mill. DM gestiegen, wobei die Hypothekenzusagen um 45 Prozent auf 310 Mill. DM stiegen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres hat sich diese Entwicklung mit einem Zuwachs von 55 Prozent fortgesetzt. Bei hohen Tilgungen im Realkreditbereich und einem um 20 Prozent geringeren Kreditgeschäft weitete sich die Bilanzsumme der Nordhypo lediglich um 3,6 Prozent auf 4,05 Mrd. DM aus.

Weniger ausgeprägt als im Realkredit verspürt die Bank in diesem Jahr auch eine Trendwende im allgemeinen Bankgeschäft. Das Kreditvolumen ist im ersten Quartal um knapp 4 Prozent gestiegen.

BORCO-MOBISHOP / 15 000 Fahrzeuge ausgeliefert

Einzelhandel mobil gemacht

H. HILDEBRANDT, **Rotenburg**

Der Fahrzeugbauer Richard Höhns muß schon das richtige Gespür für zukünftige Marktentwick*lungen gehabt haben, als* er 1954 mit 15 Mitarbeitern im nordniedersächsischen Bothel mit der Produktion von Pkw-Anhängern begann. Als Transportmittel für Vieh und Turnierpferde ließen sie sich in der ländlichen Region bestens absetzen. Wenige Jahre später folgten Verkaufsanhänger und Messestände, Schausteller- und Konferenzmobile.

Heute beschäftigt das Unternehmen mehr als 150 Mitarbeiter, ist längst in die Kreisstadt Rotenburg umgesiedelt und firmiert unter dem Namen Borco-Höhns GmbH. Mit rund 15 000 Spezialfahrzeugen und Anhängern, die bisher ausgeliefert wurden, sieht man sich in der Bundesrepublik und in Österreich als Marktführer. Die konsequente Anwendung des Verkaufsslogan „... nach Wunsch und Maß" hat sich ausgezahlt.

Zu den jüngsten Produkten des *Unternehmens gehören* die rollenden „SB-Mobile", die Verkaufsfahrzeuge für die Lebensmittelversorgung durch den mobilen Einzelhandel. Um diesen noch wachsenden Markt besser betreuen zu können, gründete Eberhard Borsutzki, bisher geschäftsführender Gesellschafter bei Borco-Höhns, eine Schwestergesellschaft unter dem Namen Borco-Mobishop GmbH & Co. Service KG, die ebenfalls in Rotenburg ansässig ist. Sie übernahm nicht nur den Vertrieb der „SB-Mobile", sondern sieht eine Aufgabe auch in der betriebswirtschaftlichen Betreuung ihrer Kunden.

Gegenwärtig sind im Bundesgebiet bereits mehr als tausend dieser mobilen Einzelhändler aktiv, die ihren Kunden mit einem Vollsortiment den bequemen Einkauf vor der eigenen Haustür anbieten, und zwar nach genau festgelegten Verkaufstouren. Dazu kommen zahlreiche Anbieter mit Spezialsortimenten wie beispielsweise Fisch, Eier und Geflügel. Allein etwa 800 Bäcker verkaufen ihre Produkte zusätzlich zu ihrem stationären Laden auch noch über rollende Läden, und zwar zusammen mit dem Kaffee-Sortiment des Versenders Tchibo, der diese Fahrzeuge zur Verfügung stellt.

Hauptabsatzgebiete sind vor allem ländliche Räume, in denen durch das Absterben kleiner Lebensmittelgeschäfte ansonsten Versorgungsschwierigkeiten auftreten, aber auch Stadtrandgebiete. Insgesamt wird der Umsatz des mobilen Einzelhandels auf rund 5 Mrd. DM jährlich geschätzt, ein volkswirtschaftlich bereits bedeutender Faktor.

Aus diesem Grunde führte das bayrische Wirtschaftsministerium einen Modellversuch durch, um den Einsatz solcher rollenden Läden zu testen. Zur Förderung dieser Vertriebsform zahlte es vorübergehend einen Zuschuß von 20 Prozent der Anschaffungskosten für die Verkaufsfahrzeuge. Die Hilfestellung, die Borco-Mobishop bietet und die nicht auf Steuermittel zurückgreift, besteht aus einem günstigen Mietangebot, zuerst auf ein Jahr befristet, wobei die Mietzahlung bei späterem Kauf verrechnet wird. Ganz wesentlich ist jedoch das Beratungsangebot, es umfaßt Informationen über alle gesetzlichen Bestimmungen, die Ausarbeitung von Tourenplänen und geht bis zu Anleitungen bei der Sortimentgestaltung und -plazierung. In Rotenburg ist man davon überzeugt, daß diese „Software" nicht nur dazu beiträgt, mehr Kunden für das eigene Fahrzeugangebot zu finden, sondern auch weiteren Einzelhändlern mit Initiative neue Wege im Wettbewerb aufzeichnet.

Betriebsergebnis „stark verbessert"

VWD, **Luxemburg**

Bei der Lampebank International S. A., Luxemburg, hat sich die „gute Ertragslage" nach eigenen Angaben 1983 bisher fortgesetzt. Im Geschäftsjahr 1982 hat die Tochtergesellschaft des zum Oetker-Bereich *gehörenden Bankhauses Hermann* Lampe KG, Bielefeld/Düsseldorf, ihre Bilanzsumme um umgerechnet gut 19 Prozent auf 651 Mill. DM steigern können und den Ertrag wieder voll der Risikovorsorge zugeführt. Das Betriebsergebnis sei „stark verbessert" und der Zinsüberschuß um die Hälfte erhöht worden.

Bei dem Institut gewinnt den Angaben zufolge das Kundengeschäft *mit* Devisen, Wertpapieren und Gold an Bedeutung. Kredite an Nichtbanken hatten mit 396 Mill. DM einen Anteil von 61 Prozent an der Bilanzsumme. Bankengelder waren weiterhin bei der Luxemburger Lampebank wichtigste Refinanzierungsquelle. Inzwischen hat die Bank ihr Grundkapital auf 500 (350) Mill. lfr aufgestockt, wobei die neuen Aktien von der Muttergesellschaft voll eingezahlt wurden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Otto-Hans Adam; Nachl. d. Therese Siegner, Aystetten; **Duisburg:** Blitz-Blank Glas- u. Gebäudereinigungsges. mbH; **Essen:** Karl-Heinz Weinberg; Nachl. d. Gerd Hermann Rohmann; **Herford:** Fritz Ruthe; **Köln:** Peter Hochscherf Modellbauwerkstätten GmbH; **Mönchengladbach:** H. Viethen KG, Erkelenz; **Nürnberg:** PVE Product GmbH Produktion u. Vertrieb von Elektronik; **Osterode am Harz:** Helmut Otte GmbH u. Co. KG, Hoch- u. Tiefbauunternehmen; **Pirmasens:** Dima-Schuhhandelsges. mbH. & Co. KG; **Recklinghausen:** Nachl. d. Witwe Sabine Finger geb. Schönknecht, Datteln; **Reutlingen:** Geiu Lutz Treppen- u. Steinbau GmbH; **Saarbrücken:** Schuh-Feith GmbH; **Sigmaringen:** m m f Meßkircher Möbelfarbik GmbH & Co. KG, Meßkirch;

Anschluß-Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: O. Titel & Wolde GmbH & Co. KG; **Landshut:** Hans Karrer, Holzgroßhandel – Import-Export, Simbach/Inn; **Stuttgart:** Optura-Brillenfabrik Dr. Gustav Gammert GmbH & Co. KG, Leonberg.

Vergleich eröffnet: Ibbenbüren: dostro Kunststoffwerk GmbH, Lienen.

Vergleich beantragt: Ingolstadt: Euradental Elektrotechnische, zahntechnische und zahnmedizinische Artikel GmbH; **Köln:** Datagon Ges. f. Datenverarbeitung mbH.





Rentenmarkt unsicher

Am Rentenmarkt lagen die Kurse einiger öffentlicher Emissionen wieder unter leichtem Druck. Eine einheitliche Linie vermochte sich indessen nicht durchzusetzen. Umsätze gab es bestenfalls im mittleren Laufzeitbereich. Für Langläufer ist das Interesse so gut wie erloschen. Als Voraussetzung für ein Fortschreiten der Zinssenkung wird eine entsprechende Bewegung in den USA genannt, auf die bislang jedoch vergeblich gewartet wird. DM-Auslandsanleihen gaben bis zu 0,20 Prozentpunkte nach, Pfandbriefe geschäftslos und nahezu unverändert.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

		13. 4.	12. 4.
7½ dgl. 72	87	101,25G	101,25G
8½ dgl. 73	85	104G	104
7 Essen 72	86	101G	101G
7½ Köln 71	85	100G	100G
6 München 63	85	100G	100G
6 dgl. 64	84	100,3G	100,3bG
6 Stuttgart 63	85	100,2G	100,2G
7½ dgl. 71	86	102,5	102,5
7¾ dgl. 72	87	102,75bG	102,75G

Bundesbahn

		13. 4.	12. 4.
5½ Bdbahn 58	10/83	100,15G	100,15G
8½ dgl. 75	5/85	100,25	100,3
10 dgl. 73 II	11/83	102,6	102,6
7½ dgl. 72	2/84	101,55	101,55
8 dgl. 72	9/84	102,75	102,75
8½ dgl. 76	9/84	103G	103
6 dgl. 78 III	11/84	100	100,05
6½ dgl. 79	2/85	100,85	100,85
8½ dgl. 73	2/85	104,2G	104,2
7 dgl. 77	2/87	100,55	100,55

Sonderinstitute

	13. 4.	12. 4.
5 DSLB Pf 36	88,5	88,5
6 dgl. Pf 37	86	86
7 dgl. Pf 63	94,5	94,5
8 dgl. Pf 118	99	99
6 dgl. KO 36	98,75	98,75
5½ dgl. KO 45	98	98
7 dgl. KO 58	105	105
6½ dgl. KO 67	98,75	98,75
8½ dgl. KO 94	109bG	109
8 dgl. KO 119	102	102

	13. 4.	12. 4.
7½ D. GiroKO 101	102,15G	102,15G
10 dgl. KO 125	104,25	104,35
9 dgl. KO 179	107,4G	107,1G
9¾ dgl. KO 180	109,7G	109,7G
9½ dgl. KO 181	110G	109,6G
9 dgl. IS/K	100,9	100,9
6 D.Hyp.Brem.Pf 118	83G	85G
7 dgl. Pf 125	99,7	99,7G
6½ dgl. KO 126	97,15G	97,15G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	86G	86G

	13. 4.	12. 4.
8¾ dgl. Pf 174	105,25	105,25
8½ dgl. Pf 175	103,85	103,85
9½ dgl. Pf 178	105,75	105,75
6 dgl. KO 39	86	86
7¾ dgl. KO 178	100	100
9 dgl. KO 180	104,75	104,75
6½ Mtl.Hyp. Pf. 100	98,5bG	98,5
7½ dgl. Pf 111	99	99
7 dgl. KO 25	96	96
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	97,5	97,5

Bankschuldverschreib.

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Schwächer notierten die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex im späten Geschäft. Während Kakao bis zur Berichtsstunde durchweg Verluste aufzuweisen hatte, konnte sich Kaffee auf breiter Front festigen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 4.	11. 4.
Mai	351,25	354,00
Juli	361,75	367,00
Sept.	372,50	377,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	12. 4.	11. 4.
St. Lawrence 1 CW	238,96	240,06
Amber Durum	238,66	238,65
Juli	319,00	320,75
Sept.	310,75	311,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 4.	11. 4.
Mai	108,40	108,50
Juli	104,70	105,10
Sept.	105,50	106,20
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	12. 4.	11. 4.
Mai	10,36	10,38
Juli	10,65	10,68
Sept.	10,59	10,80
Nov.	10,67	10,69
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,70	18,70
Sept.	19,37	19,37

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	12. 4.	11. 4.
Terminkontr. Mai	122,45	117,50
Juli	122,25	122,50
Sept.	121,05	122,45
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1630	1780
Juli	1680	1635
Umsatz	1532	1319
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1188–1189	1196–1197
Juli	1206–1207	1215–1216
Sept.	1220–1221	1229–1230
Umsatz	3088	5658
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Mai	121,35–121,45	119,85–119,90
Aug.	130,10–130,15	128,50–128,60
Okt.	137,25–137,30	135,75–135,90
Dez.	142,50–142,95	141,50–141,75
März	150,75–151,25	149,75–150,00
Mai	155,00–155,50	153,50–154,25
Umsatz	2784	2762

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Internationale Edelmetalle

Messingnotierungen

Die spekulative Luft entweicht

Bei den Aktien zweistellige Kursverluste in Spezialwerten

DW. – Das Ausbleiben nennenswerter Kaufaufträge aus dem Ausland führte am Aktienmarkt am Mittwoch zu deutlichen Schwächeerscheinungen. Das Angebot nahm zu. Es stammte zu einem wesentlichen Teil vom Börsenberufshandel, der seine Positionen beschleunigt abzubauen versuchte und dabei in Spezialwerten auch zweistellige Kurseinbußen in Kauf nahm. Wenn es bei den Standardaktien nur vergleichsweise geringe Verluste gab, lag dies an den niedrig limitierten Kaufaufträgen institutioneller Anleger. Sie sorgten dafür, daß es in der zweiten Börsenhälfte in Teilbereichen eine leichte Kurserholung gab. Das war insbesondere bei den Titeln der Großchemie der Fall.

Lebhafter Handel weiterhin in den Autoaktien, von denen BMW um 3 DM, Mercedes um 6 DM, Daimler um 2,50 DM und VW um 4,50 DM nachgaben. Bei den Großbanken gingen die Abschläge nicht über 4,50 DM hinaus. Unter stärkerem Druck lagen aber beide bayerischen Institute, von denen Bayern Hypo um 10 DM und Bayerische Vereinsbank um 12 DM sanken. Im Baubereich gaben Holzmann um 17 DM und bei den Versicherungswerten Allianz um 12 DM und Aachen-Münchner Beteiligung um 10 DM nach. Die Versorgungswerte konnten sich der Schwächetendenz nicht völlig entziehen.

Düsseldorf: Stahl Bochum verminderten sich um 10 DM auf 230 DM, Küppersbusch sanken um 5 DM auf 195 DM und VDN fielen um 6 DM auf 118 DM. Stinnes zogen um 15 DM auf 600 DM an, Rhenag verbesserten sich um 18 DM auf 398 DM und Gildemeister befestigten sich um 1,70 DM auf 69,20 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte gaben bis zu 5 DM nach. Auch die meisten Nebenwerte waren schwächer. So Mainzer Aktien Bier-Vorzüge 305 DM minus 7 DM, Hutschenreuther 245 DM minus 9,50 DM, Braun Vorzüge 370 DM minus 10 DM, Dykerhoff Vorzüge 162 DM minus 8 DM. Pfälzische Hypothekenbank konnten sich dagegen um 17 DM auf 632 DM befestigen, Bremer Vulkan stiegen bei Plusankündigung auf 38,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf und Phoenix verloren je 5 DM. Von Versorgungspapieren fielen HEW auf 133 DM minus 1 DM und NWK Vz. waren bei 178 DM knapp gehalten. Von Brauereien kamen Bavaria auf 219,50 DM plus 1,50 DM. Triton gingen zu 156 DM plus 1 DM und Bremer Wolle gaben auf 139 DM minus 1 DM nach.

München: Brau AG Nürnberg schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 220 DM ab. Gehe erhöhten sich um 4,50 DM auf 179,50 DM und Leonische Draht befestigten sich um 2 DM auf 297 DM. Dywidag verminderten sich um 4 DM auf 288 DM und Flachglas sanken um 5 DM auf 295 DM.

Berlin: Herlitz Vorzüge lagen um 10,50 DM und Rheinmetall um 9 DM fester. DUB-Schultheiss und Engelhardt erholten sich um je 3 DM, Berthold um 2,50 DM und Adca um 1 DM. Orenstein schwächten sich um 13 DM, DeTeWe um 9 DM und Dt. Hypobank Berlin um 5 DM ab.

Nachbörse: schwächer

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

13. 4. 83: BMW 296; Bavaria 211; Jute-Spinnerei 151 G; Philips Komm. 305; VEW 126; RWE St. 174,5; RWE Vz. 178; Herlitz St. 282,5; Herlitz Vz. 254.

Freiverkehr: Reag 400 B.

WELT-Aktienindex vom 13. 4.: 131,3 (133,2); WELT-Umsatzindex vom 13. 4.: 5084 (5067).

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

	13. 4.	12. 4.
Air Liquide	486	491
Alsthom Atlant.	174,7	178
Beghin-Say	257	252
BSN-Gerv.-Danone	1640	1680
Carrefour	1520	1525
Club Méditerranée	682	704
C. F. P	165	161,5
Elf-Aquitaine	144	145
Gal. Lafayette	151	152
Hachette	938	950
Imetal	51,8	51,4
Lafarge	254,8	255,5
Locafrance	246	252
Machines Bull	40,5	41
Michelin	819	814
Moët-Hennessy	1025	1010
Moulinex	82,10	81,9
L'Oréal	1475	1480

Mailand

London

Toronto

Hongkong

Brüssel

Singapur

Sydney

Wien

	13. 4.	12. 4.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	215	215
Gösser-Brauerei	48	243
Länderbank Vz.	212	171
Österr. Brau AG	225	221
Perlmooser	304	300
Reininghaus	275	275
Schwechater Br.	147	167
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	170	167
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	210	–
Index	55,89	–

Kopenhagen

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 4.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9 –9¼	4⅝–4⅞	4½–4⅞
3 Monate	9⅛–9⅜	4⅞–5⅛	4 –4½
6 Monate	9¼–9½	5 –5¼	4 –4½
12 Monate	9½–9¾	5¼–5½	4 –4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 4.: Tagesgeld 4,75–4,85 Prozent; Monatsgeld 5,0–5,1 Prozent; Dreimonatsgeld 5,15–5,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 4.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 13. 4.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 13. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 26,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurdem am 13. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1330,00	1615,90
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1190,67
5 US-Dollar (Liberty)	403,00	551,44
1 £ Sovereign alt	238,00	291,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	293,80
20 belgische Franken	192,00	239,56
10 Rubel Tscherwonez	251,00	311,28
2 südafrikanische Rand	236,00	289,28
Krüger Rand, neu	1053,00	1235,09
Maple Leaf	1051,00	1232,83
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	250,00	316,40
20 schweiz. Franken „Vreneli"	209,00	264,42
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	266,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	980,00	1169,55
20 österr. Kronen (Neuprägung)	198,00	244,08
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	132,21
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	450,00	548,05
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	142,28

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Die größte Kursbewegung verzeichnete am 13.4. nochmals das Englische Pfund, das einen Sprung von 3,713 auf 3,753 machte. Erstaunlich fest liegt weiterhin der US-Dollar, der mit 2,4255 amtlich notiert wurde und niedrigst bei 2,4215 lag. Der Rückgang der Fed Funds Rate auf 8¼ Prozent am Vortag und eigentlich ermutigende Äußerungen des Fed-Chefs Volcker zur Entwicklung der Zinssätze hinterließen keine Spuren im Kurs. Der Japanische Yen kletterte auf 1,0210, der Schweizer Franken notierte knapp behauptet mit 118,50. Von den übrigen Währungen hatte lediglich die Norwegische Krone mit einem Anstieg von 20 Pfennig auf 34,03 eine größere Bewegung zu verzeichnen. US-Dollar in: Amsterdam 2,7345; Brüssel 48,38; Paris 7,2780; Mailand 1445,55; Wien 17,0460; Zürich 2,0468; Pfund/Dollar 1,5473.

Devisenterminmarkt

Der Terminmarkt lag am 13. April recht ruhig, da die Abschwächung der Dollar-Zinssätze keine Fortsetzung fand.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,60/2,50	5,02/4,82
Pfund/Dollar	0,16/0,12	0,29/0,24	0,33/0,27
Pfund/DM	2,50/1,10	5,30/3,90	9,10/7,70
FF/DM	28/14	78/62	156/142

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/3 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,58) – 7,50 (5,90) – 8,25 (6,29). Ausgabe 1983/4 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,98) – 8,25 (6,37) – 8,25 (6,63).

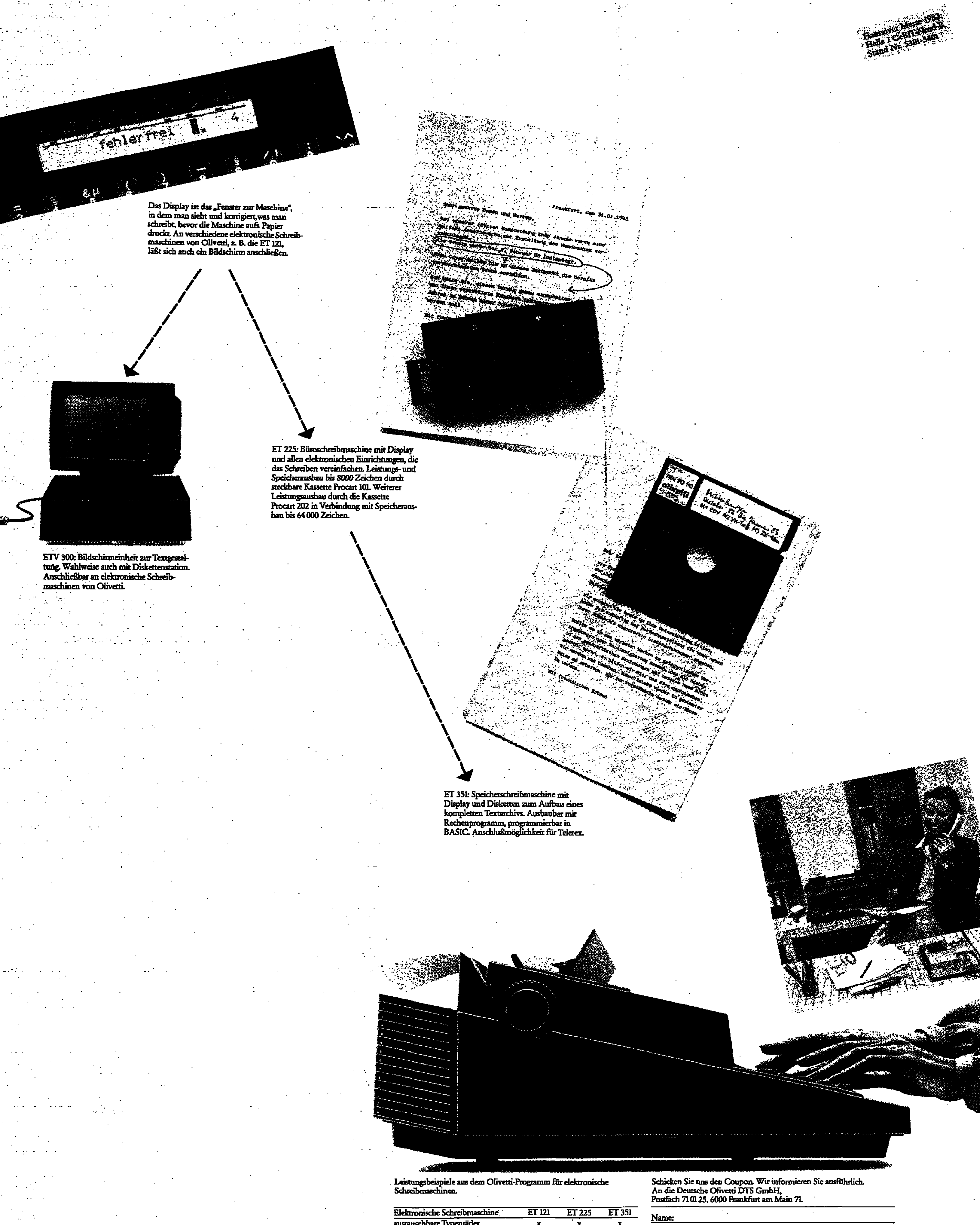
Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,88, 2 Jahre 5,53.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,75, Kurs 99,80, Rendite 8,80.

Devisen und Sorten

Optionshandel

Welche Schreibmaschine brauchen Sie?



Zubehör mit diesem Zeichen ■ gewährleistet die optimale Funktion Ihres Olivetti-Gerätes.

Leistungsbeispiele aus dem Olivetti-Programm für elektronische Schreibmaschinen.

Elektronische Schreibmaschine	ET 121	ET 225	ET 351
austauschbare Typenräder	x	x	x
Display	–	x	x
automatische Korrektureinrichtung	x	x	x
Konstantenspeicher	–	x	x
Speicher bis 8000 Zeichen	–	ausbaubar	–
Speicher bis 64 000 Zeichen	–	ausbaubar	–
unbegrenzten Speicher durch Minidisketten	ausbaubar	–	x
Bildschirm	ausbaubar	ausbaubar	–
Teletex	–	–	ausbaubar

Schicken Sie uns den Coupon. Wir informieren Sie ausführlich.
An die Deutsche Olivetti DTS GmbH,
Postfach 71 01 25, 6000 Frankfurt am Main 71.

Name:

Firma:

Straße:

PLZ/Ort:

ET-TV/34-Welt

olivetti

Europas größter Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Bei blauem Himmel wackeln an den Westhängen des Odenwalds die Wände

Verwaltungsgericht nahm Bundeswehr wegen Tiefflügen über der Bergstraße in die Pflicht

H.-H. KANNENBERG, **Darmstadt**

Bislang ohne Vorbild in der Bundesrepublik ist ein Prozeß, den ein Landkreis wegen der Lärmbelästigung durch tieffliegende Düsenjäger anstrengte. Seit dem 18. Februar verhandelt die 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Darmstadt eine Klage des Landkreises Darmstadt-Dieburg gegen die Bundeswehr. Nebenkläger ist ein fluglärmgestreßter Privatmann, der Geograph Professor Friedrich Sauerwein aus Lützelbach/Odenwald, Dozent an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg. Ziel des Verfahrens: Disziplinierung von NATO-Düsenjägerpiloten, die jahrelang „wie die Wildsäue" (1. Kreisbeigeordneter Fritz Roth) über die Landschaft der vorderen Bergstraße donnerten, durch gerichtlich festgeschriebene Flugauflagen.

Vor allem bei blauem Himmel jagen NATO-Düsenjets aus allen Gegenden Westeuropas im Tiefflug über die Westhänge des Odenwaldes. Lärmgeplagte Bürger so idyllischer Bergstraßen-Orte wie Jugenheim oder Seeheim haben Strichlisten geführt und kamen auf 40 Überflüge pro Tag. Viele Piloten, so klagten sie, hielten die vorgeschriebene Mindestflughöhe von 150 Metern nicht ein. Ein Lufthansa-Pilot aus Oberbeerbach/Odenwald, dem die Lärmschleppe eines Tieffliegers 1980 die Wohnzimmerfenster eindrückte, schätzte sachverständig: „Flughöhe 30 bis 50 Meter."

Der Lärmschock durch die in Sekundenbruchteilen auftauchenden und verschwindenden Maschinen führte schon dazu, daß Menschen in Ohnmacht fielen und Babys Schreikrämpfe bekamen. Das Kreiskrankenhaus Seeheim/Jugenheim protokollierte laut Klageschrift: „Bei vielen Ärzten, die auf das Abhören leiser Herztöne angewiesen sind und dadurch besonders empfindliche Ohren haben, kommt es zu schmerzhaften Sensationen der Gehörorgane. Dies ist besonders dann sehr beeinträchtigend, wenn es nicht möglich ist, die Ohren durch Finger zu verschließen – etwa bei Operationen." Die hessische Landesanstalt für Umwelt maß Spitzenwerte von 110 dB – Belästigungen an der Schmerzgrenze.

Unerträglich wurde die ständige Unterschreitung der Mindestflughöhe deshalb, weil die vordere Bergstraße wegen verschiedener Flugbeschränkungen im Rhein-Main-Neckar-Raum zu einem „Korridor" wurde, was die NATO-Übungsflüge dort wie in einem Flaschenhals auf engem Raum konzentriert.

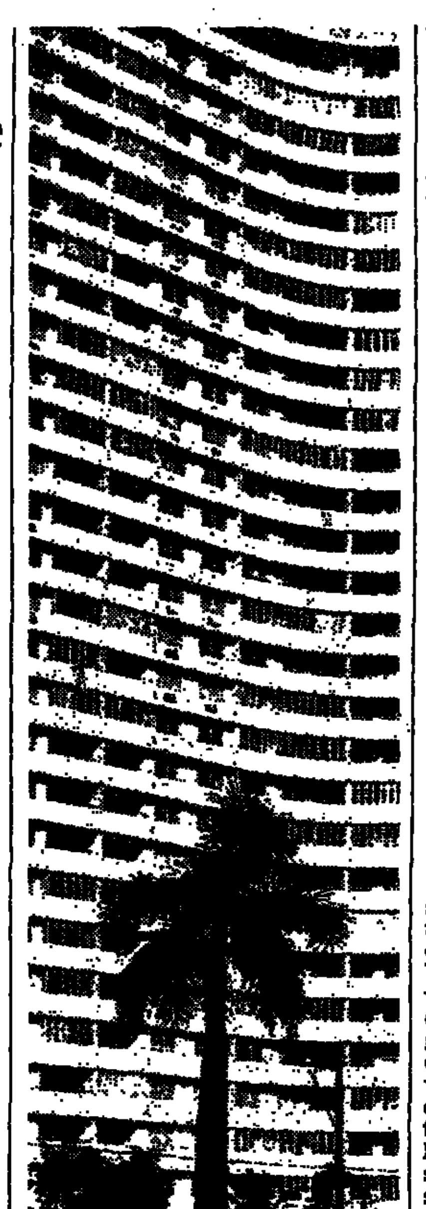
Der angestrengte Prozeß brachte schon Bewegung in die Geschichte, was jahrelange Eingaben der Betroffenen ans Bundesverteidigungsministerium nicht schafften. Seit die Klage schwebt, haben die Tiefflüge deutlich abgenommen. Die Kläger aber erwarten mehr: Sie wollen ein Urteil oder zumindest einen Vergleich, die Düsenjägerbesatzungen für immer in die disziplinarische Pflicht nimmt. Steffen Weiß, Leiter des Rechtsamtes beim Landkreis Darmstadt-Dieburg und Klägervertreter vor Gericht: „Wer garantiert uns, daß die Fluglärmlage erträglich bleibt, wenn wir einen Rückzieher machen?"

Die Bundeswehr hat bisher Beschwerden aus der Bevölkerung über ohrenbetäubende Schallmauerdurchbrüche oder Tiefflüge in aller Regel mit dem Hinweis auf „Erfüllung des Verteidigungsauftrages" abgeschmettert. Flüge in Schornsteinhöhe wurden begründet mit dem Hinweis, die Piloten müßten Erfahrungen sammeln, um im Ernstfall das gegnerische Radar unterfliegen zu können.

Als Prozeßvertreter nun trat ein Jurist vom Wehrbereichskommando in Wiesbaden auf, aber der war meist ratlos, als wider Erwarten Kammervorsitzender Alexander *Diehl*, selbst *Bergstraßen-Anwohner*, bohrende Fragen nach technischen und organisatorischen Möglichkeiten zur Disziplinierung übermütiger Piloten stellte. Er mußte, so Weiß, bei wichtigen flugtechnischen Detailfragen schlicht passen. Das hatte Folgen: Richter Diehl nahm die Bundeswehr in die Pflicht, bis 18. April schriftlich darzulegen, welche technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen würden, um die Piloten auf Einhaltung der Flugvorschriften zu kontrollieren.

Damit hat, zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik, ein Gericht nicht nur das heiße Eisen der Fluglärmbelästigung durch Düsenjäger angepackt, sondern darüber hinaus den Grundsatz der Beweislast umgekehrt: Nicht der Kläger muß beweisen, daß seine Klage berechtigt ist, sondern der Beklagte muß den Nachweis antreten, daß er es an Sorgfalt nicht hat fehlen lassen. Vermutet Weiß: „Nach dem üblichen Verfahren wären wir in Beweisnot geraten. Denn bei den Übungstiefflügen der NATO ist es vom Boden aus unmöglich, Flugzeugtypen, Nationalitätenkennzeichen oder gar Flugzeugnummern zu erkennen."

Die Erwartungen der Kläger ans Gericht richten sich nicht auf Unmögliches. Erster Kreisbeigeordneter Fritz Roth: „Daß Tiefflugübungen notwendig sind, wissen wir selbst. Doch die notwendigen Flüge ließen sich unter Bedingungen absolvieren, die mehr Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen."



Höhenunterschied
FOTO: R. HERZOG

Mediziner halten die Tuberkulose für besiegt

Internisten für Umstrukturierung der Reihenuntersuchung

J. AUMILLER, **Wiesbaden**

Das Bild der Infektionskrankheiten hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. So spielt die Tuberkulose – die Schwindsucht von einst – heute nur noch eine Rolle in sozialen Randgruppen *und bei Gastarbeitern*. Schwere Krankheitsformen treten immer seltener auf und können medikamentös wirkungsvoll bekämpft werden. An Tuberkulose stirbt man heute nicht mehr, sie kann innerhalb weniger Monate ausgeheilt werden. Professor F. Trendelenburg, von der Universität Homburg (Saar) rief den Kollegen auf dem 89. Deutschen Internistenkongreß jedoch *atypische Tuberkulose*-Formen in Erinnerung, die vor allem deshalb Sorgen bereiten, weil sie häufig erst nach zahlreichen diagnostischen Irrwegen erkannt werden.

Röntgenfilm ungeeignet für Vorsorgemedizin

Unter den Experten heftig umstritten sind die Röntgenreihenuntersuchungen. Mit dieser staatlichen Initiative sollte einst die Tuberkulose als Seuche bekämpft werden. Inzwischen ist die Trefferquote dieser Reihenuntersuchungen so gering geworden, daß sich die Frage aufdrängt, ob der Aufwand gerechtfertigt ist. Heute werden bei 10 000 Röntgenreihenuntersuchungen nur noch vier Tuberkulosefälle erkannt. Nach Professor Trendelenburg ist in den meisten Bundesländern diese unterste Trefferquote schon erreicht, in einigen sogar unterschritten.

Während er dafür plädierte, die Röntgenreihenuntersuchungen zu generellen Vorsorgeuntersuchungen umzustrukturieren, hält W. Lukas vom Landesverband zur Bekämpfung von Tuberkulose in Hessen diese staatliche Vorsorge-Initiative für überholt. Auch als Programm zur Früherkennung des Bronchialkarzinoms, so Lukas, sei die Röntgenreihenuntersuchung wenig geeignet. Die verwendeten Röntgenfilme seien zu klein, um zuverlässige Diagnosen zu stellen. Außerdem sei die Suche nach dem Lungenkrebs bei Personen unter 40 Jahren nicht lohnend, weil er erst in höherem Alter häufiger vorkomme.

Ergänzende Tests für Risikogruppen

Lukas plädierte dafür, risikobelastete Personen, etwa starke Raucher, mit ordentlichen „Thoraxaufnahmen" in regelmäßigen Abständen nach Anzeichen eines Lungenkrebses zu untersuchen.

Dagegen ist Professor Trendelenburg von der Idee angetan, die Röntgenreihenuntersuchungen umzustrukturieren, um mit ergänzenden Tests nicht nur in bestimmten Risikogruppen nach der Tuberkulose zu fahnden, sondern auch nach der chronischen Bronchitis. Bei dieser Gelegenheit könnten seiner Ansicht nach auch noch einfache Tests zur Fahndung nach der Zuckerkrankheit berücksichtigt werden. Die Entscheidung, ob die Röntgenreihenuntersuchungen weitergeführt oder eingestellt werden, wird demnächst in Expertengesprächen vorbereitet werden. Eine ehemals verheerend wütende Seuche ist zu einer seltenen Krankheit geworden, die keiner Großaktionen zur Erkennung mehr bedarf. Einer der wenigen großen Siege unserer Medizin.

Funkkontakt zum Mars vorerst abgebrochen

AP, New York

Amerikanische Raumfahrttechniker haben nach monatelangen Bemühungen den Versuch aufgegeben, wieder Kontakt zu dem Roboter Viking-1 herzustellen, der sich seit 1976 auf dem Planeten Mars befindet, seit November vergangenen Jahres aber verstummt ist. Der Roboter, der im August 1975 an Bord einer interplanetaren Sonde zum Mars gestartet wurde und im folgenden Jahr auf der Planetenoberfläche landete, war für eine Lebensdauer von mindestens 90 Tagen konstruiert. Noch im November vergangenen Jahres waren die zuständigen Stellen in den USA aber zuversichtlich, daß er vielleicht noch bis zum Jahr 1990 wissenschaftliche Daten über die Oberflächenbeschaffenheit und das Wetter des Roten Planeten zur Erde übermitteln werde. Daß im November der bis dahin wöchentlich übermittelte Datenstrom plötzlich abbrach, wurde auf eine Fehlausrichtung der Antenne von Viking-1 zurückgeführt. Dafür wiederum könnte ein irrtümlicher Funkbefehl von der Erde verantwortlich gewesen sein. Es gibt allerdings immer noch Hoffnung, doch noch Kontakt zu bekommen. Viking-1 verfügt über einen Bordcomputer, der so programmiert ist, daß der Sender am 5. Mai wieder zu arbeiten beginnt.

Vier Kölner funkten SOS

dpa, Singapur

Fünf Deutsche und eine Chinesin werden seit Sonntag auf der 17 Meter langen Yacht „Sidharta" im Südchinesischen Meer vermißt. Die Deutschen, vier Kölner Funkamateure, hatten, als sie die Spratley-Inseln anliefen, SOS gefunkt und gemeldet, sie würden von der Küste aus beschossen.

Millionen Knöpfe verbrannt

dl. Bad Bentheim

Im niedersächsischen Bad Bentheim bei Nordhorn ist durch ein Großfeuer eine Halle vernichtet worden, in der 80 Millionen Knöpfe gelagert waren. Das Feuer entstand durch eine nicht abgeschaltete Kaffeemaschine. Schaden: 3,2 Millionen Mark.

China läßt Franzosen frei

AP, Paris

Ein 49jähriger Franzose ist nach 28jähriger Gefangenschaft in einem chinesischen Arbeitslager freigelassen worden und nach Frankreich zurückgekehrt. Der Katholik Raymond Ratillon war 1955 verurteilt worden, weil er sich geweigert hatte, ein gegen den damaligen katholischen Bischof von Shanghai gerichtetes Dokument zu unterschreiben.

Blutbad in Sizilien

dpa, Palermo

Innerhalb von wenigen Stunden sind in Sizilien zehn Menschen – vermutlich durch Mafia-Killer – ums Leben gekommen. Die blutigsten Abrechnungen gab es gestern in Palermo, wo bei zwei Überfällen kurz nacheinander fünf bekannte Mafiosi getötet und vier verletzt wurden.

Churchills Nichte verschont

SAD, London

Die englische Schauspielerin Georgina Wilson hat es wahrscheinlich nur ihrem prominenten Onkel zu verdanken, daß ihre Entführung *in der Nacht zum Sonntag* glimpflich endete. Die 22jährige, eine Nichte des Unterhausabgeordneten Winston Churchill (42), sollte vermutlich zur Prostitution gezwungen werden. Sie wurde freigelassen, als einer der Kidnapper ihre Identität erfuhr.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination Zahlenlotto 6 aus 49/Ergebniswette der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„Jungpioniere, helft unserer Energiewirtschaft! Badet nicht täglich, sondern duscht euch ab!" Aus der Ostberliner „ABC-Zeitung" für Junge Pioniere.

Milliarden für den Fortschritt auf vier Rädern

Daimler-Benz-Ausstellung in der württembergischen Landesvertretung unterstreicht wachsende Bedeutung der Forschung

HEINZ HORRMANN, **Bonn**

Mit erheblichem Aufwand hat die deutsche Automobilindustrie seit 1971 an der Abgasverminderung gearbeitet. Vor zwei Jahren schließlich sagten die deutschen Hersteller dem Bundesinnenminister eine weitere deutliche Reduzierung der Abgasemission auf freiwilliger Basis fest zu. Das stellte der Entwicklungschef der Daimler-Benz AG, Professor Werner Breitschwerdt, zur Eröffnung der Ausstellung „Forschung, Entwicklung, Realisierung, Daimler-Benz-Beiträge zum Fortschritt" heraus. Bei dieser Präsentation in der baden-württembergischen Landesvertretung warnte Breitschwerdt aber auch davor, die in den Genfer Abgasvorschriften festgelegten Werte, die noch nicht einmal in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft bindend sind, in der Bundesrepublik zu schnell weiter zu verschärfen. Der Entwicklungschef schlug dafür vor, Dieselautos, die bereits heute mit bleifreiem Kraftstoff fahren, weiter zu fördern, vielleicht sogar steuerlich attraktiver zu machen. Bundesinnenminister Zimmermann hat Vertreter der Automobilindustrie zu einem ersten Gespräch über diesen Themenkomplex für den 27. April nach Bonn eingeladen.

Gerhard Prinz, Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender, machte deutlich, daß die Erfolge der Automobilindustrie auf den Gebieten Sicherheit, Verbrauch und Umweltschonung nur durch enorme Entwicklungsaufwendungen erreicht werden. Prinz rechnete vor: „In unserem Konzern betrugen 1982 die Investitionen 3,4 Milliarden Mark, darüber hinaus steckten wir 1,4 Milliarden in Forschung und Entwicklung. Etwa ein Drittel davon wurde für Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltwirkungen des Automobils aufgewendet. In unserem Forschungs- und Entwicklungsbereich beschäftigen wir allein 10 000 Mitarbeiter."

Zur weiteren Verbesserung der Fahrsicherheit und zur Verbrauchsreduzierung arbeitet Daimler-Benz an neuen elektronischen Systemen; so an Abstandswarnung und Abstandsregelung, an einer automatischen Getriebesteuerung, Dieselabgasrückführung, Vortriebsregelung, Zylinderabschaltung und einer automatischen Reifendruckregelung. Auch ein neues Fahrerinformationssystem steht vor der Fertigstellung.

LEUTE HEUTE

Dienst ist Dienst

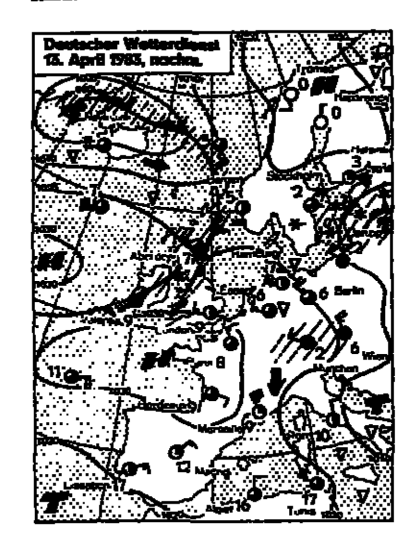
Überhaupt keine Lust, sich mit ihrer Rolle auch privat zu identifizieren, hat **Kim Basinger**, das James-Bond-Girl in dem neuesten 007-Streifen „Sage niemals nie" mit **Sean Connery**. Zu Hause entsagt die Blondine der Scheinwelt der Schönen, Reichen und Starken: „Es gibt nichts Schöneres, als im Jogging-Anzug rumzugammeln und klassische Musik zu hören." Auf die Frage nach ihrem Partner lächelt sie nur maliziös: „Seine Lippen sind mir zu groß ..."

Des Prinzen Traum

Einen wohl unerfüllbaren Wunsch ließ sich Prinz **Philippe von Belgien**, künftiger König der Flamen und Vallonen, entlocken. Der 23jährige, der sich gerade bei einem Lehrgang den Rang eines „Capitaine" bei den belgischen Fallschirmspringern verdiente, erzählte Reportern, daß er sehr gerne Testpilot werden würde. Daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen wird, weiß der ausgebildete Mirage-Pilot selbst: „Ich lerne das Geschäft eines Königs, das ist meine Pflicht."

WETTER: Leichter Regen

Wetterlage: Die Ausläufer eines Islandtiefs überqueren ganz Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag

Gesamtes Bundesgebiet: Im Südosten zunächst aufgelockerte Bewölkung, später wie im übrigen Bundesgebiet stark bewölkt und zeitweise leichter Regen, in Lagen oberhalb 600 m Schneeregen oder Schneefall. Höchsttemperaturen 5 bis 10 Grad, in Mittelgebirgslagen um 3 Grad, in der Nacht 6 bis 3 Grad, im Bergland in Gefrierpunktnähe. Schwacher bis mäßiger Wind aus westlichen Richtungen.

Weitere Aussichten

Vereinzelt Schauer und kühl.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	6°	Kairo	26°
Bonn	6°	Kopenh.	5°
Dresden	4°	Las Palmas	24°
Essen	6°	London	9°
Frankfurt	6°	Madrid	12°
Hamburg	7°	Mailand	14°
List/Sylt	7°	Mallorca	13°
München	2°	Moskau	0°
Stuttgart	2°	Nizza	12°
Algier	16°	Oslo	5°
Amsterdam	7°	Paris	8°
Athen	21°	Prag	3°
Barcelona	13°	Rom	10°
Brüssel	7°	Stockholm	2°
Budapest	9°	Tel Aviv	23°
Bukarest	20°	Tunis	17°
Helsinki	3°	Wien	6°
Istanbul	20°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am **Freitag:** 6.28 Uhr, Untergang: 20.17 Uhr, **Mondaufgang:** 7.45 Uhr, Untergang 22.59 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Quebec bläst zur Jagd auf ein Häkchen

A. v. KRUSENSTIERN, **Ottawa**

Der französische Sprach-Chauvinismus in der kanadischen Provinz Quebec treibt neue, bizarre Blüten. Die Behörden bliesen zu einer Jagd, bei der dem Apostroph des sächsischen Genitivs der Garaus gemacht werden soll. Streifen der „Sprachpolizei" sind tagein, tagaus auf Suche nach Apostrophen, um sie unverzüglich auszumerzen. Sichten sie über der Tür einer Kneipe die Aufschrift „Harry's Bar", muß daraus „Harrys Bar" werden. An der Fassade des renommierten Kaufhauses „Ogilvy's" in Montreal klafft neuerdings zwischen dem „y" und dem „s" eine Lücke. Der Apostroph wurde zur Strecke gebracht.

Grund der Kampagne: Die Regie*rung der Provinz Quebec hat* sich das Ziel gesetzt, den Gebrauch der englischen Sprache in der Öffentlichkeit zu unterdrücken. Mit dem Apostroph wird aber der englische Genitiv gebildet. Grundlage des Krieges gegen den Apostroph ist das berühmt-berüchtigte Gesetz Nr. 101., in dem die Unterdrückung der englischen Sprache verankert ist. Und die Bestimmungen des „Loi *101*" werden nun nach und nach in Kraft gesetzt.

Mickey Mouse eröffnet japanische Filiale

FRED de la TROBE, **Tokio**

In Walt Disneys neuester Phantasiewelt herrscht seit Tagen beängstigendes Gedränge. Mickey Mouse und Donald Duck, die sieben Zwerge, Pinocchio und Goofy schütteln Hände und treiben ihre Späßchen. Vor allen Attraktionen und Lustbarkeiten, vor den Haltestellen für Bus- und Bummelbahnrundfahrten stauen sich schon lange Schlangen: Generalprobe im ja*panischen Disneyland*. Der Eröffnung am morgigen Freitag steht nichts mehr im Wege.

Die neue Wunderlandschaft am Stadtrand von Tokio ist nach den beiden Vergnügungsparks in den USA das erste Disneyland außerhalb der Vereinigten Staaten. Mit 46 Hektar ist es auch das größte. Nach elfjährigen Bauarbeiten wuchs es förmlich aus dem Meer – aus einem *aufgeschütteten Gelän*de 15 Kilometer südöstlich vom Zentrum der japanischen Hauptstadt.

Vieles gleicht den amerikanischen Vorbildern aufs Haar. Vom Riesenparkplatz, in Buchstabenfelder und Nummern gegliedert, kommt der Besucher durch die an Frontier-Towns erinnernde Hauptstraße. Daran stoßen kreisförmig die vier *Themengebiete: Land des* Abenteuers und der Phantasie, der Wilde Westen und die Welt der Zukunft.

Die meisten Attraktionen sind direkt aus den USA übernommen – wie die karibische Piratenhöhle, Peter Pans Flugreise oder die abenteuerlichen Kanufahrten Davy Crocketts. Doch gibt es auch mit dem Streifzug durch 3000 Jahre japanischer Geschichte einige lokale Tupfer.

Neu ist auch ein Freilufttheater *mit 15 000 Plätzen, das vor allem* für Konzerte mit Pop-Musik gedacht ist. Die Hinweisschilder und die Tafeln mit den Erläuterungen sind japanisch und englisch gehalten. Die meisten Attraktionen schützt ein gläserner Baldachin vor Regen.

Der Aufbau der Gesamtanlage hat umgerechnet 1,5 Milliarden Mark verschlungen. Für die Kosten *kam* die japanische Firma Oriental Land Co. auf – ein Gemeinschaftsunternehmen der elektrischen Eisenbahn „Keisei" und der Immobilien-Entwicklungsgesellschaft „Mitsui".

Die amerikanische Walt Disney Production steuerte keinen Pfennig zu, half der Vorhaben aber mit ihrem Namen und stellte ihre Erfahrungen zur Verfügung. Dafür bekommt *sie* ein *großes* Stück aus dem Einnahme-Kuchen: zehn Prozent des Erlöses aus den Eintrittsgeldern und fünf Prozent des Umsatzes der Läden und Restaurants.

Die Oriental Land Co. rechnet mit jährlich rund zehn Millionen Besuchern – geringfügig weniger als während des vergangenen Jahres in Disneyland bei Los Angeles. 6700 japanische Angestellte, die seit Wochen unter Aufsicht von amerikanischen Experten für den Ernstfall üben, sollen diese Menschenmassen kanalisieren.

Wenn alles gutgeht, könnten sich die Investitionen schon in zwei bis drei Jahren ausgezahlt haben, hoffen Experten in Tokio. Die große Frage ist allerdings, ob die Zahl von zehn Millionen Besuchern nicht zu hoch angesetzt ist. Werbechef Kazumi Hirai gibt sich optimistisch: „Wir sind auf diese Ziffer durch sorgfältige Marktforschung gekommen." Immerhin leben im Umkreis von nur 50 Kilometern 35 Millionen Japaner.

Einen Strich durch die Rechnung könnten allerdings das Wetter oder große Verkehrsstaus machen. Eine Autobahnausfahrt direkt zur *Anlage* soll erst in einem halben Jahr und eine Zugstation erst 1987 fertig sein. Bisher ist die Anfahrt noch umständlich. Dennoch sind im Vorverkauf schon drei Millionen Karten abgesetzt worden. (SAD)

PORTUGAL

Der Regierungschef Pinto Balsemão vertritt sein Land auf der diesjährigen Hannover-Messe. Dies unterstreicht, welche Bedeutung das voraussichtlich 11. Mitglied der Europäischen Gemeinschaft der Zusammenarbeit mit dem Industrieland Deutschland beimißt. Auch umgekehrt ist das Interesse an dem „Partnerland" Portugal groß. Seit dort der demokratische Alltag eingekehrt ist, bietet es sich als Markt und Produktionsstandort an.

Gute Aussichten für ruhigeres Fahrwasser

Von ROLF GÖRTZ

Portugal lebt am und mit dem Atlantik. Sein an der See orientiertes Dasein, seine Entdekkungen, Eroberungen und seine Bereitschaft, sich mit den Bewohnern der fremden Länder zu verschmelzen, begründeten aber auch den industriellen Abstand der Portugiesen zum europäischen „Hinterland". Gewohnt, seine Initiativen in Übersee zu ge- und verbrauchen, blieb Portugal in seiner eigenen Entwicklung zurück.

Der immer enger werdende Raum des 150 bis 200 Kilometer breiten und 550 Kilometer langen Streifens zwischen Spanien und dem Atlantik zwang seit Jahrhunderten zur Emigration – vor allem ins lusitanische Brasilien und nach Afrika. Im Norden dieses Streifens wohnt ein typisch keltischer Menschenschlag – breitschädelige Bauern und Fischer, die ihren von Generation zu Generation geschmälerten Landbesitz so lange unter sich aufteilten, bis den Zweit- und Drittgeborenen nichts weiter blieb, als die handtuchschmale Scholle zu verlassen. Arme tiefgläubige Kleinbauern wehren sich zwischen Wäldern und Flüssen oft in kleinen Hütten gegen eine Bodenreform dringend notwendiger Zusammenlegung.

Um so freudiger greifen junge Leute dort zu, wo ihnen einheimische oder ausländische Unternehmer in modernen Fabriken neue Arbeitsplätze bieten. Diese zweite Industriegeneration bringt vor allem das mit, was gerade die Elektronikindustrie am meisten gebraucht: ruhige Nerven für eine sichere Hand.

Wie im Norden, so lebt auch im Zentrum des Landes ein strenggläubiger Bauernschlag. Hier allerdings auf größeren Höfen. Ihr Zentrum ist der Ort Rio Mayor, wo sie ein Mitspracherecht fordern, das keine Regierung mehr überhören sollte.

Die Landesmitte schließt mit dem Tejo-Fluß und der Hauptstadt Lissabon ab. Im Kontrast zu den meisten übrigen Zonen Portugals zeigt sich die Bevölkerung der Metropole urban, unruhig, eilig, der Moderne, aber auch den Extremen aufgeschlossen. Während die Arbeiter in den Industriezonen im Porto und im Zentrum immer noch auf das Stückchen Land ihrer Familie zurückgreifen – und deshalb politischen Streikparolen widerstehen können –, öffnet sich der Arbeiter im Industriegürtel von Lissabon leichter radikalen Parolen.

Auf den großen Werften am Tejo-Ufer, wo die Supertanker Europas auf ihrem Ballastweg zum Persergolf repariert und überholt werden, leistet man gleiche Arbeit wie etwa in Hamburg oder Rotterdam. Und stellt höhere Ansprüche als in anderen Landesteilen; oft genug ohne Rücksicht auf das volkswirtschaftliche Ganze.

Südlich des Tejo im Alentejo und in der heißen Algarve liegen jene Gebiete, welche portugiesische Feudalherren einst den Arabern entrissen. Auf ihren Gütern suchten kommunistische Agitatoren während der Revolution von 1974 das sowjetische Kolchosensystem zum ersten Mal auf ein westeuropäisches Land zu übertragen. Das teure Experiment scheiterte – an seinen Kosten und Folgen hat das Land heute noch zu beißen.

Erst Ende der sechziger Jahre entschloß sich Portugal, im Zuge des Weltwirtschaftsbooms nicht immer nur nach Übersee zu blicken, sondern im eigenen Land die industrielle Entwicklung Westeuropas nachzuholen. Dieses Bemühen fand eine jähe Unterbrechung durch die Revolution der Roten Nelken, auch wenn diese eng mit der „Besinnung auf Europa" verbunden war.

Man darf dabei niemals vergessen, daß die Abtretung der Kolonien in Afrika – Mozambique, Angola und Guinea – initiativ weniger ein Erfolg der Revolutionäre, gar der späteren kommunistischen Nutznießer, sondern zumindest im gleichen Maße der Einsicht bürgerlicher Kräfte zu verdanken ist. General Spionlas Buch „Portugal und die Zukunft", herausgegeben – und verboten – im Jahre 1973, ließ Portugiesen aller Schichten erkennen, daß ihre – immer auch europäisch empfundene – Aufgabe in Übersee nicht mehr der Zeit entspricht.

An den wirtschaftlichen Lasten und ihren Zinsen des weit nach links ausgeschlagenen Pendelschwunges jener Tage hat das Land heute noch zu tragen. Die zunehmende Staatsverschuldung, die 400 000 Arbeitslosen und eine Inflation von 23 Prozent sowie plötzlich notwendig gewordene Agrarimporte gehen nicht nur, aber auch auf diese unruhige jüngste Vergangenheit zurück.

Die im Zuge der Revolution zustande gekommene Verfassung unterband die nötige Liberalisierung einer auch vorher kaum marktorientierten Wirtschaft. Die hierfür notwendige politische Basis konnte sich nicht stabilisieren, da das bürgerliche Lager offenbar eine längere Anlaufzeit zur parteipolitischen Disziplinierung seiner Kräfte braucht.

Portugal steht heute wieder einmal vor vorgezogene Parlamentswahlen. Und so merkwürdig es klingen mag – die Aussichten auf eine stabile Regierung sind diesmal stärker als je zuvor: Alle Parteien erlebten inzwischen Triumph und Versagen. Sie sind bestimmt klüger aus dem Rathaus der Nation, dem São-Bento-Palast, herausgekommen, als sie hineingingen.

Eine vernünftige Planung der Wirtschaftspolitik erscheint jetzt eher möglich als bisher, weil sich die demokratischen Parteien, also Sozialisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten, zu einer Verfassungsreform durchrangen, die die bisher fehlende Plattform dafür stellen kann. Diese Überlegung mag auch der Grund sein, weshalb eine Gruppe maßgeblicher internationaler Banken sich bereit fand, einem heißumkämpften Kredit in Höhe von 300 bis 400 Millionen Dollar zuzustimmen, wenn auch nicht mehr zu den besonders günstigen Zinssätzen der ersten Jahre.

Der Sozialist Mario Soares hat berechtigte Chancen, mit seiner Partei als Gewinner aus den Wahlen am 25. April 1983 hervorzugehen. In seinem 100-Punkte-Programm erscheint die vom Staatspräsidenten immer wieder abgelehnte Zulassung privater Banken. Dies als ein Indiz für die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik, die allein über Portugals Zukunft entscheiden dürfte. Da Soares kaum mit absoluter Mehrheit im Parlament rechnen kann, muß er sich nach einem Koalitionspartner umsehen.

Die KP kommt dafür nicht in Frage; Soares bleibt fest bei seiner Ablehnung. Die beiden bürgerlichen Parteien – Sozialdemokraten und Christdemokraten – erklären sich bereit zur Koalition. Sollten die Christdemokraten unter Lucas Pires aber mehr als 20 Prozent erhalten, ist auch eine bürgerliche Konstellation wieder möglich.

Aber auch eine künftige Mitte-Links-Regierung bleibt als solche von jenen radikalen Forderungen befreit, mit denen sich im Nachbarland Spanien der sozialistische Regierungschef Gonzales in zunehmendem Maße konfrontiert sieht. Das portugiesische Volk hat alle Aussichten, endlich in das ersehnte ruhige Fahrwasser zu kommen.





Die Werft von Lisnave und ein Mädchen im traditionellen Gewand, Bilder eines geschichtsbewußten Landes, das Anschluß an die Moderne sucht.

Fotos: VISUM und CAMERA PRESS

Aus dem David wird ein Partner

Heute ist Portugal-Tag auf der Hannover-Messe. Die Wirtschaft des lusitanischen Mutterlandes präsentiert ihre Stärke und Möglichkeiten einem interessierten deutschen und internationalen Publikum.

Wie zwischen David und Goliath bezeichnete der portugiesische Handelsrat in Bonn, Minnemann, das Verhältnis zwischen Gastgeber Bundesrepublik Deutschland und „Partnerland" Portugal. Als Handelspartner sei das Land am Atlantik eine „Quantité négligeable".

Die Zahlen mögen auf den ersten Blick in dieser Richtung weisen. Im deutschen Außenhandel macht der Warenverkehr mit Portugal bescheidene 0,5 Prozent aus, während Deutschland traditionsgemäß der größte Lieferant Portugals mit einem Anteil von 11 bis 12 Prozent und der zweitgrößte Kunde hinter Großbritannien mit 12–13 Prozent ist.

Und immer noch gibt es in der Handelsbilanz ein Defizit zu Lasten Portugals. Aber Minnemann kann auch auf „beachtliche Fortschritte" der Portugiesen verweisen: „So betrugen die deutschen Importe aus Portugal im Jahre 1972 bescheidene 134 Mio. Mark und erreichten bei steigendem Wachstum knapp 1,5 Mrd. Mark im Jahre 1982. Sie haben sich also fast verfünffacht." Die deutschen Exporte erhöhten sich in diesem Zeitraum von 1 Mrd. auf 2,7 Mrd. Mark. Damit verbesserte sich der Dekkungskoeffizient immerhin von 30 Prozent im Jahre 1972 auf 54 Prozent im Jahre 1982.

Was diese Zahlen verschweigen ist einmal, daß die portugiesische Wirtschaft in dieser Zeit mit einer Revolution fertigwerden mußte, daß danach Streit über den einzuschlagenden Kurs bestand und dieser zwischen den Polen staatliche Planwirtschaft und freie Planwirtschaft hin und her pendelte. Und daß schließlich in der Produktions- und Exportpalette eine erstaunliche Diversifizierung erreicht wurde.

Die Erschütterungen der revolutionären und postrevolutionären Phase sind überwunden. Am Kurs einer westeuropäischen sozialen Marktwirtschaft wird sich nichts ändern, wer auch immer bei den bevorstehenden Wahlen aus Sieger hervorgehen wird. Heimische und ausländische Wirtschaft haben Vertrauen in das politische System gefaßt.

Die Abkehr von Monostrukturen kommt schon darin zum Ausdruck, daß unter portugiesischen Produkten noch heute Wein und Fischkonserven verstanden werden. Aber Weine machen ganze 2,6 Prozent und Fischkonserven 2,9 Prozent der portugiesischen Lieferungen in die Bundesrepublik aus. Auch ein drittes „typisches" Produkt, der Kork, macht nurmehr 6 statt wie vorher 13 Prozent der portugiesischen Ausfuhren aus bei einem gleichgebliebenen Wert von 80 Mio. Mark. Zuwachsraten verzeichneten dagegen Schuhe von 2 auf 5 und Textilien von 13 auf 22 Prozent.

Auch im Bereich von know-how-intensiven Erzeugnissen konnte Portugal zulegen. So konnten sich in den vergangenen Jahren elektrotechnische und optische Geräte einen Namen und Marktanteile erobern.

Dies war eine logische Entwicklung, da Portugal seine Rolle als Billiglohnland an Länder der dritten Welt abgeben wollte und als EG-Aspirant auch abgeben mußte. So bemühte sich Portugal mit Erfolg darum, als Standort für industrielle Veredelungsarbeiten bekannt zu werden. Auch die deutsche Wirtschaft erkannte, daß sich hier ein Land mit einer sich mehr und mehr qualifizierenden Arbeitnehmerschaft und beginnender industrieller Infrastruktur anbietet. So betrugen die portugiesischen Exporte in der Sparte Elektrotechnik in die Bundesrepublik 1982 immerhin schon 240 Mio. Mark, ein Erfolg, selbst wenn man ihn mit den Importen aus Deutschland in Höhe von 400 Mio. Mark vergleicht.

Der Trend zu einem leistungsfähigen Partner läßt sich nicht übersehen. Das Volumen ausländischer Investitionen in Portugal erhöhte sich von 1,8 Mrd. Escudos im Jahre 1978 auf 11,6 Mrd. im Jahre 1981. 1982 gab es einen Schub auf 23,2 Mrd. Escudos. Der Anteil der Bundesrepublik daran ist noch gering. Er betrug im Jahre 1981 9,1 und 1982 31,9 Prozent.

Aber mit dem 1982 ratifizierten Doppelbesteuerungsabkommen und dem Investitionsschutzabkommen zwischen Portugal und Deutschland dürfte der deutsche Anteil sich erhöhen. Das Partnerland Portugal ist bereit.

M. M.

Unsere Kapazität zeigen

Von J. A. LEITE DE ARAÚJO

Die Industriemesse Hannover hat Portugal die ehrenvolle Gelegenheit geboten, „Partnerland" zu sein, und dies erlaubt uns, vor Hunderttausenden Besuchern aus über hundert Ländern unsere Produkte zu zeigen.

Portugal wird neue Industrien in der Wachstumsphase vorstellen, die technische Neuerungen bringen und Einfluß auf die übrigen Industrien haben werden. Auch das Angebot aus nicht traditionellen Bereichen soll Portugals industrielle Kapazität zeigen und wird auf der Hannover-Messe in einem Umfang vorgestellt, der für die Entwicklungsländer von großem Interesse sein wird, da diese nicht immer in den hochindustrialisierten Ländern eine zufriedenstellende Antwort auf ihre Probleme finden können.

Unter den portugiesischen Firmen aus den Bereichen der Basisindustrien Energie, Transportmaterial, Werkzeuge, Bauwesen und öffentliche Bauten, elektronisches und elektrisches Material, Maschinen und Anlagen, Zulieferer und Baumaterialien wird der Besucher mit Sicherheit eine Antwort auf seine Fragen finden.

Wir hoffen, daß unsere Anwesenheit auf der Hannover-Messe ein maßgebliches Mittel sein wird, Kontakte unserer Vertreter der Industrie mit Wirtschaftsexperten aus aller Welt herzustellen, die uns die Möglichkeit geben werden, unter Beweis zu stellen, daß Portugal wirklich ein echtes Partnerland ist.

J. A. Leite de Araújo ist Präsident des Instituts für Außenhandel Portugals

LANDWIRTSCHAFT / Strukturprobleme

Bodenreform als Mentalitätsreform

Der bevorstehende Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft verlangt von beiden Seiten viel guten Willen und Aufgeschlossenheit, um die komplizierten Probleme der Landwirtschaft erfolgversprechend anzupacken. Der deutsche Landwirtschaftsexperte, Dieter Wienberg, Referent an den deutschen Botschaften in Madrid und Lissabon, der die iberischen Verhältnisse aus langjähriger Erfahrung gut kennt, stellt in einer jüngsten Untersuchung fest, daß die beschleunigte Industrialisierung seit den sechziger Jahren und die geringen Löhne auf dem Lande auch in Portugal eine starke Landflucht auslösten. Aber anders als im Europa der EG wurde diese Entwicklung nicht zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Struktur genutzt.

Etwa 30 Prozent der arbeitenden Bevölkerung lebt immer noch von einer überwiegend von Klein- und Kleinstbetrieben geprägten Landwirtschaft. Hatte man bis zur Revolution der Roten Nelken 1974 Fleisch, Mais, Öl, Früchte und Zucker zu Vorzugsbedingungen aus den afrikanischen Gebieten Portugals bezogen – und somit die einheimische Produktion vernachlässigt –, so wurden nach der Revolution die einzigen modernen Großbetriebe im Süden des Landes durch die Besetzung unsachlich geführter Landarbeiter in anarchische Zustände versetzt. 700 000 Rückkehrer aus den afrikanischen Kolonien vermehrten die überschüssige Arbeitskraft auf dem Lande. Die spätere Arbeitslosigkeit in den Städten verschlechterte die Situation zusätzlich.

Ganz anders das Bild im Norden des Landes. Dort lag die durchschnittliche Betriebsgröße bei 1,5 Hektar bis 4 Hektar – praktisch Subexistenzen. (Im Süden bei 30 Hektar bis 50 Hektar). Die Bereinigung der Flurzersplitterung befindet sich noch im allerersten Anfangsstadium.

Viele Möglichkeiten gibt es beim völlig ungenutzten Gemüseanbau, wobei Portugal seine Position auf seinem traditionellen Absatzmarkt von Tomatenmark (England) nach dem EG-Beitritt wieder einnehmen könnte. Erheblich steigerten die Portugiesen dagegen ihre Obstproduktion, deren Anbauflächen sie in den letzten zwölf Jahren verdoppelten; gemessen am EG-Maßstab aber noch zu gering, um im Export eine Rolle zu spielen. Klimatisch günstige Standortbedingungen bestehen vor allem für Äpfel, Birnen und Pfirsiche, während Citrusfrüchte des Klimas wegen nur im Südstreifen der Algarve angebaut werden können.

Gesteigert wurde in den letzten Jahrzehnten auch die Fleischproduktion – vor allem Geflügel- und Schweinefleisch –, allerdings auf der teuren Basis importierter Futtermittel.

Der zur Zeit historisch bedingte Rückstand der portugiesischen Landwirtschaft mit seinen in den letzten Jahren stark gestiegenen Agrarimporten, veranlaßt Wienberg zu folgenden Rückschlüssen: Statt größerer Aufwendungen für die Marktordnungen – Steckenpferd der Brüsseler Organisation – sollten hier mehr Mittel für die Strukturverbesserung bereitgestellt werden. Zur Zeit fließen von den Brüsseler Ausgaben für den Agrarsektor 96 Prozent in die Marktstützungen und nur vier Prozent in die Strukturpolitik.

Da das zentrale Problem der Landwirtschaft auf der Iberischen Halbinsel, vor allem aber in Portugal, in ihrer strukturellen Schwäche liegt, müßte hier das Schwergewicht der EG-Hilfe ansetzen. Wienberg schlägt die Erarbeitung von Sonderprogrammen vor.

ROLF GÖRTZ

Auf einen Blick

FLÄCHE
Portugal umfaßt einschließlich der im Atlantik gelegenen Inselgruppen Azoren (2344 qkm) und Madeira (797 qkm) 92 082 qkm.

EINWOHNER
Rund 10 Millionen.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Im Prinzip noch Agrarstaat, jedoch in den letzten 25 Jahren schrittweise Industriealisierung und wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors. Wichtig außerdem die exportorientierte Forstwirtschaft und die Küstenfischerei.

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft der Republik Portugal, Ubierstraße 78, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28 / 36 30 11. Generalkonsulate: Kurfürstendamm 92, 1000 Berlin 31, Tel.: 0 30 / 3 23 40 21; Graf-Adolf-Straße 16, 4000 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 8 06 33; Zeppelinallee 15, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 /70 20 66; Gänsemarkt 21–23, 2000 Hamburg, Tel.: 0 40 / 34 34 78; Hasetorwall 18, 4500 Osnabrück, Tel. 05 41 / 6 72 11, *Königstraße 20, 7000 Stuttgart 1*, Tel.: 07 11 / 22 50 13.
Portugiesisches Fremdenverkehrsamt, Kaiserstraße 66, 6000 Frankfurt, Tel.: 06 11 / 23 40 94–97.
Portugiesisches Handelsbüro, Friedrichstraße 20, 4000 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 37 06 99.
TAP, *Kaiserstraße 63, 6000 Frankfurt*, Tel.: 06 11 / 25 20 41.
TAP, Karlsplatz 3, 8000 München, Tel.: 0 89 / 59 80 86.

IN PORTUGAL
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Campo dos Martires da Patria 38, 1100 Lissabon, Tel.: 00 35 11 / 56 39 61-64. Generalkonsulat: Rua do Campo Alegre 276–4, Porto, Tel.: 00 35 12 / 6 51 32–33.
Honorarkonsulate in Faro, Funchal/Madeira und Ponta Delgada/Azoren.
Deutsch-Portugiesische Handelskammer, Avenida Elias Garcia 123, 1100 Lissabon, Tel.: 00 35 11 / 77 25 87.
Lufthansa, Avenida da Liberdade, 1100 Lissabon, Tel.: 00 35 11 / 57 38 52.

TIPS FÜR REISENDE

KLIMA
Überwiegend maritimes Klima; im Norden mildes atlantisches Klima mit hoher Luftfeuchtigkeit und Regen, besonders in den Monaten Oktober bis April, allmählich über*gehend zum Mittelmeerklima des* Südens mit heißen und trockenen Sommern.
Das Klima Lissabons ist gemäßigt. Die Sommerhitze (Mai bis September) wird durch kühle Winde aus dem Norden gemildert. Die Algarve im Süden hat *mediterranes* Klima. Im Januar/Februar betragen die Höchst- bzw. Tiefsttemperaturen 15,5 bzw. 8,5 Grad C, im Sommer 23,5 bis 24,5 bzw. 15 bis 18 Grad C. Beste Reisezeit Mai/Juni und September/Oktober. Auf den Azoren und Madeira das ganze Jahr über ein sehr mildes Klima mit häufigen Regenschauern.



Nach dem Verlust der afrikanischen Besitzungen war Portugal zunächst auf eine unbefriedigende Rolle als europäischer *Randstaat* zu*rückgeworfen* worden. Mit der bevorstehenden Aufnahme in die EG und einer verstärkt betriebenen Industrialisierung steht das Land am Atlantik auf dem Sprung, seine traditionelle Rolle wiederaufzunehmen, mit neuer *Definition*: als Sprecher und Mittler eines demokratischen Europa in der lusitanischen Welt Amerikas und Afrikas.

EINREISE
Gültiger Personalausweis, beim Grenzübertritt ist eine „Einreisekarte" auszufüllen.

ZOLL
Gegenstände des persönlichen Bedarfs können gemäß den internationalen Bestimmungen zollfrei eingeführt werden. Für die Benutzung von CB-Sprechgeräten ist vor der Einreise eine Genehmigung zu beantragen.

VERKEHR
Flugverkehr: tägliche Verbindung Frankfurt–Lissabon.
Eisenbahn: Eisenbahnnetz von 3550 km; Hauptverbindung ist die elektrifizierte Strecke von Lissabon nach Porto.
Straßen: allgemein guter Zustand der Straßen, Autobahnausbau Lissabon–Porto; gezielter Ausbau der Straßen in die Fremdenverkehrsgebiete.

GESCHÄFTSZEITEN
Banken: Montag bis Freitag 9 bis 11.30 Uhr, 14 bis 15.30 Uhr.
Läden: werktags 9 bis 13, 15 bis 19 Uhr, im Sommer samstags meist *nur* 9 bis 13 Uhr. Büros: Montag bis Freitag 9.30 bis 13 Uhr, 14.30 bis 18 Uhr.

ELEKTRISCHER STROM
220 Volt Wechselstrom, normale Stecker, vereinzelt auch 110 Volt.

SPRACHE
Portugiesisch; in Geschäftskreisen auch Englisch und Französisch.

ZEIT
WESTEUROPÄISCHE Zeit
(MEZ – 1 Stunde), von Anfang April bis Ende September Sommerzeit (= MEZ).

FEIERTAGE
1. Januar, Karfreitag, 25. April, 1. Mai, Fronleichnam, 10. Juni, 13. Juni (nur in Lissabon), 24. Juni (nur im Norden), 15. August, 5. Oktober, 1. November, 1., 8. und 25. Dezember.

ZELLULOSE

Fester Erfolg in Fasern

Die Wälder sind Portugals größtes landwirtschaftliches Kapital.

1982 stieg die Produktion von Holzfasern auf 725 000 Tonnen. Hiervon wurde der größte Teil exportiert, nur ein kleiner Teil wurde von der portugiesischen Papierindustrie – die, verglichen mit europäischen Maßstäben, sehr bescheiden ist – verarbeitet.

Im Zuge der erwarteten Produktion im laufenden Jahr ist eine Erhöhung der Nachfrage zu erhoffen, was wiederum einen Preisanstieg bedeuten würde.

Zur Zeit gibt es in Portugal vier Hersteller von Holzfasern, davon drei mit voll ausgelasteter Kapazität. Die bei weitem größte ist Portual. Es handelt sich um ein staatliches Unternehmen, das 1975 aus der Fusion von sämtlichen Holzschliffabriken mit ausschließlich portugiesischem Kapital entstanden ist.

Unter den Produzenten von Holzfasern steht Celbi – Celulose Industrial da Beira, eine Filiale der schwedischen Firma Billend, an zweiter Stelle, mit einer Produktion von 190 000 Tonnen im Jahre 1982.

Schließlich muß auch die Celulose de Caima mit einer Produktion von 76 000 Tonnen genannt werden.

Das vierte Unternehmen ist Soporal – Sociedade Portuguesa de Celulose, die sich zur Zeit im Bau befindet.

In einer Zeit niedriger Investitionen verdient dieses Unternehmen besonders hervorgehoben zu werden, da es sich bei diesem Projekt um die zu Zeit überhaupt größte industrielle Investition in Portugal handelt.

Die vorgesehene Investition beläuft sich auf 400 Millionen Dollar und die vorgesehene Produktion auf 260 000 Tonnen jährlich.

ROBERTO BERGER

INVESTITIONEN UND BANKEN

Eintritt in die EG bestimmt das Kalkül

Von ALEXANDRE VAS PINTO

Die Entscheidung darüber, im Ausland zu investieren, muß immer den Einsatz der dort vorhandenen Kapazitäten und die politische Stabilität ins Kalkül einbeziehen.

In Portugal gibt es hinsichtlich der sozialen und politischen Stabilität einen positiven Trend. Die Revolution ist schon Vergangenheit, und die Erwartungen gehen heute zweifelsfrei in Richtung auf eine demokratische Normalität und die eigene Konkurrenzfähigkeit bei einem Eintritt in die EG.

So ist das politische Risiko, in Portugal zu investieren, sehr gering. Hinzu kommt, daß unsere Vorschriften für fremde Anleger recht liberal sind. Beispielsweise wird im Falle eines Joint Venture eine Mehrheit des portugiesischen Partners – in fast allen Wirtschaftszweigen – nicht verlangt. Die Möglichkeit, die jährlichen Dividenden, Gewinne und Gebühreneinnahmen ins Ausland zu transferieren, besteht ohne Einschränkung.

Tatsächlich bietet eine Investition in Portugal erhebliche Vorteile: ein leichter Zugang zu einem großen Markt, geringe Lohnkosten (etwa ein Viertel von denen in Deutschland, ein Drittel von denen in Spanien oder Irland) und eine geographische Lage, die dem Land eine privilegierte Position zwischen Europa, Amerika und Afrika einräumt.

Wichtiger als das ist unserer Meinung nach die Anpassungsfähigkeit des portugiesischen Arbeiters, seine Fähigkeit, schnell neue Technologien und Produktionsmethoden zu erlernen. Das erlaubt ihm, hohe Produktionsraten zu erzielen, wenn er die entsprechende Unterstützung durch ein fähiges Management hat.

In welchen Sektoren soll nun investiert werden? Wir ermutigen Projekte, die sich günstig auf die Zahlungsbilanz auswirken, die Arbeitsplätze schaffen, die heimische Grundstoffe verarbeiten und schließlich solche, bei denen Technologien betroffen sind, an denen das Land ein Interesse hat.

Was nun die Industriesektoren angeht, glauben wir, daß der Investor bei folgenden hervorragende Bedingungen findet: Nahrungsmittelverarbeitung, Leichtmetall, Spielzeugmaschinen, Metalle, Auto-Ersatzteile, Elektronik, Präzisionswerkzeuge, Optik. Qualitätsbekleidung und Tourismus.

Do. Alexandre Vas Pinto ist Leiter des Instituts für ausländische Investitionen.

Von FERNANDO ALVES SERRA

Nimmt die Zahl ausländischer Investitionen zu, stellt sich auch die Frage nach der Zulassung neuer Auslandsbanken in Portugal.

Die Öffnung des Bankmarktes in Portugal für ausländische Banken wird als Tatsache betrachtet, die sich in der Zukunft günstig auswirken wird und von der wir uns eine Zunahme vor allem der Privatinitiative erhoffen. Diese Perspektive rührt aus der letzten Verfassungsänderung im Jahre 1981/82 her. Sie stützt sich ferner darauf, daß mit dem wahrscheinlichen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft die dort gültigen Spielregeln akzeptiert werden müssen. Und resultiert schließlich aus den Erklärungen der verschiedenen Parteien über die Politik, die sie in einer zukünftigen Regierung verfolgen werden.

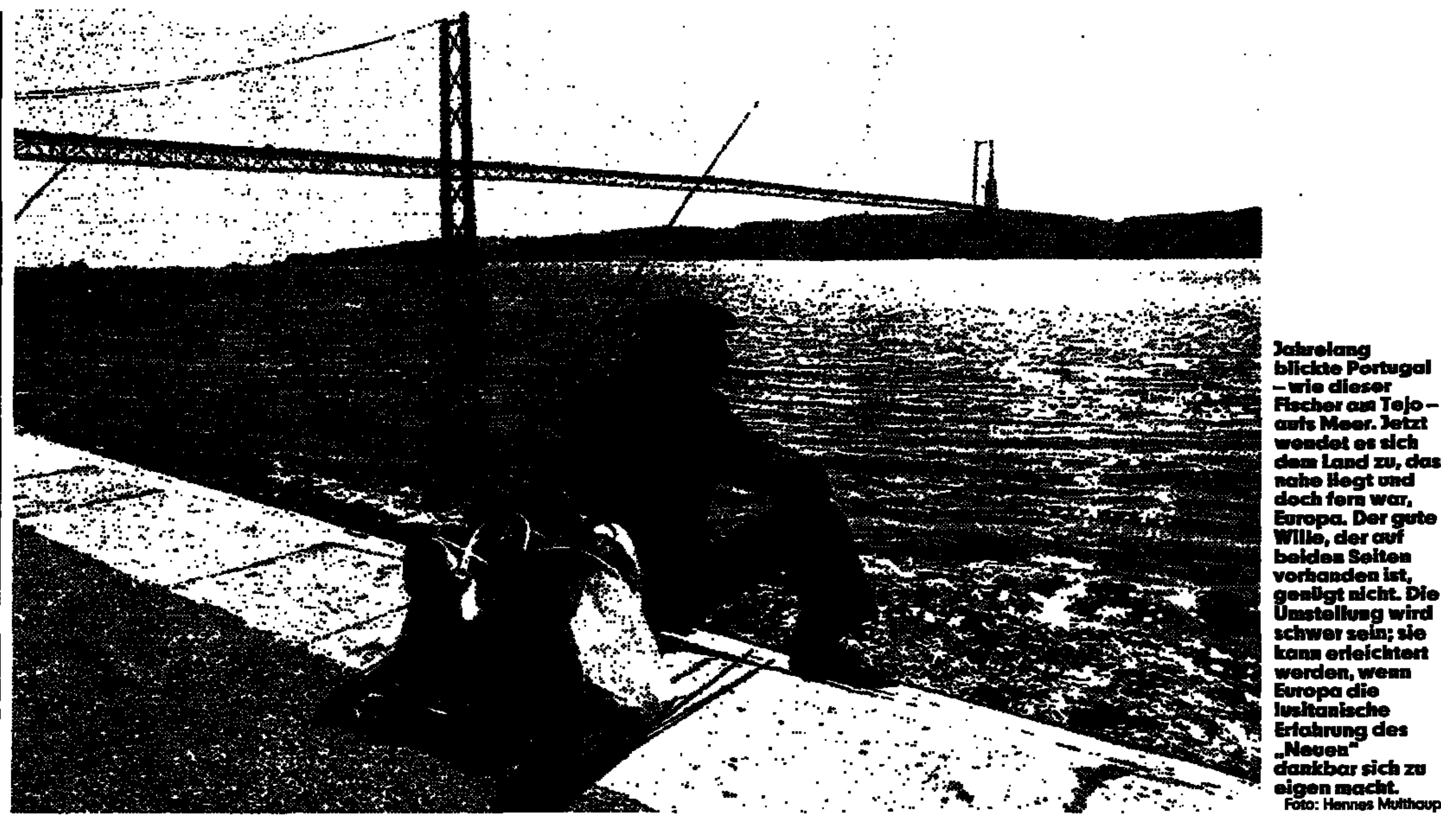
Auf seiten der bereits im Land tätigen Banken wird man sich die Frage stellen, ob neue Banken nicht zu einer größeren eigenen Dynamik bei den eigenen Aktivitäten oder bei den angewandten Methoden führen.

Auf seiten der Banken, die ein Interesse haben, sich in Portugal niederzulassen, wird man sich mit der Hypothese befassen, hier ein interessantes und gewinnbringendes Bankzentrum zu schaffen, und zugleich eine direkterere Form eigener Operation zu gewinnen als wie bisher durch Korrespondenz-Banken oder Repräsentanzen.

Natürlich ist für neue Auslandsbanken von Gewicht, welches das Marktpotential für eine künftige Beteiligung ist.

Das Land lebt heute und wird in den nächsten Jahren mit einer Kontrolle der Kreditaufnahme leben. Diese wird zentral von der Bank von Portugal fixiert, die den Rahmen für die monatlich zugelassene Kreditaufnahme festlegt. Denn die Geldemission ist für die Zahlungsbilanz und für die Inflation von Bedeutung.

Fernando Alves Serra ist Direktor der Internationalen Abteilung der Banco Nacional Ultramarino.



Jahrelang blickte Portugal – wie dieser Fischer am Tejo – aufs Meer. Jetzt wendet es sich dem Land zu, das nahe liegt und doch fern war, Europa. Der gute Wille, der auf beiden Seiten vorhanden ist, genügt nicht. Die Umstellung wird schwer sein; sie kann erleichtert werden, wenn Europa die lusitanische Erfahrung des „Neuen" dankbar sich zu eigen macht.
Foto: Hennes Multhaup

1984 oder 1985, die Zeit eilt für Europa

„Die Zeit drängt." Lord Douro, Befürworter der Süderweiterung der EG aus Großbritannien und Mitglied der Fraktion der European Democrats, legte dem Europäischen Parlament einen Bericht des Politischen Ausschusses vor, den dieser einstimmig angenommen hatte. Sein Tenor: Will man den Termin Januar 1984 für den Beitritt Spaniens und Portugals in die Europäische Gemeinschft einhalten, müssen die Verhandlungen alsbald abgeschlossen werden. Douro: „Die Zeit erscheint um so knapper, wenn man bedenkt, daß in wichtigen Fragen zwischen den Verhandlungspartnern noch keine endgültigen Verabredungen getroffen werden konnten."

Einigkeit besteht in den institutionellen Aspekten der Süderweiterung. Portugal erhält 24 Abgeordnete, einen EG-Kommissar und fünf Stimmen im Rat.

Ungelöst sind dagegen noch viele Fragen etwa aus dem landwirtschaftlichen Bereich. Der Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments hat in einem Bericht auf die noch offenen Fragen hingewiesen. Der französische Sozialist Sutra erstattete Bericht: „Der Übergang von einer Zehner- zur Zwölfergemeinschaft führt zu einer Erhöhung der Bevölkerungs- und damit der Verbrauchsziffer um nur 17 Prozent. Dagegen nimmt die Zahl der Bauern um 41 Prozent zu, und die landwirtschaftlich genutzte Fläche erhöht sich um 31 Prozent."

Probleme gibt es in zwei Richtungen, einmal für die EG der Zehn und dann für die Neubewerber. Und da gibt es Unterschiede zwischen Spanien und Portugal. Eine Gefährdung der Landwirtschaft im Mittelmeer durch Portugals Landwirte ist nicht zu befürchten. Sutra: „Die Hauptschwierigkeiten sind dabei nicht im Beitritt Portugals zu sehen, dessen Produktionspotential ziemlich beschränkt und dessen Produktionsstrukturen reichlich veraltet sind, und welches deshalb konkreter Unterstützungsmaßnahmen von seiten der Gemeinschaft bedarf."

Neben der finanziellen Belastung der Brüsseler Kasse bedeutet dies für die Industrieländer der Gemeinschaft ein weites Feld für Investitionen und den Transfer von Know-how. Für Lissabon bedeutet aber die Integration in den gemeinsamen europäischen Agrarmarkt neben einer zu erwartenden Produktionssteigerung, vor allem bei Wein und Oliven, höhere Preise. Denn zur Zeit decken sich die Portugiesen vor allem bei Brot- und Futtergetreide auf dem billigeren Weltmarkt ein.

Hier, und zusätzlich etwa bei Rindfleisch, bietet Portugal als EG-Mitglied einen absatzstarken Markt für seine Partner.

Generell werden besondere Maßnahmen für den Mittelmeerraum der EG durch die Süderweiterung unumgänglich werden. Denn die Landwirtschaft dieser Region ist ohnehin leicht verwundbar wegen ihrer saisonabhängigen und leichtverderblichen Produkte, der Lagerschwierigkeiten und der unzureichenden Erzeugerorganisation. Sutra: „Die Strukturprobleme der Mittelmeerregionen der Gemeinschaft müssen mit Hilfe von integrierten Entwicklungsprogrammen in Angriff genommen werden."

Hinzu kommt, daß die Süderweiterung auch eine Zunahme der Länder bedeuten würde, denen besondere Exportvergünstigungen in die EG eingeräumt werden müssen. Der Politische Ausschuß fordert, daß die spanisch- bzw. portugiesischsprachigen Länder Mittelamerikas, der Karibik und Afrikas das Lomé-Abkommen mitunterzeichnen können.

Das heißt, daß mit der Süderweiterung im argrarischen Bereich doch erhebliche Probleme auf die Gemeinschaft zukommen werden.

Für übertrieben hält man in Lissabon die Befürchtung, es könne bei der Süderweiterung der EG „zu einer gewissen Überschwemmung des Arbeitsmarktes" kommen, wie es auch der Politische Ausschuß des Europäischen Parlamentes formulierte. Gerade der Nachholbedarf Portugals im industriellen Bereich verhindere einen Exodus Richtung Zentraleuropa.

Solche Probleme werden auch durch die überragende Bedeutung, die der Beitritt seines Landes für Europa und die westliche Welt hat, sehr stark relativiert.

FREITAS GOMES

INDUSTRIE

Vier Fragen sind bald zu lösen

Von RICARDO BAYAO HORTA

Die Industrie ist nach wie vor der Motor der portugiesischen Wirtschaft und bestimmt auf lange Sicht die zukünftigen Entwicklungen. Aber in einem entscheidenden Moment der Weltwirtschaft muß sich die portugiesische Industrie nicht nur im Kontext internationaler Strömungen bewähren, sie muß sich auch wegen des bevorstehenden EG-Beitritts wandlungs- und adaptionsfähig erweisen. Dieser Beitritt wird für die nächsten Jahre die markanteste Richtschnur für unsere Wirtschaft sein.

Tatsächlich muß sich die portugiesische Industrie in den nächsten Jahren schnell und effizient auf die neuen Bedingungen beim Zugang zu den Rohstoffen, bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Energie, beim technologischen Fortschritt und bei den Umweltproblemen einstellen.

Zugleich muß sie sich auf eine harmonische Integration in die Europäische Gemeinschaft vorbereiten, muß die neuen Gemeinschaftsregeln annehmen, muß lernen, wie man daraus Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gewinnt. Keiner in Portugal, von den Arbeitnehmern bis zu den Unternehmern über die staatlichen Autoritäten, kann annehmen, daß sich die Anbindung unseres Landes an die EG ohne eine Verstärkung unseres Entwicklungspotentials vollziehen könnte.

In diesem Kontext glaube ich, daß es vier Fragen mit Schlüsselcharakter gibt: Erstens muß die portugiesische Industrie ihren Innovationsprozeß intensivieren; und das in allen Bereichen – Herstellung, Produkte, Organisation, Management, Marketing. Diese Innovation muß immer mit einer Qualitätserhöhung einhergehen. Zweitens muß die Investition beim technologischen Potential und in technologische Alternativen verstärkt werden. Die dritte Frage betrifft die industrielle Diversifikation. Die portugiesische Industrie darf nicht mehr nur von wenigen Sektoren abhängen. Und viertens müssen wir die Aggressivität in unserem Export erhöhen. Das ist ein entscheidendes Moment für die Vitalität unserer Industrie und unserer Wirtschaft insgesamt.

Prof. Ing. Ricardo Bayao Horta ist Minister für Industrie, Energie und Export Portugals.

ELEKTROENERGIE / Schlüsselsektor für Portugals Entwicklung

Harmonisch auch durch die Dürre

Von MANUEL MARTINS

Die Tatsache, daß der Energiesektor eine essentielle Bedeutung *für die Entwicklung der portugiesischen* Wirtschaft hat, ist keine Behauptung, die spezifisch für Industrieländer oder industrielle Schwellenländer zutrifft. Trotzdem muß man feststellen, daß das Produktionssystem im Laufe der letzten Jahrzehnte auf die Anforderung, selbst in Jahren großer Dürre, wirksam reagiert hat, obwohl allein die hydroelektrische Komponente 50 Prozent der Gesamtproduktion des hydrologischen Sektors in Portugal ausmacht.

Es wird daher versucht, die Bedeutung des Elektrosektors für die gesamte Ökonomie des Landes unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten zu bewerten: Auf der einen Seite die Fähigkeit auf eine entsprechende Nachfrage, die durch das ökonomische Wachstum beeinflußt wird, *adäquat reagieren zu können.* Auf der anderen Seite muß man die Wirkungen erkennen, die von den umfangreichen Investitionen dieses Sektors auf die nationale Industrie herrühren.

Der Elektrizitätsverbrauch repräsentiert im Moment ca. 14 Prozent des Energieverbrauchs in Portugal und stieg auf die jährliche Durchschnittsrate von 7,9 Prozent seit Beginn der 70er Jahre.

Mit den Störungen auf dem internationalen Ölmarkt, die insbesondere von den drastischen Preisänderungen herrührten und Zweifel erzeugten über die Kontinuität in der Versorgungssicherheit, nahm die ganze Welt an einem Prozeß der ökonomischen Umstrukturierung teil.

Es stellte sich ein genereller Gleichklang in den angestrebten Schritten zur Energieeinsparung heraus, und in der Tat sind und bleiben, insbesondere bei den Industriestaaten, die Resultate bedeutsam, sowohl wenn man den gesamten Energieverbrauch betrachtet, als auch im besonderen den Elektrizitätsverbrauch.

In der Zeit nach 1973 ist die Wachstumsverlangsamung akzentuiert, und trotz der starken Abschwächung der ökonomischen Aktivitäten bestehen keine Zweifel darüber, daß dies die Sparbestrebungen widerspiegelt. Dies wird auch durch die Verringerung der Anpassungsfähigkeit des Energieverbrauchs bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt deutlich.

Die Frage, die diese Tatsachen in *Lisaabon aufwerfen, haben* mit den immer noch hohen Verbrauchsraten in Portugal zu tun, wenn man Portugal mit anderen Industrienationen in Europa vergleicht.

Welche Gründe könnten dieses differenzierte Verhalten erklären? *An erster Stelle muß man erwähnen,* daß schon vor 1973 in Portugal die Wachstumsraten höher waren als in den Ländern der EG, und es wäre unrealistisch zu hoffen, daß die Anstrengungen zur Rationalisierung in unserem Land intensiver sind.

Auf der anderen Seite, wenn es stimmt, daß sich eine hervorstechende Trägheit bei der Verwirklichung von Maßnahmen zur Umstellung des ökonomischen Systems und der Umstrukturierung des Energiesektors herausstellt, wäre diese Trägheit ein spezielles portugiesisches Problem, sowohl aufgrund der Spezifik der industriellen Struktur, als auch aufgrund der Einbeziehung der Institutionen in die soziopolitische Dynamik, die im April 1974 initiiert wurde.

Investitionen im elektrischen Sektor in der Zeit von 1983–1988*
Preise und Kurse von 1982 (10⁶ USD)

	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Wasserkraftwerke	107	124	133	137	132	108
Wärmekraftwerke	194	186	183	168	170	159
Stromnetz	47	48	41	38	41	40
Verteilungsnetz	135	146	154	166	172	179
Andere Investitionen	21	20	19	16	13	12
TOTAL	504	524	530	525	528	498

*) Zwischenkredite ausgenommen.

Trotzdem ist man in Portugal der Meinung, daß die fundamentalen Gründe für das kräftige Ansteigen des Verbrauchs darin zu suchen sind, daß sich Portugal in einem Stadium der Entwicklung seiner Ökonomie befindet.

Eine genaue Analyse zeigt in der Tat, daß der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie und der Pro-Kopf-Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Portugal ca. ein Viertel der Durchschnittswerte in der Europäischen Gemeinschaft beträgt und ein wenig mehr als die Hälfte in Spanien und Griechenland.

Die Geschichte der Ökonomie in Ländern, die schon die Entwicklungsphase überwunden haben, in der sich aber noch aktuell unser Land befindet, zeigt, daß in dieser Phase der Energieverbrauch allgemein in einem sehr großen Ausmaß wächst. Es ist aber wichtig hervorzuheben, daß in dieser Situation des *Rückstands in Bezug auf die* Wirtschaftslage in den europäischen Ländern Portugal seine Wachstumsziele nicht aufgeben kann, die ambitiöser sind als die derzeitigen der europäischen Vergleichsländer, auch dann nicht, wenn sich die aktuelle Asymmetrie noch verstärken sollte.

Um diesem Ziel zu folgen, ist es offensichtlich, daß man über eine lange Zeitspanne hinweg in unserem Land eine wachsende Quantität an Energie brauchen wird, was natürlicherweise uns den Zwang auferlegt hat, die Dimension und Struktur des Energiesektors auf lange Sicht hin zu reflektieren.

Auf eine größere Effizienz abzielend, wurde im Jahre 1976 mit einer profunden Reorganisation des Sektors begonnen, deren relevantester Aspekt die Zusammenfassung des öffentlichen Transportbetriebs und des Elektrizitätsvertriebs war.

Diese Hauptbetriebe wurden in einem einzigen öffentlichen Betrieb, der „Elektrizität Portugals" zusammengeschlossen. Er macht zur Zeit mehr als 95 Prozent der Produktion aus. Der Restanteil wird gedeckt durch Selbstversorger und Gemeinden, die ihren eigenen Bezirk versorgen.

Von 1976 bis 1982 betrug die durchschnittliche Steigerung der Leistungen des Produktionssystems 6,4 Prozent, und sie entwickelte sich auch weiterhin harmonisch, sowohl auf das Stromnetz als auch auf das Verteilungsnetz bezogen, dessen Installationen bezüglich der Länge der Hoch- und Mittelspannungsleitungen von 36 auf 55 Prozent stiegen oder ca. 5,2 bzw. 7,5 Prozent durchschnittliches Jahreswachstum aufweisen.

Mit der Gründung der „Elektrizität Portugals" wählte man mit großer Priorität das Ziel der Ausdehnung des Elektrizitätsvertriebs an Bevölkerungsschichten, die bis dahin noch keine Leistungen bezogen hatten.

Die Zahlen der „EP" zeigen indessen, daß die industriellen Aktivitäten nahezu 70 Prozent des Gesamtverbrauchs ausmachen, nicht zuletzt, weil die Sicherung der Kontinuität der Versorgung eine permanente Bemühung darstellte und immer noch darstellt.

Bei einem jährlichen Durchschnittswachstum von 7,3 Prozent seit 1973 wird das aktuelle Verbrauchsniveau durch die existierende Kapazität von 4603 MW abgedeckt.

Da die hydroelektrische Komponente mehr als 50 Prozent der Kapazität beträgt, ist das System gegenüber den oft großen Änderungen im hydrologischen Bereich sehr empfindlich. Es muß daher der Umfang der technischen Einrichtungen unter Berücksichtigung der strengsten Sicherheitskriterien geplant werden. Auf jeden Fall funktioniert das Verbindungssystem mit Europa über Hochspannungsleitungen als Sicherheitsverstärkung und ist als solches geeignet, auch während langer und starker Dürreperioden, wie die in den Jahren 1980–1982, als Ersatz einzuspringen.

Zwischen 1977–1981 betrug das Durchschnittswachstum der jährlichen Investitionen 25,3 Prozent zu flexiblen Preisen und Devisenkursen, das entspricht ungefähr 19,6 Prozent an konstanten Escudos.

Auf kurze Sicht wird das Kapazitätswachstum dem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum, gemäß dem nationalen Energieplan, entsprechen.

Man nimmt daher bis 1990 ein jährliches Durchschnittswachstum des Elektrizitätsverbrauchs von 5,7 Prozent an.

Unter diesen Umständen werden wichtige Investitionen für die Zeit von 1983–1988 geplant (siehe Tabelle).

Diesem Programm entspricht eine Leistungssteigerung des Produktionssystems von 2315 MW bis 1988, d. h. mehr als 50 Prozent der Kapazität, die Ende 1982 bestand.

Wie leicht zu erkennen ist, handelt es sich hier um große Investitionsbemühungen, die sicherlich beträchtliche Geldmittel für diesen Sektor sicherstellen werden. Der Elektrizitätssektor ist überwiegend intensives Kapital, und in Portugal hat er eine wichtige Rolle bei der Bruttoaufstellung von festem Kapital: ca. 12 Prozent in 1981.

Deswegen übt er eine stark dynamische Wirkung auf die aufsteigenden nationalen Industrien aus, sei es durch das Lieferungsvolumen, sei es durch die damit verbundenen auf mittlerer Sicht geplanten Steigerungen.

SINES / Das für die Zukunft geplante Industriegebiet

Auf Diversifizierung gesetzt

Von JOSÉ MANUEL SERRÃO

Die Tatsache, daß Portugal ein Gründungsmitglied der EFTA – European Free Trade Association – ist und und 1982 mit der Europäischen Gemeinschaft ein Assoziationsabkommen abgeschlossen hat, zeigt, daß es ein europäisches Land ist, dessen Wirtschaft schon einen bedeutenden Grad an europäischer Integration aufweist.

Dieser Aspekt ist um so wichtiger, als Portugal gleichzeitig intensive wirtschaftliche Beziehungen zu den neuen afrikanischen Ländern aus dem portugiesischen Sprachraum unterhält und sogar ausgebaut hat. Portugal war trotz der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in der Lage, einige für die Förderung seines ökonomischen Potentials wichtige unternehmerische Projekte (sei es in dem Agrar-, Industrie- oder Infrastruktursektor) fortzusetzen oder neu aufzubauen.

Für all diese Anstrengungen hat Portugal mit großer vielseitiger Unterstützung rechnen können, hauptsächlich von seiten der Europäischen Gemeinschaft und der Weltbank. Auch im bilateralen Sektor haben einige Länder, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland umfangreiche technische und finanzielle Unterstützung geleistet.

Unter den in den 70er Jahren initiierten Unternehmungen ist der Plano Geral da Area de Sines (Generalplan des Sines-Gebietes) hervorzuheben. Es handelt sich um ein ehrgeiziges Programm für die Entwicklung der Alentejo-Küste, 150 km südlich von Lissabon, wo ein Hafen- und Industriezentrum gegründet wurde.

Breites Programm

In dieser rückständigen und wenig besiedelten Gegend, in der sich viele Bodenschätze finden, wie z. B. Pyrit, hat der portugiesische Staat ein breites Investitionsprogramm ins Leben gerufen. Für dieses Programm ist eine spezielle Organisation – Gabinete da Area de Sines – verantwortlich mit der Aufgabe, für die nötige Infrastruktur dieser Industriegegend zu sorgen.

Der GAS (Gabinete da Area de Sines) hat in den Jahren 1973–1982 einen Hafen gebaut, der nach Bruttoregistertonnen bereits der größte Portugals ist, ferner eine neue Stadt, die bis 1974 noch nicht existerte und heute ca. 10 000 Einwohner hat. Weiterhin wurden eingerichtet: ein Wasserversorgungs- und Kanalisationsnetz, Straßen und Eisenbahnschienen, eine Verwertungsanlage für Industrieabfälle sowie Vorrichtungen zur Kontrolle der Luftverschmutzung, und zwar unter Berücksichtigung der modernsten Richtlinien und Technologien.

Das Sines-Gebiet, in dem bereits über 20 Industrieunternehmen in Betrieb sind, hat inzwischen ein Entwicklungsniveau erreicht, das es im Rahmen des vom Plano Geral verfolgten Konzepts für die Niederlassung neuer Projekte wettbewerbsmäßig attraktiv macht.

Die Veränderung der internationalen Wirtschaftslage hat eine Überprüfung des 1972er Konzepts des Plano Geral da Area de Sines notwendig gemacht. Dieser Plan war ursprünglich vor allem auf die Schwerindustrie ausgerichtet, d. h. die Ölraffinerie, Petrochemie sowie die Eisen- und Stahlindustrie. Trotz der positiven Bilanz der ersten 10 Jahre mußte der Plan wegen der tiefen und drastischen Veränderung in der Weltwirtschaft sowie der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Portugals in Konzept und Strategie überprüft werden.

Unter diesen Umständen waren einige Projekte nicht mehr zu verwirklichen. Der Wachstumsrhythmus dieser Gegend wurde durch den Bruch in der portugiesischen Wirtschaftsentwicklung maßgeblich beeinträchtigt.

Die Infrastruktur, für die der Staat verantwortlich zeichnet, ist dagegen im wesentlichen fertig. Die Ansiedlung neuer Projekte hängt nunmehr primär von der Privatwirtschaft und von ausländischen Investitionen ab. Diese haben die entscheidende Rolle bei der neuen Strategie, die der GAS (Gabinete das Area de Sines) durchzuführen und weiterzufördern hat.

Es wäre ein Fehler, die Zukunft der Entwicklung des Sines-Gebietes auf eine Konzentration von Grundstoffindustrien zu stützen. Aus diesem Grund wird zur Zeit eine Alternative verfolgt, die realistischer ist und der gegenwärtigen schwierigen Weltwirtschaftslage besser entspricht, nämlich die der Industriediversifizierung.

In diesem Zusammenhang ist die Niederlassung technologisch moderner Exportunternehmen in Sines unbestreitbar vorteilhaft: Das Gebiet ist nur etwas über eine Stunde Autofahrt von Lissabon entfernt und hat im Hinblick auf den Zugang zu den internationalen Märkten in Europa, Afrika und Amerika eine äußerst günstige Lage.

Da viele Länder den Zugang zum Markt der Europäischen Gemeinschaft suchen, seien es die traditionellen Industrieländer wie die Vereinigten Staaten oder Japan, oder die neuen Industrieländer wie Brasilien, Mexiko und Singapur, ist es notwendig, daß die Länder der Europäischen Gemeinschaft auf der Suche nach weiteren Absatzmärkten eine offensive Exportpolitik entwickeln, einen verfehlten Protektionismus meiden und die eigenen Wettbewerbsvorteile nutzen.

Europäische Unternehmer, die in Sines neue Produktionsstätten von internationalem Niveau gründen, können ihre Erzeugnisse mit höherer Produktivität und geringeren Kosten herstellen, sie in Europa selbst absetzen und neue Märkte erreichen. Sie würden die Standort- und sonstigen natürlichen Vorteile, die qualifizierte Arbeitskraft und Erfahrung der Portugiesen nutzen und damit dem Beispiel von vielen deutschen, französischen, schwedischen, englischen und anderen Unternehmen folgen, die mit großem Erfolg und guten Ergebnissen in Portugal operieren.

Herausforderung

Das Sines-Gebiet ist heute eine Gegend, die die Aufmerksamkeit derjenigen europäischen Unternehmen verdienen muß, die neue Projekte gründen und von dem Beitritt Portugals zur Europäischen Gemeinschaft und dem erhofften Wiederaufschwung der Weltwirtschaft profitieren möchten.

Da Portugal der gegenwärtigen Herausforderung von Weltwirtschaftskrise begegnen muß und unter Berücksichtigung externer Bedingungen seinen Entwicklungsprozeß beibehalten und wenn möglich noch beschleunigen will, ist der Erfolg des Sines-Plans eng mit dem Erfolg der Modernisierung der portugiesischen Wirtschaft gekoppelt und muß daher so konzipiert werden, daß er zu eben dieser Modernisierung beiträgt. Dies wird am ehesten und am besten erreicht, wenn die neuen Investitionen dem technischen Fortschritt entsprechen und wirtschaftlich realisierbar sind, Kriterien, die bei der Auswahl der geplanten Initiativen entscheidend sein müssen.

Da den ausländischen Direktinvestitionen bei der Entwicklung Portugals eine wesentliche Bedeutung zukommt, ist es eine der grundlegenden und vorrangigen Aufgaben des GAS (Gabinete da Area de Sines), die Aufmerksamkeit internationaler Wirtschaftskreise auf ein Projekt wie das des Sines-Gebietes zu lenken.

AZOREN / Auf der Suche nach dem Hoch

Cosido à Portuguesa aus den Vulkanen

Mario, der Beauftragte des Reiseunternehmens, hatte uns nach der Landung in Ponta Delgada auf den Azoren gleich erspäht, und bald saßen wir ein einem Taxi zwecks Transfer ins 45 km entfernte Tal von Furnas, auch das Tal der Höhlen genannt.

Schon nach kurzer Fahrt fanden wir bestätigt, daß São Miguel nicht ohne Grund die „Grüne Insel" heißt. Die warme Abendluft tat gut, selbst als Zugluft aus den offenen Wagenfenstern. Riesige Hortensienhecken säumten die Küstenstraße, da und dort ein verträumtes Dorf, und immer den Atlantik neben uns.

São Miguel ist die größte der neun Azoreninseln und mit 747 qkm und fast 200 000 Einwohnern die volkreichste und bekannteste des Archipels. Dieses paradiesische Eiland birgt alle Erscheinungsformen der übrigen Inseln in sich, wo die restlichen 130 000 Azoreaner wohnen.

Kein Wunder, daß sie deshalb für den portugiesischen Entdecker Cabral 1427 der Ausgangspunkt der späteren Eroberung wurde. Im Überschwang seiner Freude und angesichts der über dem Gebirge kreisenden Habichte nannte er die Inselgruppe „Açores" – Habichtsinseln. Müßig der Streit, ob es nicht doch Bussarde, Falken oder Milane gewesen seien.

Bald fragten wir Mario, ob unsere Informationen stimmen: 174 Regentage im Jahr, feuchtwarmes Klima, oft stürmische Winde, meist trübes, nebliges Wetter. „Ach nein", beschwichtigte Mario, „ist es nicht schön trocken und warm heute abend? – Gewiß regnet es manchmal nachts, aber ab 9 Uhr scheint die Sonne. Zu 90 Prozent ist es so!" Schon in der ersten Nacht erhielten wir einen Vorgeschmack künftiger nasser Überraschungen.

Und noch etwa vier-, fünfmal in zwei Wochen bekamen wir nachts die Wolkenbrüche mit, wo der Regen, wie mit Eimern geschüttet, unter lautem Getöse auf die Blechabdeckung des Balkons prasselte, daß man schlaflos nur noch hoffte, das Wasser möge nicht gerade ins Zimmer fließen!

Keineswegs war um 9 Uhr morgens der nasse Segen vorüber. Es verregneten wohl 10 bis 12 Tage. Und wer auf die Azoren reist, der sollte vor allem Regenzeug einpakken. Er sollte aber auch nicht an einem Ort bleiben, schon gar nicht im Tal von Furnas. Er sollte die Insel im wahrsten Wortsinn „erfahren". Dann erlebt er über 300 Meter Höhe winterliche Kühle, an der Küste herbstliche Stürme, hinter den hohen, windabweisenden Hecken milden Frühling und auf den „Lombas", den Bergrücken, warmen, sonnigen Sommer. Und dies alles im Verlauf eines Tages!

Hatten wir nicht mit den Azoren auch gleich das Azorenhoch verbunden und zuversichtlich geprahlt: „Was kann uns denn schon passieren? – Da kriegen wir das schöne Wetter aus erster Hand!" – Wie sagt dann die Tischnachbarin im Hotel so treffend: „Gewiß, hier baut sich ständig durch den Aufbau der subtropischen Warmluft ein Hochdruckgebiet auf. Dann regnet es über den Azoren allen Schmutz ab und sorgt auf dem Festland für schönes Wetter."

Doch man sollte nicht undankbar sein. Die Einwohner sind es auch nicht, obwohl sie bei ihrer einfachen Lebensweise, der großen Weltabgeschiedenheit, der aufkriechenden Verschimmelung ihrer Häuser, den geringen Einkünften, der sehr bescheidenen Lebensqualität Anlaß genug zu Klagen hätte.

Nein, diese Menschenmischung aus ehemaligen Piraten und Strafgefangenen, eingewanderten Flamen und Bretonen, Gestrauchelten und Gestrandeten hat sich in diesem Schmelztiegel zu einem freundlichen, hilfsbereiten und lebensfrohen Menschenschlag entwickelt, der das Beste aus seinem bescheidenen Dasein macht.

Wen sonst auf der Welt hätte die Natur so erfreulich entschädigt, denn diese üppige Flora der Azoren gibt es nirgendwo sonst. Was sich hier an Blütenpracht in steter Abfolge das ganze Jahr hindurch aufschließt, muß die Menschen fröhlich machen. Da sieht man denn auch die Azoreaner oft im stillen Staunen immer noch die wunderschöne Landschaft genießen. Und dabei vergessen sie ihre eigene Situation.

Ihre farbenfroh angemalten Häuschen mit den Heiligenbildern aus bunten Porzellankacheln neben der Haustür, ihre große Kinderliebe, ihre Naturverbundenheit, fernab von jeder Industrialisierung und überzüchteter Zivilisation erklären auch, daß sie diese Vorzüge als Gottesgeschenk werten.

Wie anders sollte man die alles überragenden, in hellen Farben gemalten und innen so reich ausgestatteten Kirchen und die blumenreich gepflegten Kirchhöe einordnen, die der meist katholischen Bevölkerung noch reine Gottesverehrung erhalten und ihnen stärkenden Lebensinhalt sichern.



Sind dies die Reste des versunkenen Atlantis? Die Azoren, Inseln zwischen den Kontinenten
Foto: Dick Huffmann

Gebannt stehen sie mit den Touristen vor den urgewaltig aufbrodelnden heißen Quellen und unregelmäßig aufschäumenden Geysiren, von denen es im Tal von Furnas weit über 40 gibt.

Seit Jahrhunderten haben sich die Einwohner in dem 6 km langen Vulkankrater angesiedelt, und sie sorgen sich keinen Moment darum, daß hier Urgewalten wieder aufbrechen und unkontrollierbarer Apokalypse binnen weniger Stunden alles vernichten könnten.

Sie nutzen in privatem Rahmen die willkommene Energie, das stets verfügbare Wasser mit nahezu 100 Grad. An Sonn- und Feiertagen lagern sie am kühlen Furnas-See, der auch die nahen brodelnden Erdlöcher nicht zu kühlen vermag.

Die Portugiesen senken ihre Töpfe mit dem Nationalgericht „Cosido à Portuguesa", einem schmackhaften Eintopf aus Fleisch, Gemüse, Reis und reichlich Gewürzen, in die runden Betonröhren bis auf den heißen, brodelnden Schlamm hinab oder vergraben die Kochgeschirre nur im heißen Sand. Nach ein bis zwei Stunden hat die Natur ihre Mahlzeit gar gekocht.

Auf keinen Fall darf man versäumen, den riesigen Vulkankrater von Sete Cidades (sieben Städte) zu besuchen. Mit insgesamt 7 km Länge liegen hier im felsigen westlichen Hochland zwei bedeutende Seen hintereinander, getrennt durch eine Staumauer: der Grüne und der Blaue See.

Bis heute hält sich die Theorie, daß die Azoren ein Teil des geheimnisvollen Kontinents Atlantis gewesen sind. Genau hier bei den beiden Seen und der Ortschaft Sete Cidades glaubt man den Mittelpunkt orten zu können.

Um die Farben der Seen hat die Sage eine leidvolle Geschichte der Liebe zwischen einer reichen Prinzessin und einem armen Schäfer gesponnen. Als ihre Verbindung von den königlichen Eltern strikt verboten wurde, flossen aus den azurblauen Augen der Königstochter die Tränen unaufhörlich in den einen Krater, aus den leuchtend grünen Augen des Hirten in den anderen.

HERBERT WILDEN

DIE INSELN / Napoleon wäre hier glücklicher gestorben

Zum Frühling nach Madeira

Madeira – Portugals Insel im Atlantik – war für Napoleon eine Zwischenstation auf seinem Weg nach St. Helena. Damals soll er gesagt und geschwärmt haben: „Ich würde glücklicher sterben, wenn England mir diese Insel zum Exil gewährt hätte."

Kein Wunder, denn Madeira (300 000 Einwohner, 740 qkm) ist eine sehr attraktive Insel, eine portugiesische Perle vor der Westküste Afrikas.

Portugiesisch? Beim ersten Besuch fällt auf, daß die Briten nicht nur gern gesehene Gäste sind. Man spürt es überall: Britische Lebensart und Etikette sind gegenwärtig. Der Grund: Britische Schiffskapitäne, Weltreisende und Kaufleute waren es, die auf ihrem Wege von Übersee in die Heimat auf Madeira eine kleine Verschnaufpause einlegten, um sich so besser dem rauhen Klima ihres Heimatlandes anpassen zu können.

Denn Madeira ist eine „Frühlingsinsel", das ganze Jahr hindurch. Die jährlichen Durchschnittstemperaturen, die in den Wintermonaten Januar bis März nie unter 17 Grad fallen und im Hochsommer August, September 23 Grad nicht übersteigen, sind besonders angenehm zu ertragen. Die Wassertemperaturen schwanken zwischen 18 und 23 Grad. Dieses gleichmäßig milde Klima macht Madeira zu einer Ferieninsel das ganze Jahr über.

Fahrt mit dem Ochsenschlitten

Aber: Da die Insel vulkanischen Ursprungs ist, gibt es so gut wie keine Sandstrände. Die großen Hotels haben beheizte Swimmingpools und Seewasserbecken ins Meer hineingebaut. Nur die Nachbarinsel Porto Santo hat herrliche Strände. Wer Madeira besucht, kommt aber nicht wegen des Sonnenbadens, sondern auch wegen der unzähligen Wandermöglichkeiten entlang den Bewässerungskanälen, den „Levadas".

Zu den schönsten aller Levada-Wanderungen gehört eine, die von Santo da Serra westwärts durch die Waldeinsamkeit nach Ribeiro Frio führt. Der Weg läuft in etwa 800 Metern Höhe. Dichter Wald klettert an den Steilhängen hinauf, macht alle Schluchten grün. Die Levada ist in den Fels gehauen. Wer nicht schwindelfrei ist, sollte sich nicht auf diesen Pfad wagen!

Weitere Attraktionen der Frühlings-Insel sind die berühmten Ochsenschlitten-Fahrten und die „Carros de cesto" – Korbschlitten, mit denen jeder Inselgast über das glänzende Kopfsteinpflaster aus 550 Meter Höhe vom Vorort Monte bis fast in die Innenstadt von Funchal, der Hauptstadt, herunterrutschen kann. Von zwei weiß gekleideten Schlittenlenkern mit roten Schärpen und flotten Hüten werden die Inselgäste sicher nach unten „geleitet".

Und wer es sich leisten kann (zum Tee auf jeden Fall!), sollte das berühmte „Reid's Hotel" besuchen oder dort gar nächtigen. Reid's, 1891 eröffnet, wurde 1964 modernisiert, ist wiedererlebter und wiederbelebter Viktorianismus. Ein Grandhotel, wie man es heute sehr selten findet, das nur noch in Romanen vorkommt. Nicht so „Reid's". Es liegt über der Bucht von Funchal auf einem Felskap, in einem subtropischen Park. Die Anlage ist schloßartig gehalten. Neu: Drei Seewasser-Pools, Badeterrassen direkt am Meer. Ein feiner Speisesaal mit erlesenen Speisen und besten Weinen. Und vor allem: Die Gäste erscheinen im Dinnerjackett und Abendkleid, die Kellner livriert, so wie sie sich Queen Victoria wünschte. Grande Cuisine mit britischem Akzent und portugiesischem Charme. Es fehlt natürlich nicht der 5-Uhr-Tee mit seiner Zeremonie! Der Preis ist angemessen, aber wer es britisch liebt, fragt sowieso danach nicht. (Er sei verraten: ab 175 Mark das Doppelzimmer.)

Lange bevor der Fremdenverkehr nach Madeira kam, war die Insel schon berühmt, ihrer Weine wegen: Madeira errang Weltruhm und Wohlstand dank seines gehaltvollen Südweines. Dieser Wein (maderiser) wird heute zum größten Teil nur noch als Beigabe zur feinen Küche verwendet. Aber, und das ist sicher kein Wunder, in Britannien wird er noch als Dessertwein immer geliebt und geschätzt. Der Besuch einer Weinkellerei in Funchal ist empfehlenswert. Durch den Handelsvertrag Portugals mit England 1660 kamen viele britische Weinexporteure nach Madeira. Ein Brite, Charles Blandy, war es auch, der die Weinberge der Insel nach einer Epidemie wieder zum Wachsen brachte.

Übrigens: Politisch wollten einige Insulaner Madeira vor Jahren von Portugal lösen. 1980 entschieden das Verfassungsgericht und der Revolutionsrat Portugals dagegen.

Separatistische Bewegungen gab es auch auf einer anderen Inselgruppe Portugals – den Azoren.

Die Azoren (2335 qkm insgesamt) spielten im internationalen Tourismus bisher keine große Rolle. Für den täglichen Wetterbericht sind sie schon interessanter.

Die neun Inseln werden von fast 300 000 Menschen bewohnt, von denen etwa 90 Prozent von der Landwirtschaft leben. Das Klima ist gleichbleibend mild. Sonne und Regen wechseln. Faszinierend ist die vulkanische Gebirgslandschaft mit vielen Kraterseen sowie noch aktivem Vulkanismus auf den Inseln Faial und Pico. Eine üppige Vegetation überzieht die Inseln, erstaunlich ist die Blumenpracht.

Individualisten kommen hierher

Besonders Individualtouristen kommen auf die Azoren und bei ihren Wanderungen voll auf ihre Kosten: Billige Inselrundfahrten mit Taxis und Mietwagen erleichtern die Entdeckungsfahrten.

Die Azoren wurden 1427 von portugiesischen Seefahrern entdeckt. Kolumbus landete 1493 hier. Die „Entdecker" hatten Habichte gesehen, sie nannten daher die Inseln „acores".

Auf sechs der Inseln gibt es heute Flugplätze, der größte von Santa Maria dient als militärische Basis der USA.

Mit schönen Stränden kann die Inselgruppe nicht dienen, aber Fahrten mit dem Boot von Insel zu Insel sind überaus reizvoll. Das örtliche Touristik-Büro ist weniger an großen Reisegruppen interessiert, sondern mehr an diesem kleinen Verkehr.

Portugals Touristikplaner ermittelten in einer Azoren-Reisestudie, daß die Inselgruppe nur für den Ruhe und Entspannung suchenden Touristen geeignet ist, der sich beim Wandern, Golf, Reiten und Tennis erholen will.

Von einer größeren Kommerzialisierung und Industrialisierung will man daher vorerst Abstand nehmen, heißt es in Lissabon.

HEINZ MANN

TOURISMUS / Mit Wettergarantie

Liebenswert in diesem Wissen vom Auf und Ab

Portugal als Reiseland ist heute eine schon bekannte Größe. Im Jahre 1981 kamen 306 606 Besucher aus der Bundesrepublik in das Land am Atlantik, 1982 waren es mit 289 514 etwas weniger, was allgemein auf die schlechte konjunkturelle Lage zurückgeführt wird. Aber der Wachstumstrend für die portugiesische Tourismus-Industrie ist ungebrochen. Über 5 Mio. Besucher kamen aus dem Nachbarland Spanien, selbst ein klassisches Reiseland. Und vor den Deutschen lagen noch die Briten, die es im vergangenen Jahr auf 570 599 Besucher brachten.

Daß man an den Sonnenküsten des Landes, seien sie nun an der Algarve oder auf Madeira zu finden, so positiv in die Zukunft schaut, hängt mit zwei Faktoren zusammen: Der Urlaub wird für den Berufstätigen immer wichtiger. *Und um die Erholung sicher*zustellen, verlangen viele zunächst einmal eine Garantie für gutes Wetter. Und das führt sie nach Portugal. Hinzu kommt, daß auch die Entfernung nicht mehr das Hemmnis ist, das sie früher sicherlich war. Die Zahl der Reisekilometer pro Tourist wächst.

Die meisten Portugal-Touristen zieht es an die Algarve. Aber sie macht nur ein Viertel der 850 km langen Küste aus. In Lissabon bemüht man sich deshalb besonders darum, die Nordküste, die Costa Verde zu erschließen und anzubieten.

Auch der Kongreß-Tourismus, die Verbindung von Urlaub und Arbeit, hat den Standort Portugal erkannt, zuletzt war die Sozialistische Internationale in Albufeira. Eine Reihe von Hotels der 5- und 4-Sterne-Kategorie sind auf beide Aspekte eingestellt.

Auch die Sportler haben ihr Herz für „Sportugal" entdeckt, wie sie es nennen. Vor allem die Golfer schätzen die stoische Unerschütterlichkeit der Portugiesen. Surfer schwärmen von der Brandung des Atlantik und Tennisspieler von der Milde des Klimas trotz hitzigen Kampfes.

Pilger zieht es, wie Papst Paul VI. im Jahre 1967, nach Fatima. In der Zeit vom 13. Mai bis 13. Oktober 1917 erschien drei Hirtenkindern sechsmal die Heilige Jungfrau. Das portugiesische Reisebüro Optimo in Köln, Subbelrather Str. 307, Tel. 02 21 / 55 80 66/67 bietet vom 7. bis 14. Mai 1983 eine Flugreise an den heiligen Ort für 1543,– Mark.

Auch die Hauptstadt Lissabon ist ein ewiger Anziehungspunkt, seit sie sich im 15. Jahrhundert nach der Entdeckung des Seeweges nach Indien zur Herrin der Meere aufschwang und Venedig ablöste. Das Kloster Jeronimos, der Turm von Belem und die Misericordia-Kirche stammen aus dieser Zeit.



Blick in den Innenhof des Hieronymos-Klosters, eines der wenigen Gebäude Lissabons, die dem Erdbeben widerstanden. Foto: Hennes Multhaup

Aber da Lissabon auch schlechte Zeiten erlebt hat, die der spanischen Herrschaft und die nach dem Erdbeben von 1755, ist der Stadt jede imperiale Arroganz fremd. In ihrer Demut, in ihrem Wissen vom Auf und Ab, das so unvergleichlich im Fado-Gesang zum Ausdruck kommt, ist Lissabon eine liebenswerte und faszinierende Stadt.

Aber Portugal besteht nicht allein aus Küste, Inseln und Lissabon. Der größte Teil sind die Montanhas im Norden und die Planicies im Süden, es ist das Land hinter den Küsten Richtung spanische Grenze. Sie kennenzulernen wurde mit den Pousada-Rundreisen ein Angebot geschaffen. Pousada heißt Ort der Ruhe und besteht heute aus einem Netz von Hotelunternehmen, die vom Staat in historischen Gebäuden eingerichtet wurden.

ANNA B.-GOMES

LISNAVE / Einer der größten Devisenbringer

Serviceleistung nach Computer

In der Unternehmensführung von Lisnave macht man keinen Hehl daraus, daß die gegenwärtige Rezession und die übermächtige ausländische Konkurrenz der Werften vor allem in Korea und Taiwan der größten portugiesischen Reparaturwerft Lisnave (Estaleiros Navais de Lisboa) derzeit schwer zu schaffen machen.

Erschwerend kommt für das Unternehmen hinzu, daß die Belegschaft in den harten Monaten, die zurückliegen, nicht dem Auftragsbestand entspricht und daß von der Regierung keine finanzielle Unterstützung zu erwarten ist.

Das alles konnte allerdings bisher nichts daran ändern, daß Lisnave immer noch einer der größten Devisenbringer des Landes ist.

In dieser Situation gelang es mit Hilfe der Banken und nicht zuletzt dank umsichtiger Unternehmensführung immerhin, eine Auslastung der vorhandenen Kapazität von 35 bis 40 Prozent zu erreichen. In den nächsten Monaten sollen die Werke sogar wieder bis zu 65 Prozent ausgelastet werden.

Das Geschäft von Lisnave konzentriert sich zur Zeit auf die Reparatur von Havaristen, die geschleppt oder aus eigener Kraft in den Hafen kommen und in aller Regel nur für kurze Zeit in den Docks liegen. Mit dieser Konzentration auf schnelle Kurz-Aufträge will man hohe Risiken und damit hohe Verluste durch Kunden ausschließen, die ihre Rechnungen am Ende nicht bezahlen können oder in Konkurs gehen.

In der Hauptsache Tanker und Frachter machen derzeit an den Reparaturdocks von Lisnave fest, obwohl das Unternehmen bereit ist, jede Art von Arbeit zu übernehmen, um Entlassungen zu vermeiden. Obwohl inzwischen die verschiedensten Flaggen an den Kais zu beobachten sind, kommt das Gros der Kunden doch immer noch aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und aus Japan.

In dem Bemühen, sich neue Märkte zu erschließen, schloß Lisnave Verträge mit „Lloyd's Register of Shipping" und „Lloyd's of London Press", die beide per Computer sämtliche wissenswerten Details über Schiffsbewegungen auf den Weltmeeren sammeln. Das versetzt Lisnave in die Lage, allen Schiffen, die die portugiesische Küste passieren, direkt den Service des Unternehmens anzubieten.

Im eigenen Land muß sich Lisnave gegen die stetig wachsende Konkurrenz der staatseigenen Werft Setenave behaupten. (Die staatlichen Schiffsbauer hatten sich, nachdem ihr Versuch gescheitert war, ein privates Unternehmen für die Übernahme der Werft zu interessieren, ebenfalls auf kleinere Reparaturaufträge verlegt.)

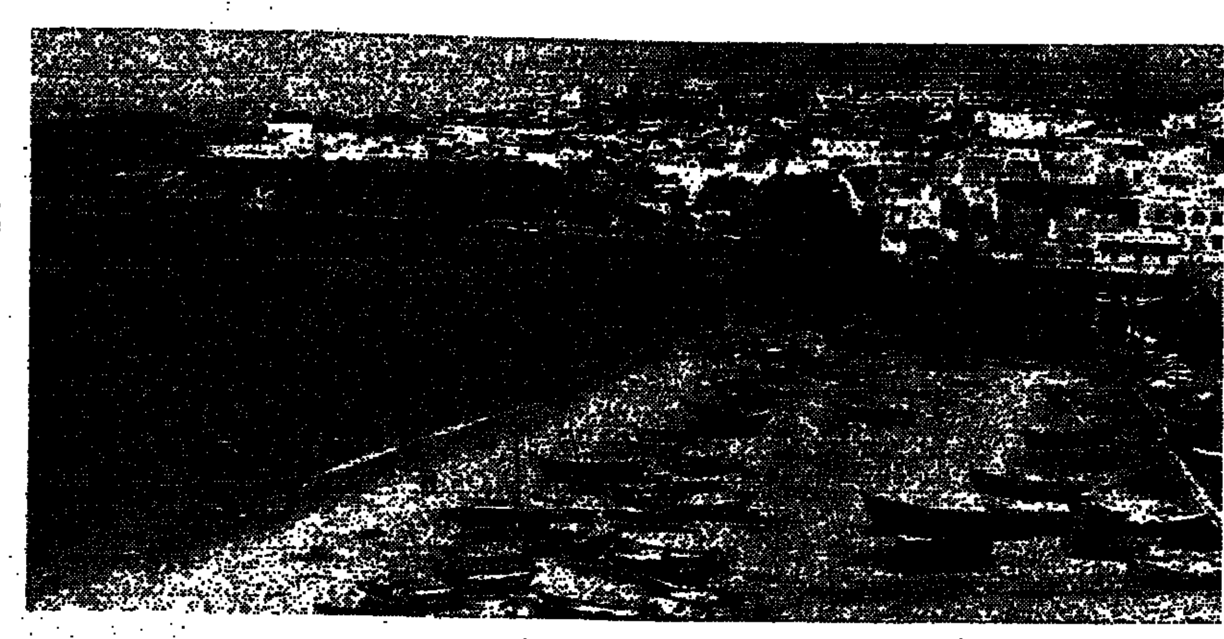
Aus diesem Grunde versucht Lisnave auch mehr und mehr im internationalen Geschäft Fuß zu fassen. Dazu gehören Kooperationspläne mit Ary, einer Werft in Bahrein, ebenso wie der Wiederaufbau einer Werft in Angola sowie Bau und Betrieb einer neuen Werft in Cap Verde.

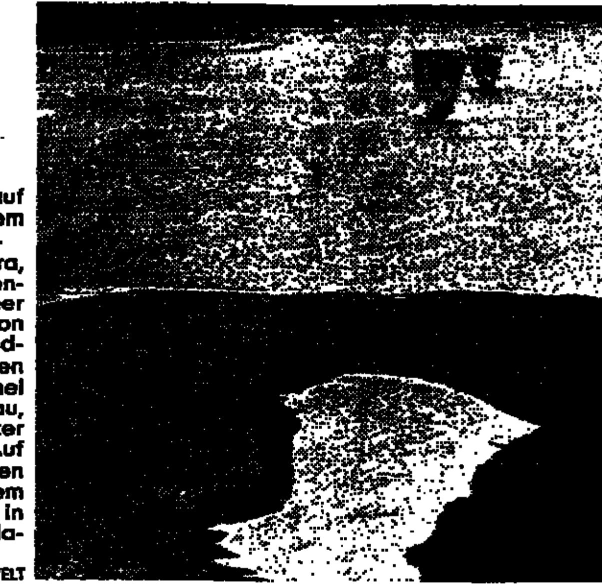
Stürmisch gefeiert wurde bei Lisnave schließlich letzten Monat der Abschluß eines Millionen-Vertrages, der Lisnave an Planung und Bau einer neuen Werft in Guinea Bissáo beteiligt.

Dies sei nicht nur, so ließ der Vorstand verlauten, ein weiterer Beitrag zur Arbeitsplatz-Sicherung, sondern auch eine beeindruckende Bestätigung für portugiesische Qualität und portugiesisches Know-how.

G. DEANO

PORTUGAL
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg





Im Süden, wie auf dem Bild von dem Algarve-Städtchen Albufeira, prägt das sonnenüberflutete Meer den Charakter von Mensch und Landschaft. Im Norden ist der Himmel nicht immer blau, und der Charakter besonnener. Auf dem Bild bringen Segler auf dem Fluß Douro-Wein in Fässern in die Hafenstadt Porto.
FOTOS: DIE WELT

LISSABONS UMGEBUNG / Eine Bahnfahrt offenbart die Geschichte und schafft Kontakt

Von dem Lichtschloß zur sonnigen Apfelbucht

Wer Lissabon besucht, darf nicht versäumen, sich einen Tag für die Landschaft westlich der Hauptstadt zu reservieren. Er fährt am besten mit der Staatsbahn, die stündlich vom Rossio, dem Hauptbahnhof der Tejostadt, ihre Fahrt gen Sintra beginnt.

Es kostet nur wenig, und die Reisestrecke ist in etwa einer Stunde überwunden. Und während der Fahrt erlebt er die „Hinterbühne" portugiesischer Städte, Mietskasernen aus diesem Jahrhundert und Wasserleitungen aus der römischen Ära, die auch zu dem Bild Portugals gehören. Vor allem aber wird er Mitreisende treffen, die über dieses und jenes in ihrer melodisch-verknüpfend, mit Zischlauten durchsetzten Sprache berichten. Oberschüler können sich in einer Fremdsprache verständlich machen, da Englisch, Französisch und Deutsch (in dieser Reihenfolge) an den Gymnasien gelehrt werden.

Queluz (= „Welches Licht!"), die erste Station, wurde um 1750 als königliche Sommerresidenz weit vor den Toren Lissabons errichtet: Man sieht keine strahlende Wucht wie in Versailles, keine zarte Leichtigkeit wie in Dresden, eher eine sanfte portugiesische Variante eines maßvollen Rokoko. Auf dem Vorplatz beherrscht die Schloßkirche den Prospekt – wir befinden uns im katholischen Portugal –, hinter den Hauptgebäuden dehnt sich ein weiter Garten im französischen Stil, eher lässig gepflegt, aber dadurch zum Genießen und Verweilen einladend.

Beruhigend plätschern die Wassersprudel am künstlichen Wasserfall und in den Marmorbecken der Brunnen, in denen Neptun mit Delphinen und anderen Meeresbewohnern spielt. Die Schloßführung, zumeist in Portugiesisch, Englisch und Spanisch, führt in eher gutbürgerlich anmutende Räume, für Weltherrscher jedenfalls vermutet der Besucher anderes Interieur.

Für den Gourmet die Cozinha Velha

Die Staatsräume zeigen dafür gediegene Täfelung und schwere Bestuhlung. Reizvoll sind die indischen, afrikanischen, chinesischen und brasilianischen Accessoires, die Queluz als Residenz eines überseeischen lusitanischen Reiches auszeichnen. Die Stuckaturen wurden liebevoll und sehr farbig, fast frühlingshaft, bemalt. Azulejos (Kacheln in Blau auf weißem Grund) schildern koloniale Szenen.

Hier gibt es viel zu bestaunen; die Touristenströme sind zudem noch so wenig zahlreich, daß sie das Flair der Räumlichkeiten noch nicht vertreiben konnten.

Der Gourmet wird den Besuch in der „Conzinha Velha", der alten Küche des Schlosses, nicht versäumen: Köstliche Meeresfrüchte und Leckereien erwarten ihn, die Kuchen des Nachmittagskaffees sind vorzüglich. Tafelgeschirr, Bedienung, Menue, Ausstattung, Blumenbuketts – und die Preise – müssen den Vergleich mit anderen metropolitanen Orten nicht scheuen.

Dem Portugal-Besucher sei generell angeraten, seine Feinschmeckerzunge zu benutzen: Eine Landschaft lebt nicht nur vom Aussehen, vom Klima und von Gerüchen, sondern auch vom Geschmack. Die Cozinhas des Landes bieten viele Fischspeisen mit Knoblauch, Mandelkuchen und -kekse aus Mandeln, Feigen, Schokolade und Anis, süße und herzhafte Eier und viele Tomaten mit Oliven und Gurken – eine Erholung in der Sommerhitze.

Die im Vergleich zu seinem östlichen Nachbarn mildere Küche Portugals deutet auf größere Sanftmut im Umgang mit der Umwelt hin: Das Land hat nie die Härte Spaniens besessen, der Historiker Saraiva zeichnet in seinen Werken das Bild einer Nation, die eher am Rande lag und mit einer zentralen Stellung in einigen Jahrhunderten der Geschichte und mit deren Verlust fertig werden mußte. So ist auch die Sprache weicher als das Kastilische, ist die katholische Religion wohl marianisch orientiert, aber nicht so inbrünstig wie beim iberischen Bruder.

Afrika ist in der Nähe

Die Fahrt geht weiter nach Sintra, der alten Königsstadt: Sie schmiegt sich an den Berghang, dessen Eroberung einst über den Erfolg der portugiesischen Reconquista, der christlichen Wiedereroberung, entschied. Von hier aus öffnet sich ein weiter Blick zur Küstenebene und zum Meer. In der Stadtmitte locken die seltsam konischen Schornsteine der Schloßküche des „Paço Real" die Aufmerksamen an. Das 14. Jahrhundert war die Hauptbauperiode: Schwanen-, Elstern- und Waffensaal des Palastes hat sie hervorgebracht.

Die Vegetation der Gärten und Felder Sintras verrät die Nähe des afrikanischen Kontinents: Palmen und leuchtende Blumen gedeihen in der besonders gut sonnenbeschienenen Landschaft prächtig. Mit der Kutsche (sie kostet allerdings ca. 30,– DM für diese Tour) kann man den „Palácio da Pena" hoch über der Stadt besuchen, den der Baron von Eschwege 1840–50 für das Königshaus errichtet hat, ein reines Stilgemisch und deutlich geprägt von deutscher Burgenromantik, einem Exportschlager deutscher Baukunst des 19. Jahrhunderts. Nicht weit davon überranken Blätter und Büsche die Reste des alten Maurenkastells: Längst ist die Erinnerung an die islamische Herrschaft ausgelöscht.

Von Sintra aus benutzt der Reisende den Bus (½ Stunde) zur „Praia das Maçãs" (= „Apfelstrand"), wo ein fast ausschließlich von Portugiesen besuchtes Schwimmbad auf den Wasserfreund wartet. Die Badeeinrichtungen entsprechen einem mittleren Standard, der Blick auf die Meeresbucht ist dagegen Spitze. Die Rückfahrt nach Sintra führt durch reizvolle Wälder und an alten Bauernhäusern vorbei.

Diese wenig aufwendige Tagestour hat eine Gegend näher gebracht, die Portugals Könige überaus schätzten und die sie für die Errichtung ihrer Residenzen geeignet hielten. Der europäische Bürger sollte sie bei seinem nächsten Besuch in diesem südwestlichsten Land Europas nicht vergessen.

SIEGFRIED DUNDE

FADO / Höchstes Glück in Traurigkeit

Ganz Saudade und ein Hauch Humor

Außer den Portugiesen gibt es wohl kaum ein anderes Volk auf der Erde, dem es ein höchst erstrebenswertes Glück ist, zu singen oder Gesang zu hören und dabei traurig zu sein. Volksseele, sie lebt in Portugal im Fado, dieser spezifischen Spielart der lusitanischen Sehnsucht. Sie ist fast ausschließlich beheimatet in den beiden Städten Lissabon und Coimbra.

Fado, so beschreibt es der Arzt und Schriftsteller Miguel Torga aus Coimbra, ist ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Eigenarten und der Tiefgründigkeit des portugiesischen Charakters, der zweifellos von den geschichtlichen Ereignissen mitgeprägt worden ist.

Das gilt schon für die Feststellung, daß sich der Name dieses eigenartigen Gesanges vom lateinischen Fatum herleitet. Dessen Bedeutung ist nicht nur mit Schicksal gleichzusetzen, sondern auch mit Mißgeschick, Unheil, Verderben, Untergang. Dieses Tristeza, dieses Schwelgen im Schmerz, ist eng verbunden mit dem Begriff „Saudade", der in den Fado-Texten immer wiederkehrt.

Saudade, vom lateinischen Lolitudo (Einsamkeit) abgeleitet, kann ebenfalls für den Fado nicht mit einem einzigen Begriff gefaßt werden. Es umfaßt wiederum Lebensgefühle: Alleinsein, Verlassenheit, Melancholie, Wehmut, Heimweh und vor allem die Sehnsucht nach einem nicht zur erreichenden Glücksgefühl.

Zum Müßiggang?

Der Diktator Salazar hätte diese Musik am liebsten verboten, weil sie seiner Meinung nach den Müßiggang fördere.

Der dem Fado innewohnende Fatalismus deutet auf seine arabischen Einflüsse hin. Maurische Ansätze vermischen sich mit Kontrasten aus der Troubadour-Musik der Provence.

Den maurisch-provenzalischen Einflüssen verdankt der Fado auch die Instrumentalbegleitung. Es sind die klassische aus Spanien stammende Gitarre, die die rhythmische Untermalung übernimmt und die Laute, der die Melodie vorbehalten bleibt.

Unzählige Beispiele aus der bildenden Kunst dokumentieren, daß die Kombination von Laute und Gitarre aus der romantischen Ära der Minnesänger stammt. Der Fado wandelte sich: Die Entdekkungsfahrten der portugiesischen Seeleute brachten es mit sich, daß aus aller Herren Länder Melodien nach Portugal kamen.

Wie stark der Fado im Bewußtsein der Portugiesen verwurzelt ist, beweist eine Legende. Im Jahre 1578 starb in Marokko in der Schlacht von Alcazar-Kebir der junge König Sebastian, der letzte Sproß des Hauses Avis, dessen Regentschaft mit dem Goldenen Zeitalter Portugals gleichgesetzt wird. Laut Überlieferung wurden auf dem Schlachtfeld auf portugiesischer Seite 8000 Tote sowie 10 000 Lauten und Gitarren gefunden.

Widerstandsfähig

Bemerkenswert ist, wie stark sich der Fado gegenüber allen Nachahmungen und Schlagerarten zu halten vermochte. Der wichtigste Grund für diese Widerstandsfähigkeit dürfte darin liegen, daß der Fado durch seine Strenge immer eine elitäre Musik war. Er hat sich zwar von der Hofmusik zum Klagelied der Seeleute und Waschfrauen in der Altstadt von Lissabon entwickelt, zum Massenkonsum und damit zur Kommerzialisierung ist er dennoch nicht zu mißbrauchen.

Dies gilt in erster Linie für den Fado aus Lissabon, stimmt aber in noch stärkerem Maße beim Fado, wie er in der Universitätsstadt Coimbra gespielt und gesungen wird. Hier wirkten sich weniger die maritimen Einflüsse von außen aus, hier ging es weniger um soziale Not und das Leid. Die leichte Muse des Studentengesanges setzte dem Fado eine etwas beschwingtere Note auf. Man kann getrost sagen: Es gibt den Coimbra-Fado und den Lisboa-Fado. Der letztere ist ganz Saudade, der erste gestattet auch schon einmal ein paar humorvolle Saitenklänge.

Mit Beginn der Revolution im Jahre 1974 hat es Versuche gegeben, das „Erwachen in die Volksseele zu pflanzen", wie es der Fado-Sänger Carlos do Carmo formulierte. Carmo, der sich streng an Formen und Rhythmen hält: „Unsere Lieder sollen nicht mehr frustiert klingen, sie sind traurig, aber verkünden keine Hoffnungslosigkeit mehr."

Die Frage ist nur, ob die Saudade von einer solchen Philosophie überhaupt etwas wissen will.

A. L.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Der zwölfte Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" setzt sich ehrgeizige Ziele. Aber die Erfolgsbilanz des letzten Planes mit 39 200 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 100 Milliarden Mark rechtfertigt die Anstrengung. Und doch fordert die EG eine Reduzierung, und auch hierzulande gibt es Stimmen, die sagen, daß man mit einer liberalen Wirtschaftspolitik bei weniger staatlicher Bürokratie auch gute Ergebnisse erzielen könnte.

Die Fördergebiete müssen bleiben, bis die Stahlindustrie saniert ist

Von ERWIN WALTHER

Rund 249 500 neue Arbeitsplätze sollen bis 1987 geschaffen werden. Etwa 218 300 bereits bestehende Arbeitsplätze sollen in den kommenden vier Jahren gesichert werden. Insgesamt solle in gewerbliches Investitionsvolumen von 57,7 Milliarden Mark gefördert werden.

So sind die Ziele des zwölften Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für den Zeitraum von 1983 bis 1987 definiert. Einstimmig hat der Bund-Länder-Planungsausschuß diesen zwölften Rahmenplan beschlossen, in dem auch der Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur mit einem Investitionsvolumen von zwei Milliarden Mark unterstützt werden soll.

Grundsätzliche Änderungen bei den Förderregelungen finden nicht statt, teilt die Bundesregierung zu diesem Rahmenplan mit. So werden nun Erweiterungsinvestitionen ebenso wie Errichtungsinvestitionen gefördert. Und die Investitionsanreize für die Gründung selbständiger Existenzen sowie für die Modernisierung von Fremdenverkehrsbetrieben sollen verstärkt werden.

Das schon 1981 festgelegte Fördergebiet mit seinen 18 regionalen Aktionsprogrammen bleibt bis zum Abschluß des Verfahrens der Europäischen Gemeinschaft unverändert. Die EG-Kommission hatte am zehnten und elften Rahmenplan moniert, ob die Förderung in 15 Arbeitsmarktregionen entweder überhaupt oder im festgelegten Ausmaß begründet sei. Der Planungsausschuß beauftragte darauf das Bundesministerium für Wirtschaft, in Brüssel einen Kompromiß auszuhandeln – auf der Basis, daß das Fördergebiet nach der Neuabgrenzung von 1981 nun noch einmal reduziert werden soll. Der Planungsausschuß hielt aber an seinen grundsätzlichen Bedenken gegen die Haltung der EG-Kommission fest, teilt die Bundesregierung weiter mit.

Eine weitere Modifizierung des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe zum 1982 beschlossenen Stahlstandortprogramm wurde zurückgestellt. Die Überprüfung soll erst dann stattfinden, wenn die regionalen Auswirkungen der Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie zu übersehen sind.

Für die nächsten vier Jahre wurden auch die Ziele in den 18 regionalen Aktionsprogrammen fortgeschrieben. So sollen in Schleswig 5500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, 3750 gesichert und Investitionen der gewerblichen Wirtschaft von 1,2 Milliarden Mark gefördert werden. In Holstein-Unterelbe sind es 22 500 bzw. 20 750 und 5 Milliarden Mark. An der niedersächsischen Nordseeküste 14 500 bzw. 4200 und 3 Mrd. Mark. Im Gebiet Ems-Mittelweser 10 000 bzw. 7500 und 2,1 Mrd. Mark. In Heide-Elbufer 10 000 bzw. 9000 und 2,1 Mrd. Mark. Niedersächsisches Bergland 28 000 bzw. 54 000 und 6,7 Mrd. Mark. Nördliches Ruhrgebiet – Niederrhein-Westmünsterland 27 500 bzw. 14 000 und 5,7 Mrd. Mark. Nordeifel-Mönchengladbach-Heinsberg 13 500 bzw. 6000 und 3 Mrd. Mark. Soest-Brilon-Höxter 4000 bzw. 1500 und 1 Mrd. Mark. Hessisches Fördergebiet 20 000 bz. 30 000 und 5,2 Mrd. Mark. Mittelrhein-Lahn-Sieg 10 000 bzw. 4500 und 2,2 Mrd. Mark. Eifel-Hunsrück 8000 bzw. 4000 und 1,8 Mrd. Mark. Saarland-Westpfalz 29 000 bzw. 12 000 und 5,5 Mrd. Mark. Neckar-Odenwald 3000 bzw. 1000 und 0,6 Mrd. Mark. Nordbayerisches Fördergebiet 14 700 bzw. 19 900 und 4,4 Mrd. Mark. Westbayerisches Fördergebiet 5800 bzw. 1800 und 1,5 Mrd. Mark. Ostbayerisches Fördergebiet 19 600 bzw. 22 400 und 5,6 Mrd. Mark. Südbayerisches Fördergebiet 3900 neu geschaffene Arbeitsplätze, 2000 gesicherte und 1,1 Mrd. Mark gefördertes Investitionsvolumen.

Im letzten, dem elften Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", der den Zeitraum 1982 bis 1986 umfaßte, sah die Planung eine Schaffung von insgesamt 170 200 neuen Arbeitsplätzen und die Sicherung von 214 300 Arbeitsplätzen vor. Das Fördervolumen betrug jährlich etwa elf Milliarden Mark, für die vier Jahre also zusammen 44 Milliarden Mark. Für die Infrastrukturmaßnahmen waren etwa 1,4 Milliarden Mark vorgesehen.

Die letzte veröffentliche Erfolgsbilanz der Gemeinschaftsaufgabe wies für den Zeitraum 1972 bis 1981 aus:

- 39 200 Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von über 100 Milliarden Mark wurden gefördert. 720 000 Arbeitsplätze wurden nach Angaben der geförderten Unternehmen neu geschaffen und mehr als eine Million gesichert.
- Zehn Prozent des Investitionsvolumens betrafen Vorhaben unter einer Million Mark, das waren gut zwei Drittel aller Fälle. 91 Förderungen lagen über der Grenze von 100 Millionen Mark.
- Bei den Wirtschaftszweigen dominierten Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit 22 Prozent vor der chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung mit 14 Prozent. Danach rängierten Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei sowie Stahlerzeugung mit 9 Prozent. Auf die elektronische Industrie, Feinmechanik und Optik entfielen 8,5 Prozent und auf Gaststätten sowie das Beherbergungsgewerbe 8 Prozent.
- 6000 Vorhaben der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit einem Investitionsvolumen von rund 7,3 Milliarden Mark wurden gefördert. Davon wurden etwa 3,4 Milliarden Mark aus den Haushaltsmitteln der Gemeinschaftaufgabe bewilligt. Rund 40 Prozent des geförderten Investitionsvolumens entfielen auf das Zonenrandgebiet.

Soweit die aktuellen Zahlen der staatlichen Förderung zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – aber auch so gut? Oder anders gefragt: Stehen die Milliardenbeträge, die der Staat Jahr für Jahr in die Wirtschaftsförderung steckt in einem erträglichen Verhältnis zum Ergebnis? Daß Wirtschaftsförderung der so betriebenen Art kein Allheilmittel gegen konjunkturelle Talfahrten sein kann, ist unbestritten.

Die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften sehen sich deshalb auch mehr als Flankenschutz für die Wirtschaftspolitik von Bund und Ländern. So definiert die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein ihre Ziele: „Unsere Aufgabe ist es weiterhin, aus Kontakten mit investitionsbereiten Unternehmern konkrete Absichten und damit arbeitsplatzschaffende Investitionen für das Land Schleswig-Holstein zu machen." Manchmal ist dabei der Kampf um die Investoren erbittert, es gibt sogar Fälle, in denen er jedes Maß verliert.

Auch der Deutsche Industrie-und Handelstag (DIHT) fordert in einer Studie, daß sich die Regionalpolitik künftig stärker an den individuellen Produktionsstrukturen und Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Räume orientieren muß. In der Expertise – unter der Leitung des Kölner Finanzwissenschaftlers Prof. Karl-Heinrich Hansmeyer wurden 164 Arbeitsmarktregionen *untersucht – heißt es weiter, „nicht* nur Probleme unterentwickelter Gebiete müssen berücksichtigt werden, sondern auch die Nachteile schwacher gegenüber stark strukturierten Ballungsräumen."

Und Dr. Gerhard Götte, einer der beiden Sprecher des Vorstands der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt, stellte in einem Jubiläumsvortrag der Landeskreditkasse in Kassel im letzten Jahr die Frage: „Brauchen wir in der Bundesrepublik tatsächlich eine so weit ausgedehnte Regionalförderung, wo wir eigentlich erfreulicherweise eine insgesamt recht wenig zentralisierte Wirtschaftsstruktur haben?"

Götte kommt zu dem Schluß, daß es die ideale Welt, die Strukturpolitik nicht braucht, nicht gibt und *formuliert einige Wünsche an die* Wirtschaftsförderung: Oft erscheint Strukturpolitik zu kurzatmig mit einer Fülle von Maßnahmen, durch die sich kaum noch jemand durchfindet. Notwendig sind Investitionen, die hochwertige Arbeitsplätze schaffen. Wirtschaftshilfen sollen durchschaubarer und überschaubar sein.

Der Zonenrand macht auch im neuen, dem zwölften und bis 1987 laufenden Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" den Löwenanteil des geförderten Gebietes aus. Die Folgen der deutschen Teilung erfordern zu ihrer Milderung nach wie vor besondere wirtschaftliche Anstrengungen. Ob über das Zonenrandgebiet hinaus größere Flächen der Bundesrepublik Deutschland besondere *Vergünstigungen* erfahren müssen, ist eine offene Frage. Denn bisweilen drängt sich der Eindruck auf, jedes Bundesland wolle seine dicke Scheibe aus dem Förderkuchen schneiden, auch wenn es keine Grenze zur *„DDR"* hat.



Mit der Wirtschaftsstruktur verändert sich auch das Gesicht der Stadt, hier Frankfurt am Main FOTO: dpa/ROLAND WITSCHEL

Zuversicht auch im Bereich der „nassen Zonengrenze"

Anfang des Jahres konnte das Land Schleswig-Holstein auf zehn Jahre erfolgreiche Unternehmensansiedlung im nördlichsten Bundesland zurückblicken. Staatssekretär Nebel vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr äußerte seine „Zuversicht", daß es weiter bergauf gehe und knüpfte besondere Erwartungen an das von der Landesregierung verkündete „Schleswig-Holstein Programm für Arbeitsplätze". Damit werde, so Nebel, „den Unternehmern im Land neuer Mut und Vertrauen in die Zukunft vermittelt."

In der Tat können sich die Zahlen sehen lassen. Alleine im Jahr 1982 wurde in Schleswig-Holstein in den Bereichen Industrie-, Mittelstand- und Existensgründung 774 Investitionsvorhaben mit einem Volumen von rund 630 Millionen Mark gefördert. Damit wurden über 4 800 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen.

Und in den vergangenen zehn Jahren haben 335 Handels-, Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen einen neuen Betrieb in Schleswig-Holstein aufgebaut, oder befinden sich gerade in der Realisierungsphase entsprechender Vorhaben. Die Investitionen allein in der ersten Ausbaustufe dieser neu in das Land gekommenen Unternehmen lagen bei 1,5 Milliarden Mark. 12 500 neue Dauerarbeitsplätze konnten damit geschaffen werden. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein, Gernot E. Scheffler, sieht einen besonderen Erfolg darin, daß der Nutzen vor allem den Landeskindern zugute kam: „Wir haben die Erfahrung gemacht daß die große Mehrzahl dieser neuen Arbeitsplätze von Schleswig-Holsteinern besetzt wird. Das von den Unternehmern mitgebrachte Stammpersonal besetzt in der Regel nur Schlüsselpositionen, die dann nach entsprechender Einarbeitungszeit an Einheimische übertragen werden."

Von Bedeutung ist für Scheffler weiter, daß die Unternehmen aus den verschiedensten Bereichen kommen und auch der Mittelstand vertreten ist. „Erfreulich ist weiterhin", sagt der Wirtschaftsförderer, „daß die Ansiedlungen der vergangenen Jahre die verschiedensten Branchen umfaßten und somit auch die Wirtschaft unseres Landes entsprechend bereichern. Unter den neuen produzierenden Unternehmen befinden sich Hersteller der Verpackungs- und Kunststoffindustrie, der Elektronik, des Maschinenbaus, der Baustofffertigung, der Medizin-Technik, der Nahrungsmittelindustrie, der Bekleidungsindustrie und der Chemie. Natürlich freuen wir uns über den einen oder anderen großen Fisch. Die Mehrzahl der Ansiedlungen wurde jedoch von mittelständischen Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 2 – 3 Mio. Mark und 20 – 30 neuen Arbeitsplätzen vorgenommen."

Dabei ist Schleswig-Holstein, sieht man einmal von den Hamburgnahen Räumen ab, als überwiegendes Zonenrandgebiet besonders benachteiligt. Zwei Drittel der Fläche und drei Viertel der Bevölkerung wohnen im Zonenrandgebiet. Die Hansestadt Lübeck und der Kreis Herzogtum-Lauenburg liegen in Sichtweite von „DDR"-Wachtürmen. Die Kreise Ostholstein, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und die kreisfeien Städte Neumünster, Flensburg und Kiel liegen an der „nassen Zonengrenze."

Zur wirtschaftlichen Situation dieser Gebiete sagte Jürgen Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr: „In diesen Zonenrandteilen liegen unsere Hafenstädte, die zusammen mit ihrem Umland von ihren engen traditionellen Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands weitgehend abgeschnitten sind, sich auf der anderen Seite aber zu den Zentralgebieten Westeuropas und der Bundesrepublik in wirtschaftsgeographisch und verkehrlich sehr ungünstiger Standortlage befinden."

Und doch können auch diese Landesteile über eine positive Entwicklung berichten. So stieg die Beschäftigtenzahl im Jahre 1981 gegenüber 1976 um mehr als 13 Prozent. Allerdings liegt die Zahl der Arbeitslosen immer noch über dem Bundesdurchschnitt. „Die Fortsetzung", sagt der Minister, „einer verstärkten und bevorzugten Förderung der Wirtschaft des Zonenrandgebietes ist somit aus schleswig-holsteinischer Sicht lebensnotwendig."

Auch für die Zukunft sind die Aussichten nicht schlecht. Erstmalig im Jahre 1983 sollen auch freie Erfinder gefördert werden, und die vor zwei Jahren begonnene Förderung von Unternehmen bei der Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren wird weiter ausgebaut.

Wichtig ist auch eine bessere verkehrsmäßige Erschließung. Dabei darf man sich von der neuen Autobahn Hamburg-Berlin eine bessere Erschließung Südholsteins erhoffen. Minister Westphal: „Eine verbesserte Verkehrserschließung Schleswig-Holsteins hätte zur Folge, daß die unmittelbare Wirtschaftsförderung ihre volle Wirkung entfalten könnte. Neue Weichenstellungen in anderen Bereichen der Verkehrspolitik würden dem gleichen Zweck dienen." Der Minister denkt dabei an höhere Geschwindigkeiten der Züge auf den Bundesbahnstrecken, die Beseitigung von Engpässen im Hamburger Raum und den Verzicht auf oder zumindest die Reduzierung von Streckenstillegungen der Deutschen Bundesbahn.

Generell stellt Westphal Optimismus zur Schau: „Wir haben Anlaß zur Hoffnung, daß den dringendsten Entwicklungserfordernissen Schleswig-Holsteins und seines Zonenrandgebietes von der neuen Bundesregierung Rechnung getragen wird. Dafür sprechen die Aufstockung der Wirtschaftsförderungsmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben für den Haushalt 1983. Nach vielen Jahren der finanziellen Aushöhlung dieses so wichtigen regionalpolitischen Förderungsinstruments sehen wir hier eine Wende zum Positiven", schrieb er in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Wirtschaft und Standort" (1/83).

Auch Lübeck war von dieser günstigen *Entwicklung nicht aus*gespart. Das alte Haupt der Hanse ist nach wie vor der größte Ostseehafen der Bundesrepublik, ist eine moderne Industrie- und Handelsstadt. Und das obwohl Lübeck in unmittelbarer Nähe zur Zonengrenze liegt und ihr traditionelles wirtschaftliches Einzugsgebiet verloren hat. EKKEHARD EYMER

NORDRHEIN-WESTFALEN

Aus vollen und öffentlichen Händen

In Nordrhein-Westfalen geben die öffentlichen Hände und auch eine Reihe privater Hände so reichlich, wenn Aussicht auf Erfolg besteht, daß der Investor gelegentlich in Verlegenheit gerät, wo er zupakken soll.

So gibt es alleine für Existenzgründung und -sicherung sieben Programme.

1. Das Beschäftigungsorientierte Förderungsprogramm der Landes NRW, kurz BoF genannt, will die „Gründung rechtlich und wirtschaftlich selbständiger Existenzen" fördern. Finanzielle Unterstützung gibt es bei Grunderwerb (mit Nebenkosten), baulichen Investitionen, Erwerb von Betriebsgebäuden, Einrichtung und Ausstattung mit Maschinen, Material und dem ersten Warenlager. Wird kein Unternehmen errichtet, sondern ein bestehendes übernommen, gibt es eine Unterstützung bei dem Übernahmepreis. Die Höchstgrenze des Betrages aus dem BoF beläuft sich auf 200 000 Mark.

2. Kam es bei dem BoF nicht darauf an, daß es sich um die erste Gründung einer wirtschaftlich selbständigen Existenz handelt, ist dies die Zielsetzung des ERP-Programms. In seinem Rahmen kann der „wirtschaftliche Neuling" im Alter zwischen 21 und 50 Jahren in den ersten drei Jahren nach der Betriebseröffnung Kredite bis zu 200 000 Mark erhalten. Der Finanzierungsanteil kann bis zu 50 Prozent betragen, bei Kombination mit einer anderen Förderung aus öffentlicher Hand wird er so limitiert, daß zwei Drittel der Gesamtinvestition nicht überschritten werden.

3. Mit der Eigenkapitalhilfe des Bundes sollen ebenfalls Nachwuchskräfte, und zwar der gewerblichen Wirtschaft, angesprochen werden. Verlangt wird eine fachliche und kaufmännische Qualifikation. Der Höchstbetrag beläuft sich auf 120 000 Mark. Die Investitionssumme muß mindestens 40 000 Mark betragen, davon müssen mindestens 12 Prozent aus eigenen Mitteln stammen.

4. Kleine Unternehmen und Nachwuchskräfte der gewerblichen Wirtschaft können auch mit Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert werden. Der Höchstbetrag beläuft sich auf 5 Mio. Mark.

5. Werden die Voraussetzungen des ERP-Kredits nicht ganz erreicht, oder reicht dieser nicht aus, kann mit Krediten aus dem Ergänzungsprogramm I der Lastenausgleichsbank geholfen werden. Zu denken ist hier insbesondere an Fälle von Unternehmenssicherungen, wenn etwa die Eröffnung von Filialen zur Existenzstabilisierung erforderlich ist oder standortbedingte Umstände das Unternehmen bedrohen. Antragsberechtigt sind kleine und mittlere Unternehmen und Nachwuchskräfte der gewerblichen Wirtschaft. Der Höchstbetrag beträgt 200 000 Mark.

6. Neue Produkte oder Produktionsverfahren fördert das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes NRW, Haroldstr. 4, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 - 83 70 21. Die Förderung besteht in einem verlorenen Zuschuß bis zu 30 Prozent und Krediten, wobei der Finanzierungsanteil der öffentlichen Hand 60 Prozent der Projektkosten nicht übersteigen darf.

7. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert auch Gründungs- und Aufbauberatungen.

Dies hat im industriellen Bereich der RKW-Beratungsdienst der RKW-Landesgruppe NRW, Sohnstraße 70, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 - 66 61 96, übernommen.

Im Bereich des Einzelhandels ist dies die Aufgabe der Betriebswirtschaftlichen Beratungsstellen des Einzelhandels (BBE), in Kaiserstr. 42a, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 49 40 44; in 5000 Köln, Sachsenring 89, Tel. 02 21 - 33 39 71, und in 4400 Münster, Eisenbahnstr. 7, Tel. 02 51 - 4 69 88.

Den Groß- und Außenhandel berät die ubw Unternehmensberatung für die Wirtschaft GmbH, Adlerstr. 34, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 02 11 - 36 06 38.

Im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes ist dies die Aufgabe des Landesverbandes NRW, Liesegangstr. 22, 4000 Düsseldorf, Tel. 02 11 - 35 60 46.

Die Bundesrepublik beteiligt sich an den Beratungen mit Zuschüssen bis zu 75 Prozent bei den Honoraren und an den Reisekosten.

8. Für Arbeitnehmer wiederum hat das Landesarbeitsamt eine Palette von Hilfen vorbereitet. Sie reichen von Einarbeitungszuschüssen über Eingliederungsbeihilfen und Lohnkostenzuschüsse bis zu Sondermaßnahmen für Ältere und schwervermittelbare Arbeitslose.

M. M.

BAYERN / Sorgenkinder profitierten

Neugründungen sind stabil und expansiv

Bayern ist ein gutes Pflaster für Industrieansiedlungen. Eine empirische Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß 91 Prozent der Betriebe ihre Erfahrungen am gewählten Standort als positiv bewerteten und die getroffene Standortwahl als richtig bezeichneten. Nur 1 Prozent der Betriebe gab an, daß sich die Standortwahl aus heutiger Sicht als falsch herausgestellt hat.

Diese Analyse wurde von der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Göttigen erstellt und von dem bayerischen Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, der Öffentlichkeit präsentiert. Der Minister: „Die Untersuchung dient dem Ziel einer Erfolgskontrolle der Investitionshilfen, die im Rahmen der regionalen Strukturpolitik seit Jahren in den wirtschaftsschwachen Gebieten Bayerns zum Ausgleich von Standortnachteilen gewährt werden."

Eine solche Erfolgskontrolle sollte eigentlich in jedem Bundesland durchgeführt werden. In keinem wurde diese Übereinkunft der Wirtschaftsminister der Länder so konsequent befolgt wie in Bayern. Im „Subventionskodex", der am 7. Juli 1982 in Hannover beschlossen wurde, heißt es: „Jede Subventionsgewährung ist mit der Verpflichtung zu periodischer Erfolgskontrolle zu verbinden. Dabei ist anzustreben, die Erreichung der Ziele und – nach Möglichkeit – auch die Wirkung der Instrumente zu überprüfen.

Die von Minister Jaumann vorgelegte Untersuchung befaßt sich mit den Jahren 1971 bis 1980. In ihrem Rahmen wurde allen 658 Industrie- und Handwerksbetrieben, die in diesem Zeitraum bei Neugründungen, Errichtung von Zweigbetrieben, Verlagerungen und bei der Übernahme bestehender Betriebe Finanzierungshilfen erhalten haben, Fragen vorgelegt. Ergänzend wurden auch die 385 bayerischen Gemeinden, in denen diese Betriebe ihren Sitz haben, zu den wesentlichen Auswirkungen der Ansiedlungen befragt. 96 Prozent gaben bei Abwägung der positiven und negativen Effekte der Ansiedlung eine gute Note.

Durch die Finanzierungshilfen wurde in diesem Zeitraum ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 2,57 Milliarden Mark ausgelöst. Dadurch sollten rund 38 700 neue Dauerarbeitsplätze entstehen.

Die Untersuchung kommt, so der Minister, zu dem Ergebnis, daß „zunächst die Sorgenkinder innerhalb der Fördergebiete am meisten profitiert haben", es entfielen auf das Zonenrandgebiet, das einen Flächenanteil von etwa 25 Prozent hat, 38 Prozent der Vorhaben. Auf die sechs Planungsregionen Oberpfalz-Nord, Donau-Wald, Oberfranken-Ost, Westmittelfranken, Regensburg und Oberfranken-West konzentrierten sich 55 Prozent aller Fördermaßnahmen.

Ein weiteres Ergebnis widerlegt die Behauptung, nur die Großen hätten eine Chance. Jaumann: „Der typisch neuangesiedelte Betrieb weist einen Beschäftigtenstand von etwa 80 Arbeitnehmern auf, die durchschnittlich geförderte Investitionssumme liegt bie 4,4 Millionen Mark.



Minister Anton Jaumann: Kontrolle belegt Erfolg FOTO: PETER PROBST

Wichtig auch das Resultat, daß sich die geförderten Betriebe gut entwickelt haben. So gingen nur 1,6 Prozent aller geförderten Arbeitsplätze, das heißt etwa 600, endgültig verloren. Und die Plandaten der Unternehmen wurden in der Realität bei weitem überschritten. Jaumann: „Im Durchschnitt der Betriebe entstanden rund 19 Prozent, absolut 5300, mehr Arbeitsplätze, als mit der Förderung zunächst angestrebt war. Das gilt vor allem für die Neugründungen, die sich in dieser Hinsicht als am expansivsten erwiesen haben."

Der Minister bestritt nicht, daß es auch bloße Mitnahmeeffekte bei der staatlichen Förderung gebe. Aber die Untersuchung belege, daß nur bei rund 24 Prozent der Unternehmen die Förderung keine Rolle bei der Standortwahl gespielt habe. „Das", so Jaumann, „kann bei einem Förderungssystem nicht verwundern, daß zum Teil Rechtsansprüche auf die Förderung einräumt."

E. S.

Auf einen Blick

BADEN-WÜRTTEMBERG
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
Theodor-Heuss-Straße 4
7000 Stuttgart 1
Tel.: 07 11 / 2 02 01
Telex: 7 – 23 931
Leitung:
Manfred Ginter
in Verbindung mit der
Zentrale für Wirtschaftsförderung
beim Landesgewerbeamt Baden-Württemberg
Kanzleistraße 19
7000 Stuttgart 1

BAYERN
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
Prinzregentenstraße 28
8000 München 22
Tel.: 0 89 / 2 16 21
Telex: 5 – 23 759
Leitung:
Klaus Bauer
Herr Roland Pecher

BERLIN
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH
Budapester Str. 1
1000 Berlin 30
Tel.: 0 30 / 2 63 61
Telex: 184 467
Leitung:
Robert Layton

BREMEN
Bevollmächtigter des Senators für Wirtschaft und Außenhandel für Unternehmensansiedlung
Martinistraße 3
2800 Bremen
Tel.: 04 21 / 32 08 51
Telex: 245 079 brewi d
Leitung:
Hans-Bernd Giesler
Thomas Müller-Debus
Ferner
die gemeinsam mit dem Land Niedersachsen betriebene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Weser–Jade mbH
Am Wall 187
Postfach 10 03 69
2800 Bremen 1
Tel.: 04 21 / 32 04 07
Geschäftsführender Prokurist:
Günter Lehmkuhl

HAMBURG
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft
Alter Steinweg 4
2000 Hamburg 11
Tel.: 0 40 / 34 91 21
Telex: 02 – 11 100
Leitung:
Horst Burgeleit

HESSEN
Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH
Abraham-Lincoln-Str. 38–42
6200 Wiesbaden
Tel.: 0 61 21 / 77 41
Telex: 4 – 186 127
Geschäftsführer:
Karl-Heinz Zahn
August Schäfer

NIEDERSACHSEN
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
Friedrichswall 1
3000 Hannover
Tel.: 05 11 / 19 01
Telex: 9 – 23 530
Leitung:
Heinz Brinkmann
Ferner
die gemeinsam mit dem Land Bremen betriebene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Weser–Jade mbH.

RHEINLAND-PFALZ
Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH
Erthalstr. 1
6500 Mainz 7
Tel.: 0 61 31 / 6 20 66
Telex: 41 87 643 wvmz
Geschäftsführer:
Gregor Weiner

SAARLAND
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar mbH
An der Römerbrücke 22
6600 Saarbrücken 3
Tel.: 06 81 / 6 54 63
Telex: 44 21 411 WMSBD
Geschäftsführer:
Ernst Klitscher
Klaus Richter

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Sophienblatt 60
2300 Kiel
Tel.: 04 31 / 6 30 91
Telex: 292 751 melf
Geschäftsführer:
Gernot E. Scheffler

NORDRHEIN-WESTFALEN
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH.
Kavalleriestr. 8–10
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 02 11 / 8 08 51
Telex: 8 587 830
Geschäftsführer:
Peter Gonschior
Theodor Schulte-Middelich

FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN / Hessens bunter Strauß

Profitables Förderungs-Raster

Die Förderung von Investitionen besteht zumeist aus einem bunten Strauß von Finanzierungsmöglichkeiten, aus dem man sich fachkundig beraten, die passenden Blumen herausziehen kann. In Hessen beispielsweise stehen nebeneinander die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, Förderungsprogramme des Landes Hessen, Bürgschaften und Garantien des Landes Hessen und des Bundes und 4. ERP-Programme (European Recovery Program).

Bei einem Vorhaben an einem Schwerpunktort innerhalb der hessischen Fördergebiete, und das ist vor allem das Zonenrandgebiet, bietet das Förderungsprogramm I (Gemeinschaftsaufgabe) größere Vorteile als die Programme II (Land Hessen). An einem Standort außerhalb der Fördergebiete kommen die Programme II in Frage oder auch die Programme IV (ERP). Dabei sind die Programme III (Bürgschaften und Garantien) mit den Programmen I oder II kombinierbar. I und II dagegen sind miteinander nicht kombinierbar.

Was sich zunächst kompliziert anhört, erfährt eine zusätzliche Aufgliederung, wenn nicht nur nach dem Standort, sondern auch noch nach den Vorhaben unterschieden wird. Und da gibt es wiederum neun, die von der Errichtung einer Betriebsstätte über Maßnahmen des Umweltschutzes bis zu Beteiligungsfinanzierungen reichen.

Aus den neun Vorhaben, den vier Programmen und sieben Wirtschaftsbereichen entsteht ein Raster, in dem sich der Interessierte dann jedoch wieder relativ leicht zurechtfindet.

(Und ohne Antrag und Beratung der HLT-Gesellschaften geht es sowieso nicht.)

Unter dem Strich kommt für den Investor eine Förderung heraus, die 25 Prozent des Investitionsvorhabens der gewerblichen Wirtschaft erreichen kann. Das ist die höchstmögliche Förderungspräferenz in der Bundesrepublik Deutschland. Im Zonenrandgebiet können zusätzliche steuerliche Erleichterungen gewährt werden in Form von Sonderabschreibungen bzw. steuerfreien Rücklagen nach dem Zonenrandförderungsgesetz.

Nicht von ungefähr wurden in Hessen mit Gemeinschaftsaufgabe-Mitteln in Höhe von 246,1 Mill. Mark von 1972–1981 Investitionen in Höhe von 7,6 Mrd. Mark angeregt.

ert.

HAMBURG / Freie Flächen in der Großstadt

Dicke Backen auch ohne Bonn-bons

Mit einer kleinen „Twin Otter" überflog der damalige Wirtschaftssenator Jürgen Steinert im März 1982 Hamburgs neue Gewerbeflächen. Mit einem Blick aus dem kleinen Fenster meinte er zu den anwesenden Journalisten: „Sehen Sie, da unten ist noch Platz für neue Betriebe."

Mit diesem Demonstrationsflug wollte der Präses der Wirtschaftsbehörde auf Hamburg als attraktiven Standort für Industrie und Gewerbe hinweisen. Und gleichzeitig betonen, daß der Stadtstaat Hamburg noch über ausreichende Flächen für ansiedlungswillige Betriebe jeder Art verfüge.

In zwei Monaten, etwa im Juni 1983, wird eine Neuauflage des „Standortkataloges" mit dem Titel „Wirtschaftsförderung in Hamburg" vorgelegt. Er enthält präzise Angaben (Daten, Fakten, Fotos, Grafiken und Karten) über den Industriestandort Hamburg. Wirtschaftssenator Volker Lange: „Ein Schwergewicht unserer Anstrengungen zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur liegt darin, neue, insbesondere industrielle Aktivitäten für den Hamburger Wirtschaftsraum von außen her zu gewinnen. Zu diesem Zweck haben wir bereits 1979 in meiner Behörde die spezielle Abteilung „Wirtschaftsakquisition" geschaffen, deren Tätigkeit durch die Abteilung Hamburg-Werbung, PR-Material, wie den „Standortkatalog" sowie Außenstellen in den USA und Japan unterstützt wird."

Horst Burgeleit, Leiter der Abteilung „Wirtschaftsakquisition": „Hamburg besitzt unter den europäischen Wirtschaftszentren wieder eine hervorragende Position. Durch die fortschreitende Öffnung nach Osten dank der ständigen Bemühungen der Hamburger Wirtschaft und Politik hat Hamburg mittlerweile wieder eine starke Stellung als ‚Tor nach Osteuropa' erringen können. Hamburg hat daher seine Position als wichtigstes Tor ‚nach dem Norden, Süden und Westen Europas' weiter ausbauen können."

Als attraktiver Ballungsraum und als eine der reichsten Regionen der Europäischen Gemeinschaft ist Hamburg zwar von der Förderung durch Mittel der Bundesregierung in Bonn ausgenommen. Daher bemüht sich die Hamburger Wirtschaftsförderung in erster Linie darum und muß sich auch darauf beschränken, wie Burgeleit betont, „verkehrsmäßig gut angebundene und infrastrukturell voll erschlossene Gewerbegebiete zu einem für Zentren von Ballungsräumen äußerst günstigen Preis anzubieten." Ein Hamburger Wirtschaftsförderer formuliert es so: „Wir haben dicke Backen auch ohne Bonn-bons."

Eine besondere finanzielle Förderung ist von Zweck, Volumen und von den Zukunftserwartungen der jeweiligen Investition, insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte, abhängig und deshalb immer Gegenstand individueller Verhandlungen.

Wirtschaftssenator Volker Lange: „Zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze fördert der Hamburger Senat seit vielen Jahren die betriebliche Expansion ansässiger und die Ansiedlung neuer Unternehmen in Hamburg."

Diesem Ziel dient u. a. die Erschließung und Vergabe neuer Gewerbeflächen.

Seit 1965 wurden an 1250 Firmen 650 Hektar städtischer Flächen vergeben. So siedelten sich allein in den letzten fünf Jahren 14 internationale Konzerne in der Elbmetropole an. Bezeichnend dabei ist, daß es sich dabei bis auf eine Ausnahme ausschließlich um japanische Unternehmen handelt.

Das in diesem Zeitraum realisierte Investitionsvolumen betrug rund 110 Millionen Mark. Rund 2000 neue Arbeitsplätze wurden dadurch geschaffen. Die meisten der Firmen begannen ihr Hamburg-Engagement mit kleinen Repräsentanzen. Da die angemieteten Räume jedoch bald zu klein wurden, wurden in der Regel schon nach kurzer Zeit größere Flächen benötigt. Volker Lange: „Unsere zuständigen Abteilungen helfen nicht nur bei der Beschaffung eines Grundstückes, sondern informieren zum Beispiel auch über Fragen der Energie- und Wasserversorgung, des Umweltschutzes und der Finanzierung."

Die Wirtschaft Hamburgs weist eine breitgefächerte vielseitige Struktur auf. 935 000 Beschäftigte erwirtschaften jährlich ein Bruttoinlandsprodukt von rund 75 Milliarden Mark. 165 000 Beschäftigte und rund 38 Milliarden Mark Umsatz dokumentieren, daß Hamburg eine der größten deutschen Industriestädte ist. Der Anteil der Know-how- und forschungsintensiven Bereiche wächst ständig.

Mitte April 1983 fand in Hamburg die größte Energiemesse der Welt statt – „Energie '83".

Von besonderer Bedeutung ist der Dienstleistungsbereich in Hamburg. Von der Hansestadt aus gibt es leistungsfähige Fernstraßen, Schienen- und Wasserstraßenverbindungen zu allen wichtigen Wirtschaftszentren Europas.

Hamburgs Standortvorteile liegen also auf der Hand: Schneller Universalhafen, Dienstleistungszentrum, gute Infrastruktur und hoher Freizeitwert.

Dennoch ist der „Industrieverband Hamburg" nicht immer einer Meinung mit den optimistischen Betrachtungsweisen der Wirtschaftsbehörde. „Hamburg braucht mehr Industrie", heißt es immer wieder aus Verbandskreisen. Seit 1970 hätten die Industriebetriebe in der Wirtschaftslandschaft der Hansestadt an Bedeutung verloren. Klaus Asche, Vorsitzender des Industrieverbandes Hamburg: „Wir wünschen mehr günstige Grundstücke in der richtigen Gegend, eine verläßliche Politik, die vor allem den kleinen und mittleren Betrieben die Unsicherheit nimmt, und nicht zuletzt eine gezielte Wirtschaftsförderung."

Die Wirtschaftsbehörde weist diese Kritik immer wieder zurück. Wirtschaftssenator Volker Lange: „Angesichts der Subventionskonkurrenz der Industrienationen als auch der deutschen Wirtschaftsstandorte untereinander gewinnen Maßnahmen zur Gewerbeansiedlung zunehmend Bedeutung. Ich denke dabei weniger an die Konkurrenz des Hamburger Umlandes, die uns zur Stärkung unserer Wirtschaftsregion nur recht sein kann, mit der Einschränkung, daß auch hier ein fairer Wettbewerb stattfinden muß." JAN MOLDER

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

STRUKTURPROBLEME / Ruhrgebiet im Umbruch

Weiter mit Kohle und Kernkraft

Von WALTER ADEN

Das östliche Ruhrgebiet mit der Stadt Dortmund als Zentrum steht seit geraumer Zeit im Brennpunkt überregionalen Interesses. Insbesondere lenken die nicht zuletzt durch internationale Wettbewerbsverzerrungen ausgelösten Schwierigkeiten der heimischen Stahlindustrie den Blick verstärkt auf diesen traditionellen Industriestandort.

Die auch aus der Montanproblematik resultierenden hohen Arbeitslosenziffern bewirken negative Schlagzeilen, die leicht zu der vereinfachten Auffassung führen, daß die Situation allgemein höchst problematisch sei und von Zukunftschancen keine Rede sein könne. Ein solches Betrachtungsbild ist fehlerhaft. Die wirtschaftliche Substanz des östlichen Ruhrgebietes mit den Städten Dortmund und Hamm sowie dem Kreis Unna ist trotz mancher Schwierigkeiten beachtlich; der seit langem eingeleitete Strukturwandel zeigt erfolgreiche Ansätze.

Wenn das östliche Ruhrgebiet – wie dies leider noch oft geschieht – allein mit den Säulen Kohle und Stahl gekennzeichnet wird, so ist dies zwar im historischen Abriß betrachtet weitgehend richtig, die gegenwärtige Lage wird aber dadurch nur unzureichend wiedergegeben, denn inzwischen präsentiert sich dieser Raum als eine Region mit bemerkenswerten mehrschichtigen Funktionen. Seinen Ausdruck findet dieser Strukturwandel einerseits in einem relativen Bedeutungsverlust des Montansektors, andererseits aber in einem erheblichen Anwachsen des Dienstleistungsbereiches, dessen Anteil an der Bruttowertschöpfung mittlerweile bereits 50 Prozent beträgt.

Vor allen Dingen Groß- und Einzelhandel, Banken und Versicherungen, auch Universität, Fachhochschule und Institute, nicht zuletzt Bundespost und Bundesbahn sowie viele Behörden prägen heute die ursprünglich ganz überwiegend von der Industrie bestimmte Wirtschaftsstruktur. Dennoch: Die Industrie hat auch heute noch eine starke Position, wie aus den Zahlen des Industrieumsatzes mit mehr als 18 Milliarden Mark und einer Gesamtbeschäftigtenzahl von etwa 137 000 hervorgeht.

Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region ist es unerläßlich, daß das östliche Ruhrgebiet auch zukünftig ein leistungsfähiger Stahlstandort bleibt: denn Hoesch gehört zum Revier ebenso wie Thyssen und Krupp. Gerade die Stahlindustrie dieses Raumes hat – beinahe als erste – die Notwendigkeit einer Veränderung der stahlwirtschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik Deutschland erkannt und ihre Unternehmenspolitik unter erheblichem Kapazitätsabbau und einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen zielgerichtet abgestellt. Diese für manche im Einzelfalle sehr schmerzlichen Arbeitsplatzverluste schlagen sich insgesamt gesehen in deutlich höherer Produktivität nieder und verbessern die Chancen im Wettbewerb.

In Anbetracht der von Hoesch erbrachten Vorleistungen und anderer gewichtiger Vorzüge, wie beispielsweise in den Bereichen technisches Know-how, Forschungs- und Entwicklungsstand, Weiterverarbeitung, Marktnähe, Verkehrsinfrastruktur sowie Belegschaftsqualifikation, ist auch von den Stahlmoderatoren anerkannt worden, daß Dortmund als ein Stahlstandort bestehen bleiben muß, der auch langfristig gesehen international wettbewerbsfähig bleiben wird.

Bereits heute ist das östliche Ruhrgebiet mit seinen umfangreichen Kohlelagerstätten, den leistungsfähigen Zechen und Kokereien, der Konzentration der bestehenden und geplanten Kraftwerke eines der deutschen Energiezentren. Diese standortbedingten Vorteile gilt es zu nutzen und auszubauen. Kohle allein kann jedoch nicht gleichzeitig Mineralöl ersetzen, zusätzlichen Strombedarf abdecken und als Rohstoff für die Veredlung zur Verfügung stehen. Erst die Kombination von Kohle und Kernkraft gewährleistet langfristig gesehen eine ausreichende und kostengünstige Energieversorgung dieser Region.

Für den Industriestandort östliches Ruhrgebiet war und ist im übrigen die Entwicklung und gezielte Verwertung technischer Neuerungen seit jeher wesentliche Quelle wirtschaftlichen Wachstums. Den kontinuierlichen Prozeß Innovation/Investition gilt es gerade in der heutigen Phase strukturellen Wandels vorrangig zu fördern. Dabei haben, wie Erfahrungen der IHK zu Dortmund zeigen, kleinere und mittlere Unternehmen vom Ansatz her ähnlich gute Chancen wie Großunternehmen, teilweise sogar bessere.

Nicht selten verfügen gerade sie über eine höhere Flexibilität der Produktion und können sich rasch an wechselnde Marktentwicklungen anpassen. Vielfach stößt jedoch das Engagement insbesondere mittelständischer Unternehmen auf vielerlei Hemmnisse; um diese Schwierigkeiten abzubauen, hat die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund ein Maßnahmenbündel entwickelt und einen breit angelegten Technologieberatungsdienst aufgebaut. Sie arbeitet hierbei mit Unterstützung des Landeswirtschaftsministeriums als Transmissionsstelle.

Walter Aden ist Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund

KOMMENTAR ZUM RUHRPROGRAMM / Weitgehend versickert

Trotz Planung kein Aufschwung

Die Landesregierung in Düsseldorf hat versucht, die rasante Talfahrt, mit der das Ruhrgebiet – einst Herzstück der deutschen Industrie – seit Kohle- und Stahlkrise fast ausweglos immer rasanter bergab in schier unlösbare Probleme gekommen ist, zu stoppen. Sie legte 1979 das Ruhrprogramm auf, mit dem 6,9 Milliarden Mark bis 1984 ins Revier gepumpt werden sollen. Etwas mehr als zwei Milliarden Mark wurden bisher für Strukturverbesserungen freigegeben. Doch schon jetzt zeichnet sich ab, daß nicht nur die zeitliche Befristung des 80 Punkte umfassenden Maßnahmekataloges auf fünf Jahre völlig willkürlich gewählt worden ist – gleichzeitig sieht die Düsseldorfer Landesregierung, daß das Geld fast wirkungslos in den Boden zwischen Duisburg und Dortmund versickert ist.

Als das Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung an der Universität Duisburg (RISP), das Erfolge und Mißerfolge überwacht, seine allgemeine Bewertung für die Jahre 1981/82 vorlegte, reagierte die Staatskanzlei mit einer siebenseitigen Stellungnahme, in der unter anderem die politische Revelanz der Begleitforschung „zurechtgerückt wurde": Die Landesregierung „teilt nicht alle Aussagen und macht sich nicht alle Vorschläge zu eigen". Gestaltet sich schon die Bilanzierung immer schwieriger und fällt gar so negativ aus wie der letzte Bericht des RISP, so werden die Einzelergebnisse wohlweislich unter Verschluß gehalten. Von den wenigen bekannten Ergebnissen läßt sich aber schon der Schluß ziehen, daß das Programm im Ruhrgebiet nicht greift. Im anderen Falle hätte es die seit 1980 mit absoluter Mehrheit regierende SPD mit Sicherheit politisch vermarktet. Die Konkurse – weit überproporzional gegenüber denen im Bundesgebiet –, die Arbeitslosenzahlen im Revier, die noch stiegen, während sie im März dieses Jahres im Bundesgebiet zumindest stagnierten, sprechen eine deutliche Sprache.

Als Erfolg stellt sich bisher lediglich der Grundstückfonds Ruhr dar, mit dem das Land die Privatwirtschaft des Ruhrgebietes von ihrem industriellen Brachland befreit. 3,4 Millionen Quadratmeter ehemaligen Industriegeländes wurden aufgekauft. Das ließ sich das Land 250 Millionen Mark kosten. Allerdings ist bisher nur etwa für die Hälfte dieser Fläche eine neue wirtschaftliche Verwendung gesichert.

Erfolge verbucht die Landesregierung auch mit der finanziellen Förderung der Berufsausbildung, speziell für ausländische Jugendliche.

Negativ aber schlägt vor allem das Kraftwerks-Sanierungs-Programm zu Buche. Das Interesse, emissionsträchtige Kraftwerke zu modernisieren, war so gering, daß dieser Punkt schon gestrichen werden mußte.

Wie wenig Vertrauen selbst Kabinettsmitglieder in das Ruhrprogramm setzen, beweist eine Studie von Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen: In einer Ausarbeitung über die wirtschaftliche Zukunft stellte er fest, Nordrhein-Westfalen werde am nächsten allgemeinen Konjunkturaufschwung im Bundesgebiet keinen Anteil haben.

LILO BERGEL

IHK UND BUND DER STEUERZAHLER / Was ist die beste Förderung?

Ein oft recht unedler Wettstreit

Von HEINZ HECK

Der Bund der Steuerzahler hat kürzlich in einem offenen Brief an die Abgeordneten des neugewählten Bundestages seine Erwartungen an die künftige Gestaltung der Finanzpolitik in folgenden Forderungen zusammengefaßt:

- Senkung der leistungsfeindlichen Steuer- und Abgabenlast
- Begrenzung der gefährlichen Staatsverschuldung
- Abbau unnötiger Staatsausgaben und -aufgaben
- Streichung unsinniger Subventionen
- Bestrafung leichtsinniger Steuergeldverschwender und
- Bekämpfung der wuchernden Staatsbürokratie

Dieser Forderungskatalog liest sich wie ein übergreifendes Programm zur Wirtschaftsförderung. Industrieansiedlung, Strukturverbesserung und Regionalförderung wurden und werden leider allzu oft nach der Maxime betrieben, möglichst viele Wohltaten – sprich: Subventionen, die von allen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen – anzubieten.

Der Kampf um die Ansiedlung neuer Betriebe, die zum Beispiel später mit ihren Steuerzahlungen die Gemeindekasse füllen sollen, gerät vielerorts zu einem Kampf mit harten Bandagen und zu einem nicht immer ganz edlen Wettstreit. Dieser Kampf macht keineswegs an den Grenzen der Gemeinden und Bundesländer halt. Er erstreckt sich vielmehr, soweit für die Bundesrepublik relevant, über den gesamten Binnenmarkt der EG.

Mag im Einzelfall der gelungene Coup der Industrieansiedlung den Aufwand zum Beispiel einer Gemeinde in Form eines besonders günstigen Stromtarifs oder anderer Artigkeiten (aber langlebigen Belastungen) scheinbar rechtfertigen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann man nur von Vergeudung sprechen. Soviel ist klar: je mehr und je großräumiger gefördert wird, um so weniger wirksam kann Förderung sein.

Ein Beispiel aus der Sozialpolitik mag dies verdeutlichen: Wenn das Schwerbehindertengesetz ermöglicht, daß bald jeder zehnte Bundesbürger zum Invaliden wird und Anspruch auf Vergünstigungen hat, ist das Gesetz falsch angelegt, da es den Kreis der wirklich Bedürftigen nicht rigoros genug eingrenzt!

Nutzanwendung für die Wirtschaftsförderung: Nur wirklich benachteiligten Räumen sollten zum Ausgleich der zum Beispiel politisch bedingten Ursachen (Berlin oder Zonenrandgebiete) Vergünstigungen gewährt werden, um zu vermeiden, daß die Diskrepanz gegenüber prosperierenden Gebieten unerträglich groß wird.

Im übrigen kann man den Appell des Bundes der Steuerzahler durchaus auch an die Adresse der Länder richten. Auch sie sollten ihre Ansprüche an die Steuerzahler zurückschrauben und alle Subventionen von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand nehmen. Die politisch gebotene Forderung nach der Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse ist viel eher zu erfüllen, wenn der eingangs geschilderte Wettstreit nicht immer wieder bis zum Exzeß betrieben wird.

Bessere Konditionen der Finanzpolitik, Abbau von Investitionshemmnissen und Vorrang der Privatwirtschaft, also weniger Staat und mehr Markt, mehr Wettbewerb sind Forderungen, wie sie zum Beispiel der Jahresbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) enthält. Gerade bei der Spitzenorganisation der von ihrer Funktion her auf Wirtschaftsförderung bedachten Industrie- und Handelskammern weiß man ein Lied von dem kommunalen und regionalen Ansiedlungswettbewerb zu singen. Vielleicht hat auch deshalb der DIHT nur übergeordnete Zielsetzungen herausgestellt.

Zum Beispiel in der Finanzpolitik die Verlagerung von konsumtiven auf investive Ausgaben, die weitere Umschichtung der Abgabenlasten von direkten auf indirekte Steuern und – bei einem exportorientierten Land nicht überraschend – den Abbau der wichtigsten Steuerschranken für die Exportwirtschaft sowie die Entlastung des gewerblichen Vermögens von ertragsunabhängigen Steuern.

Wichtiger als diese und jene lokale Wohltat ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Industrienation eine breitangelegte indirekte Förderung von Forschung und Entwicklung. Das Konzept des Forschungsministeriums in der Vergangenheit, sich in der Förderung einer immer größeren Zahl von Einzelprojekten zu verstricken (bis etwa zur Zahl 6000), ist letztlich zum Scheitern verurteilt. „Entsprechende technische Spitzenleistungen können nur erzielt werden, wenn bei einer Vielzahl von Unternehmen eine breite Forschungstätigkeit durchgeführt wird", schreibt der DIHT.

Ebenso wichtig ist es, überfällige Anpassungsprozesse nicht aufzuhalten, sondern zu fördern. Nur so können bruchartige Entwicklungen vermieden, können zum Beispiel durch Verteuerung der Energie bedingte nachhaltige Standortverschiebungen in ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen einigermaßen aufgefangen werden.

In dieses Kapitel gehört auch die Entstehung von Monostrukturen unter allen Umständen zu vermeiden. Denn Monostrukturen lösen zwangsläufig negative Kausalketten aus: Da die Bedeutung zum Beispiel eines Betriebes für eine Gemeinde von vitaler Bedeutung ist, wird in Krisenzeiten alles getan werden, um ihn künstlich am Leben zu halten. An die Stelle einer kontinuierlichen Anpassung an sich ändernde Marktverhältnisse tritt dann eines Tages zwangsläufig der Exitus, da die lebensfähigen Teile des Unternehmens die „Fußkranken" mit durchziehen müssen und dazu nicht in der Lage sind.

Gerade wegen dieser fatalen Konsequenzen sollten Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik weitschauend angelegt und frei von ideologischen Scheuklappen und Barrieren sein. Bedenkt man allein, wie durch die mehr oder weniger planmäßige Behinderung des Baus von Kraftwerken und anderen Großanlagen nicht nur die Wirtschaftsstruktur beeinträchtigt, sondern zugleich mögliche Fortschritte im Umweltschutz verhindert wurden, so wird offenkundig, daß ein solches Konzept wichtiger ist als die willkürliche Ansammlung zweifelhafter Wohltaten auf dem ansiedlungswilligen Unternehmen.

